Regierungssitzung

im Königssaal der Burg

am 7. Juli 1944.

- - -

Ausgefertigt in 3 Exemplaren:

1) Z.d.A. der Kanzlei des Generalgouverneurs
2) Z.Hd. des Herrn Staatssekretärs Dr. Bühler
3) Z.Hd. des Herrn Ministerialrats Dr. Weh.

Anwesenheitsliste

für die Regierungssitzung
am 2? Juli 1944
im Königssaal der Burg

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Frank		
Bühler		
Koppe	[illegible]	[illegible]
Teufler	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]
Dinse	Luftwaffe	
Frisinger	VO/OKW	
Molech	H.K.W.	
[illegible]	Amtsleiter	[illegible]
Ohlenbusch	Stadtkommissar	[illegible]
Wassenberg	Hauptbannführer	Amt f. Jugend

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
[illegible]	Präs.	H. Abt. Post
[illegible]	[illegible]	" " [illegible]
[illegible]	"	[illegible] Zentralamt
Tietje	"	H. A. [illegible]
[illegible]	"	H. A. Arbeit
[illegible]	[illegible]	"
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	H. A. [illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	Präs	[illegible]
[illegible]	[illegible]	H. Abt. [illegible]
[illegible]	[illegible]	H. Abt. [illegible]

[illegible]	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Dr. [illegible]	Präs.	[illegible]
[illegible]	Gouverneur	Radom
[illegible]	"	[illegible]
v. [illegible]	"	Krakau
Dr. Fischer	"	Warschau
[illegible]	[illegible]	[illegible]
Dr. [illegible]	Reg. Kom.	Zentral[illegible]
[illegible]	Präsident	Hpt. Abt. Volksaufkl. u. Propaganda
[illegible]	[illegible]	Baudienst
Dr. Weh	MinR	Amt f. Gesetzgebung
[illegible]	[illegible]	Personalamt
[illegible]	[illegible]	Bevollmächtigter des GG in Berlin.
Dr. Coblitz	Direktor	Institut f. D. Ostarbeit
[illegible]	Pressechef der Regierung	

Beginn der Sitzung 10 Uhr 10 Minuten.

Der Herr Generalgouverneur leitet die Sitzung mit folgender Ansprache ein:

Meine Herren! Ich habe Sie nochmals vor Beginn der grossen Sommerpause zusammengerufen, um mit Ihnen einiges uns gemeinsam Interessierendes und im Vordergrund Stehendes zu besprechen. Die Meldungen, die ich in den letzten Wochen in verstärktem Masse sowohl der Art wie dem Umfange nach über den einzigartigen Terror der Sowjetrussen in Galizien erhalten habe, veranlassen mich, die heutige Regierungssitzung mit einem leidenschaftlichen Protest gegen dieses jedem Völkerrecht, jedem primitiven menschlichen Empfinden hohnsprechenden Vorgehen der jüdischen Terrorbanditen Sowjetrußlands zu beginnen. Was unsere brave, arbeitswillige, loyale Bevölkerung in diesen von den Sowjetrussen mit Brand, Mord, Plünderung, Quälerei und Terrorakten aller Art überrannten Gebieten zu leiden hat, stellt eines der besonderen Kapitel des Beitrages der Bevölkerung des Generalgouvernements zum Siege des Großdeutschen Reiches dar. Ich kann Sie nur bitten, Herr Gouverneur Dr. Wächter, der betroffenen Bevölkerung meine und aller Mitglieder der Regierung herzlichste Anteilnahme zum Ausdruck zu bringen und der Bevölkerung mitzuteilen, daß wir alles tun werden, um die von ihnen erlittenen Schäden menschlich, persönlich und materiell nach jeder Möglichkeit zu lindern.

Im Zusammenhang mit den Kriegsereignissen im Osten hat sich zunächst bis zu dieser Stunde die unmittelbare Frontlage des Generalgouvernements nur wenig geändert. Allerdings ist damit zu rechnen, daß in den nächsten Wochen einige Lebendigkeit in die Frontsituation kommen wird. Wir haben daher mit aller Vorsicht und Energie daran zu gehen, ein allfallsiges weiteres Übergreifen der Frontereignisse auf das Gebiet des Generalgouvernements über den Bereich von Galizien hinaus schon jetzt in Er-

wägung zu ziehen. Vor allem wird es die Aufgabe der Behörden der Distrikte Lublin und Warschau sein, sich mit Intensität so wie bisher darauf einzurichten, daß im Zusammenhang mit notwendigen Veränderungen der Frontlage in Richtung Minsk und Kowel entscheidende und sehr weit-reichende Raum-, Nahrungsmittel-, Transportanforderungen usw. kommen werden. Das Generalgouvernement wird auch diese Probe mit seinem Behördenapparat so mustergültig bestehen, wie es diese Probe bereits in Galizien bestanden hat.

Im Zusammenhang mit diesem allmählichen Näherkommen der Front steht auch eine an manchen Stellen vor allem des Distrikts Lublin in den letzten Wochen sich verstärkt zur Geltung bringende Beunruhigung des Raumes. Es obliegt mir der Dank an die Wehrmacht und die Kräfte unserer Polizei und SS dafür, daß sie in den letzten Wochen durch eine in der Geschichte des Sicherheitskampfes des Generalgouvernements bis jetzt einzig dastehende, weit über 20 000 Mann auf einmal in den Kampf werfende Großaktion im Süden des Distrikts Lublin die Autorität unseres Staates wieder deutlich spürbar haben in Erscheinung treten lassen.

Auch in Zukunft - darüber kann kein Zweifel bestehen - wird von unseren Feinden versucht werden, das Gebiet des Generalgouvernements mehr, als ihnen das bisher geglückt ist, zu einem Herd der Unruhe, der Sabotage, des Aufstandes und der Zerstörung zu machen, ähnlich, wie es ihnen in anderen Gebieten des besetzten Europa leider auch in grösserem und stärkerem Umfange geglückt ist. Um so wichtiger ist es, daß ich hier feststelle: alle von feindlich interessierter Seite überall hingebrachten Meldungen von grossen Unruhen, von Bandenkämpfen, von Mord, von Sabotage und sonstigen Zerstörungen im Generalgouvernement entsprechen absolut nicht der Wahrheit.

Ich kann vielmehr positiv feststellen, daß die absolut überwiegende Mehrheit der Millionenmasse der Bevölkerung dieses Raumes der Pflichterfüllung obliegt und im Dienste der Transportunternehmungen, der Staats- und Polizeiverwaltung, der Ernährung und Landwirtschaft und in allen anderen grossen Sektoren der Produktion und der Leistung hervorragend arbeitet. Die Ernte des Generalgouvernements verspricht vorzüglich zu werden. Der Bauer hat in diesem Lande seine Pflicht getan und wird sie auch auf dem Gebiet der Ablieferung weiter tun. Tausende und Abertausende polnischer und ukrainischer Beamter und Angestellter in allen Bereichen unserer Verwaltung haben sich durch nichts, durch keine Propaganda, durch keine irgendwie geartete gegensätzliche Strömung von ihrer Pflichterfüllung abbringen lassen. Daher gebührt diesen fremdvölkischen Teilen der Bevölkerung unser ganz besonderer Dank.

Angesichts der sehr guten Etatlage des Generalgouvernements - wenn ich sage: sehr gut, - so ist das selbstverständlich ein Ausdruck, der kriegsmässig aufzufassen ist; "sehr gut" ist ein relativer Begriff; wir können zufrieden sein, daß es uns geglückt ist, trotz der ungeheueren Belastung unseres Staatshaushalts dank der Tüchtigkeit unserer Staatsverwaltung und aller mitwirkenden Teile dieses Landes, aller Behörden in diesem Raum für die Klarheit des Haushalts zu sorgen, - ist es uns möglich geworden, nunmehr der fremdvölkischen Staatsbeamten- und -angestelltenschaft mit rückwirkender Kraft eine wesentliche Erhöhung ihrer Bezüge zu geben. Ich habe soeben einen diesbezüglichen Erlaß unterzeichnet. In dieser wesentlichen Bezugsaufbesserung, der auch eine Aufbesserung der Tarifeinkünfte der Angestellten der freien Betriebe und der Wirtschaft entspricht, die gleichfalls am 1. April 1944 mit rückwirkender Kraft eintritt, liegt der Ausdruck der Anerkennung für die loyale Zusammenarbeit der fremdvölkischen Teile der Bevölkerung des Generalgouvernements mit der deutschen Führung dieses Raumes.

Die Schwierigkeiten, denen wir entgegenschreiten, finden das Generalgouvernement in allen seinen Teilen in härtester Entschlossenheit, diese Bastion des Ostens für den Führer und das kämpfende Großdeutsche Reich mit dem Einsatz des letzten zu halten und zur Verteidigung auszubauen. Ich weiss, daß ich mich dabei auf Sie, meine Herren, die Sie hier versammelt sind, besonders verlassen kann. Sie haben im Laufe dieser Jahre aus nichts, aus weniger als nichts, aus Chaos und Zerstörung allmählich diesen Ordnungsblock Generalgouvernement aufgebaut. Sie haben in die Tat umgesetzt, was deutsche Männer hier überhaupt während des Krieges hätten leisten können.

An den bewährten Prinzipien, nach denen diese Arbeit hier nur möglich ist, werde ich angesichts der letzten schweren Entscheidungen, die über unseren Raum hereinbrechen, in diesem Zeitpunkt nichts ändern. Ich werde mich also bis zur endgültigen Befreiung dieses Raumes jeder organisatorischen Änderungsbestrebung irgendwelcher Reichszentrale im Hinblick auf meine Verantwortung für das gesamte Leben in diesem Gebiet widersetzen. Ich werde vielmehr da, wo nunmehr wie auf dem Gebiet der Bauverwaltung oder in sonstigen Bereichen es sich als unmöglich herausgestellt hat, das Einbruchsystem der Reichszentralität aufrecht zu erhalten, entweder zu einer totalen Korrektur dieses Systems schreiten oder für die notwendigen Bedürfnisse dieses Raumes eine eigene Landesverwaltung schaffen. Die Härte der Zeit zwingt mich dazu, ganz offen zu erklären, daß ich hier vor nichts Achtung habe als davor, vor den Führer hintreten zu können und ihm auch in Ihrer aller Namen zu sagen: "Mein Führer, die Aufgabe, die Sie uns 1939 gestellt haben, war, wie Sie selber sagten, eine der schwersten, die Sie zu vergeben hatten; mag sein, daß wir Fehler gemacht haben, aber in dem einen haben wir nicht gefehlt, daß das Generalgouvernement auf die Höchstform der überhaupt erreichbaren Leistungsmöglichkeit eines Gebietes trotz aller Schwierigkeiten in jedem

Hinblick gebracht wurde". Es ist auch noch niemand erschienen, der uns etwas Besseres hätte zeigen können. All' dieser Meinungswirrwarr über die Behandlung der fremdvölkischen Bevölkerung, über die Methoden der wirtschaftlichen Sicherung dieses Gebietes, über die sogenannte Ausbeutung dieses Gebietes, - all' dieser manchmal idiotisch anmutende Meinungswirrwarr, der da und dort in Erscheinung trat, wurde durch die Wucht der Tatsachen in diesem Gebiet psychisch und physisch überwunden. Heute können wir in unserem Innern von dem stolzen Empfinden erfüllt sein, daß diese enger denn je zusammengeschworene Gemeinschaft Gottlob auch die Anerkennung aller maßgebenden Faktoren des Reiches gewonnen hat. Wir können uns darüber freuen, daß uns diese Leistung ermöglicht wurde und daß man sich mit uns zusammengefunden hat, um das Vernünftige zu tun.

Heute steht daher vor allen Dingen die Tatsache im Vordergrund, daß die Deutschen dieses Raumes, ganz gleich, welche Uniform sie tragen und zu welcher besonderen Sparte des Berufes sie gehören, sich alle als die Kinder eines Vaterlandes fühlen und dem Führer in Treue und Gehorsam dienen. Ich habe wenig Verständnis für irgendwelche abspaltenden Tendenzen, ganz gleich, unter welchem Vorwand sie geltend gemacht werden sollten. Ich möchte hier die Partei ausdrücklich in Schutz nehmen. Sie trägt keine Verantwortung dafür, daß etwa ein HJ-Organisationführer das Tragen des HJ-Abzeichens für die Teilnehmer an einem schulischen Sportfest verbietet. Wenn wir solche Konflikte lächerlichster Art, die mit dem Sieg des deutschen Volkes aber auch in gar keinem Zusammenhang stehen, die vor allem auch mit der Partei nichts zu tun haben, - weder ich noch der Parteigenosse Tießler wußten etwas davon - in die Öffentlichkeit tragen, so ist das nur ein Ausdruck dafür, wie in manchen Gehirnen heute eine geradezu, man möchte sagen,

völlig zeitabgewandte Lustigkeit des Vereinsmeiertums besteht. Wir werden entweder gemeinsam siegen - und dann wird jeder, der daran beteiligt ist, nur gefragt werden, wo er sich eingefügt hat, - oder keiner wird sagen können, daß er allein gesiegt hat.

Meine Herren, wollen Sie aus diesen meinen Ausführungen nur erkennen, daß ich gewillt bin, der Härte der Zeit nicht etwa nur in Parolen, sondern auch in drakonischen Maßnahmen zu entsprechen. Wenn zum Beispiel die Herren Polen glauben, daß sie sich heute diesen Zeitpunkt gerade ausnützen können, um da und dort ihre Terrorwelle wieder zu eröffnen, so werden wir es ihnen eiskalt zeigen, daß wir dem zu begegnen wissen.

Heute geht es darum, wer den längsten Atem, die härtesten Nerven und die entschlossenste Wucht hat, - und die haben wir. Wenn wir dulden dürfen, daß sich in diesem Raum irgend jemand, ganz gleich, unter welchem Vorwand

über unsere Autorität hinwegsetzt, - wir mußten das schon sowieso an einzelnen Stellen des Raumes hinnehmen, dort nämlich, wohin in Folge der Banditenverseuchung Polizeikräfte nicht mehr kommen konnten, - wenn wir das als Sitte dulden würden, dann fiele die Herrschaft von uns Handvoll Männern über eine Millionenmasse schnell in sich zusammen. Haben Sie also dafür Verständnis, meine Herren.

Ich bin mit der Arbeit der Behörden des Generalgouvernements zufrieden. Ich habe den Eindruck, daß bis in die äussersten Instanzen hinaus diese Energie obwaltet. Die mir eben gemeldete Ermordung eines unserer besten Kreishauptmänner, des Kreishauptmannes von Garwolin, zeigt, daß gerade auch die Männer der Verwaltung aufs Schwerste bedroht ihre Pflicht erfüllen. Das haben wir gemein mit allen Soldaten des Führers und mit dem ganzen deutschen Volk.

Zur Frontlage brauche ich nichts zu sagen; sie ist Ihnen bekannt. Wir stehen mitten in den entscheidungsvollsten Wochen des Krieges. Es kommt aber nicht darauf an, wo wir stehen, sondern wie wir stehen. Das "wo" ist völlig gleichgültig, entscheidend ist das "wie". Ob wir in Rom oder in Florenz stehen, ob wir vor Moskau oder in Wilna stehen, entscheidend ist, daß da, wo deutsche Soldaten stehen, sie so stehen, daß sie vor der zweitausendjährigen Geschichte des Deutschen Reiches bestehen können.

Wir sind nunmehr hier in des Wortes wahrster Bedeutung Bastion des Ostens geworden. Östlich unserer Ostgrenze befindet sich nur noch der nördlichste Teil der deutschen Front. Seit der Aufgabe von Kowel bewegt sich an der ganzen Ostgrenze von Lublin der Feind auf unsere Grenze zu. In diesem schweren Augenblick schauen wiederum der Führer und das ganze Deutsche Reich auf uns, auf unser Verhalten, die wir nunmehr der Schutzmantel für das ganze östliche Reich geworden sind.

Meine Herren, ich weiss, daß ich mich auf Sie verlassen kann. Indem ich Ihnen für die jahrelange treue Mitarbeit danke, erwarte ich, daß Sie gerade in den kommenden Wochen und Monaten ein Vorbild an Pflichterfüllung sein werden.

IX/8
2

Präsident <u>Ohlenbusch</u> bezeichnet die allgemeine Stimmung bei den Deutschen des Generalgouvernements als durchaus zuversichtlich, wenn sich auch infolge der russischen Offensive ein Stimmungseinbruch feststellen lasse. Bei den Deutschen sei die Meinung weit verbreitet, daß der OKW-Bericht weit hinter den wirklichen Tatsachen zurückbleibe, da die Nachrichten, die in diesen Raum von der Front direkt durchsickerten, eine andere Frontlage darstellten, als man sie sich auf Grund des OKW-Berichtes machen müsse. Er bitte daher an dieser Stelle alle maßgeblichen Männer, diesen Dingen entgegenzutreten und darauf hinzuweisen, daß die Führung bestimmte Absichten verfolge, wenn da und dort der OKW-Bericht etwas hinter den Ereignissen zurückbleibe. Nachrichten, die von der Front durchsickerten, dürften daher nicht kolportiert werden.

Die Polen seien im Augenblick einer intensiven Feindpropaganda sowohl von Moskau wie von London aus ausgesetzt. Die Widerstandsbewegung greife diese Parolen freudig auf und versuche mit allen Mitteln, sie über illegale Wege ins polnische Volk zu tragen. Er habe aber nach wie vor die Überzeugung, daß diese propagandistische Beeinflussung bei der Masse des polnischen Volkes von keinem Erfolg begleitet sein werde. Praktisch sei es so, daß der polnische Bauer und der polnische Arbeiter nach wie vor ihre Pflicht erfüllten, wenn auch aus Warschau, Lublin und Radom gemeldet werde, daß hier und da in den Betrieben die Arbeitslust zurückgegangen sei, bezw. [illegible] sich von der Arbeit fern hielten. Bei seinem jüngsten Besuch in Lemberg habe er feststellen können, daß die Stadt

einen ruhigen Eindruck mache; die Deutschen zeigten eine einwandfreie Haltung, arbeiteten nach wie vor sehr zuverlässig. Auch die ukrainische Bevölkerung erfülle ihre Pflicht, die freiwilligen Meldungen sowohl für den Arbeitseinsatz als auch für den Kriegseinsatz seien sehr eindrucksvoll.

Die vor einiger Zeit gegründete Antibolschewistische Liga entfalte eine intensive Tätigkeit und übe einen starken Einfluß auf die Haltung der polnischen Bevölkerung aus. Er sei über die Tätigkeit der hier eingesetzten Männer sehr erfreut. Immer mehr neigten die Polen sich auf die deutsche Seite, da sie einzusehen begännen, daß es für sie keinen anderen Ausweg gebe.

Selbstverständlich sei die propagandistische Tätigkeit auch bemüht, der Ernährung und Landwirtschaft in der Erzeugungsschlacht zu helfen, und auch die Arbeit der Arbeitererfassung werde ständig propagandistisch unterstützt.

Regierungskommissar Dr. Heuber führt aus, daß er in den letzten Monaten die Organisation der wirtschaftlichen Selbstverwaltung einer eingehenden Prüfung unterzogen habe. In unzähligen Besprechungen mit mehreren hundert Betriebsführern habe er sich ein eingehendes Bild von der Wirtschaftslage des Generalgouvernements zu verschaffen versucht. Dabei habe er festgestellt, daß auch heute noch sich das polnische Volk mit einem ungeheueren Arbeitseifer dafür einsetzt, um an den Zielen des Deutschen Reiches mitzuarbeiten. Vielleicht sei es notwendig, daß einige Erscheinungen, Planungsfehler oder Mängel sich im Laufe der Zeit bei der gesamten Produktionsausrüstung bereinigen liessen. Vielleicht liege auch einige Gefahr in der allgemeinen Befehlsführung auf wirtschaftlichem Sektor. Es seien gewisse Zersplitterungserscheinungen gegeben, da die Betriebsführer von den verschiedensten Seiten angesprochen würden, nicht nur von den Fachabteilungen, sondern auch von wirtschaftlichen Stellen und Ausschüssen, die aus

dem Reich versuchten, hier herein zu regieren, und zum Teil auch von der Rüstungsinspektion.

Auf dem allgemeinen Gebiet der Wirtschaft sei es vielleicht nicht sehr günstig für das Generalgouvernement, wenn auch heute noch keine eigene Unternehmerschicht sich bilden konnte. Man habe die Verflechtung mit den verschiedensten Reichsbetrieben, die sich gewiss vorteilhaft beim Aufbau ausgewirkt habe, die aber doch Erscheinungen mit sich bringe, die weniger zu begrüssen seien. Die hiesigen Betriebe, die unter ganz anderen Bedingungen als im Reich arbeiten müßten, würden durch die Verflechtung mit ihren Betriebsführern aus dem Reich nach Reichsgrundsätzen ausgerichtet, die auf die Dauer nicht sehr vorteilhaft seien. Auch bei der Betriebsbesichtigung habe sich gezeigt, daß vor allem auf dem Gebiete der Treuhandverwaltung noch Betriebsführer eingesetzt seien, die nicht über die erforderlichen Betriebskenntnisse verfügten. So könne es z.B. nicht für zweckmässig gehalten werden, wenn irgendein Professor ein Sägewerk leite.

Bei seinen Besichtigungen sei ihm aufgefallen, daß alle Unternehmer ihre Angestellten und Arbeiter neben den Tariflöhnen noch durch ein sehr ausgedehntes Reallohnsystem unterstützten. Es möge richtig sein, dass der augenblickliche Tariflohn nur etwa 30% des tatsächlichen Lebensbedarfes decke. Tatsache aber sei, daß die Ernährungssicherung grundsätzlich gegeben sei, da sich die Arbeiter durch die verschiedensten Deputate den notwendigen Lebensunterhalt anderweitig verschaffen könnten. Immer wieder habe man beobachten können, daß die Betriebsführer über eine schlechte Arbeitsdisziplin klagten, daß die Arbeiter z.T. fern blieben oder die Lieferfristen beim Handwerk nicht eingehalten würden usw. Trotzdem könne es aber als ein interessantes Zeugnis für die deutsche Autorität im Raume gelten, daß die Arbeiter fast ausschließlich für das Reich und seine Interessen arbeiteten. Angehalten dazu würden sie im wesentlichen

durch die verschiedensten Arbeitskarten und Ausweise, die Ihnen Sicherheit gegen einen Reichseinsatz gäben.

Zum Teil finde man auch in polnischen Betrieben die Tatsache, daß sie sich dadurch eine gewisse Existenz sicherten, daß sie einen Wehrmachtsauftrag übernähmen und nebenbei für den polnischen Markt arbeiteten. Durch diese Schwarzarbeit entstünden bei der Rohstoffbeschaffung und den Kontingenten die verschiedensten Schwierigkeiten. Es sei schließlich nicht wünschenswert, daß ein Holzverarbeitungsbetrieb das im Augenblick so schwer zu beschaffende Holz für Deputatleistungen verwende. Eine andere Erscheinung liege darin, daß die polnischen Betriebe die Möglichkeiten auszunützen versuchten, sich im Reich billige Maschinen zu verschaffen. Auf der einen Seite betonten sie immer, daß sie mit dem gewährten Preis für ihre Erzeugnisse nicht auskämen, benutzten aber jede Gelegenheit, im Reich zu billigen Preisen Maschinen einzukaufen.

Wünschenswert wäre es, daß es gelänge, eine stärkere Erfassung der Produktion überhaupt zu erreichen und vor allem auch die alten Rohstoffabfälle und Einsparungsmaterialien in stärkerem Masse zu erfassen. Es habe sich gerade im Handwerk gezeigt, daß bei den durchgeführten Wehrmachtslieferungen sehr beachtliche Einsparungen an dem zur Verfügung stehenden Material möglich seien. Nur durch die straffe Zusammenfassung in den Arbeitsgemeinschaften sei es möglich, die so freiwerdenden Materialien der Wehrmacht zu erhalten und gegen eine Verschleppung in den polnischen Markt zu sichern.

Die Organisation der Zentralkammer, Distriktskammern und ihrer Untergliederungen sei in den vergangenen Monaten im wesentlichen eigentlich charitativ eingesetzt gewesen. Er scheine aber notwendig, daß man dieses Instrument mehr zu einem Führungsinstrument der Regierung ausbaut: Auf dem Gebiete der Menschenführung im Beruf müsse man durch eine Überwachung der Unternehmer eine bessere Betriebsführung bekommen und auf dem Gebiete der Menschenführung die nötigen Voraussetzungen für eine

Produktionssteigerung zu schaffen, wie sie der Raum leisten könne und brauche. Durch stärkere Überwachung der Betriebe müsse eine Besserung der Produktionserfassung herbeigeführt werden, damit ein fester Wirtschaftsplan durchgeführt werden könne. Neben der Betriebsführerbetreuung müsse auch die allgemeine Auftragsbetreuung in den Vordergrund gestellt werden. Innerhalb der Organisation habe er eine allgemeine Überprüfung der Personen angeordnet, die in den nächsten Monaten abgeschlossen werden würde.

Präsident Dr. Senkowsky führt aus, daß die Einnahmeentwicklung im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung im ersten Halbjahr dieses Jahres erbracht habe. Das sei in erster Linie auf die Erhöhung des Kriegszuschlages bei Branntweinerzeugnissen, aber auch auf eine festere Erfassung verschiedener Einnahmen zurückzuführen. So stünden den Gesamtsteuereinnahmen von 983 Millionen in der Zeit vom Januar bis Mai 1943 1084 Millionen in den gleichen Monaten des Jahres 1944 gegenüber, wobei noch berücksichtigt werden müsse, daß die Erhöhung des Kriegszuschlages erst im April dieses Jahres eingeführt worden sei. Dem gegenüber sei aber bei den Besitz- und Verkehrssteuern für die Monate April und Mai des Jahres 1944 im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Jahres 1943 ein Rückgang von 30 Millionen zu verzeichnen. Hier wirkten sich besonders in den östlichen Distrikten die Frontereignisse und die innere Unsicherheit aus.

Die Finanzverwaltung sei allen Dienststellen zu ausserordentlichem Dank verpflichtet, daß sie trotz der grossen Schwierigkeiten für ihre Aufgaben stets verständnisvolle Unterstützung finde. Das sei insbesondere auf der Einnahmeseite wirksam, und er hoffe, daß man den Haushalt in der vorgesehenen Weise abwickeln könne. Bei den Zöllen und Verbrauchssteuern sei im Vergleich zur gleichen Zeit des Jahres 1943 für die Monate April und Mai des Jahres 1944 eine Steigerung von 21 auf 26 Millionen festzustellen. Rohstoffmässig sei im grossen und ganzen gesichert, daß die haushaltsmässig vorgesehe-

nen Monopoleinnahmen bis zum Ablauf des laufenden Rechnungsjahres erzielt werden könnten. Die Monopolverwaltung treffe auch weiter Vorkehrungen, um durch Verlagerungen und Auflockerungen, durch Schaffung von Ausweichbetrieben auch bei schwereren Fliegerangriffen eine Noterzeugung im notwendigen Umfang aufrichten zu können.

Bei den Verwaltungseinnahmen sei ein leichter Rückgang feststellbar. Auf Grund der ausserordentlich begrüssenswerten Unterstützung seitens der Leitung der Emissionsbank sei es möglich gewesen, im Frühjahr dieses Jahres eine grössere Anleihe aufzunehmen, die es ermöglicht habe, den im vorigen Haushalt vorgesehenen Wehrbeitrag von 1,3 Milliarden im April dieses Jahres voll zu bezahlen. Auf den Wehrbeitrag des laufenden Jahres, der vorläufig auf 1,2 Milliarden festgesetzt sei, habe das Generalgouvernement bisher 150 Millionen Zloty bezahlt und werde in diesem Monat weitere 75 Millionen bezahlen. Der Kassenbestand der Hauptkasse habe bei Beginn des Rechnungsjahres 117 Millionen Zloty betragen, am 24. April nach Einfliessen der Anleihe 300 Millionen. Bis zum 1. Juni sei er auf 45,5 Millionen gesunken, betrage jetzt aber mit dem Stichtag vom 4. Juli 235 Millionen Zloty. Dazu komme noch eine Betriebsmittelreserve von 60 Millionen, die die Hauptkasse bei der Emissionsbank unterhalte. Die Hauptkasse habe z.Zt. mit keinerlei Schwierigkeiten zu kämpfen, und darum habe die Finanzverwaltung den Vorschlag unterstützen können, die polnischen Beamtengehälter ab 1. April rückwirkend zu erhöhen.

Infolge kriegsbedingter Mehrauslagen sei ein erheblicher Teil der unteren Kategorien der nichtdeutschen Beamten und Angestellten in seinen Einkünften nicht mehr auf das Existenzminimum gekommen. Schon vor Beginn dieses Haushaltsjahres habe der Herr Generalgouverneur dem Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung und ihm den Auftrag zur Ausarbeitung eines Vorschlages gegeben, wie diesem Zustand abgeholfen werden könne. In einer Besprechung aller Hauptabteilungsleiter seien dann ver-

schiedene Gesichtspunkte erörtert worden. Er habe den Vorschlag der Bezahlung eines Zuschusses gemacht, durch den ein gegenüber der Friedenszeit im allgemeinen stabil gebliebener Aufwand abgedeckt würde. Aus der Berechnung des Existenzminimums habe man dazu den Wohnungsaufwand ausgeschieden. Dieser Wohnungsgeldzuschuß werde nach der Ortsklasseneinteilung in 4 Abstufungen gegeben. Ferner werde das Existenzminimum bei allen Kategorien und eine Aufbesserung bei einer weiteren Anzahl von Kategorien durch eine Ausweichzulage erteilt, in der vorerst keine Dauereinrichtung gesehen werde, sondern die nur solange gezahlt werden solle, bis eine künftige günstigere Entwicklung einen Überblick darüber zulasse, ob sie notwendig sei oder nicht. Es handle sich also praktisch um eine Art Teuerungszulage, jedoch sei dieser Ausdruck in der Verordnung vermieden worden.

Praktisch wirke sich die vom Herrn Generalgouverneur am heutigen Tage unterzeichnete Verordnung so aus, daß die Gesamtsteigerung des bisher bezahlten von der erfaßten Gruppe an 90% betrage. Sie sinke stufenweise bis zur obersten Gruppe auf 10% ab, d.h. die wenigen polnischen Beamten mit einem bisherigen Gehalt von 1.000 Zl. erhielten nun ein Wohnungsgeld von 100 Zl., die bisher am schlechtesten Bezahlten 135 Zl., also 90% Erhöhung des bisherigen Zuschlages. Infolge rückwirkender Inkraftsetzung ab 1. April würden die polnischen Beamten und Angestellten eine grössere Bezahlung auf einmal in die Hand bekommen. Eine gleiche Erhöhung führe die Verordnung ein, die von der Hauptabteilung Arbeit für Angestellte und Arbeiter der freien Wirtschaft ausgearbeitet worden sei. Der Betrag von 200 Millionen Gesamtausgaben, den man für diese Erhöhungen in Aussicht genommen habe, werde überschritten.

Diese Gehaltaufbesserung bilde nur einen Teil einer grösseren Aktion, die einer besseren Versorgung der im öffentlichen Dienst Beschäftigten gelte. Man sei von

dem Grundsatz ausgegangen, daß durch Geld allein eine wirkliche Aufbesserung auch nicht zu erreichen sei.

Der Stand an Staatsanleihen betrage z.Zt. 864 Millionen Zloty. In diesen Anleihen kämen jedoch die weit grösseren Belastungen der Wirtschaft des Generalgouvernements in Folge der Kriegsereignisse nicht zum Ausdruck. In der diesjährigen Haushaltsverordnung sei eine beträchtliche Anleiheermächtigung für die Finanzverwaltung enthalten, und die bereits mit der Bankenaufsichtsstelle eingeleiteten Verhandlungen über die Begebung der Anleihen hätten einen sehr guten Verlauf genommen. Er richte an alle den Appell, darum bemüht zu sein, daß bei der grossen Geldflüssigkeit im Generalgouvernement auch polnische Kapitalkreise mit allen Mitteln und auf allen Wegen dazu herangezogen würden, daß sie den Kampf gegen den Bolschewismus, an dem sie als Kapitalbesitzer interessiert seien, dadurch unterstützen, daß sie der deutschen Verwaltung auf dem Anleihewege Kapital zur Verfügung stellten, das schließlich wieder der nichtdeutschen Bevölkerung dieses Raumes auch zugute komme. Es müßte möglich sein, einerseits über die wirtschaftlichen Organisationen, andererseits auch über gewisse kulturelle Organisationen, die von der Hauptabteilung Propaganda geführt würden, soweit Einfluß auf polnische wohlhabende Kreise zu gewinnen, um dort Schatzscheine der Regierung unterzubringen. Ausdrücklich stelle er dabei fest, daß diese Anleihe nicht notwendig für einen Ausgleich des Haushalts des Generalgouvernements sei, denn der Haushalt sei mehr aktiv, jedoch sei zur Bezahlung des Wehrbeitrages eine Anleihe notwendig. Die Finanzverwaltung werde bestrebt sein, in engster Zusammenarbeit mit dem Leiter der Bankenaufsichtsstelle bezw. der Emissionsbank diesen Weg erfolgreich zu beschreiten.

Präsident Naumann schildert eingangs die schweren Belastungen der Ernährungwirtschaft des Generalgouvernements, die durch den Fronteinbruch entstanden seien. Trotzdem habe die Versorgung der Bevölkerung im fünften Kriegswirtschaftsjahr im grossen und ganzen im vorgesehenen Umfang aufrechterhalten werden können. Nur auf dem Gebiet der Fettversorgung habe man den Plan nicht restlos durchhalten können und am 1. Mai dieses Jahres eine teilweise sehr fühlbare Senkung durchführen müssen. Jedoch habe man sich bemüht, entweder durch Sonderzuteilungen oder auch durch laufende Zuteilungen insbesondere an Werk- und Betriebsküchen einen Ausgleich zu schaffen. Ab 1. August trete eine weitere Verbesserung der Betriebsküchensonderzuteilungen in Form von Zuteilungen von Würze und Suppenmehl in Kraft. Weiter sei die E. und L. bestrebt, durch Sonderzuteilungen (Schmelzkäse, Getreidemehl usw.) die entstandenen Versorgungslücken auf dem Gebiete der Kartoffelversorgung so abzumildern, daß man im grossen und ganzen auch den Anschluß an die neue Kartoffelernte erreiche.

Die Erwartungen, die man in den Verlauf der zurückliegenden Erzeugungsschlacht gesetzt habe, seien dank des hervorragenden Einsatzes der Millionenzahl der fremdvölkischen Landwirtschaft, dank einer günstigen Natur und dank des Einsatzes aller Dienststellen bis zum letzten Wojt so geglückt, daß eine gute Getreideernte heranwachse. Nur in Galizien und im Distrikt Krakau von Reichshof an beginnend stehe der Roggen sehr dünn; zu hoffen aber sei, daß ein Teil der Ausfälle in diesen Gebieten durch den heranwachsenden Weizen ausgeglichen werde. Bei Kartoffeln und Hackfrüchten könne man noch keine Angaben machen. Bei Zucker werde man mit unerhörten Schwierigkeiten zu rechnen haben, da die Anbaufläche für Zuckerrüben infolge der Besetzung des östlichen Galiziens und infolge der Anbauausfälle in Lublin sehr beengt sei. Wahrscheinlich müsse man auf dem Tauschwege mit anderen Ländern Europas versuchen, die Lücke

auch nur in etwa zu schliessen.

Vor dem Generalgouvernement stehe nun die härteste Belastungs- und Bewährungsprobe, die Erfassung der heranwachsenden Ernte. Die bewährten Methoden der 4 vergangenen Jahre würden dabei helfen, insbesondere werde sich die gut bewährte Methode des Prämienplanes noch weiter vervollkommenen und eine neue Serie von Prämienmarken mit dazu beitragen, eine reibungslosere Abwicklung der Erfassungsarbeit durchzuführen. Auf der anderen Seite werde zweifellos die Entwicklung der gesamten Sicherheitsfrage eine entscheidende Bedeutung haben. Im vergangenen Jahr sei es dank der hervorragenden Mithilfe von SS, Polizei und Wehrmacht gelungen, im gesamten Gebiet des Generalgouvernements ein weitgegliedertes Stützpunktsystem aufzubauen, das es ermöglicht habe, bei einer auftretenden gewissen Renitenz der landwirtschaftlichen Bevölkerung sofort zuzupacken.

Momentan seien Besprechungen im Gange, um auch heuer wieder ein solches Stützpunktsystem zu erstellen. Hoffentlich gelinge in gemeinsamer Mithilfe von Heeresgruppe Nord, jetzt wahrscheinlich auch Heeresgruppe Mitte, von Wehrkreis, SS und Polizei und durch die jüngst erfolgte Zusage einer Hilfe durch Reichsführer SS Himmler dieser Aufbau für die Monate August, September, Oktober und November. Dann werde man sicherlich wieder soviel an wichtigsten landwirtschaftlichen Produkten in die Hand bekommen, um das 6. Kriegswirtschaftsjahr durchhalten zu können. Allerdings werde eine ausserordentlich schwierige Situation auf dem Gebiete der Lagerfrage entstehen. Die E. und L. habe sich bisher bemüht, soviel Lagerraum zu schaffen, um die gewaltigen Erfassungsmaßnahmen in kurzer Zeit durchzuführen. Durch das Hereinkommen verschiedener militärischer Dienststellen habe eine Reihe dieser Lager jedoch abgegeben werden müssen, und ~~so~~ auf heute sei man noch nicht am Ende. Nun aber könne kein qm Lagerraum abgegeben werden. Voriges Jahr habe man noch 350 Tausend to Reichsleistungen sofort ins Reich abtransportiert,

können. Wenn heuer eine Reichsleistung überhaupt in Frage komme, dann müßten diese Produkte im Lande gelagert werden, da sie nicht ausreichten, den Bedarf der Heeresgruppe und des WiG zu decken. Aus Verkehrsgründen könne man diese Getreidemengen nicht erst nach Mitteldeutschland fahren und dann bei Bedarf wieder zurückholen.

Die für die Prämienaktion benötigten Prämienwaren seien im grossen und ganzen zur Verfügung gestellt, zugesagt von den einzelnen Hauptabteilungen und der Generaldirektion der Monopole. Notwendig sei es, daß diese Zusagen gehalten würden, da sonst der Plan in seiner Gesamtheit gefährdet sei.

Die Reichsleistung bilde z.Zt. den Gegenstand von Verhandlungen. Er habe dabei erklärt, daß in erster Linie die Bedürfnisse der Bevölkerung dieses Raumes zu sichern seien, und daß dann erst über eine Reichsleistung gesprochen werden könne. Das Gleiche gelte auch für die Versorgung der Heeresgruppe oder des WiG. Erst wenn die Erfassung eine bestimmte Höhe erreicht habe, z.B. bei Getreide 1,063 Millionen to, könne das Generalgouvernement an eine Reichsleistung denken. Er glaube, daß die Dienststellen des Reiches einsehen werden, daß bei dem augenblicklichen Stand der Dinge nur nach diesem System gearbeitet werden könne.

Einige Worte zur Verbesserung der Versorgungslage der fremdvölkischen Beamten und Angestellten. Hier habe der Agrarsektor praktisch schon ab 1. September bezw. Oktober 1943 in gewissem Umfang Vorleistungen erbracht. Eine Familie mit 2 Kindern habe damals bei Brot Zulagen von 51%, bei Zucker 47%, bei Marmelade 36%, bei Fleisch 65%, bei Kartoffeln 50%, bei Fett 300% bekommen; von letzterem habe allerdings wieder ab 1. Mai 1944 ein grosser Teil abgestrichen werden müssen. Wenn er ein ehrlicher Hausvater sein wolle, dann könne er jetzt eine Erhöhung der Rationen für die fremdvölkischen Beamten und Angestellten nicht durchführen. Zwei wichtige

Momente aber gebe es, die eine Verbesserung mit sich brächten, nämlich ein weitgehender Ausbau der Betriebs- und Werkküchen und 2. das Binden der fremdvölkischen Angestellten und Arbeiter und ihrer Familien an bestimmte Verteilungsstellen. Dieses System sei bei der fremdvölkischen Polizei ausprobiert worden und habe sich hervorragend bewährt. Durch Einführung dieses Systems für sämtliche fremdvölkischen Angestellten und Arbeiter und ihre Familienangehörigen werde tatsächlich die Menge an Nahrungsmitteln, die vom Distrikt oder der Kreisinstanz zugeteilt worden sei, in diese Hände kommen, und es werde keine Wege geben, die nicht im deutschen Sinne lägen. Wenn nach diesem System gearbeitet werde, dann werde auch hier noch eine weitere fühlbare Verbesserung auf dem Ernährungssektor dieser Kategorie eintreten.

Allen beteiligten Dienststellen danke er herzlich für ihre Unterstützung, und er habe nur den Wunsch, daß die kameradschaftliche Zusammenarbeit weiter so anhalte.

Präsident Gerteis führt aus, daß sich die Auswirkung der Lage an der Ostfront auf die Ostbahn bisher durchaus in erträglichem Masse gehalten habe; Sie sei natürlich am größten in den Distrikten Warschau und Lublin. Man habe nicht vermeiden können, daß ein gewisser Rückstau der zur Front laufenden Züge in diesen Distrikten eingetreten sei. Dieser Rückstau bewege sich aber in mässigen Grenzen und könne keine Behinderung des Betriebes darstellen, zumal der Ausbau der Bahnhöfe östlich Weichsel und San fertiggestellt sei. Auch die Rückführung des Räumungsgutes aus Weißrußland habe bisher zu keinen Schwierigkeiten geführt, sodaß die Wagengestellung für die Bedürfnisse des Generalgouvernements seit Mai eine Rekordzahl erreicht habe, die mit 185 Tausend Waggons 45% höher als im Mai 1943 sei. Selbstverständlich arbeitete davon der grössere Teil für die Wehrmacht.

Im Bezirk habe ein grösserer Luftangriff auf Bahnhöfe mit grösserem Schaden bei der Ostbahn stattgefunden. Hier könne er feststellen, daß alle beteiligten Behörden und die Wehrmacht sich mit allen Mitteln zur sofortigen Beseitigung der Schäden eingesetzt haben, sodaß der Betrieb gleich wieder hätte aufgenommen werden können. In dieser Hinsicht erinnere er daran, daß ein Erlaß des Reichsführers SS Himmler den Behörden und der Wehrmacht es zur Pflicht gemacht habe, der Bahn bei der Beseitigung solcher Schäden sofort mit allen Mitteln zu helfen. Den Erlaß des Führers, wonach die Rüstungsindustrie davon ausgenommen sei, bezeichnet Präsident Gerteis als nicht sehr ins Gewicht fallend, da sich eine Aushilfe durch die Rüstungsindustrie in sehr bescheidenen Grenzen halte.

Die Sicherheitslage habe sich seit der Aktion im Bilgorajer Wald leicht gebessert. Die Bahnlinie Lublin-Zamosc-Rawa-Ruska-Lemberg sei wieder voll in Betrieb. Das Personal habe sich inzwischen von 150 Tausend auf 135 Tausend vermindert, das seien daß Personal der verlorenen Teile von Galizien und diejenigen, die an den Spitzenstrecken vom Dienst fern blieben. An ihre Stelle seien 21 Tausend Deutsche in den fordersten Strecken eingesetzt.

Die Ernährungslage sei bis auf die Fettversorgung an sich befriedigend. Hier sei die Differenz zwischen der Fettversorgung der Rüstungsbetriebe und der vergleichbaren Teile der Ostbahn so groß, daß Auswirkungen nicht ausbleiben könnten. So sei in den Ausbesserungswerken in Warschau mit ihren 8 000 Arbeitern die ausbleibende Zahl wieder auf 30% gestiegen gegenüber früher 10 bis 12%. Dieser Zustand wirke sich natürlich auf die Ausbringung reparierter Loks und Wagen aus. Vielleicht könne man nach der neuen Ernte eine andere Verteilung eintreten lassen, daß die vergleichbaren Teile mit der Rüstungsindustrie ungefähr die selben Rationen bekämen.

Die Lohn- und Gehalterhöhung werde der Ostbahn 75 Millionen kosten.

Auf dem Bausektor sei die Rochade-Linie von Malkinia über Lublin nach Przemysl am 1. August fertiggestellt. Neue Forderungen des OKW erstreckten sich auf den Ausbau der Beskidenbahn, der Strecke Tschenstochau-Kielce und der Bahn von Krakau nach Tunel. Ein weiteres dringendes Bedürfnis sei die Fertigstellung der Ersatzausbesserungswerke in Krakau und Tarnow für die in Galizien verlorenen Werke Lemberg, Stanislau und Stryj. Derzeit leide der Bau an Zementmangel.

Der Finanzjahresabschluß 1943 sei fertiggestellt und werde in kurzer Zeit vorgelegt. Das Jahr 1943 sei das wirtschaftlich beste Jahr gewesen, das die Ostbahn bisher erlebt habe. Die Einnahmen hätten ermöglicht, alle notwendigen Rückstellungen vorzunehmen und auch die ausreichende Rücklage zu dottieren.

Grosse Sorgen bereite die Entwicklung in diesem Jahr. Der Rückgang der Einnahmen sei ausserordentlich groß, während sich die Ausgaben gegenüber denen des Jahres 1943 noch gesteigert hätten. Die Schuld dafür liege in dem grossen deutschen Personal, daß sich von 9 000 auf 21 000 Leute gesteigert habe, und im Rückgang der Zugleistungen unter die Leistungen des Jahres 1942. Weiter sei daran Schuld ~~durch~~ die Belastung der Beförderungssteuer, Erhöhung der Löhne für Nichtdeutsche (75 Millionen) und Erhöhung des Tagegeldes für die Deutschen (ungefähr 30 Millionen). Ein Ausgleich im Jahre 1944 werde sich nach dem jetzigen Stand der Einnahmen und Ausgaben nicht ermöglichen lassen; es werde daher notwendig sein, bald an eine Erhöhung der Beförderungspreise heranzutreten, oder der Ostbahn irgendwelche Erleichterungen zu gewähren, damit der Jahresabschluß kein Minuszeichen aufweise.

f.3

Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei SS-Oberführer Bierkamp berichtet kurz über die gegenwärtige Tätigkeit der Widerstandsbewegungen. Die Nationale Widerstandsbewegung habe ständig mobilisiert und ihre Kräfte verstärkt, auch die Kommunistische Widerstandsbewegung habe offenbar unter dem Druck sowjetrussischer Führer eine Verstärkung ihrer Kraft erfahren. Eine Aufstandgefahr bestehe aber augenblicklich nicht, da von England ein Aufstand z.Zt. nicht gewünscht werde. Daher könne er für die nächste Zeit eine günstige Prognose stellen. Andererseits würden Sabotageakte demnächst wohl zunehmen.

Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt führt aus, daß die Arbeit der Forstverwaltung in den letzten Wochen und Monaten in erster Linie der Bereitstellung des erforderlichen Holzes für den Stellungsbau in der östlichen Hälfte des Generalgouvernements gegolten habe. Trotz aller Schwierigkeiten habe dieser Bedarf wie auch der allerwichtigste Bedarf sonst z.B. für die Eisenbahn noch leidlich gedeckt werden können. Im Distrikt Galizien sei der Betrieb wieder einigermassen in Gang gekommen; die grossen Sägewerke in den Karpaten arbeiteten wieder, und auch die Holzabfuhr laufe im allgemeinen unter dem Schutz der Wehrmacht. Im Distrikt Lublin habe man nach Beendigung der Großaktion einen generellen Holzmobilmachungsplan aufgestellt, der vorsehe, daß die noch vorhandenen 150 000 Festmeter Holz herausgebracht, in den Sägewerken eingeschnitten und dann der Front zur Verfügung gestellt werden könnten. Es sei vorgesehen, daß mit Hilfe von 7 Stützpunkten, für die die Wehrmacht Truppen bereitstellen werde, 12 grössere Sägewerke in Gang gesetzt würden. 900 Gespanne seien in das Gebiet gebracht worden, und man wolle versuchen, noch vor Beginn der Ernte möglichst viel Holz herauszuholen.

In den Distrikten Warschau und Krakau Laufe der Betrieb verhältnismässig gut. In einzelnen Kreisen des Distrikts Radom sei der Betrieb zum Erliegen gekommen.

Man wolle aber versuchen, mit Hilfe der Wehrmacht die Holzwirtschaft in diesen Gebieten wieder aufzunehmen, vor allem angesichts der Tatsache, daß die Wehrmacht jetzt eine Tankholzaktion starte, da sie sich weitgehend auf Generatorfahrzeuge umstellen wolle. Die Wehrmacht sei bereit, Kräfte für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen, und zwar für das Gebiet im Distrikt Radom 1 Bataillon, ebenso für das zweite Gebiet im Bilgorajer Wald, auf das sich die Tankholzaktion ebenfalls erstrecken solle. In einem dritten Gebiet, das in den Beskiden zwischen Neu-Sandez und Sanok liege, solle hauptsächlich die Luftwaffe eingesetzt werden.

Die Leistung in den 3 westlichen Distrikten sei trotz der erschwerten Verhältnisse besser gewesen als im letzten Jahr, was wohl in der Hauptsache der Auswirkung der Holzmobilmachung zu danken sei. In den drei Distrikten Krakau, Warschau und Radom sei bis zum 1. Juli 1944 zum mindesten noch mehr Holz herausgefahren worden als im vorigen Jahr. Aber diese Mehrleistung reiche nicht aus, um die grossen Ausfälle in den Distrikten Lublin und Galizien absolut auszugleichen. Deshalb müsse man in diesem Jahr dafür sorgen, daß die Abfuhr, die ja während der Ernte einen gewissen Rückgang erleide, auch während der Ernte möglichst in Gang bleibe.

Die Versorgungsgrundlage für die Front und die Kriegswirtschaft sei im Generalgouvernement auf etwa ein Siebentel zurückgegangen. In den besten Zeiten habe die siebenfache Waldfläche der gegenwärtig zur Verfügung stehenden ausgenutzt werden können. Man könne jetzt die Produktion nicht einfach versiebenfachen, weil ja die Produktionsmöglichkeit in erster Linie von der Arbeiter- und Transportkapazität abhänge. Deshalb sei es unbedingt notwendig, daß das Reich nunmehr an der Versorgung der Ostfront, der Rüstungsindustrie und der Kriegswirtschaft des Generalgouvernements teilnehme.

1

Mit dem Reichsforstamt geführte Verhandlungen seien im besten Einvernehmen verlaufen, man habe eingesehen, daß sich das Reich hier beteiligen müsse. In der Praxis hätten sich allerdings gewisse Schwierigkeiten ergeben, und die Durchführung der geplanten Hilfe gehe nur sehr zögernd vor sich. Es handle sich hier aber um eine Frage, von deren Lösung weitere Versorgung abhänge. Er bitte deshalb, dem Herrn Generalgouverneur in den nächsten Tagen über diese Frage einen Sondervortrag halten zu dürfen, mit dem Ziel, daß sich der Herr Generalgouverneur persönlich einschalte.

Die Harznutzung und die Nebenproduktion der Forstverwaltung leide auch unter der Sicherheitslage. Sie sei aber schließlich nicht so wichtig wie die Holzversorgung. Jedenfalls hänge die weitere Entwicklung in erster Linie von der Gestaltung der Sicherheitslage und der Möglichkeit ab, Exekutivkräfte bereitzustellen. Wenn die Forstverwaltung genügend Exekutive zur Verfügung hätte, dann wäre es der Forst- und Holzwirtschaft des Generalgouvernements möglich, auch den größten denkbaren Stoßbedarf in kurzer Zeit zu befriedigen. Wenn diese Exekutive auch für absehbare Zeit nicht in genügendem Masse zur Verfügung stehen werde, so werde doch die Forstverwaltung versuchen, unter den gegebenen Verhältnissen das Möglichste zu erreichen.

Der Herr Generalgouverneur gibt in diesem Zusammenhang Kenntnis davon, daß sich Generalfeldmarschall Milch in einem Schreiben bereit erklärt habe, dem Antrage des Generalgouverneurs wegen der "Delta" zu entsprechen. Die "Delta" werde in die Forstverwaltung eingebaut, erhalte eine eigene Handelsgesellschaft und werde dem Befehl der Forstverwaltung unterstellt.

Präsident Struve führt aus, daß die Reichsleistung für die Arbeitergestellung mit 67 315 Mann zu 67% erfüllt sei. Die Weiterführung dieser Aktion laufe ohne Beunruhigung des Landes, und es sei anzunehmen, daß das Kontingent zum Ende des Jahres zu erfüllen sei. Der Dis-

trikt Warschau habe sein Kontingent zu 100% erfüllt. Vorgesehen sei, daß die aus dem Reichskommissariat Ukraine eingesiedelten Menschen ohne weiteres für die Arbeit im Reich vermittelt würden und ihre Zahl auf die Leistung des Generalgouvernements angerechnet werde.

Die Tätigkeit der Arbeitsämter im Generalgouvernement habe angesichts des gewaltigen Bedarfs der Wehrmacht an Arbeitskräften eine erhebliche Zunahme erfahren. Bezeichnend bei dieser Zunahme der Tätigkeit sei eine sehr scharfe Konzentration in den wichtigsten Fertigungen. Nicht berücksichtigt seien dabei die Zuweisungen für die Baumaßnahmen sowohl hinsichtlich des Strassenbaues wie des Bauprogramms der Ostbahn und der Festungsarbeiten. Die Wehrmacht sei damit die stärkste Bedarfsträgerin an Arbeitskräften geworden. Der Bedarf der Rüstungsindustrie habe immer gedeckt werden können. Schwierigkeiten bereite nach wie vor die Bereitstellung von Spitzenkräften, von Facharbeitern usw., die nicht mehr in dem gewünschten Umfange zu finden seien. Deshalb müßten auch nach Ansicht der Rüstungsinspektion und der maßgebenden Reichsdienststellen Unternehmungen, die eine Produktion im Generalgouvernement aufnehmen wollten, Führungspersonal und entsprechende Fachkräfte mitbringen.

Ministerialrat Rhetz nimmt zur Frage der Tariflöhne Stellung und weist darauf hin, daß die Hauptabteilung Arbeit in Anlehnung an die Erhöhung der Beamtengehälter der Fremdvölkischen die Tarifordnung für im öffentlichen Dienst beschäftigte Angestellte und Arbeiter neu ausgearbeitet habe. In enger Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung Finanzen seien die Erhöhungssätze errechnet und auf die gleiche Höhe gebracht worden. Kleine Unterschiede hätten sich daraus ergeben, daß bei den Beamtengruppen nur ein einziger Satz neu festzusetzen gewesen sei, während bei den Angestellten lebensaltermässig acht Sätze neu zu berechnen gewesen seien. Auch hier sei wie bei den Beamten mit Sonderzulagen gearbeitet worden, und die Erhöhungen hielten sich im gleichen Rahmen. Für die freie Belegschaft habe man bereits im

Mai versuchsweise eine neue Tarifordnung als Richtlinie durchzusetzen begonnen. Aus der freien Wirtschaft habe man zahlreiche zustimmende Mitteilungen erhalten und könne daraus entnehmen, daß man mit diesen Sätzen etwa das Richtige getroffen habe. Auch für die freie Wirtschaft beständen jetzt keine Bedenken, die von dem Generalgouverneur angeordnete Erhöhung unter Berücksichtigung der neuen erhöhten Sätze für die Privatwirtschaft durchzuführen. Es werde nicht schwierig sein, vom 1. April 1944 an in Übereinstimmung mit dem Sektor der öffentlichen Hand zu einer befriedigenden Regelung zu kommen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß die Frage, ob nicht über diese finanziellen Zuwendungen an die fremdvölkischen Beamten und Angestellten hinaus noch sachliche Zuwendungen erfolgen sollten, ihn ebenso wenig interessiere wie die Frage, was die fremdvölkischen Beamten und Angestellten mit den erhöhten Summen machen könnten. Entscheidend sei für ihn ein psychologisch politisches Moment gewesen: es habe sich als dringend notwendig herausgestellt, auch einmal von seiten der Regierung positiv die jahrelange treue und selbstlose Mitarbeit der loyalen fremdvölkischen Beamten und Angestellten anzuerkennen. Diese fremdvölkischen Beamten und Angestellten sähen, daß sich die deutsche Führung dieses Raumes um sie kümmere, und dieses psychologische Moment halte er für ausserordentlich beachtlich besonders im gegenwärtigen Zeitpunkt.

Der Präsident der Hauptabteilung Gesundheitswesen Professor Dr. Teitge führt aus, daß man die Seuchenlage im allgemeinen als günstig bezeichnen könne. Entsprechend der Jahreszeit habe die Ruhr und auch die Malaria etwas zugenommen. Ostwärts des Bug bestehe in Rußland eine schwere Fleckfieberepidemie. Er habe dem ungarischen Armeekorps auf dessen Ersuchen 20 000 Portionen Fleckfieberimpfstoff und auch Typhusimpfstoff zur Verfügung gestellt. Im Distrikt Krakau sei diese Gefahr beseitigt worden, lediglich im Distrikt Galizien sei z.Zt. eine

erhebliche Zunahme der Fleckfiebererkrankungen festzustellen. Sie sei auf die Kriegsereignisse zurückzuführen und könne von der Gesundheitsverwaltung nicht bekämpft werden, weil sie in den besetzten Zonen nicht arbeiten könne. - Nach ihm gewordenen, allerdings nicht nachprüfbaren Berichten solle in Kiew Cholera und Pest ausgebrochen sein.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert SS-Oberführer Bierkamp, aus Aussagen von Gefangenen und Überläufern ergebe sich, daß in der Nähe der Front Fleckfieber und noch eine andere Krankheit, deren Name ihm nicht bekannt sei, herrschten. In der Gegend von Schitomir-Kiew solle Cholera ausgebrochen sein, es werde auch von Pest gesprochen.

Professor Dr. Teitge bemerkt, daß von der Gesundheitsverwaltung das Notwendige veranlaßt worden sei. Er habe Präsident Dr. von Craushaar gebeten, eine Aktion zu diesem Zweck durchzuführen. Man lasse Impfstoff sowohl gegen Pest wie gegen Cholera herstellen, mit dem die Deutschen geimpft werden könnten. Leider sei es vorgekommen, daß Entlausungsanstalten durch Belegung mit Wehrmachtsteilen ihrem eigentlichen Zweck entfremdet worden seien. Dabei seien auch für die Entlausung wichtige Anlagen und Apparate zerstört worden. Der Wehrkreisarzt habe den Befehl erlassen, daß Entlausungsanstalten nicht als Unterkünfte benutzt werden dürften. Auch Präsident Dr. von Craushaar wolle den Kreishauptmännern die Weisung geben, dafür zu sorgen, daß die Entlausungsanstalten nicht ihrem Zweck entfremdet würden.

Schwierigkeiten mache gegenwärtig die Luftschutzfrage. Der Befehl des Reichsministers Dr. Goebbels, nach welchem die Deutschen aus den Krankenhäusern entfernt werden sollten, sei z.Zt. noch nicht durchgeführt. Vertreter des Reichsinnenministeriums und des Reichsluftfahrtministeriums wollten die Krankenhäuser aus diesem Grunde besichtigen. Das Deutsche Distriktskrankenhaus verfüge über ausgezeichnete Luftschutzanlagen,

und ein Grund für eine Evakuierung dieses Krankenhauses z.B. liege nicht vor. Die Hauptabteilung Gesundheitswesen verfüge über keine Räume, in die die zu entfernenden Kranken gebracht werden könnten. Gleichwohl habe das Reichsluftfahrtministerium 300 Betten in Zakopane der Stadt Berlin zur Verfügung gestellt.

Präsident Bauder berichtet über die Tätigkeit der Bauverwaltung. Sie sei durch die Ereignisse an der Front und die Entwicklung auf dem Rüstungssektor stark beeinflußt. Hinsichtlich des Rüstungssektors sei es bis heute gelungen, die an sich unmöglich erscheinenden Termine vollkommen durchzuhalten. Das sei nur möglich gewesen, weil diese Arbeiten von allen Dienststellen des Generalgouvernements in vorbildlicher Weise unterstützt worden seien. Natürlich sei es unmöglich, daß gleichzeitig mit einer ungeheueren Steigerung der Kapazität die Mengen an Rohstoffen, Zement, Holz und Treibstoff in noch grösserem Ausmasse als bisher gekürzt würden. Die Lage hinsichtlich der Beschaffung des notwendigen Zements sei absolut katastrophal. Z.Zt. ständen nur noch 5% des Zements zur Verfügung, der früher habe verarbeitet werden können.

Der Strassenbau sei weitgehend durch die Ereignisse an der Front bedingt. In dem Gebiet westlich Galizien seien gegenwärtig 75 km im Bau, in Galizien selbst 1 000 km. 2 400 km Strassen müßten instand gehalten werden. Dazu komme die Verstärkung sämtlicher Brücken für eine Belastung von 48 to. Es sei gelungen, dank der Mithilfe der Forstverwaltung auch diese Arbeiten bis zu 60% fertigzustellen. Im Distrikt Lublin seien 680 km Strassen neu instand zu setzen. Weitere grosse Vorhaben der Heeresgruppe Mitte seien gefordert. Was den Energiesektor angehe, so seien 300 km Leitung im Laufe dieses Jahres fertiggestellt worden, weitere 380 km seien im Bau. Das Kraftwerk Krosno sei jetzt für 33 000 kW ausge-

baut, in den nächsten Monaten werde der Endausbau für 50 000 kW fertiggestellt sein.

Gewisse Besorgnisse beständen hinsichtlich der Entwicklung auf dem Gebiet des Luftschutzes. Fertiggestellt bezw. noch im Bau seien 823 Bauvorhaben mit einem Kostenaufwand von 125 Millionen Zloty. Man müsse überlegen, ob hier nicht vielleicht im einzelnen doch etwas zu weit gegangen wäre. Maßgebend dafür sei ja auch, inwieweit die Hauptabteilung Finanzen in der Lage und gewillt sei, die finanzielle Belastung zu übernehmen.

IX/8
4

Präsident Dr. Eichholz führt aus, daß in den Distrikten Galizien und Lublin der Betrieb in allen Schulen zum Stillstand gekommen sei. In Warschau habe man die Schulen wegen erhöhter Luftgefahr schliessen müssen. Einzelne Schulen in den östlichen Kreisen des Distrikts Krakau lägen ebenfalls still, die Kinder habe die HJ nach Niederschlesien und dem Sudetengau verschickt. Beim nichtdeutschen Schulwesen zeige sich ungefähr der gleiche Zustand. Für die Ukrainer habe man in Krynica ein Gymnasium errichtet, das gut besucht werde und den Ukrainern die Möglichkeit gebe, den Abschluß ihres Gymnasialstudiums durchzuführen. Die Fachkurse in Lemberg seien bereits seit Ende März geschlossen, nur die forstwirtschaftliche, medizinische und tierärztliche Abteilung führten noch einen beschränkten Betrieb weiter.

Die Bibliotheken in Lemberg und Lublin seien zwar noch in Betrieb, aber die vom Standpunkt der deutschen Fachliteratur wertvollen Bücher seien bereits in Sicherheit gebracht worden. Eine ähnliche Aktion werde demnächst in der Staatsbibliothek Warschau durchgeführt.

Auf die Worte des Präsidenten Dr. Eichholz, daß die schon seit langem angekündigte Übergabe des Amtes für die Pflege alter Kunst noch nicht durchgeführt sei, erklärt auf Befragen durch den Herrn Generalgouverneur Ministerialrat Dr. Weh, daß die Angelegenheit vorbereitet und am 12. Juli stattfinden werde.

Präsident Dr. Lauxmann weist in seinen Ausführungen auf ein Problem hin, das die Deutsche Post Osten in den letzten eineinhalb Jahren in steigendem Masse beschäftigt habe. Infolge der Einrichtung nur noch kriegswichtigen Fernsprechanschlüsse nehme die Zahl der Vielsprecher ständig zu, während die der Wenigsprecher abnehme. Auf diese Weise sei auf dem Fernmeldegebiet eine Verknappung und Versteifung eingetreten, der die Anlagen nicht mehr gewachsen seien. Vor fast einem Jahr habe man dem durch die Einteilung der Gespräche in 3 Gruppen

zu begegnen versucht: Sondergruppe für wichtige Gespräche der Wehrmacht und dringende Staatsgespräche, Gruppe 1 für Gespräche der deutschen Dienststellen und die Rüstungsfirmen, Gruppe 2 für Gespräche der deutschen Firmen und einige polnische Zulieferfirmen der Rüstungsindustrie. Auf Grund dieser Gruppeneinteilung könne man heute die Feststellung machen, daß in den wichtigsten Stunden der Fernmeldeverkehr nur noch Sache der Deutschen sei. An Hand der gesammelten Erfahrungen in Galizien sei die Post dazu übergegangen, heute schon in sämtlichen Distrikten in der Post wieder zwischen Dienstpost und allgemeiner Post zu unterscheiden, damit, sollte es die Frontlage erforderlich machen, ohne weiteres die allgemeine Post eingeschränkt werden könne. Sämtliche Deutschen, die bei deutschen Dienststellen beschäftigt seien, könnten Dienstpost versenden, ausserdem auch nichtdeutsche Firmen, die einen entsprechenden Antrag des Kreishauptmanns oder der Rüstungsinspektion beibringen würden.

Der Inspekteur des Sonderdienstes Dr. Hammerle führt aus, daß der Sonderdienst als zusätzliches Instrument der Verwaltung auf Grund eines Befehls des Herrn Generalgouverneurs weiter ausgebaut werde. Bis heute habe er eine Stärke von 3 000 Mann gehabt. Nun aber seien dem Sonderdienst Aufgaben übertragen worden, die denen der früheren nicht mehr vergleichbar seien. Aus diesem Grunde habe der Herr Generalgouverneur befohlen, eine andere Gliederung des Sonderdienstes, der bisher in Kommandos aufgeteilt gewesen sei, vorzunehmen. Diese Umorganisation habe begonnen, und der Sonderdienst stehe jetzt mit 7 Bataillonen, davon 5 in den Distrikten in Stärke von 3 bezw. 2 Kompanien. Jeder Gouverneur habe für seinen Distrikt ein Bataillon zur Verfügung. Diese Organisationsänderung sei aber nicht etwa mit einer Verringerung des Einflusses des Kreishauptmanns auf sein Kommando verbunden. In den Kommandos selbst würden keine

4/3

personellen Veränderungen vorgenommen. Die Umorganisation sei notwendig gewesen, um den Befehl des Herrn Generalgouverneurs, vermeidbare Verluste auszuschalten, durchzuführen, denn in Form des losen Aufbaues der bisherigen Kommandos sei diese Forderung nicht zu erfüllen gewesen. Diese Umorganisation habe man jedoch erst durchführen können, als auf eine persönliche Anordnung Generalfeldmarschalls Keitel Generalleutnant Schmundt verschiedene Offiziere und Unteroffiziere zur Führung und Ausbildung der Einheiten abgegeben habe. Diese Offiziere hätten ihren Dienst angetreten und ihre erste Aufgabe bestehe z.Zt. darin, die Sonderdienstangehörigen waffenmässig zu überholen und weiter auszubauen.

Während der Sonderdienst früher vor allem für Dolmetscherdienste, Steuereintreibungen und Ordonanzdienste eingesetzt gewesen sei, müsse er heute eine Bandenbekämpfungstätigkeit ausüben. Aus diesem Grunde sei eine andere Bewaffnung erfolgt und auch eine andere Ausbildung. Er bitte die Gouverneure um Einwirkung bei den Kreishauptleuten, ihren Sonderdienstkommandos die zur Ausbildung notwendigen Tage unbedingt zur Verfügung zu stellen.

Bei der Rekrutierung von Ersatz ergäben sich bei dem kleinen Reservoir an Volksdeutschen grosse Schwierigkeiten, da von hundert Einberufenen fünfzig bis sechzig von den Dienststellen der Verwaltung und den kriegswichtigen Betrieben als unabkömmlich erklärt werden. Diese Leute würden auch meist uk gestellt. Mit Genehmigung des Herrn Generalgouverneurs würden nunmehr seit einigen Wochen erstmals Deutschstämmige eingezogen. Dies stelle ein gewisses Wagnis dar, da diese Leute zu einem wesentlichen Teil polnisches Blut besässen. Die erste jetzt abgeschlossene Ausbildung habe aber gezeigt, daß sie mit Lust und Liebe ihren Dienst machten und als zuverlässig betrachtet werden könnten. Sie kämen im Laufe dieser Tage zum Einsatz und würden insbesondere dem neu aufgestellten Sicherungsbataillon zugeführt.

Die Verstärkung des Sonderdienstes sei an den zur Verfügung stehenden Raum gebunden. Im Ersatzbataillon Krakau könnten 400 Rekruten für ihre dreimonatliche Ausbildungszeit Aufnahme finden. Eine Vergrösserung dieser Zahl sei nur möglich, wenn die Wehrmacht einen Teil der Ausbildung abnehme. Seiner Ansicht könnten aber auch die zur Verfügung stehenden 3 000 Mann des Sonderdienstes noch zweckmässiger eingesetzt werden. Heute noch würden die Sonderdienstangehörigen zu sehr für Bodendienste, Steuereintreibung, Ordonanzdienste usw. eingesetzt. Dies sei in der Jetztzeit nicht mehr zu verantworten, und die Wehrmacht stelle diese Leute nur uk, damit sie als Waffenträger die gleichen Aufgaben wie die Wehrmacht erfüllten. Deshalb sei es erforderlich, daß die Aufgaben, die früher der Sonderdienst durchgeführt habe, von zuverlässigen polnischen Angestellten gemacht würden, damit der Gouverneur sein Bataillon jeweils an Brennpunkten einsetzen könne.

Gerade jetzt, da man Deutschstämmige einziehe, sei das Gebiet der Schulung und Fürsorge sehr wichtig. Diese Menschen besässen keine Vergangenheit wie die jungen Reichsdeutschen, kämen nicht aus der HJ, sondern würden erstmals beim Sonderdienst mit dem Gedankengut der nationalsozialistischen Weltanschauung vertraut gemacht. Deshalb sei es erforderlich, daß sich die Kreishauptleute persönlich um diese Leute annähmen. Man habe immer wieder die Erfahrung gemacht, daß dort, wo der Kreishauptmann gute Bindungen zu seinem Kommando habe, er sich im Moment der Gefahr auf sie verlassen könne. Es gehe nicht an, daß man sich um den einzelnen Mann kaum kümmere, alles dem Kommandoführer überlasse, und daß man dann in ernster Gefahr erwarte, daß die Leute den Schutz der Verwaltung übernähmen und hundertprozentig ihren Mann stellten. Der Staatssekretär für das Sicherheitswesen Koppe habe angeordnet, daß beim Sonderdienst sofort die Stellung eines Fürsorgeoffiziers eingerichtet werde, der sich um die persönlichen Angelegenheiten der Sonderdienst-

angehörigen kümmern solle.

Der Herr Generalgouverneur unterstützt die Bitte des Inspekteurs Dr. Hammerle und ersucht die Gouverneure, ihre Kreishauptleute anzuweisen, sich um den Sonderdienst in stärkerem Masse anzunehmen. Wenn man einem Kreishauptmann Sonderdienstmänner zur Verfügung stelle, müsse sich dieser auch persönlich um die Leute kümmern. Für die Zurverfügungstellung neuer Ausbilder spreche er General Schmundt und Oberst Fischer seinen Dank aus. Der Sonderdienst als verwaltungstechnische Hilfstruppe müsse erhalten bleiben. Er dürfe zu polizeilichen Aufgaben nur herangezogen werden, wenn Not am Mann sei. Es habe sich gezeigt, daß bei der Bandenbekämpfung eingesetzte zu kleine Trupps den Banditen ausgeliefert seien. Aus diesem Grunde habe er die Neueinteilung verfügt, das ändere jedoch grundsätzlich nichts am Charakter oder den Aufgaben des Sonderdienstes.

Präsident Dr. Senkowsky möge den Etat für den Sonderdienst nicht mehr im Polizeietat führen, sondern ihn in den Etat der Hauptabteilung Innere Verwaltung übernehmen.

Auch beim Baudienst müsse eine ähnliche Fürsorge für die einzelnen Baudienstangehörigen Platz greifen. Ein persönlicher Kontakt sei von ungeheurer Wichtigkeit.

Landesinspekteur Schalk bezeichnet die Feststellung und den Umfang der Schäden der Kriegseinwirkung in Galizien und Lublin und die Auflockerung der Güter als die in Bearbeitung befindlichen Aufgaben der Landesinspektion.

Über die Aktion im Distrikt Lublin lasse sich abschliessend sagen, daß neben dem militärischen Erfolg, den die Wehrmacht mit den anderen unterstellten Verbänden den Terror- und Banditengruppen in Form von menschlichen und materiellen Einbussen zugefügt habe, in diesem Gebiet auch eine grosse moralische Wirkung erreicht worden sei. Die fremdvölkische Bevölkerung sei durch die Tatsache, daß das Deutsche Reich bei den jetzigen starken Belastungen an allen Fronten eine

derartige waffenstarke Macht zu einem solchen Unternehmen zusammenziehen könne, sehr stark beeindruckt worden. Es sei anzunehmen, daß die Sicherheitslage positiv beeinflußt werde, wenn nun der Befriedungsplan in Kraft trete und die vorgeschlagenen Stützpunkte durch die Wehrmacht bezogen seien. Der Zweck, das Holz aus diesen Gebieten abzufahren, sei wohl erreicht worden.

Gouverneur Kundt macht Ausführungen zu den verschiedenen von den Hauptabteilungspräsidenten vorgetragenen Themen. Präsident Eißfeldt habe bereits andeutungsweise auf die Lage der Holzerfassung in Radom hingewiesen. Im ganzen Gebiet des Forstaufsichtsamtes Konskie und Kielce stocke die gesamte Holzabfuhr, Fällung und selbst die Harzerfassung. Die Banden vertrieben die willigen Holzfäller und selbst die Harzsammler aus dem Wald, sodaß die Erfüllung eines diesem Holzgebiet in bescheidenem Rahmen auferlegten Kontingentes nicht erreicht werden könne. Heute werde abgesehen von Störungen in den Sägewerken selbst das gefällte Holz gestohlen. So seien im Forstaufsichtsamt Kielce insgesamt 50 000 Festmeter Holz entwendet worden. Wenn die Holzleistungen erfüllt werden sollten, dann müßten unbedingt in diesen Gebieten Stützpunkte gebildet werden, die einerseits eine feste Sicherheit darstellten und andererseits ziffernmässig sich so ergänzten, daß die Banden nicht in der Lage seien, die Holzarbeiter und die Fuhrwerke zu vertreiben. Die Tätigkeit der Banditen in diesem Gebiet dürfte wohl deswegen zugenommen haben, weil die Banditen sicherlich von der entscheidenden Bedeutung dieses Waldgebietes nach dem Ausfall des Ostens wüßten und weil sie in diesen Wäldern Ausbildungsübungen vornehmen wollten. Augenblicklich seien alle Umlagen in Holz und Harz nicht zu erfüllen. Die Wehrmacht müßte nicht nur wie jetzt zur Gewinnung von Tankholz einige Sicherungskräfte zur Verfügung stellen sondern auch Kräfte, um das für den Stellungsbau benötigte Holz aus diesen Wäldern herauszuholen.

Ein zweiter Punkt sei die Arbeitskräfteerfassung für die sogenannte Weichselregulierung an der ganzen Ostgrenze des Distrikts. Die Verwaltung habe auf Grund des Wunsches der Wehrmacht sofort den Apparat aufgestellt, um die benötigten Arbeitskräfte in kürze für den Bau heranzubringen. Bei ihm sei der Apparat binnen 1 Woche vollständig fertig gewesen, und die psychologischen Auswirkungen der ersten Werbungen seien ausserordentlich gut gewesen. Nun habe aber die Wehrmacht das von ihr als vordringlich bezeichnete Programm nicht sofort begonnen, sodaß die Einberufungen erst mehrere Wochen später hätten erfolgen können. In der Zwischenzeit hätten die kommunistischen Banden und gewisse nationale Widerstandsbewegungen eine starke Gegenpropaganda betrieben, sodaß von den für den Abschnitt am San einberufenen Arbeitskräften nur 16% erschienen seien. Er habe die Wehrmacht gebeten, zur Erfassung der Kräfte Formationen einzusetzen, die aber in den meisten Kreishauptmannschaften nicht vorhanden wären. Da die Wehrmacht offensichtlich termingemäß zum Baubeginn nicht fertig gewesen sei, aber auf der anderen Seite von der Verwaltung die Sofortleistung verlangt habe, müsse man jetzt Methoden einschlagen, die nicht wünschenswert seien. Er hoffe aber, daß man mit der Zeit die benötigten Kräfte heranbringe.

Ein drittes Problem stellten die deutschen Schulen dar. Bis jetzt sei es ihm auf Grund von Verhandlungen mit der Oberfeldkommandantur und mit Hilfe der Unterstützung des WiG gelungen, Einquartierungen in deutschen Schulen hintan-zu-halten, bis auf 2 Schulen, in die Lazarette gelegt worden seien. Nun kämen aber aus dem Osten grosse Stäbe, die die einzige grosse deutsche Oberschule in Tomaschow beanspruchten, wodurch der ganze Erziehungserfolg der letzten Jahre hinfällig würde. General Bork zeige zwar absolutes Verständnis, die Forderungen der Luftwaffe seien jedoch sehr umfangreich.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Gouverneur Kundt, die Angelegenheit mit dem Verbindungsoffizier zu besprechen.

Gouverneur Dr. Wächter führt aus, daß er im Gegensatz zu der ziemlich ernsten Darstellung der Lage des Distrikts Galizien in der letzten Regierungssitzung diesmal einen positiveren Bericht geben könne. Die Verhältnisse im Distrikt Galizien hätten sich in den zurückliegenden 3 Monaten in einer nicht erwarteten Weise wieder gefangen. Die Stabilisierung der Front habe in kürzester Zeit eine Festigung der Haltung der Bevölkerung und einen Wiederaufbau im ganzen Verwaltungssektor nach sich gezogen. Dabei müsse er unterstreichen, daß ein ausgezeichnetes Verhältnis zur Wehrmacht bestehe, daß die Zusammenarbeit insbesondere mit der Heeresgruppe vorzüglich sei und daß sich diese gute Zusammenarbeit in den Kommandostellen von Woche zu Woche bis zur Fronttruppe fortsetze. Die eltzten Schwierigkeiten hätten deswegen bestanden, weil die vorher eingekesselte Division der ersten Panzerarmee gewisse Sonderrechte für sich beansprucht habe. Aber auch hier habe sich die Verwaltungslinie durchgesetzt.

Die Grundhaltung der Bevölkerung im Distrikt Galizien sei eindeutig antibolschewistisch, und diese Haltung mache ständig Fortschritte. Diese Entwicklung sei besonders erfreulich, da sie zeige, daß die politische Grundhaltung, die vom Herrn Generalgouverneur in den letzten 3 Jahren konsequent fortgesetzt worden sei, ihre Früchte bringe.

Allerdings lasse sich ein ziemlicher Unterschied zwischen der Haltung der Polen und Ukrainer feststellen: die Polen seien offenbar für den Bolschewismus etwas anfälliger. Während z.B. die Vögte, Schulzen, Komitees des ukrainischen Volkstums mit den Deutschen restlos zurückgegangen seien, seien die Polen zurückgeblieben. Schlechte Erfahrungen habe man mit den sogenannten Volks-

deutschen gemacht. Es habe sich gezeigt, daß der Versuch, um jeden Preis irgendwie Deutsche zu erzeugen, in einem solchen Gebiet unzweckmässig sei. So hätten z.B. in Nadworna Volksdeutsche bei den Bolschewisten mit SA-Uniform und bolschewistischen Abzeichen Dienst gemacht. Solche Fälle könne man aber als verschwindende Ausnahmen bezeichnen.

Die Sicherheitslage sei nach wie vor schwierig, habe sich aber nicht weiter versteift. Während man vor Monaten befürchtet habe, daß mit dem Näherrücken der Front die Unruhe grösser würde, könne man jetzt feststellen, daß durch die Verlegung von deutschen Truppen in die Frontzone Ruhe vor den Banditen eingetreten sei.

Die ukrainische Widerstandsbewegung sei infolge ihrer Ablehnung durch die Bevölkerung weitgehend entmachtet, da die Bevölkerung überzeugt sei, daß sie ihr doch nicht helfen könne. Auch die Tatsache, daß die Upa in den Dörfern für ihre Verpflegung ein sehr scharfes Requirierungssystem betreibe, wirke sich in einer Ablehnung durch die Bevölkerung aus. Ein erfreulicher Umschwung sei insofern zu bemerken, als die Bevölkerung, die zuerst unbedingt ihre ukrainische Polizei hätte haben wollen, jetzt lieber deutsche Polizei sehe, da diese gerechter und anständiger handelte. Im grossen und ganzen gehe eine Entwicklung zur Besonnenheit und einer gerechten Würdigung der deutschen Leistungen vor sich.

Eine steigende positive Auswirkung hätten auch die deutschen Polizeimaßnahmen; insbesondere habe das in Galizien angesetzte SS- und Polizeiregiment 4 in den letzten Monaten eine starke Übung in der Bandenbekämpfung bekommen und erziele ausserordentliche Erfolge. Der aus dem Bilgorajer Kessel ausgebrochene und nach Galizien gestossene Bandenteil sei erheblich zerschlagen worden.

Der Einsatz der Verwaltung werde derzeit auf die Erfassung der Wehrpflichtigen konzentriert, um bei einem eventuellen Frontwechsel nach Westen dem Feind keine wehrfähigen Männer in die Hände fallen zu lassen. In den

letzten Wochen habe man in Galizien 120 000 Männer erfaßt, die sich auf bestimmte wehrwichtigste Leistungen des Distrikts verteilten; so z.B. seien im ganzen Frontgebiet 75 000 als Schanzarbeiter eingesetzt, eine Anzahl beim Strassenbau neben der OT usw; 18 000 habe man ins Reich vermittelt und rd. 20 000 hätten sich als Freiwillige für die Wehrmacht oder Waffen-SS gemeldet. Bei der ganzen Aktion handle es sich um Freiwilligkeit, jeder werde gefragt, wohin er wolle. Er freue sich über die Feststellung, daß sich viele für einen Einsatz mit der Waffe entschieden. Dadurch gewinne man eine entscheidende Propaganda der Tat gegenüber der propagandistischen Tätigkeit des Feindes. Die Tatsache, daß es fast kein galizisches Dorf mehr gebe, aus dem nicht Freiwillige ins Reich gegangen seien, wirke sich positiv aus. Auch die neue Aktion der Heranziehung von jungen Ukrainern zwischen 15 und 18 Jahren als Flakhelfer im Reich wirke sich gut aus. Diese Jungen seien politisch noch nicht verbogen, und sie liessen sich in einem echten europäischen Gemeinschaftsgeist erziehen. Bisher seien 5 000 in Lagern erfaßt, und er hoffe, daß man in absehbarer Zeit 10 000 zusammengezogen haben werde.

Die galizische Division sei in diesen Tagen in ihren Frontabschnitt eingerückt, und damit stünden 18 000 ausgebildete Männer des Generalgouvernements an der Front.

Auf dem landwirtschaftlichen Sektor gingen die Dinge recht gut vorwärts. Mit Stolz könne er feststellen, daß sich die Wehrmacht in entscheidendem Masse aus dem Distrikt Galizien verproviantiere. Der Distrikt habe im Vergleich zum vergangenen Jahr jetzt das 10-fache an Leistungen für die Wehrmacht zu erbringen. Beim Wiederaufbau der landwirtschaftlichen Verwaltung hätten die deutschen La-Führer in entscheidendem Masse mitgeholfen. Er bitte daher die Regierung um Großzügigkeit in der Finanzierung; bis jetzt sei nur die Anstellung von 120 La-Führern bewilligt worden. Jeder dieser La-Führer mache sich in seiner Tätigkeit ungeheuer bezahlt.

Interessant sei, daß die Wehrmacht, die ursprünglich eine radikale Räumung der vorderen Gebiete verlangt habe, nunmehr in der Praxis umstecke. Auch hier müsse man feststellen, daß sich vielfach die Haltung der obersten Chefs sehr schwer nach unten durchsetze und immer nachgedrückt werden müsse.

Sehr im Argen liege der Sektor der Wirtschaft deswegen, weil man im Distrikt vor der Frage stehe: Restlose Räumung oder Wiederaufbau. Die Wehrmacht habe erklärt, daß sie die Betriebe, deren Produktion auf irgendwelche wehrmachtswichtige Dinge umgestellt sei, brauche. Hier trachte die Wirtschaft, einen gewissen Mittelweg zu finden, ob erfolgreich, werde von der Frontlage abhängen. Bis jetzt habe man die Maschinen, die vernünftigerweise wegtransportiert werden mußten, weggeholt, während die Maschinen, deren Beschaffenheit einen Transport nicht aushielten oder für die es keine Ersatzteile gebe, an Ort und Stelle weiter produzierten. Hier bitte er den Präsidenten Senkowsky, die Lemberger Staatsbrauerei an Ort und Stelle zu belassen.

Präsident Dr. Senkowsky erklärt dazu, daß nur 30 oder 40% der Gesamtproduktion verlegt werden sollen.

Gouverneur Dr. Wächter bittet dann, dem Distrikt Prämienwaren zur Verfügung zu stellen, selbst auf die Gefahr hin, daß eine Frontverlegung kommen sollte. Das Vertrauen der Bevölkerung dürfe unter keinen Umständen enttäuscht werden.

Die Luftangriffe, von denen im Distrikt täglich ungefähr 1 stattfinde, wirkten sich nicht sehr schlimm aus. Auch die Leistungen der Abteilung Forsten seien wieder recht gut in Schwung gekommen, die Sägewerke arbeiteten bis auf das Modernste wieder.

Seine früher vorgebrachten negativen Hinweise wegen der Ungarn könne er heute auf Grund der letzten Erfahrungen zurücknehmen. Nach dem Abziehen der sogenannten Sicherungsdivision und dem Einmarsch der Frontdivision sei eine erhebliche Umkehr erfolgt. Die Ungarn seien jetzt

sehr diszipliniert. Interessant sei auch die Tatsache, daß die Ungarn in ihrer Politik gegenüber der Bevölkerung eine erhebliche Änderung getroffen hätten. Während sie ursprünglich ukrainerfeindlich aufgetreten seien, bemühten sie sich jetzt, gegenüber der Bevölkerung sehr positiv aufzutreten.

Zur Leistung auf dem Holzsektor könne er erklären, daß der Bedarf der Wehrmacht bisher restlos aus dem Distrikt habe gedeckt werden können.

Die Räumungsarbeiten seien zu einem gewissen Abschluß gelangt, nach-dem in den vergangenen Monaten auf diesem Gebiet sehr viel geschehen sei. Die Räumung von Lemberg werde nun von der Wehrmacht nicht mehr verlangt. Darüber sei man sehr glücklich, denn es sei schwer, eine völlig geräumte Großstadt sicherheitsmässig zu halten; Lemberg würde auch in kürze eine völlig zerfallene Stadt werden.

Der Strassenbau mache wieder gute Fortschritte. Auf dem Strassensektor wolle er seine Bitte wiederholen, den Kreishauptleuten in Galizien Volkswagen zur Verfügung zu stellen.

f.5

IV/8
5/1

Gouverneur Dr. von Burgsdorff berichtet, daß zunächst die antibolschewistische Einstellung der Ukrainer in den Gebieten östlich des San leider nicht festzustellen gewesen sei, sondern sich doch gewisse probolschewistische Neigungen gezeigt hätten. Mittlerweile sei aber der ukrainischen Bevölkerung klargeworden, daß Stalin wieder die alten Methoden anwende. Dieser Umschwung in der Stimmung zeige sich in den Meldungen für die SS Division Galizien. Noch besser seien die Meldungen der Jugendlichen für die Heimatflak. - Eine scharfe antibolschewistische Einstellung der Polen könne man jedenfalls für den Distrikt Krakau nicht feststellen. Es sei aber zu erwarten, daß die antibolschewistische Welle auch die Polen erfassen werde. Man dürfe auch nicht verkenne, daß aners als bei den Ukrainern den Polen nicht die Möglichkeit gegeben sei, ihre antibolschewistfsche Gesinnung zu zeigen, da sie ja weder für die SS Division Galizien noch für die Heimatflak in Betracht kämen.

Die Sicherheitslage im Distrikt Krakau sei im Laufe der letzten Zeit etwas ungünstiger geworden. In den beiden für die landwirtschaftliche Erfassung wichtigsten Kreisen Miechow und Jaroslau fänden in der letzten Zeit dauernd Überfälle durch Banditen statt. Er habe auch etwas Sorge für die weitere Holzaufbringung; denn die Zerstörung der Sägewerke nehme immer mehr zu.

Was die Ernährungslage angehe, so rechne man mit einer 80%-igen Getreideernte. Die Futterernte und auch die Hackfruchternte würden wahrscheinlich geringer sein. Mit der Gemüseanlieferung für die Stadt Krakau sei es etwas besser geworden. Völlig versagt habe aber die Obstversorgung. Die Kreislandwirte legten offenbar auf die Obstversorgung nicht genügend Gewicht, sondern widmeten sich in erster Linie der Erfassung der Lebenswichtigen Nahrungsmittel. Deshalb seien nunmehr scharfe Anweisungen ergangen, und man hoffe, daß dem-

nächst Krakau besser mit Obst beliefert werden könne. Leider fehlten auch hier wieder die nötigen Arbeitskräfte, und ausserdem seien die Löhne so hoch, daß der Besitzer das Obst nur noch im Schleichhandel verwerten könne, weil er sonst keine Rentabilität finde. In diesem Zusammenhang bitte er den Herrn Generalgouverneur, zu gestatten, daß die beiden Schleichhandelsmärkte in Krakau nunmehr endgültig verboten würden. Er sei sich zwar dessen bewußt, daß infolge einer solchen Maßnahme für die deutschen Haushaltungen vielleicht nicht allzuviel Obst anfallen werde.

Was die politischen Verhältnisse angehe, so müsse er leider feststellen, daß bei den Slowaken die antibolschewistische Stimmung nicht besonders stark zu sein scheine. Er erhalte immer wieder die Meldung, daß slowakische Offiziere und Soldaten die russische Gefahr nicht erkannten. Auch in der Bevölkerung beginne die Erkenntnis der Gefahr des Bolschewismus langsam nachzulassen.

Die Arbeitererfassung für das Reich habe in der letzten Zeit fast völlig versagt. Die Polen und Ukrainer des Distrikts Krakau gingen freiwillig überhaupt nicht mehr ins Reich, sondern müßten mit allen Mitteln dazu gezwungen werden. Trotzdem sei es gelungen, von den angeforderten 20 000 Leuten 73% abzustellen. Ganz andere Erfolge zeitige die Werbung für die Wehrmachtsarbeit am San. Angesichts der entgegenkommenden Haltung der Wehrmacht, die die Menschen in ihrem Heimatgebiet arbeiten lasse, habe diese Werbung glänzend funktioniert. Den Leuten sei auch zugesichert worden, daß der Einsatz nur 2 Monate dauern solle. Er bitte Präsident Struve, sich dafür einzusetzen, daß diese Zusage der Wehrmacht eingehalten werde.

Im Bereiche der Inneren Verwaltung biete die Wohnraumfrage in der Stadt Krakau besondere Schwierigkeiten. Die Überfüllung der Stadt Krakau sei in der letzten Zeit so stark geworden, daß z.Zt. fast überhaupt kein freies

Zimmer mehr zur Verfügung stehe. Wenn auch die Fragebogenaktion des Stadthauptmanns den Vorteil gebracht habe, daß 1 000 Zimmer hätten zur Verfügung gestellt werden können, so seien diese Zimmer doch sofort wieder belegt worden. Deshalb bitte er die Hauptabteilungen, dafür zu sorgen, daß Betriebe oder Dienststellen mit fremdvölkischer Bevölkerung nicht gerade nach Krakau verlegt würden. Erfreulich sei es, daß Präsident Dr. Teitge die Evakuierung des Distriktskrankenhauses angesichts der vorbildlichen Luftschutzmaßnahmen nicht für notwendig halte. Eine Evakuierung der Krankenhäuser würde zu den größten Schwierigkeiten führen, weil Rabka und Zakopane bereits überfüllt seien.

Gouverneur Dr. Fischer stellt entgegen dem von ihm in der letzten Sitzung gegebenen Bericht fest, daß die Sicherheitslage in den letzten Wochen besonders in den Ostteilen des Distrikts Warschau eine katastrophale Entwicklung genommen habe. Die Westkreise und die Stadt Warschau seien einigermassen befriedet, wobei man natürlich an die Stadt Warschau andere Maßstäbe anlegen müsse, als sie allgemein im Generalgouvernement üblich sei. Die Lage in den Ostteilen habe sich deshalb so verschlechtert, weil an die Stelle von kleineren Banden in Stärke von 30 bis 50 Mann z.Zt. grosse Banden getreten seien, die doch einige hundert Mann umfaßten. Eine nationale Bande, die sich nur aus den Liegenschaftsbetrieben versorge, greife im allgemeinen die Deutschen nur an, wenn sie selber angegriffen werde. Eine andere Bande im Südteil des Kreises Kielce sei bolschewistisch. Die Banden entfalteten in den letzten Tagen eine Großterrortätigkeit. Er habe deshalb schon vor längerer Zeit in örtlichen Besprechungen in Warschau mit der Oberfeldkommandantur und dem SS- und Polizeiführer darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, unverzüglich grössere Aktionen zu unternehmen, um eine Vergrösserung dieser Ban-

dem zu verhindern. Leider habe infolge des absoluten Mangels an Exekutivkräften nichts unternommen werden können. Er müsse überhaupt feststellen, daß sich die Lage in den Ostkreisen deshalb so verschlechtere, weil man aus dem Distrikt Warschau im Laufe der Entwicklung dauernd Kräfte abgezogen habe. So habe die Oberfeldkommandantur beträchtige Teile abgeben müssen, und vor einigen Tagen sei auch ein Polizeibataillon abgezogen worden, und anstelle dieser Kräfte sei keinerlei Ersatz gekommen. Der Sonderdienst sei auch sehr schwach und komme für die Banditenbekämpfung überhaupt nicht in Betracht. Auch habe die Oberfeldkommandantur die Zahl der Sicherungskräfte, die sie noch in den Liegenschaftsbetrieben gehabt habe, wesentlich verringern müssen. Nach alledem sei angesichts der gegenwärtigen Lage für die Ostteile des Distrikts Warschau keine Gewähr für die Aufrechterhaltung der Ordnung und die Durchführung der Verwaltungsaufgaben gegeben. Die polizeilich- militärische Belegung der Westkreise sei noch viel schlechter als diejenige der Ostkreise. Wenn sich heute in den Westkreisen grössere Banden betätigen würden, dann wäre man ihnen schutzlos preisgegeben. Inwieweit in den Distrikt Warschau verlegte Truppenteile sich in der Bekämpfung der Banden betätigen könnten, sei noch nicht festgelegt.

Die Haltung der polnischen Bevölkerung in ihrer Gesamtheit sei durch die Furcht vor den Bolschewisten bestimmt. Gleichwohl gehe die Zahl der in den Rüstungsbetrieben beschäftigten gewerblichen Arbeiter nur ganz langsam zurück. Sabotagefälle seien noch nicht gemeldet worden. Die Arbeitergestellung für das Reich habe in gutem Tempo weitergeführt werden können, 70% des auferlegten Kontingents hätten gestellt werden können. Darüber hinaus hätten auch 10 000 Arbeiter für den Ausbau der San-Weichsel-Stellung zur Verfügung gestellt werden können.

Die Erntevorbereitungen seien getroffen. Es sei auch anzunehmen, daß die Bevölkerung wie in den Vorjahren das auferlegte Kontingent erfüllen werde. Interessant sei die Feststellung, daß die polnischen Bauern bei der Erfassung der Anbaufläche systematisch von Jahr zu Jahr immer geringere Angaben machten. Von 1941 bis 1944 seien die Angaben der ablieferungspflichtigen Produkte um ungefähr 40% gesunken. Daraus erkläre sich wohl auch, daß der Bauer sein Kontingent so leicht aufbringe, und darüber hinaus grosse Mengen von Lebensmitteln im Schleichhandel zu erhalten seien. Diese Erscheinung könne und müsse man für die nächste Periode dadurch abstellen, daß man mit deutschen Kräften wirklich eine endgültige Bodenerhebung durchführt. Die Arbeiten des Statistischen Amtes seien in dieser Beziehung völlig unbrauchbar.

Die Vorbereitungen für die Aufnahme der Flüchtlinge aus Weißruthenien seien im Gange. Leider hätten sich hier wieder Anordnungen und Befehle verschiedener Dienststellen widersprochen, was die Organisation ausserordentlich erschwere.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Struve, daß ihm von einer Weisung, die mit den zuständigen Stellen nicht abgestimmt sei, nichts bekannt sei.

Der Herr Generalgouverneur stellt danach fest, daß ein solcher Widerspruch zwischen Regierungsinstanzen nicht bestehe. Offenbar habe der Leiter der Abteilung Arbeit beim Distrikt dem Gouverneur Dr. Fischer unrichtige Angaben gemacht.

Vizegouverneur Schlüter führt aus, daß die politische Stimmung im Distrikt Lublin z.Zt. durch eine gewisse Verhaltenheit gekennzeichnet sei. Sicher sei eine gewisse probolschewistische Neigung vorhanden, die sich vielleicht dadurch erkläre, daß der Distrikt Lublin als einziger in der polnischen Zeit 1 oder 2 Abgeordnete kommunistischer Art in den Sejm geschickt habe. Ausserdem

habe offenbar eine kommunistische Bande dort eine geschickte Propaganda getrieben, vor allem auch dadurch, daß sie sich sehr diszipliniert verhalten habe. Allerdings sei anzunehmen, daß der größte Teil der polnischen Bevölkerung bereit wäre, in Ruhe seiner Arbeit nachzugehen, und daß der aktive Teil der Bevölkerung verhältnismässig klein sei. Notwendig wäre es, daß der Distrikt über ausreichende militärische oder polizeiliche Kräfte verfüge, die mit den Banden fertig werden könnten.

Die Durchführung des Großunternehmens im Bilgorajer Wald sei ein grosser Erfolg gewesen. Die Banditen seien aber wieder in das Gebiet hineingeströmt. Sie hätten auch schon erneute Überfälle gemacht. Offenbar hätten sich einzelne grössere eingekesselte Gruppen sofort in Grüppchen aufgespalten und seien so durch die Sicherungen hindurchgeschlüpft. Dieses Waldgebiet biete eben für die Banditen vorzügliche Unterkunftmöglichkeiten. Auf die Dauer werde man eine Besserung nur erzielen können, wenn es gelinge, den Distrikt Lublin mit einem engen Netz von Stützpunkten zu durchziehen und ausserdem diejenigen Kräfte bereitzustellen, die dauernd aktiv die Banditen bekämpfen könnten. Der Einsatz der Kalmücken-Formation bei diesem Großunternehmen habe sehr ungünstige Folgen gehabt. Die Kalmücken hätten die Bevölkerung ausgeraubt, aus einem Dorf allein seien 20 Frauen und Mädchen verschwunden, von denen man 6 vergewaltigt und ermordet aufgefunden habe. Der Einsatz dieser Kalmücken schade dem Ruf und dem Ansehen der deutschen Wehrmacht, und er bitte dringend, diese Formation sobald wie möglich aus dem Distrikt Lublin und aus dem Generalgouvernement zu entfernen.

Wenn nicht bald die von der Wehrmacht vorgeschlagenen Stützpunkte gebildet würden, so werde es nicht mehr möglich sein, vor der Ernte das Holz abzufahren. Er bitte Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt, für die Holz-

abfuhr nach Möglichkeit motorisierte Fahrzeuge einzusetzen. Ferner müßten aus den benachbarten 3 Kreishauptmannschaften je 300 Gespanne gestellt werden. Ein Erfolg werde aber nur erreicht werden, wenn genügend Polizei und Wehrmacht zur Verfügung stehe.

Die Arbeitererfassung im Distrikt Lublin beschränke sich z.Zt. auf die Aufgabe der Wehrmachtschanzarbeiten. In Lublin seien bisher durchschnittlich 105% der von der Wehrmacht geforderten Arbeitskräfte gestellt worden. Die Belegschaft ganzer Betriebe der gewerblichen Wirtschaft stelle sich für die Schanzarbeiten zur Verfügung. Auch Frauen und Mädchen würden für diese Arbeiten herangezogen. Diese Arbeitskräfte hätten vielfach versagt, und deswegen habe er die Wehrmacht gebeten, Arbeiter aus den umliegenden Dörfern heranzuziehen.

Die Erfassung der wehrfähigen Ukrainer im Südteil des Distrikts, vor allem in der Kreishauptmannschaft Hrubieszow, sei im Gange. Es würde sich allerdings empfehlen, nicht nur die Jahrgänge von 25 bis 30 Jahren, sondern alle jungen Leute zu erfassen. Wenn man nur die 5 Jahrgänge erfasse, dann würden die Angehörigen der wenigen Eingezogenen dem Terror der Bolschewisten unterliegen, während, wenn alle Wehrfähigen aus dem Bezirk herausgezogen würden, man wahrscheinlich weniger mit Terrormaßnahmen zu rechnen habe. In einer Besprechung mit General Moser habe er darauf hingewiesen, daß Werbung und Erfassung nach Möglichkeit auf der Grundlage der Freiwilligkeit erfolgen müßten.

Die Hauptsorge für den Distrikt Lublin ergebe sich aus seiner Agrarstruktur. Der Distrikt Lublin habe das erhöhte Soll erfüllt, trotzdem ein Teil des Gebietes ausgefallen sei. Voraussetzung sei, daß für die Erfassung Läger, Transportmittel und die notwendigen Arbeitskräfte zur Verfügung ständen. Für die Sicherung der Ernte gegen Bandenüberfälle seien 35 Stützpunkte eingerichtet, die jetzt durchschnittlich mit 70 bis 80 Mann besetzt seien.

Sie sollten jetzt auf 100 Mann verstärkt werden. Ausserdem brauche man aber für die Sicherung der Ernte ungefähr 7 Bataillone und würde so auf eine Gesamtzahl von etwa 12 000 Mann kommen. Wenn während der ganzen Erfassung diese 12 000 Mann bis etwa anfang Dezember zur Verfügung ständen, dann könne wohl ohne Schwierigkeiten das von Präsident Naumann geforderte Kontingent aufgebracht werden. Auch die Lagerungsmöglichkeiten seien vorhanden. So umfaßt z.B. das grosse Werk Budzin 6 grosse Lagerhallen mit Bahnanschluß und könne den größten Teil der Ernte aufnehmen. Dieser Lagerraum müsse baldmöglichst ausgenutzt werden, sonst werde dieses Werk von den Polen völlig devastiert.

Die Offiziere der Wehrmacht, die dem Sicherungsbataillon des Sonderdienstes zur Verfügung gestellt seien, bezeichneten es als dringend wünschenswert, dieses Bataillon mit schweren Maschinengewehren und Granatwerfern auszurüsten. Der größte Teil der bolschewistischen Banden im Distrikt Lublin verfüge heute schon über Granatwerfer, schwere Maschinengewehre, leichte Flak und ähnliche Waffen. Ein Einsatz des Sonderdienstes könne auch nur in grösseren Einheiten verantwortet werden.

Wenn der Herr Generalgouverneur in seinen einleitenden Worten gesagt habe, es komme nicht darauf an, wo man stehe, sondern wie man stehe, so werde der Distrikt Lublin diese Worte beherzigen. Er könne die Versicherung abgeben, daß jeder Deutsche des Distrikts Lublin seine Pflicht erfüllen werde.

IX/3
6/1

Staatssekretär Koppe führt aus, daß sich die Sicherheitslage im Monat Juni gegenüber dem Vormonat nicht wesentlich verändert habe. Es seien festgestellterweise 700 Überfälle weniger registriert als im Monat Mai. Dabei habe sich eine gewisse Schwerpunktverlagerung vollzogen. Gegen die zugenommenen Überfälle im Distrikt Radom würden entscheidende Maßnahmen in Gang kommen. Auch Warschau-Stadt habe eine gewisse Zunahme der Überfälle erfahren. In der Gegend um Sieldce und ostwärts sei die Unsicherheit grösser geworden. Ein dort geplantes grösseres Unternehmen habe noch nicht stattfinden können, da die dafür notwendige Waffen-SS noch nicht hätte zur Verfügung gestellt werden können. Die im Distrikt Warschau zur Verfügung stehenden Kräfte seien im Augenblick etwas zu schwach. Er habe dem SS- und Polizeiführer in Warschau gesagt, daß es nicht genüge, gegen diese Banden abzuschirmen, sondern man müsse angreifen. Dazu müsse man eine gewisse Nachbarschaftshilfe aus dem Distrikt Lublin heranziehen.

Es sei richtig, daß sich einige kleine Bandengruppen, die die Zahl 50 kaum überschritten, im Distrikt Krakau in Miechow und bei Bochnia befänden. Er habe schon einmal ausgeführt, daß auf der Linie Krakau-Tarnow in den letzten 8 Wochen häufig Fallschirmspringer abgesprungen seien, die aus Südwesten und aus Osten gekommen seien. Auch die bei Bochnia festgestellte kleine Bande von etwa 50 Mann bestehe aus Sowjetleuten. Diese kleinen Bandengruppen müßten sofort angegriffen und vernichtet werden. Unternehmen bei Miechow und bei Bochnia seien geplant. Auch in der Gegend von Neumarkt trieben sich Banditen herum.

Die Führung einer nationalen Widerstandsbewegung sei ausserordentlich uneinheitlich. Die Weisung der Emigrantenregierung in London habe bei Beginn der Invasion dahingehend gelautet, daß alles Gewehr bei Fuß zu stehen

habe. Entgegen dieser Weisung seien im Distrikt Radom nationale Kreise dazu übergegangen, deutschen Menschen oder Einrichtungen des Staates anzugreifen. Weiter sei von London die Weisung ausgegeben worden, daß die polnische Aufstandsarmee der Londoner Emigrantenregierung interstellt sei; darüber hinaus hätte sie aber taktische Befehle von Moskau anzunehmen. In der letzten Zeit seien diese Befehle dahingehend noch erweitert worden, daß die nationale Widerstandsbewegung und nationale Banden auch den sowjetrussischen Banden Hilfe zu leisten hätten. Erfreulich sei die Feststellung, daß nur ein Teil der polnischen nationalen Widerstandsbewegungen dabei mitziehe. Die interlektuellen und die besitzenden Kreise machten im allgemeinen nicht mit. Es bestehe aber kein Zweifel daran, daß sich die Emigrantenregierung für die Unterstützungsgelder zu rühren habe und aktiv werden müsse.

Während im Distrikt Lublin die nationale Widerstandsbewegung und nationale Banden schon zu einem grossen Teil mit den Kommunisten zusammen-arbeiteten, bekämpften sich im Distrikt Radom unter Einschaltung der Polizei nationale Widerstandsbewegung und Kommunisten. Hier könne man ganz besonders deutlich auf der einen Seite die uneinheitliche Führung in der nationalen Widerstandsbewegung und die straffe Führung der ausschließlich von Moskau geleiteten polnischen kommunistischen Banden erkennen.

Die Zahl der sowjetrussischen und kommunistischen Banden habe sich nicht vergrössert. Trotzdem stellten sie eine Riesengefahr dar, indem sie deutsche Menschen angriffen, Liegenschaftsgüter beraubten oder zerstörten, sondern sie seien auch eine wesentliche Hilfe für die sowjetische Truppenführung. Sie seien in unserem Bereich Auge und Ohr der höheren feindlichen Führung. Man habe verschiedentlich erlebt, daß schon nach 48 Stunden Truppenbewegungen an der Ostfront nach Moskau gefunkt worden seien.

Während auf deutscher Seite alle Gegenkräfte als Banden bezeichnet würden, werde auf der Gegenseite ein grosser Unterschied gemacht. Die sowjetrussischen Banden würden sich Partisanen nennen und sähen in dieser Bezeichnung einen gewissen Ehrentitel. Sie stellten unerhörte Fanatiker dar, besässen die besten russischen Offiziere als Führer, verfügten über eine langjährige Erfahrung, liessen sich tagelang jagen, jedoch nie vertreiben. Der Kampf mit ihnen sei ungeheuer schwer, ihre Bewaffnung ausgezeichnet. Durch ihre Verankerung in der sowjetrussischen Ideenwelt seien sie zu fanatischen Kämpfer geworden, die sich der Bedeutung ihrer Aufgabe bewußt seien, Mit der höheren sowjetrussischen Bandenführung ständen sie in ständiger Funkverbindung und bekämen dadurch genaueste Anweisungen.

Die nationalen polnischen Banden seien in ihrer Tätigkeit ebenfalls unangenehm. Der Anschlag gegen den Kreishauptmann von Garwolin sei einer solchen Bande zuzuschreiben. Eine zahlenmässige Vergrösserung dieser Banden im letzten Monat sei nicht feststellbar.

Die sogenannten Upa-Banden stünden im allgemeinen Gewehr bei Fuß, ein Teil von ihnen sei sogar durch die Sowjetlinien gegangen und kämpfe im Rücken der Sowjets. Bei der Bevölkerung erfreuten sie sich ihrer früheren Beliebtheit nicht mehr.

Im Generalgouvernement, insbesondere im Distrikt Radom, gebe es eine Vielzahl von kleineren Banden. Ihre Mitglieder arbeiteten häufig während des Tages als friedliche Polen und zögen sich erst nachts zusammen, um Überfälle auszuführen. Diese kleineren Banden seien natürlich ausserordentlich schwer zu fassen. Trotzdem seien umfassende Maßnahmen durch einen weiteren Ausbau des V-Mann-Netzes.

Im Vordergrund der Bandenbekämpfung stehe das Großunternehmen im Bilgorajer Wald. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die dort eingesetzte Truppe zum größten Teil erstmalig im Bandenkampf gestanden habe, könne man

feststellen, daß die Aktion einen grossen Erfolg erzielt habe. Dabei habe sich aber gezeigt, daß es trotz des Einsatzes grosser Truppenverbände nicht gelinge, eine russische Bande, die, gestützt auf grosse Erfahrungen, gern nachts kämpfe, den Wald zu ihrem Kampfplatz wähle, so einzukesseln, daß sie restlos vernichtet werden könne. Der Wehrmacht sei man ausserordentlich dankbar - insbesondere dem Generalleutnant Bork - , daß diese Truppenmassen hätten zur Verfügung gestellt werden können. Bisher habe das Generalgouvernement ein Unternehmen gegen die Banden in diesem Ausmaß noch nicht gesehen. Eine grosse Wirkung in moralischer und tatsächlicher Hinsicht sei zweifelsohne feststellbar, die deutsche Autorität sei dadurch gewaltig gehoben worden. Leider seien kleine Bandengruppen und Splitter, die irgendwie durch die Absperrkette hätten durchschlüpfen können und zunächst nach Norden und Süden ausgewichen seien, durch den Wald wieder angezogen worden. Hier sei mit der Wehrmacht vereinbart, daß bei Auftauchen solcher Banden sofort die Bekämpfung entweder von der Polizei oder von den im Wald verbliebenen Wehrmachtsteilen aufgenommen werde.

Parallel mit diesen Unternehmen habe die Polizei im Juni laufend Bandenunternehmungen durchgeführt und relativ grosse Erfolge erzielt. Die Polizei stehe mit ihren zur Verfügung stehenden Kräften permanent im Angriff. Die Banden hätten dabei den Vorteil, sich auf der inneren Linie zu bewegen. Man müßte mehr Kräfte einsetzen können, aber diese ständen im Augenblick nicht zur Verfügung.

In der Zeit zwischen 1o. und 15. Mai sei das Ausbrechen eines polnischen Aufstandes akut gewesen. Das sei nun nicht erfolgt. Die Stoßkraft der nationalen polnischen Banden sei infolge ihrer Zersplitterung und schlechten Führung erheblich geschwächt. Hinzu komme, daß die Polizei durch ihre täglichen Unternehmungen gegen die Widerstandsbewegung und die Banden eine ganz erhebliche Beute an Waffen, Munition, Geräten aller Art gemacht habe, und das bedeute einen schweren Einbruch in die Stoßkraft der Banden. Trotzdem aber müsse man mit

einem Angriff so oder so einmal rechnen. Die Situation könne sich heute täglich ändern. Wenn etwa fremde Hilfe in Erscheinung trete - vielleicht 3 Divisionen Fallschirmspringer abspringen würden - , würde ein solcher Anstoß von aussen sehr maßgeblich dazu beitragen, ob ein solcher Aufstand losgehe oder nicht. Man dürfe ihn sich nicht so vorstellen, als ob er überall im Generalgouvernement gleichzeitig ausbreche. Man werde im Gegenteil langsam in diesen Aufstand hineinschlittern, indem zunächst die Verkehrsmittel noch mehr blockiert würden, die Überfälle rapide zunähmen, und dadurch die Polen aus ihrer Reserve heraustreten. Die Polizei sei jedoch zusammen mit der Wehrmacht jederzeit in der Lage, dem entgegenzutreten. Augenblicklich nähme die Zahl der abspringenden sowjetrussischen und englischen Fallschirmspringer zu. Überall hin, wo es nicht weiter gehe, schickten die Russen und Engländer diese Agenten, um die Bildung von Terrorgruppen irgendwie zu forcieren.

Der Herr Generalgouverneur habe bereits erklärt, daß man in Zukunft bei Attentaten auf Deutsche oder Sabotageakten eine Haftung der Sippe einführe, sobald der Täter feststehe. Diese Maßnahmen seien unbedingt notwendig. Man wolle damit erreichen, daß man in den Lebenskreis des Täters eindringe. Wenn die Sippe in der totalen Form herangezogen werde, versuchten die Frauen, auf die Männer oder unbesonnene Heißsporne in ihrer Familie einzuwirken. Die Sicherheitslage habe sich in den letzten Monaten erheblich verschlechtert und daher müsse noch viel härter zugepackt werden. Man dürfe nicht davor zurückschrecken, einen Teil der Männer aus einem Dorf herauszunehmen und zur Arbeit zu bringen, wenn in diesem Dorf ständig Banden seien. Die Frauen mit den halb erwachsenen Familienangehörigen seien wohl in der Lage, die Landwirtschaft weiterzuführen. Es gehe um das Leben deutscher Menschen, und man könne nicht zulassen, daß ihre Zahl noch weiter verringert werde.

SS-Obergruppenführer Koppe macht dann Ausführungen über die fortschreitende bessere Bewaffnung der deutschen Polizei im Generalgouvernement. Selbst eine Stuka-Staffel stehe zur Verfügung und könne eingesetzt werden, wenn die Gouverneure dies wünschten.

Reichsführer SS Himmler habe für die Ernteerfassung 2 Regimenter und eine Reiterabteilung zugesagt, aber leider könne nunmehr nur 1 Regiment und 1 Abteilung zur Verfügung gestellt werden. Die Polizei stehe eben seit fast 3 Jahren in vorderster Front und habe dabei grosse Verluste erlitten. Man müsse eben mit den zur Verfügung stehenden Kräften haushalten und auszukommen suchen.

Die Bewaffnung des Sonderdienstes werde auch verbessert, und er sei der Wehrmacht für ihre Zusagen auf diesem Gebiet ausserordentlich dankbar.

Für den Luftschutz könne man nicht genug tun. Er wäre Präsident Bauder dankbar, wenn man die Kosten für Luftschutzbauten etwas herabdrücken könnte. Es müsse konstant weitergebaut werden, denn sonst würden die deutschen Menschen dieses Raumes eines Tages Anklage erheben. Die Möglichkeit von Luftangriffen sei gegeben, und die Vorbereitungen des Gegners nahezu abgeschlossen.

Für die Sicherung der Ernteeinbringung habe er an seine SS- und Polizeiführer schon Befehle ausgegeben, sich mit den Abteilungsleitern der E. und L. zusammenzusetzen und im Rahmen des Möglichen zu planen. Das Fundament zur Sicherung bildeten die Gendarmerieposten.

In der Prämienwarengewährung für die Ernteerfassung könne man vielleicht wie folgt verfahren: Wenn ein Dorf in der Ablieferung nachlasse, und Gewalt angewendet werden müsse, solle man keine Prämienwaren abgeben. Vielleicht könne man diese Handhabung den Polen schon vorher zur Kenntnis bringen.

Die weitere Entwicklung der Sicherheitslage hänge selbstverständlich vom Frontgeschehen ab. Die Polizei aller Sparten sei in ihrer Schlagkraft weitgehend gefestigt und jüngere Kommandeure an ihre Spitze gestellt.

Die Polizei sei sich darüber klar, daß das gesamte Kriegsgeschehen jetzt in seiner entscheidendsten Phase stehe. Das letzte Regiment müsse jetzt herangezogen werden. Jetzt müsse man sich bewähren. Für die Polizei gebe es daher kein Wochenende mehr, bis sich die Sicherheitslage nicht geändert habe. Was man bisher unmöglich genannt habe, das gebe es jetzt nicht mehr. Jeder auf verantwortlichem Posten müsse ein Meister des Improvisierens sein. Man dürfe überzeugt sein, daß die Polizei gerade in den kommenden Wochen das Letzte einsetze und alles tun werde, um die Ruhe und Sicherheit im Generalgouvernement wieder herzustellen. Dieser Kampf könne nur auf kameradschaftlicher Grundlage geschehen und er sei allen Herren dankbar, die der Polizei ihr Wohlwollen geschenkt hätten.

7/1 17

Staatssekretär Dr. Bühler faßt das Ergebnis der Beratungen zusammen und führt aus:

Herr Generalgouverneur, Sie haben in großzügiger Weise die Aufbesserung der Bezüge der fremdvölkischen Beamten, Angestellten und Arbeiter neu geregelt. Sämtliche Kategorien der kleinen und der höchsten Beamten werden in gleicher Weise von dieser Regelung berührt, der kleine Beamte noch besser als der hohe Beamte. Um dieses Geschenk aber noch nachhaltiger zu gestalten, habe ich den Leiter der Hauptabteilung Finanzen und Präsidenten der Generaldirektion der Monopole angewiesen, wie in allen übrigen Sparten, sei es der Rüstungs- oder der Versorgungsbetriebe, der Ernährung und Landwirtschaft oder der freien Wirtschaft eine bescheidene Prämienzulage mit dieser Regelung ab 1. Juli 1944 zu geben. Ich glaube, daß die politische Wirkung, die die Gesamtaufbesserung der Bezüge haben wird, dadurch noch erhöht wird. Im übrigen werden wir den Ausbau der Versorgungseinrichtungen für die Fremdvölkischen noch mehr intensivieren. Ich werde die Einrichtung von Betriebsküchen überall zur Pflicht machen und werde auch auf die Erholungsbedürfnisse der Fremdvölkischen Rücksicht zu nehmen suchen.

In den vergangenen Wochen ist der Bilgorajer Wald gesäubert worden. Es würde heissen, auf halbem Wege stehenzubleiben, wenn dieser gründlich durchgekämmte Wald nicht unmittelbar mit größter Energie verwaltungsmässig wieder befestigt würde.

Ich bitte die Gouverneure dafür Verständnis zu haben, daß sie für ihre Distrikte mit dem Abzug von Personal, von Fahrzeugen usw. zu rechnen haben. Ich wäre auch der Polizei sehr dankbar, wenn sie den Bemühungen der Verwaltung nach einer Festigung nachkommen würde.

Vor kurzem war eine Kommission des Reiches hier, nämlich der sogenannte Jägerstab. Er hat uns angekündigt, daß das Generalgouvernement noch mehr als bisher maß-

geblich in die Rüstung des Reiches eingezogen wird. Ich erwähne das deshalb, weil der mit allen Vollmachten des Führers ausgestattete Leiter dieser Abordnung, der Hauptdienstleiter Sauer, die Forderung gestellt hat, die Arbeiterbeschaffung für das Reich angesichts des eigenen Kräftebedarfs dieses Gebietes für Wehrmacht und Rüstung einzustellen. Ich werde ihm also nahelegen, dort, wo durch eine weitere Erfassung von Arbeitskräften ein grosser politischer Schaden angerichtet wird, die Werbung von Arbeitern zugunsten der Arbeit hier im Generalgouvernement einzustellen.

Die Erfassung der Jugendlichen in Galizien ist ein voller Erfolg gewesen. Ich glaube, daß die Arbeitsverwaltung von der Art des Vorgehens der Hitler-Jugend hier etwas lernen kann. Die Hitler-Jugend hat kaum einen Zwang anwenden müssen. Infolge des taktvollen politischen Verhaltens und der eleganten Werbemethoden der HJ sind die Jugendlichen ohne weiteres gekommen.

Die Wehrmacht ist an die Verwaltung mit neuen dringenden Forderungen herangetreten. Dies gilt einerseits für das Gebiet der Zurverfügungstellung von Räumen für die Verlagerung kriegswichtiger Anlagen nach rückwärts, andererseits aber auch für das Gebiet der Zurverfügungstellung von Arbeitskräften. Die Luftwaffe hat besonders weitgehende Raumwünsche vertreten. Es ist aber bisher immer noch gelungen, alle Interessen in ein sinnvolles System zusammenzubringen. Ich möchte Sie daher bitten, meine Herren, auch künftig die Interessen der Wehrmacht ohne Hintanstellung lebenswichtiger Interessen des Generalgouvernements erfüllen zu helfen.

Im Raum Galizien ist nach dem Einbruch des Bolschewisten unmittelbar hinter dem Frontgebiet ein gewisses Vakuum an Verwaltungskräften eingetreten. Besonders auf dem landwirtschaftlichen Gebiet ist es vielfach zum Verlassen der Plätze durch die Schulzen und Vögte gekommen. Hier sind in zunehmendem Masse deutsche Kräfte an die

7/3

Stelle dieser fremdvölkischen Kräfte gestellt worden. Der Wirtschaftsstab Ost hat sich entgegenkommenderweise bereit erklärt, einen grossen Teil von Landwirtschaftsführern, die man aus der Ukraine hierher gebracht hat, für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen. 13 dieser Männer sind bereits gefallen. Ich bin selbstverständlich bereit jede Anzahl dieser in der Praxis und im Aussendienst hart gewordenen Männer für die Verwaltung des Generalgouvernements zu übernehmen. Anders liegt die Frage, ob eine Übersetzung der Dienststellen der Ernährung und Landwirtschaft eingetreten ist.

Die Zusammendrängung der Güter der Menschen im rückwärtigen Generalgouvernement ist aus Gründen des Luftschutzes unerwünscht. In den Führerweisungen zur Luftschutzfrage ist auch die Forderung erhoben worden, die Güterzusammenballung und Lagerung unersetzlicher Güter in besonders luftgefährdeten Räumen so schnell wie möglich zu lockern.

Was den militärischen Sektor angeht, so war ein Vertreter des OKW hier und hat die notwendigen Maßnahmen angeordnet. Auf dem zivilen Sektor habe er den Landesinspekteur mit der Regelung dieser Fragen beauftragt. Er wird an die Gouverneure herantreten und dafür sorgen, daß auch auf dem zivilen Gebiet diese luftschutzmässige Regelung und Auflockerung von Güterzusammenballungen herbeigeführt werden kann.

Zu Beginn der Invasion ist von dem Herrn Generalgouverneur eine allgemeine Urlaubssperre verfügt worden. Diese Sperre ist inzwischen aufgelockert worden. Die Handhabung ist nicht einheitlich. Ich möchte hierzu erklären, daß ich eine großzügige Handhabung für angebracht halte, allerdings mit dem unabdingbaren Ziel, die Verwaltung in kürzester Frist, d.h. sofort schlagfertig zu halten. Den Familienvätern, die seit langem keinen Urlaub hatten und ihre Familien im Reich haben, soll die Möglichkeit eines Urlaubs gegeben werden.

Herr Generalgouverneur! Ich darf Ihnen zusammenfassend sagen, daß Ihre Verwaltung und Ihre Dienststellen, gefestigt durch die Erfahrungen der Vergangenheit, bereitstehen und in der Lage sind, sich den größten Schwierigkeiten, die in den kommenden Monaten auf uns zukommen werden, zu begegnen.

Der Herr Generalgouverneur schließt die Regierungssitzung mit folgenden Worten:

Wir stehen damit am Schluß der heutigen Regierungssitzung. - Ich wollte noch 2 Fragen kurz behandeln. Die 1. Frage betrifft die Verschickung fremdvölkischer Arbeiter ins Reich. Darüber werde ich den Gouverneuren noch genaue Auskunft zukommen lassen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß diese Frage uns noch grosse Schwierigkeiten machen wird. Ich möchte grundsätzlich von jeder weiteren Versendung von Arbeitern ins Reich mit Rücksicht auf die Bedürfnisse des Generalgouvernements absehen. Trotzdem wäre ich dankbar, wenn Sie, Herr Präsident Struve, den von Staatssekretär Dr. Bühler vorgebrachten Gesichtspunkt, der ja auch der Meinung des Reichsministers Speer von der Bedeutung der Rüstungsindustrie im Generalgouvernement entspricht, angesichts des sich stark bemerkbar machenden Facharbeitermangels in der Rüstungsindustrie auch Ihren Dienststellen zur Kenntnis bringen. Das Reich tritt hier in doppelter Eigenschaft auf, nämlich einmal als Rüstungsfaktor in der Heimat und zum anderen als Rüstungsfaktor in unserem Bereich. Diese Konkurrenz kann natürlich nicht allein auf unserem Rücken ausgetragen werden.

Die zweite jetzt im Sommer aktuelle Frage ist die der Urlaubsbeschränkung. Ich möchte dazu grundsätzlich sagen: ich bin absolut der Überzeugung, daß aus gesundheitlichen- und sonstigen Gründen oder zur absoluter Aufrechterhaltung der Arbeitskraft einmal im Jahre eine ausgiebige Erholung notwendig ist. Es hat gar keinen Sinn, dieses Maß der körperlich psychischen Leistungskraft ununterbrochen weiter in Tätigkeit zu halten, ohne nicht

7/5

einmal wieder eine grundsätzliche Wiederherstellung der Kräfte herbeizuführen. Daß ich trotzdem zu diesem Mittel der Urlaubssperre gegriffen habe, werden Sie mir nicht verdenken. Ich mußte in einem Zeitpunkt, in welchem ich die Gefahren für unser Gebiet nicht übersehen konnte, nach aussen hin jede Möglichkeit Gewähr leisten, daß mir in diesem Augenblick die Verwaltung unumschränkt zur Verfügung steht. Aber entsprechend den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs Dr. Bühler habe ich gar nichts dagegen einzuwenden, daß die Herren ihren Jahresurlaub antreten, daß ich aber darauf bestehen muß, daß ich jeden der Herren und auch jeden anderen Beamten in jedem Augenblich telegraphisch zurückholen kann. Der Urlaub darf nicht ein restloses Verschwinden in der Welt bedeuten, sondern er darf nur in Anwendung der soldatischen Methode der sofortigen Zurückholbarkeit angetreten werden. Bestehen Sie, Herr Staatssekretär Bühler, hauptsächlich darauf, daß die Regelung rücksichtslos auf dieser Grundlage durchgeführt wird. Machen Sie auch einige Proben der Zurückberufung der Beamten, dann werden Sie gleichzeitig den Staatsapparat in Gang halten und die Kräfte der Beamten schonen.

Die Schwierigkeiten werden zunehmen. Die Möglichkeiten, mit diesen Schwierigkeiten fertig zu werden, werden in der nächsten Zeit noch geringer werden. Es wird eine Entwicklung eintreten, die uns von Augenblick zu Augenblick immer grösseren Schwierigkeiten und ein immer geringer werdendes Maß von Möglichkeiten, mit ihnen fertig zu werden, zeigen wird. Das darf uns aber nicht weich machen. Denn wir werden dann auch wieder an einen Punkt kommen, wo die Schwierigkeiten geringer und die Möglichkeiten, mit ihnen fertig zu werden, wieder grösser werden. Dafür will ich nur auf eine Voraussetzung hinweisen: Noch im Laufe dieses Jahres wird es möglich sein, die wesentlichsten Teile der deutschen Rüstungsindustrie für des Feind vollkommen unangreifbar zu machen. Es wird noch

im Laufe dieses Jahres gelingen - ich wiederhole, meine Herren, noch im Laufe dieses Jahres - die deutsche Jägerproduktion auf einen solchen Stand zu bringen, daß diese Produktion der englisch-amerikanischen Produktion gewachsen sein wird.

Meine Herren, ich kann Sie heute am Ende der Regierungssitzung, mit der stolzen Gläubigkeit und wissenserfüllten Haltung verlassen, die uns alle erfüllen muß: Was immer an Schwierigkeiten kommen möge, wir werden versuchen, mit ihnen fertig zu werden, wir werden sie, wenn auch nicht alle, so doch zum größten Teil meistern. Aber meistern werden wir auch das Schicksal, daß mit dem Siege dieses Krieges zusammenhängt, und das ist entscheidend.

Ich schliesse die Sitzung.

Schluß der Sitzung 14 Uhr 35 Minuten.

8C

W. Sp.

Währungssitzung
Freitag, den 4. Februar 1944
im Königssaal der Burg zu Krakau.

Teilnehmer:

Der Herr Generalgouverneur
Staatssekretär Dr. Bühler
Generalleutnant Schindler
Staatssekretär Dr. Boepple
Präsident Dr. Senkowsky
Präsident Dr. Emmerich
Präsident Naumann
Präsident Dr. Struve
Bankdirigent Präsident Dr. Paersch
Regierungskommissar d. Zentralkammer Dr. Heuber
Präsident Tetzner.

Beginn der Sitzung 1o Uhr 4o Minuten.

Einleitend weist der Herr Generalgouverneur darauf hin, daß ihm von dem Rüstungsinspekteur Generalleutnant Schindler ein Bericht über die Leistungen der Rüstungsindustrie vorgelegt worden sei. In diesem Bericht sei im Zusammenhang mit der Frage der Betreuung der fremdvölkischen Arbeiterbevölkerung auch auf das Währungsproblem Bezug genommen. Er habe es deshalb für notwendig gehalten, das Währungsproblem in einer besonderen Sitzung zu erörtern.

Generalleutnant Schindler geht in längeren Ausführungen auf die gegenwärtige Währungslage des Generalgouvernements ein. Es gebe, so führt er aus, auf dem Papier eine Währung, die auch offiziell als Grundlage für die Beschaffung von Lebensmittelmarken aufrechterhalten werde, daneben aber eine schwarze inflationistische Währung, die ihre Rolle im freien Handel spiele. Die Rüstungsindustrie habe sich deshalb bis zu einem gewissen Grad vom offiziellen Gelde freigemacht, indem sie den Arbeitern Verpflegung in natura gebe. Alles andere, was man dem Arbeiter nicht gewähren könne, müsse er sich mit der schwarzen Währung im freien Handel kaufen. Zur Zeit gebe es keinen unbewirtschafteten Gegenstand mehr, den man zu realen Preisen erhalten könne. Diese Verhältnisse wirkten sich auch für die Deutschen des Generalgouvernements sehr ungünstig aus.

Die gleichen Zustände wie in der Rüstungsindustrie herrschten auch in der sonstigen Industrie, ebenso bei Post und Eisenbahn, deren polnische Arbeiter für das Reich arbeiteten. Dem Arbeiter sei es nicht mehr

möglich, mit seinem Lohn auszukommen; denn abgesehen von dem, was er für seine Verpflegung aufwenden müsse, seien die Preise zumeist um 300 % und mehr gestiegen. Ein Teil des Arbeitslohnes gehe für die Bezahlung der Lebensmittel darauf, der Rest reiche nicht mehr aus, um dem Arbeiter eine legale Versorgung mit Bedarfsartikeln zu ermöglichen. Die Rüstungsbetriebe seien deshalb schon in gewissem Sinne zu Kaufhäusern geworden, in denen sich der Arbeiter alle möglichen Artikel verschaffen könne. Man wolle sogar eine größere Firma mit der Errichtung von Bekleidungswerkstätten beauftragen, in denen Reparaturen vorgenommen werden könnten. Vom Kindergarten anfangend bis zu Bäckereien, Kühlhäusern, Schlächtereien usw. gebe es eine solche Fülle von Betreuungseinrichtungen, daß man nunmehr an der Grenze des Möglichen angekommen sei.

Eine Folge der unhaltbaren Zustände sei z.B. die Tatsache, daß zahlreiche Arbeiter der Betriebe, sogar Ingenieure sich durch Schwarzarbeit einen Nebenverdienst zu verschaffen suchten. Das führe naturgemäß dazu, daß die Arbeitskraft der Belegschaft nicht voll ausgenutzt werden könne. Man gehe jetzt dazu über, diesem Unwesen mit allen Mitteln zu steuern. Ein weiterer großer Nachteil für die Rüstungsbetriebe bestehe darin, daß qualifizierte Facharbeiter angesichts der geringen Verdienstmöglichkeiten für die Rüstungsindustrie nicht zu gewinnen seien. Bei Fortbestehen dieser Zustände werde die gesamte Kalkulation in die Brüche gehen.

In letzter Zeit nähmen die finanziellen Schwierigkeiten bei manchen Firmen so zu, daß man ihnen kaum noch helfen könne. Alles, was sie an Materialien und Rohstoffen brauchten, müsse zu außerordentlich hohen Preisen bezahlt werden. Dazu komme weiter, daß die

in den Werken beschäftigten polnischen Angestellten mit ihrem Gehalt von vielleicht 350 Zloty monatlich ebenfalls nicht auskommen könnten, was dazu führe, daß sie sich bestechen ließen, da sie nicht in der Lage seien, Schwarzarbeit zu leisten.

Für die Beseitigung dieser Mißstände gebe es eine Reihe von Maßnahmen. Die einfachste wäre die, bestimmte Mengen des umlaufenden Geldes einzuziehen und Noten in entsprechend geringerem Umfange auszugeben. Ferner könne festgestellt werden, wie groß überhaupt der Notenumlauf sein müsse. Noten im Betrage von 2 Milliarden Zloty könnten im Umlauf belassen und die übrigen nach einem bestimmten Schlüssel eingezogen werden. Weiter könne daran gedacht werden, dem Bauern, der seine Schulden bezahlt und seine Hypotheken abgestoßen habe und der jetzt vielfach im Besitz größerer Geldmengen sei, eine neue Belastung in Gestalt einer Zwangshypothek aufzuerlegen. Das Endergebnis müßte sein, daß zwischen Ware und Geldumlauf ein Gleichgewicht hergestellt würde, das sich nach den Berechnungen der Rüstungsinspektion erreichen ließe, wenn sich der Geldumlauf ungefähr auf einer Höhe von 2 Milliarden hielte. Zur Zeit betrage aber der Notenumlauf im Generalgouvernement 6,5 Milliarden, zu denen noch ein bargeldloser Umlauf von 2,5 Milliarden komme. Insgesamt seien also schon Zahlungsmittel in Höhe von etwa 9 Milliarden im Umlauf, - 7 Milliarden zuviel. Diese Notenbestände seien zum größten Teil in den Händen des Schwarzhandels, der weder mit Steuern noch mit Gewinnabschöpfung noch mit sonstigen Zwangsmitteln zu erfassen sei.

Die einfachste Lösung des Problems würde wohl darin liegen, daß man im Generalgouvernement die Reichsmark einführe; denn dann lägen die gesamten Sorgen für die Währung bei der Reichsbank. Wolle man die Währung beibehalten, dann müsse auch dafür gesorgt werden, daß die Noten zur Bank zurückflössen.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß bei einer Verringerung des Notenumlaufes für das Reichsinteresse, was Wehrmacht und Reichsaufträge angehe, eine Lücke bestehen bleibe, die sich besonders dann fühlbar machen werde, wenn Truppen ins Generalgouvernement kämen, die die Zlotywährung brauchten.

Generalleutnant Schindler gibt zu, daß für diesen Fall selbstverständlich eine gewisse Reserve vorhanden sein müsse. Sie sei aber nach der Berechnung der Rüstungsinspektion in den 2 Milliarden enthalten.

Der Herr Generalgouverneur stellt fest, daß der Durchführung der von Generalleutnant Schindler gemachten Vorschläge gewisse Schwierigkeiten entgegenständen und eine Lösung des Problems auf diesem Wege nicht ohne weiteres möglich sei.

Präsident Dr. Emmerich ist der Auffassung, daß es zur Beseitigung der Währungsschwierigkeiten einmal den operativ-chirurgischen Weg und zum anderen die Methode konservativer Therapie gebe. Er halte es unter den gegenwärtigen Verhältnissen für völlig ausgeschlossen, den chirurgischen Weg zu beschreiten. Es sei unmöglich, die Währungsrelation zwischen Reichsmark und Zloty zu verändern, etwa den Wert des Zloty von 5o auf 2o Pfennige herabzusetzen, das primitive Verfahren der Durchschneidung der Noten anzuwenden oder die auf den Noten verzeichnete Zahl einfach durch 1o zu dividieren. Solche Maßnahmen seien nur möglich, wenn sie einen Sanierungsakt bedeuteten. Eine Sanierung könne nur erreicht werden, wenn man das neu gefundene Währungsniveau wirklich halten, verteidigen und bei Wiederherstellung leidlicher Verhältnisse im Frieden diese neue Relation mit einem entsprechenden Warenstrom stützen könne. Dann bilde das neue Niveau eine Auffangstelle, die für den Beginn einer vernünftigen Währungsära die Grundlage biete.

Man müsse daher versuchen, mit Mitteln der konservativen Therapie, also mit der Methode des Internisten weiterzukommen. Dafür gebe es zwei Wege: einmal in Gestalt von Maßnahmen währungstechnischer Art und zum anderen in Gestalt von wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Man könne auch unter Abstellung auf den Arbeiterhaushalt keinen friedensmäßigen Normalzustand herbeiführen. Es komme nur darauf an, im fünften Kriegsjahr die Dinge so weit schwimmen zu lassen, daß den dringendsten Erfordernissen des Reiches Gerechtigkeit werden könne. Für die währungstechnischen Maßnahmen müsse die Verhinderung einer weiteren Geldausweitung im Vordergrund stehen. Wieweit die Möglichkeit dazu gegeben sei, werde wesentlich davon abhängen, ob das Generalgouvernement durch unmittelbare Wehrmachtsausgaben noch mehr als bisher in Anspruch genommen werde. Weiter könne der Weg beschritten werden, durch Zusammenlegung und Zusammenziehung des bestehenden Notenumlaufs etwa in Gestalt von Gewinnabschöpfung, von Besteuerung, von Sparaktionen oder Blockierung vorhandener Gelder und ähnlichen Maßnahmen zu helfen.

Daneben könnten wirtschaftspolitische Maßnahmen ergriffen werden, als deren wichtigste sich praktisch die Ernährungssicherung erwiesen habe. Daß man unter den Kriegsverhältnissen das Preisniveau halten und verteidigen könne, sei nicht zu erwarten. Es könne nur infrage kommen, daß man entscheidende Widerstandsnester beseitige, die im Brotpreis, im Kartoffelpreis, im Mietpreis, in den Kosten für Fahrten zur Arbeitsstätte lägen. Man habe feststellen können, wie beruhigend allein die ausreichende Ernährung mit Brot der im deutschen Interesse arbeitenden Bevölkerung gewirkt habe. Nicht nur, daß der Schleichhandelspreis für Brot ganz wesentlich herabgegangen sei, - es habe sich auch gezeigt, daß für dieses wichtigste aller Nahrungsmittel, auf das man immer zurückgreifen könne, um sich vor dem Verhungern zu schützen, auch wenn man kein Fleisch und Fett erhalte, die Entwicklung nicht ins Uferlose

gehe, sondern daß es möglich sei, durch geeignete Maßnahmen eine Umkehr zu erzwingen.

Neben der Ernährungsicherung bedürfe es einer leidlichen Versorgung der Bevölkerung mit gewerblichen Gütern des dringendsten Bedarfs. Gerade auf dem Spinnstoffgebiet seien von der Hauptabteilung Wirtschaft umfassende Vorkehrungen getroffen worden. Die von der Hauptabteilung geschaffenen Läger hätten einen solchen Umfang, daß das schon im Reich Aufsehen erregt habe und dort von einer Hortungspolitik gesprochen werde.

Eine weitere positive Maßnahme liege in der Bekämpfung des Schleichhandels, dessen wirksame Bekämpfung die Preise auf dem Schwarzmarkt erheblich zurückgehen lassen könnte. Ganz allgemein müsse aber gesagt werden, daß die Volkswirtschaft des Generalgouvernements in ihrer relativ primitiven Konstruktion nicht mit derjenigen des Deutschen Reiches verglichen werden könne und man sich hüten müsse, die Beurteilung der Verhältnisse des Deutschen Reiches auf das Generalgouvernement zu übertragen. Im übrigen sei Warschau mit den krisenhaften Erscheinungen, wo der Schleichhandel zur Leidenschaft geworden sei, nicht das Generalgouvernement, sondern im Generalgouvernement allgemein gebe es eine bäuerliche Bevölkerung, die den Schleichhandel aus reinen Versorgungsgründen in einem gewissen Ausmaß betreibe. Aber dieser Schleichhandel werde wohl als etwas Natürliches empfunden. Andererseits betrachte der Bauer immerhin den in seinem Besitz befindlichen Geldschein mit einem gewissen Optimismus in der Hoffnung, daß er später einmal damit etwas anfangen könne, und diese konservative Einstellung müsse man bei Beurteilung der Verhältnisse in Rechnung ziehen. Ein großer Teil der Bevölkerung des Generalgouvernements sei in währungspolitischer Hinsicht nicht nervös.

Präsident Naumann führt aus, daß sich aus der Entwicklung der letzten vier Jahre folgendes Bild ergebe: ein Teil des gedruckten Geldes fließe in die normale Wirtschaft, ein anderer Teil bewege sich im sogenannten Schleichhandelssektor. Der Behauptung, daß dieses Geld zu einem großen Teil im bäuerlichen Sektor umlaufe, müsse er entgegentreten. Der polnische Bauer habe im großen und ganzen wenig Geld zur Verfügung, und die Annahme, daß jeder Bauer der staatlichen Agrarbank seine Hypothek zurückzahlen würde, sei falsch; denn die Agrarbank habe immer noch Hunderte von Millionen an Außenständen von Hypotheken. Die Noten befänden sich heute zum größten Teil in den Händen des Schleichhandels; denn im Schleichhandelssektor würden Milliarden verdient und umgesetzt. Diese Geldmengen könne man nicht mit einer Zwangsanleihe erfassen. Erfassen müßte man vielmehr die Straßenjungen, die Zwischenhändler und das ganze Volk, das praktisch diese Geldmittel in der Tasche bzw. zu Hause liegen habe.

Es wäre also falsch, die produktiv Schaffenden mit einer Zwangshypothek zu belasten und sie dadurch zu zwingen, weitere Warenmengen auf den Schleichhandelsmarkt zu werfen, was wieder zur Folge hätte, daß die Wirtschaft in der Erfassung der Ware zu normalen Preisen geschädigt würde. Nur durch die Schaffung des Prämiensystems sei es möglich gewesen, die landwirtschaftlichen Betriebe über Wasser zu halten. Mit dem Wodka tausche der Bauer andere Waren ein, und darin liege gewissermaßen eine zweite Währung. Die Währungsfrage sei praktisch überhaupt nur in Ordnung zu bringen, wenn man mehr Ware in die amtliche Volkswirtschaft hineinwerfe. Auf dem Gebiete der Agrarwirtschaft sei es in diesem Jahr ja auch gelungen, fast 100 % mehr Ware in den amtlichen Sektor zu bringen als im vorigen Jahr. Die Hauptabteilung E.u.L. sei bemüht, auch im kommenden Jahre wieder eine solche Menge Ware in den amtlichen Sektor zu bringen. Selbstverständlich werde

man im seinen Bestrebungen immer wieder durch Kriegsmaßnahmen gehindert, werde sich jedoch dadurch nicht von dem gesteckten Ziel abbringen lassen. Ein Hineinbringen von mehr Ware in den amtlichen Sektor der Agrarwirtschaft und der gewerblichen Wirtschaft über die Punkte werde einen festen Widerstand schaffen, und darauf könne sich dann auch die Währung stützen. Jemehr es gelinge, Ware in den ersten Kreis zu bringen und dafür zu sorgen, daß der zweite Kreis in Gestalt des Schleichhandels immer kleiner werde, desto mehr fließe das Geld zur Emissionsbank zurück, und diese könne dann Bedürfnisse des Krditmarktes ausgleichen.

Man habe in Holland ein währungspolitisches Experiment gemacht, indem man eines Tages eine Anzahl von Banknoten höherer Werte aufgerufen habe. Die Folge werde aber sein, daß sich der Schleichhandel in Holland künftig bei seinen Geschäften kleinerer Noten bediene und lieber die Beschwerung auf sich nehmen werde, z.B. den Zucker mit großen Mengen kleiner Banknoten zu kaufen. Ein solches Experiment könne nur einmal gemacht werden, da ja dadurch das Vertrauen zur allgemeinen Währung im gewissen Umfange erschüttert werde.

Den Gedanken an eine bäuerliche Zwangshypothek müsse er ablehnen, weil ihre Auferlegung eine Verringerung der nächstjährigen Ernte zur Folge haben würde. Der überwiegende Teil der polnischen Bauern würde aller Voraussicht nach 3 Ztr. Roggen auf den Schleichhandelsmarkt werfen, um die Zwangshypothek zu realisieren.

Er sehe keine Notwendigkeit dafür gegeben, über das Kontingent hinaus in von der Monopolverwaltung eingerichteten Verkaufsstellen Monopolerzeugnisse wie Wodka zu Schleichhandelspreisen zu vertreiben. Jedenfalls könne er zur Zeit nicht beurteilen, ob damit der Sog, der über den Prämienschnaps in der Bevölkerung

vorhanden sei, in etwa aufgehoben werde. Er befürchte, wenn vielleicht plötzlich lo Mill. Ltr. Wodka in die Masse der verbrauchenden Bevölkerung hineingebracht würden, daß der Bauer, der ja zu einem Teil mit seinem Wodka auch an den Markt gehe, für den Kauf von Bedarfsartikeln geschädigt würde.

Der Herr Generalgouverneur wendet dagegen ein, daß sich ja dieser amtliche Verkauf zu Schleichhandelspreisen nach einer gewissen Zeit angesichts der mangelnden Kaufkraft der Bevölkerung erschöpfen werde, während in dem landwirtschaftlichen Sektor ein stabiler, in jedem Jahr wieder neu erfolgender Ausstoß stattfände. Der Verkauf seitens der Monopolverwaltung müßte in der Zeit zwischen Februar und Juni erfolgen, in der die Bauern ohnehin gar nicht konkurrenzfähig wären.

Präsident Dr. Struve ist der Auffassung, daß zur Herbeiführung besserer Verhältnisse gewisse Voraussetzungen auf den vier Gebieten der schärferen Bewirtschaftung, des Lohnstopps, der Preisbildungsbestimmungen und der Währung gegeben sein und alle Dienststellen des Raumes auf diesen vier Gebieten einheitlich zusammengehen müßten. Er halte es allerdings für sehr schwierig, die Währung zu stabilisieren bzw. die richtige Relation zwischen Ware und Geldumlauf in der notwendigen Form zu finden, um auf diesem Gebiet zu einem Erfolg zu kommen. Die andere Frage, ob man ohne die Anschneidung des Währungsproblems auch zu besseren Verhältnissen gelangen könne, bejahe er angesichts der bereits angelaufenen schärferen Bewirtschaftung und der Möglichkeit auf dem Lohngebiet zu geordneten Verhältnissen zu kommen. Auch die Preisbildung könne, soweit es sich um den Personenkreis handle, an dem die Verwaltung des Generalgouvernements wirtschaftlich interessiert sei, gewisse Einflüsse ausüben. Für die Regierung des Generalgouvernements handle es sich darum, im fünften Kriegsjahre die wirtschaftlichen Aufgaben zu erfüllen, die dem Generalgouvernem.

im Hinblick auf das Reich und den eigenen Raum gestellt seien.

Über die weitere Frage, was man dem einzelnen als Existenzminimum zubilligen könne, um von ihm eine ausreichende Leistung fordern zu dürfen, gingen die Meinungen weit auseinander. Im fünften Kriegsjahr könne nicht einfach jeder Betrieb nach seinem Ermessen der Gefolgschaft diese oder jene Bezüge zubilligen, sondern maßgebend sei der Gesichtspunkt, daß eine Ernährungsregelung durchgeführt werden müsse, die das Existenzminimum sicherstelle. Man bemühe sich auch, Artikel des täglichen Lebensbedarfs in vermehrtem Umfange der Bevölkerung zuzuführen, dem Arbeiter die notwendigste Kleidung zu verschaffen, auch die Wohnungskosten und seinen sonstigen Lebensbedarf zu berücksichtigen. Auf Grund dieser für das fünfte Kriegsjahr enormen Leistung, die auch lohnpolitisch untermauert sein müsse, könne man dann von dem Arbeiter eine entsprechende Leistung fordern.

Präsident Dr. Senkowsky lehnt von vornherein jedes Währungsexperiment ab, weil es für die Wirtschaft des Generalgouvernements ruinös sein und an der Hauptfrage nach der Ursache der bestehenden Verhältnisse vorbeigehen würde. Die von Präsident Naumann erörterte Kreistheorie habe sehr viel für sich, und ihre Richtigkeit werde durch die Tatsache bestätigt, daß aus der offiziellen Zone immer ein großer Teil der Zahlungsmittel in den Schleichhandelssektor gelange. Die große Gefahr liege eben darin, daß diese beiden Kreise nebeneinander beständen. Aus der Tatsache, daß der Junge auf der Straße vielleicht lo ooo wirkliche Zloty in der Tasche habe, seien gewisse Verpflichtungen zu folgern, an die Schleichhandels-Zloty heranzukommen und sie den Schleichhändlern mit Schleichhandelsmethoden wegzunehmen.

Er spreche sich gegen eine Zwangshypothek auf den bäuerlichen Besitz aus, da kein Grund dafür gegeben sei, diese Belastung allein auf den Grundbesitz der Bauern zu legen. Auch wären die Bauern nicht in der Lage, der Regierung mit Vertrauen gegenüber zu stehen, wenn diese ihnen gegenüber so wenig Vertrauen zeige. Die Bauern hätten sich angewöhnt, zum großen Teil in Geld zu zahlen. Einen Teil der Prämienware verwendeten sie als Tauschmittel, um sich andere Dinge zu beschaffen. Auf die Bauern müßte eingewirkt werden, daß sie daran dächten, ihre Hypothekenbelastung abzuwälzen, und hier müßten in erster Linie die Genossenschaften eingeschaltet werden. Jedenfalls könne man den Bauern, wenn man von ihnen Hypothekenzahlung verlange, nicht noch eine Zwangshypothek auferlegen.

Die Ernteerfassung habe der polnische Bauer schon früher gekannt, allerdings nach anderen Methoden. Damals habe dem Bauern schon zu einer Zeit, da der Acker kaum bestellt gewesen sei, die Ernte nicht mehr gehört, weil sie dem Juden für Lieferung landwirtschaftlicher Bedarfsartikel verschrieben worden sei. Auch noch in der Kriegszeit habe der polnische Bauer deshalb das Interesse gehabt, eine gewisse Hinterziehungstätigkeit zu üben. Das habe sich etwas geändert: früher habe der Bauer eigentlich kein Geld für seine Produktion bekommen, heute erhalte er Geld, außerdem die Prämienscheine und sei so tatsächlich besser gestellt als früher.

Der Notenumlauf im Generalgouvernement habe am 31. März 1940 900 Millionen Zloty betragen. Seit Ende Mai 1940 sei er dauernd gestiegen und habe am 31. März 1942 die Höhe von 2,5 Milliarden erreicht. Ein Drittel dieser Steigerung sei auf die Eingliederung des Distrikts Galizien, ein weiteres Drittel darauf zurückzuführen, daß man zu jener Zeit die Wirtschaft erst richtig in Gang gebracht habe. Die Reichsausgaben

hätten betragen: im Rechnungsjahr 194o 1,1 Milliarde Zloty, im Rechnungsjahr 1941/42 2,4 Milliarden. Das Generalgouvernement habe in diesen zwei Jahren 9oo Millionen Zloty à Konto dieser Reichsausgaben gezahlt. Von dieser Zeit an steige der Notenumlauf etwa um 1oo bis 2oo Millionen monatlich und erreiche am 31. März 1943 die Höhe von 4,4 Milliarden, er steige also in einem Jahr etwa um dieselbe Summe, die vorher die Reichsausgaben im Generalgouvernement betragen hätten, um 2,7 Milliarden Zloty. Das Generalgouvernement habe aus seinem Haushalt in der gleichen Zeit 1 Milliarde Zloty bezahlt. 2,7 Milliarden minus einer Milliarde seien gleich 1,7 Milliarde: also eine Notenumlaufssteigerung von 1,9 Milliarden stehe einer nicht durch Mittel des Generalgouvernements gedeckten Steigerung des Notenumlaufs von 1,7 Milliarde gegenüber. Die restlichen 2oo Millionen Zloty seien innerlich begründet. Die Steigerung des Notenumlaufs um 1,7 Milliarde im Rechnungsjahr 1942/43 sei also auf die Reichsausgaben des Generalgouvernements zurückzuführen. Im Rechnungsjahr 1943 schätze er die Steigerung des Notenumalufs auf etwa 3,2 Milliarden. Ihr ständen bis Ende März Zahlungen des Generalgouvernements von 1,9 Milliarden gegenüber. Er schätze den derzeitigen Notenumlauf auf 6,5 Milliarden. Man dürfe das Notenumlaufproblem nicht als Problem an sich, sondern müsse es als Teil des gesamtwirtschaftlichen Problemes ansehen. Daraus gehe hervor, daß der überwiegende Teil der Steigerung des Notenumlaufs auf die Reichsausgaben und der Rest auf die wirtschaftliche Entwicklung des Generalgouvernements selbst zurückzuführen sei.

Präsident Dr. Senkowsky erläutert dann im einzelnen das Verhältnis von Reichsausgaben zur Steigerung des Notenumlaufs und führt weiter aus: man müsse mit einer weiteren nicht vom Generalgouvernement abhängigen Steigerung der Reichsausgaben und des Notenumlaufes

rechnen. Wenn man heute eine Herabsetzung des Notenumlaufes verlange, so gehe man an dem Problem vorbei und sehe nur das Endziel, das vielleicht in einer späteren Zukunft erreicht werden müsse, damit aus dem Schleichhandels-Zloty kein wirklicher Zloty werde. Jetzt müsse jedenfalls nach Mitteln und Wegen gesucht werden, damit das weitere katastrophal werdende Ansteigen des Notenumlaufes auf ein erzielbares Minimum beschränkt werden könne. - Ein Aktivum liege in der Zahlungsbilanz zugunsten des Reiches. Erhöhte Warenlieferungen kämen nur in geringem Umfange infrage, wohl aber die sich schon bewährt habende Methode einer möglichst umfangreichen Aufbringung des Gegenwerts der Zahlungen des Reiches aus dem Generalgouvernement. Hier müsse unter Einsatz sämtlicher propagandistischer Mittel aus der Kapitalkraft des Generalgouvernements, die nicht gering sei, alles nur irgendwie Mögliche herausgeholt werden. Er werde nicht verfehlen, auch steuerliche Maßnahmen in schärfster Form durchzuführen. Die Rüstungsarbeiter und auch alle anderen Arbeiter bezahlten ihre Lohnsteuer unter Zugrundelegung der offiziellen Preise, und auch sonst werde die Lohn- bzw. Einkommensteuer auf dieser Grundlage bezahlt. Wollte man aber heute einen richtigen Steuerertrag herausholen, dann müßte man bei der Berechnung der Lohn- und Einkommensteuer die Prämienwaren- und Schleichhandelspreise zugrunde legen. Daher hinke der Lohn- und Einkommensteuer-Betrag dem, was die Steuerpflichtigen tatsächlich an Werten in die Hand bekämen, erheblich nach. Mit dem Steuerstrafverfahren könne man nicht 100 %, sondern höchstens 5 bis 10 % der Steuern aufbringen, und aus der Steuerverwaltung dürfe schließlich keine Steuerstrafverwaltung gemacht werden.

Daher bleibe nur der Weg übrig, mit dem Staat zur Verfügung stehender Ware in den Schleichhandel zu gehen, um ihm so seine Mittel wegzunehmen, aber jetzt nicht mehr zu dem Zweck, den Notenumlauf damit herabzusetzen, sondern diese Mittel für Reichsausgaben zur

Verfügung zu stellen und dadurch zu verhindern, daß die Emissionsbank gezwungen werde, für diese Reichsausgaben neugedruckte Noten auszugeben.

Auf eine Frage des Präsidenten Dr. Senkowsky erwidert Präsident Tetzner, daß die Spitze, die sozusagen im Verrechnungsverkehr nicht ausgeglichen werden könne, ungefähr 6 Milliarden betrage. Wenn man für diese 6 Milliarden Ware hätte kaufen können, wäre das Problem im Generalgouvernement nicht aufgetreten.

Präsident Dr. Senkowsky ist der Auffassung, daß das die Differenz zwischen den Reichsausgaben und dem sei, was das Generalgouvernement für die Reichsausgaben aufbringe. Das Mittel der Aufbringung des Gegenwerts von Reichsausgaben aus dem Generalgouvernement sei zur Zeit das einzig ausschlaggebende, durch welches man dem Ansteigen des Notenumlaufes entgegenwirken könne.

Noch im Winter 1939/4o habe man einem nichtdeutschen, überwiegend in jüdischer Hand befindlichen Wirtschaftsleben gegenüber gestanden, bei dem von einem Vertrauen zum deutschen Staatsleben keine Rede gewesen sei. Heute aber hätten die wohlhabenden und polnischen und ukrainischen Kreise kein Interesse daran, daß der Bolschewismus nach Polen komme, wohl aber, wenn man auf sie propagandistisch richtig einwirke, ein Interesse daran, ihr Geld für den Kampf gegen den Bolschewismus einzusetzen. Heute sei der Jude vollkommen aus dem Wirtschaftsleben ausgeschaltet, aber die wirtschaftlichen Aufgaben, die die Juden erfüllt hätten, würden jetzt zum großen Teil von Deutschen erfüllt; das Wirtschaftsleben, das vor vier Jahren nichtdeutsch gewesen sei, sei heute zu mindestens einem Drittel deutsch. Von diesem deutschen Wirtschaftsleben könne man positive Anleiheleistungen für den Staat genau so verlangen wie von den Deutshen im Reich. Im Reich werde ein großer Teil der Kriegskosten durch Anleihe gedeckt, und das könne auch für die Reichsausgaben im

Generalgouvernement aus ähnlichen Gesichtspunkten von dem Deutschen im Raum vorausgesetzt werden, soweit sie über größere Geldmengen verfügten.

Bankdirigent Präsident Dr. Paersch weist einleitend darauf hin, daß man es im Generalgouvernement mit zwei Versorgungskreisen zu tun habe, für die zwei verschiedene Preise eine Rolle spielten: der amtliche Preis und der Preis am sogenannten freien Markt. Die Entsteheung dieser Kreise gehe darauf zurück, daß es, als das Generalgouvernement seine Verwaltungstätigkeit aufgenommen habe, anfangs nicht möglich gewesen sei, angesichts der Berücksichtigung der vordringlichen Interessen des Reiches, der Kriegführung usw. die Bedürfnisse der einheimischen Bevölkerung in ausreichendem Maße zu befriedigen. Die amtliche Nahrungsmittelbelieferung sei ebenso wie die Belieferung mit gewerblichen Erzeugnissen von Anfang an ungenügend gewesen.

Bereits im Jahre 194o habe man dem Reich gegenüber darauf hingewiesen, daß auf die Dauern die Wirtschaft des Gebietes nur in Ordnung gehalten werden könne, wenn die Arbeitskraft der Bevölkerung, die mehr oder weniger im Interesse des Reiches und der Kriegführung zum Einsatz gelange, auch versorgungsmäßig einigermaßen gestützt und untermauert werde. Im Reich habe man zunächst diesen Auffassungen dkein Gehör geschenkt. Erst allmählich habe sich eine Umstellung in den Ansprüchen gegenüber dem Reich ergeben. Noch heute aber sei im Reich die Frage völlig offen, ob das Generalgouvernement vorwiegend mit seiner industriellen Erzeugungskraft für das Reich beschäftigt oder mit seiner landwirtschaftlichen Erzeugungskraft für die Ernährungssituation des Reiches herangezogen werden solle.

Das Reich habe bisher beide Ansprüche gestellt, und es sei deshalb aufgefordert worden, endgültig darüber zu entscheiden: wenn das Reich weiter in großem Umfange einen Export von Nahrungsmitteln vom Generalgouvernement verlange, ergäben sich hieraus zwangsläufig Rückwirkungen für die Versorgung des

Gebietes und damit für die Möglichkeit, dem Arbeiter ein zeitgemäßes Entgelt für seine Arbeitsleistung in Form von Nahrungsmitteln und gewerblichen Erzeugnissen zu geben.

Der Notenumlauf der Reichsbank habe sich von 1933 bzw. 1939 bis 1943 von 3,6 bzw. 11 auf 33 Milliarden Reichsmark erhöht. Die Ursache für diese enorme Steigerung liege naturgemäß in der Inanspruchnahme der Währung für die Vorbereitung der Aufrüstung, die Aufrüstung selbst wie für die Bedürfnisse des Reiches und der Kriegführung. Man habe es im Reich aus wohlerwogenen Gründen nicht für zweckmäßig gehalten, durch Eingriffe in die Steigerung des Notenumlaufes die weitere Fortsetzung dieses Verfahrens zu erschweren.

Eine Notenbank, die an sich beherrschend in die Ansprüche der Aufrüstung, des Krieges oder der Reichsbedürfnisse gestellt werde, könne diesem Zwang nur einheitlich entsprechen. Wenn sie aber unter diesem Zwang stehe, könne sie ihre andere Aufgabe, die Rückwirkung ihrer Tätigkeit auf die Preise, naturgemäß nicht mehr erfüllen. Deshalb habe Reichsbankpräsident Dr. Schacht seinerzeit dem Führer vorgeschlagen, für die Preisbildung eine besondere Behörde einzusetzen, den Reichskommissar für die Preisbildung, weil die Reichsbank für die Entwicklung der Preise im Reich angesichts der auf die Reichsbank gelegten Zwangshypothek die Verantwortung nicht mehr übernehmen könne.

Als das Generalgouvernement seine Tätigkeit aufgenommen habe, habe sich auch hier ein Vertreter des Reichskommissars für die Preisbildung gefunden, der aber seine Tätigkeit nicht recht habe aufnehmen können, weil sich für ihn gewisse Schwierigkeiten ergeben hätten, die Vollmachten und Zuständigkeiten zu erhalten, die der Reichskommissar für erforderlich gehalten habe. Nach manchen Schwierigkeiten habe dann die Preisüberwachungsbehörde des Reiches ihre Tätigkeit im Generalgouvernement aufgenommen. Da aber das

Reichskommissariat für die Preisbildung erst im Jahre 1936 ins Leben getreten sei, habe es noch keine großen Erfahrungen und vor allem nur einen kleinen Kreis sachverständiger Mitarbeiter zur Verfügung gehabt. Deshalb habe auch der Reichskommissar dem Generalgouvernement nur vereinzelte Mitarbeiter stellen können, und dieser Kräftemangel habe es verhindert, daß die Preisüberwachungsbehörde des Generalgouvernements den wünschenswerten Einfluß auf die Preisentwicklung habe nehmen können.

Verstärkt worden seien die Schwierigkeiten durch das Verhalten der Bevölkerung. Während im Reich die Bevölkerung willig mit den auch von der Presse unterstützten Maßnahmen der Regierung mitgehe, komme als Grund für die Haltung der Bevölkerung im Generalgouvernement verschärfend hinzu, daß hier die Verwaltung als ein völliges Novum unter Zerschlagung des gesamten Unterbaues und der im Lande vorhandenen Einrichtung der Selbstverwaltung ins Leben getreten sei. Die Mitarbeiter der Preisüberwachungsbehörde hätten erst Erfahrungen sammeln müssen und seien erst nach einiger Zeit dahin gekommen, wo man vielleicht sehr früher beim Vorhandensein eines einheimischen Apparates hätte beginnen können.

Ein weiterer Grund sei die Unterversorgung der einheimischen Bevölkerung. Wenn die Verwaltung dieser Bevölkerung nicht den notwendigen Lebensbedarf sichere, dann versuche man eben, eine Befriedigung zu erzwingen. Da der amtliche Markt dazu nicht in der Lage gewesen sei, habe sich die Bevölkerung auf den freien Markt begeben.

Alle diese Gründe seien eindeutig dafür anzuführen, daß die Preisüberwachung des Generalgouvernements nicht in ausreichendem Umfange den amtlichen Sektor habe verstärken und den Schleichhandel habe zurückdrängen können. Diese Zustände seien darauf zurückzuführen, daß das Reich von dem Gebiet viel mehr verlangt habe,

als es hätte leisten können. Deshalb habe die Währung mit den Preisen im Generalgouvernement nur in sehr bedingtem Umfange zu tun. Das Problem der Preise im Generalgouvernement sei ein Problem der Wirksamkeit der hierfür ausschließlich zuständigen Preisüberwachungsstelle.

Man habe nun auf die Notwendigkeit der Einziehung des Geldes hingewiesen und verschiedene Methoden für ein zwangsweises Eingreifen vorgeschlagen. Im Reich sei man aus wohlerwogenen Gründen nicht so vorgegangen. Er, Präsident Dr. Paersch, habe im Generalgouvernement diesen Eingriff Anfang 194o vollziehen müssen und ein schnelles Aufrufen der großen Noten der Bank Polski durchgeführt, - eine sehr harte Maßnahme für das Land. Es habe sich eindeutig ergeben, welche Schwächen mit einer solchen Maßnahme verbunden seien. Es sei aber gelungen, im ganzen das Experiment für Wirtschaft, Währung und Finanzen zu einem günstigen Ausgang zu bringen. Damals seien diese Maßnahmen währungspolitisch unbedingt notwendig gewesen, weil andererseits in der Wirtschafts- und Währungsgeschichte dieses Gebietes ein neues Blatt mit der Errichtung der Notenbank umgeschlagen worden und es möglich gewesen sei, klare Grundsätze auf diesem Gebiet herauszuarbeiten. Alle diese Tatbestände fehlten in der gegenwärtigen Zeit. Die Währung des Generalgouvernements habe aber bisher im vollen Umfange nach Maßgabe der vom ihr geforderten Leistung gearbeitet: sie habe den Warenaustausch des Gebietes vermittelt, habe es ermöglicht, daß das Reich ein Höchstmaß der Leistung für Reich und Kriegführung herauswirtschaftete, sie habe darüber hinaus die Finanzierung aller Bedürfnisse des Generalgouvernements in der Rüstungswirtschaft und in den Finanzen ermöglicht. Es sei also gelungen, mit allen diesen Problemen uneingeschränkt fertig zu werden.

Selbstverständlich beständen auf manchen Gebieten Versorgungsprobleme im ganzen Generalgouvernement, die der Emissionsbank nicht unbekannt seien. Sie seien

eine Folge der Tatsache, daß das Generalgouvernement bis in die Gegenwart hinein zu einem Nahrungsmittel-Exportland geworden, damit die wichtigste Grundlage jeder wirtschaftlichen Betätigung, nämlich eine ausreichende Ernährung der Arbeiter, gefährdet worden und daß im Reich die Frage, ob es primär Ernährungs- oder Produktionshilfe haben wolle, noch nicht entschieden sei.

Die Frage, ob es möglich sei, daneben noch gewisse Geldmengen einzuziehen, sei dauernd Gegenstand der Untersuchung. Hier werde alles nur irgendwie Mögliche getan. Im übrigen liefen ja die gesamten Währungsfragen in völligem Kontakt mit den zuständigen Reichsressorts.

Eine Zwangshypothek brauche gar nicht neu bestellt zu werden, da sie schon bestehe. Die Emissionsbank habe ja eine erststellige Grundschuld auf alle Liegenschaften als zusätzliche Notendeckung bis zu einem bestimmten Betrage vorgesehen. Die Ursachen der Schwierigkeiten seiner, des Präsidenten Dr. Paersch, Tätigkeit lägen darin, daß er im Interesse des Reiches die Währung des Generalgouvernements in zunehmendem Maße belasten müsse. Er würde es begrüßen, wenn alle diese Fragen nach außenhin mit mehr Zurückhaltung behandelt und zunächst mit seiner Dienststelle besprochen würden, die allein dafür zuständig sei. Es diene nicht dem Reichsinteresse, wenn die Währungsfrage vor einem größeren Kreis besprochen und damit Unruhe und Unsicherheit in größere Kreise hineingetragen werde.

Wenn Generalleutnant Schindler ein Heilmittel darin erblicke, daß die Reichsmark im Generalgouvernement zugelassen werde, so weise er mit allem Nachdruck darauf hin, daß die Nichtzulassung der Reichsmark im Generalgouvernement gerade im Interesse des Reiches liege. Angesichts der großen Steigerung des Notenumlaufes habe das Reich das dringende Interesse,

die Geltung der Reichsmark auf die engeren Grenzen des Reiches zu beschränken. Deshalb lege auch das Reich Wert darauf, in allen besetzten Gebieten besondere Währungen laufen zu lassen. Das Reich habe demnach den dringenden Wunsch, die Reichsmark aus dem Generalgouvernement herauszulassen.

Bereits im August 194o, als der Ausbau der Ostbahn erstmalig mit dem Otto-Programm angelaufen und zu erkennen gewesen sei, daß die Truppenbelastung des Gebietes zunehmen würde, habe der Herr Generalgouverneur auf seinen Vorschlag das dringende Ersuchen an die zuständigen Reichsstellen gerichtet, angesichts der Auswirkungen auf die Währung auf eine Beschränkung dieser Anforderungen hinzuwirken. Damals habe Präsident Kehrl die Erklärung abgegeben, daß diese Reichsbedürfnisse durch die Verhältnisse beim Reich bedingt seien und den Anforderungen ohne Rücksicht auf die Währung entsprochen werden müsse. Man habe also vor einem ganz klaren Gebot des Reiches gestanden.

In weiterer Folge sei dann nach Beginn des Ostfeldzuges, als sich die Transportverhältnisse verschlechterten und sich das Reich aus Transportgründen die Wehrmachtslasten wegschaffen mußte, auch vom Reichsmarschall die Weisung ergangen, daß alle diese Forderungen ohne Rücksicht auf die Währung befriedigt werden müßten.

Man stehe also vor der Tatsache, daß die Währung sowohl im Reich wie im Generalgouvernement im schwersten Kriegseinsatz stehe. General Schindler dürfe überzeugt sein, daß auf dem Gebiet der Währung alles getan werde, was zu tun möglich sei; aber dem Diktat des Reiches könne man sich eben nicht entziehen. In dem Zeitpunkt, da die Anforderungen des Reiches wegfielen, sei die Währung gar kein Problem mehr. Da diese Anforderungen gegenwärtig noch beständen, müsse die Währungspolitik des Generalgouvernements ihre

vordringlichste Aufgabe darin erblicken, den Anforderungen des Reiches auch weiterhin nachkommen zu können. Deshalb müßten auch alle Maßnahmen auf dem Gebiet der Währung genau überlegt werden. Er bitte, wenn man irgendwelche Fragen auf dem Gebiete der Währung habe, sich vertrauensvoll an ihn zu wenden und jede unnötige Erörterung nach Möglichkeit zu vermeiden. Im übrigen habe das Reich immer das Interesse daran erkennen lassen, daß die Währung des Generalgouvernements ihre Funktion in vollem Umfange aufrecht erhalten könne. Dieses Interesse bestehe auch beim Reichsmarschall. Die Ernteerfassung hänge entscheidend davon ab, daß die Ernte mit der Währung gekauft werden könne. Wenn das Prämiensystem im Wege des Tausches verstärkt würde, dann stände man bald vor der Schwierigkeit, die Ware nicht mehr zu erhalten.

Ein weiterer Interessent der Währung sei die Wehrmacht. Sie entnehme nicht nur den Besoldungsbedarf für die Truppe, der an sich ziemlich gering sei, aus dem Generalgouvernement, sondern es würden auch Ankäufe und Anschaffungen von ihr getätigt. Von den Sachleistungen entfalle etwa die Hälfte auf die Bedürfnisse der hiesigen Wehrmacht, die andere Hälfte auf die Bedürfnisse der Front. Der Anteil der Front an den Sachleistungen sei dauernd im Steigen. Nach Ansicht der Wehrmacht sei das Generalgouvernement für sie das wichtigste noch in Ordnung befindliche Etappengebiet. Der dritte Interessent sei Reichsminister Speer, der in großem Umfange die Produktion nach dem Generalgouvernement verlege und größten Wert darauf lege, daß sich diese Produktion reibungslos vollziehe. Viertens seien alle anderen Reichsstellen wie z.B. das Reichsfinanzministerium und das Reichswirtschaftsministerium Interessenten. - Er verstehe, daß sich Generalleutnant Schindler von gewissen Sorgen leiten lasse; aber diese Sorgen träfen alle Stellen.

Deshalb müsse versucht werden, in gemeinsamer und kameradschaftlicher Zusammenarbeit dieser Sorgen, soweit möglich, Herr zu werden.

Generalleutnant Schindler hebt gegenüber den Ausführungen des Dr.Paer-sch hervor, daß die Rüstungswirtschaft als Teil der Gesamtwirtschaft selbstverständlich auch an Währungsfragen interessiert sei. Er habe diese Frage schon wiederholt mit Präsident Dr. Paersch besprochen und sich berechtigt geglaubt, entsprechende Ausführungen auch in der heutigen Sitzung zu machen. Es handle sich nicht lediglich um die vom Reich gestellten Forderungen, deren Erfüllung die Währungslage des Generalgouvernements beeinflußt habe, sondern um die einfache Frage, wie ein Gleichgewicht zwischen Notenumlauf und Ware hergestellt werden könne. Daß eine Lösung dieses Problems vor allem in die Zuständigkeit der Preisbildungsstelle fallen solle, könne er nicht ohne weiteres zugeben. Wenn sich große Mengen von Noten in der Tasche eines Schleichhändlers befänden, so werde dieser versuchen, sie in Realwerten anzulegen. Aber alle diese Dinge zu beurteilen, sei nicht seine Aufgabe, wohl aber sei es seine Sache, Mittel vorzuschlagen, die für eine Änderung der Verhältnisse gewählt werden müßten. Daß die Verhältnisse abgesehen von der Rüstungswirtschaft auch auf anderen Gebieten ähnlich lägen, sei klar. Aber eine allgemeine Regelung werde nicht durchführbar sein, wenn eine Regelung von der Währungsseite her nicht möglich sei. Einigkeit bestehe offenbar darüber, daß eine Erhöhung der Warenmenge eintreten müsse. Für die Rüstungswirtschaft sei es gleichgültig, ob die Noten eingezogen oder neue hypothekarische Belastungen geschaffen würden. Er könne im übrigen nicht der Auffassung beistimmen, daß beim Bauern kein Geld vorhanden sei; denn aus gewissen Tatsachen gehe das Gegenteil hervor.

Die Ernährung der arbeitenden Bevölkerung sei zwar dankenswerter Weise etwas gebessert worden, aber gemessen an den Verhältnissen im Reich immer noch unzureichend und die Entlohnung recht mangelhaft. Auf solchen Grundlagen könne man keinen Lohntarif aufbauen. Er würde es jedenfalls einen Fortschritt betrachten, wenn man wenigstens vorübergehend zu einer gewissen Ruhe in den Währungsverhältnissen käme. Eine entsprechende Regelung sei naturgemäß sehr schwierig, weil es an den notwendigen Exekutivorganen fehle.

Staatssekretär Dr. Bühler weist darauf hin, daß die Währungsfrage im höchsten Maße eine politische sei. Er habe seit 1933 nie davon gehört, daß im Reich irgendwo eine Währungssitzung stattgefunden habe. Von der Währung sei lediglich zu hören, daß der Reichswirtschaftsminister in Abständen von einem halben Jahr dem deutschen Volke und der Welt sage, daß die deutsche Währung die beste auf der ganzen Erde und die Währung noch nie so geordnet gewesen sei wie jetzt. Wenn das gesagt werde, so habe es seinen bestimmten Grund. Im Reich sei es ja auch so, daß eine Brotkarte mehr Wert habe als ein Geldstück ohne Bezugsberechtigung. Insofern glichen die Verhältnisse im Generalgouvernement denen im Reiche. Von diesen Währungsfragen, die lediglich auf das Vertrauen des Volkes zur Währung aufgebaut seien, müsse in allen Fällen wie von höchsten Staatsgeheimnissen gesprochen werden.

Wenn der Herr Generalgouverneur diese Währungssitzung einberufen habe, so liege darin eine vornehme Geste gegenüber den Währungsamateuren. Es habe kaum eine Sitzung stattgefunden, in der der Herr Generalgouverneur den Amateuren Gelegenheit gegeben habe, das Problem durchzusprechen und zu entsprechenden Entschlüssen zu kommen. Wenn man aus der heutigen Sitzung die Erkenntnis mitnehmen würde, daß es falsch sei, die wirtschaftlichen Verhältnisse allein von der

Währungsseite zu sehen, so wäre das schon ein großer Erfolg. Er danke dem Präsidenten Dr. Paersch dafür, daß er mit logischer Klarheit die Währungsprobleme behandelt habe. Eine Spitze gegen Generalleutnant Schindler sei in diesen Ausführungen nicht enthalten gewesen, sondern darin sei nur die Wahrung seiner sachlichen Interessen zu erkennen.

Etwas anderes sei es, wenn man sich darüber unterhalte, wie etwa der Lebensstandard des Arbeiters durch ein Auflageprogramm seitens der Hauptabteilung E.u.L. gebessert oder von der Hauptabteilung Finanzen die Ordnung im Gebiet hergestellt werden könne, Themen, die zwar ihre Rückwirkung auf die Währung hätten, aber keine Währungsthemen im eigentlichen Sinne seien.

Generalleutnant Schindler betont, daß er keine Vorwürfe gegen Präsident Dr. Paersch habe erheben wollen. Ihm komme es lediglich darauf an, daß er einen Weg finde, auf dem man zu einem praktischen Ergebnis gelangen könne. Jedenfalls müsse dafür gesorgt werden, daß der Rüstungsarbeiter einen Lohn erhalte, mit dem er auch leben könne.

Staatssekretär Dr. Bühler bemerkt, daß man bestrebt sei, auf dem landwirtschaftlichen Sektor die vorhandene Ware zu erfassen zu und zu verteilen. Wenn auf den Gebieten des Fettes und Fleisches die gesteckten Ziele erreicht würden, so werde der Schwarzhandel ganz wesentlich eingeschränkt werden können. Falls es gelingen sollte, auf dem gewerblichen Sektor eine notdürftige Versorgung des Arbeiters mit Schuhwerk und Kleidung herbeizuführen, so würde doch noch immerhin ein Schwarzhandel bestehen bleiben, weil man ja nicht alles erfassen könne. Diese Korruptionserscheinungen seien sehr bedenklich, und er sei deshalb auch im Begriff, Maßnahmen einzuleiten, mit denen diese Funktion des Schwarzhandels eingedämmt werden könne. Die

Schleichhandelsbekämpfung werde sehr viel leichter werden, wenn man auf dem Gebiet der Erzeugung etwas mehr erreicht habe. Unbedingt notwendig sei es auch, auf dem Gebiet der gewerblichen Erzeugung die Schwarzproduktion unmöglich zu machen.

Generalleutnant Schindler gibt seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß eine Verhinderung der Schwarzarbeit auch bei der Rüstungsindustrie in ausreichendem Maße nicht möglich sei, da es an den für eine Überwachung der Arbeiter notwendigen deutschen Kräften fehle.

Staatssekretär Dr. Boepple bezeichnet das Problem als äußerst schwerwiegend und gefährlich. Man habe das Gefühl, daß die Dinge allmählich einer Katastrophe zutrieben. Leider sei es angesichts der Notwendigkeit der Rüstung dahin gekommen, daß viele Dinge aus dem Wirtschaftskreislauf hätten herausgenommen werden müssen. Für Landwirtschaft und gewerbliche Wirtschaft, an denen ja alles hänge, müsse jetzt eine Widerstandslinie aufgerichtet werden. Stahl, Buntmetall, Textilfaser und andere Stoffe müßten ganz allgemein der Kriegsproduktion nutzbar gemacht werden.

Auf die Frage des Herrn Generalgouverneurs, welche Vorschläge für eine Besserung der Lage gemacht werden könnten, erwidert Staatssekretär Dr. Bühler, daß zunächst auf dem Gebiet der Ernährung und Landwirtschaft eine weitere Steigerung der Produktion angestrebt werden müsse. Weiter sei die Frage zu klären, ob vom Reich ein größeres Gewicht auf die gewerbliche Fertigung oder auf einen umfassenderen Export von Nahrungsmitteln seitens des Generalgouvernementsgelegt werde. Werde das Generalgouvernement von gewissen Reichslieferungen befreit, so werde man in der Lage sein, den Arbeiter so zu versorgen, daß er es nicht mehr nötig habe, sich in den Schwarzhandel zu begeben.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Generalleutnant Schindler, daß dem Rüstungsarbeiter zur Zeit ein Mindestlohn von etwa 300 Zloty gezahlt werde. Wenn aber die von ihm gestellten Bedingungen erfüllt würden, dann brauche die Rüstungsindustrie für die Arbeiter an Lohn gar nicht mehr zu fordern.

Staatssekretär Dr. Bühler ist der Ansicht, daß hinsichtlich der Zuweisung von Rohstoffen an Arbeiter zur Verhinderung von Schwarzarbeit eine genaue Kontrolle und Kalkulation durchgeführt werden müsse. Ferner müsse durch eine schärfere Bewirtschaftung der Rohstoffe, durch eine Konzentration und infolge dieser Konzentration mögliche Überwachung der Produktion der Schwarzfertigung das Wasser abgegraben werden. Damit wäre auch dieMöglichkeit gegeben, die Arbeiter mehr als bisher mit gewerblichen Produkten zu versorgen. Weiter sei auf dem Gebiet der Finanzen zu prüfen, ob man in den Geldumlauf des Schwarzhandels eingreifen könne. Hier genüge es wohl nicht, lediglich den Wodka zugrunde zu legen, sondern es müßte ein umfassendes System geschaffen werden.

Die von dem Herrn Generalgouverneur gestellte Frage nach der Möglichkeit der Aufbringung von Anleihen beantwortet Präsident Dr. Paersch dahin, daß auf diesem Gebiet alles versucht werde. Aber gleichwohl müsse doch in erster Linie darauf gesehen werden, daß die weitere Fortsetzung der Finanzierung der Reichsbedürfnisse nicht Schaden leide.

Der Herr Generalgouverneur hat den Eindruck, daß die heutige Sitzung eigentlich zu keinem besonderen Ergebnis geführt habe. Es sei lediglich von einer Verringerung des Notenumlaufes, von der Möglichkeit der Auferlegung einer Zwangshypothek, von der Gleichbehandlung des Schleichhandels mit der Monopolwarenlieferung gesprochen worden. Daß eine Zwangshypothek

auf die Landwirtschaft nicht gelegt werden solle, darüber sei man sich einig. - Hinsichtlich des freien Vertriebes von Monopolerzeugnissen werde Präsident Dr. Senkowsky noch einen Vorschlag einreichen müssen. Hierbei handle es sich um einen Dienst, den die Monopolverwaltung der Emissionsbank leiste.

Auf den erneuten Hinweis des Präsidenten Naumann darauf, daß der polnische Bauer nicht über größere Geldmittel verfüge, entgegnet der Herr Generalgouverneur daß gleichwohl darauf gedrungen werden müsse, daß die Bauern ihre Hypotheken zurückzahlten.

Präsident Dr. Paersch weist darauf hin, daß er schon 1939 die Hauptabteilung E.u.L. gebeten habe, als Mittel der Verhinderung der Hortung von Geldmengen die Bauern zur Zurückzahlung ihrer Schulden zu veranlassen. Man habe auch beachtliche Beträge zurückgeholt und hole sie laufend zurück.

Präsident Dr. Senkowsky gibt dann einen Überblick über den Notenumlauf. Er betrage im Reich 37o Reichsmark, im Generalgouvernement 5oo Zloty auf den Kopf der Bevölkerung. Die Verschuldung pro Kopf der Bevölkerung betrage im Reich rd. 4 ooo Reichsmark, im Generalgouvernement belaufe sich die Staatsverschuldung pro Kopf der Bevölkerung auf 2o Zloty. Die Staatsverschuldung in Polen sei früher nicht so hoch gewesen, weil dort niemals Kreditmöglichkeiten größeren Umfanges bestanden hätten. Seit der Errichtung der deutschen Herrschaft sei eine gewaltige Kapitalumschichtung im Generalgouvernement eingetreten. Er sei zwar kein Anhänger der staatlichen Verschuldung, sehe aber in der Kriegszeit kein anderes Mittel, der Probleme Herr zu werden.

Der Herr Generalgouverneur bemerkt dazu, daß der Staat Generalgouvernement doch alles das schulde, was angeblich das Reich dem Generalgouvernement schulde: alles, was das Reich dem Generalgouvernement angeblich

geschenkt habe, müsse einfach als Schuld des Generalgouvernements betrachtet werden, man müsse mit den gesamten Summen rechnen, die jetzt vom Staat und durch staatliche Organisationen auf das Land Generalgouvernement abgewälzt seien und die sich auf Milliarden beliefen.

Der Herr Generalgouverneur trifft danach folgende Feststellungen:

1. Die erste positive Maßnahme hat darin zu bestehen, daß sich Präsident Dr. Senkowsky bereit erklärt, die schwere Verantwortung für den von ihm geplanten Schritt zu übernehmen, nämlich im Wege der Einführung der Schleichhandelspreise für Monopolerzeugnisse der Emissionsbank Entlastung zu geben. Diese Notwendigkeit ergibt sich nicht aus der Finanzlage des Staates, sondern stellt ausschließlich ein weiteres Opfer dar, das der Staat Generalgouvernement der Wirtschaft bringt.

2. Als Mittel für die Besserung der Verhältnisse kommt die Steigerung der Rückzahlung von Hypotheken in Betracht.

3. Von maßgebender Bedeutung ist die Frage der Lieferung von Waren aus dem Reich und die Frage, was auf diesem Gebiete geschehen kann.

Präsident Dr. Emmerich betont, daß auf dem Gebiet der Warenlieferung aus dem Reich leider nichts geschehen könne. Zur Zeit herrsche vielmehr die Tendenz, die Lieferungen aus dem Reich ganz einzustellen und das Generalgouvernement weitgehend auf seine eigene Produktion zu verweisen.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Dr. Emmerich ihm diese Erklärung amtlich zur Kenntnis zu bringen. Eine solche amtliche Verlautbarung müsse die Grundlage für sofort aufzunehmende eingehende Verhandlungen sein. Es sei unmöglich, daß man vom Reich Rüstungsaufträge erteile und gleichzeitig die notwendige Ware nicht zur Verfügung stelle.

Auf die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob die Möglichkeit bestehe, künftig im Generalgouvernement die eigene Produktion zu fördern, bittet Präsident Dr. Emmerich, darüber Einzelvortrag halten zu dürfen.

Nach einer längeren Aussprache über die Möglichkeit einer Erweiterung der eigenen Produktion des Generalgouvernements erklärt der Herr Generalgouverneur, daß er angesichts der Haltung des Reiches unter Umständen die Verantwortung für die Wirtschaft des Generalgouvernements werde ablehnen müssen. Er werde dem Führer über diese Dinge demnächst Bericht erstatten. Praktisch sei dem Generalgouvernement zur Zeit jede Möglichkeit genommen, die Verhältnisse aus eigener Kraft zu sanieren. Das Generalgouvernement sei ausgeplündert wie überhaupt kein zweites Land in Europa. Wenn von seiten der Rüstungsinspektion eine Erhöhung der Löhne beantragt werden sollte, dann werde er notfalls an Generalleutnant Schindler das Ansinnen stellen, die Rüstungsindustrie des Generalgouvernements abzubauen; denn dann sei eben eine Verbindung der Notwendigkeiten der Rüstungsindustrie mit denen des Landes nicht mehr möglich. Er werde dann einfach feststellen, daß die Forderungen des Reiches nicht mehr erfüllt werden könnten. Jeder fürderhin der Rüstungsindustrie erteilte Auftrag bedeute unter den obwaltenden Umständen eine weitere Belastung für das Generalgouvernement. Jetzt handle es sich vor allem um die Frage, ob eine Steigerung der Warenproduktion im Generalgouvernement in mäßigem Umfange möglich sei.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Dr. Emmerich, daß diese Steigerung der Warenproduktion nicht ohne weiteres von Einfluß auf die Währung sein würde.

Präsident Dr. Senkowsky weist darauf hin, daß im abgelaufenen Jahre im Monatsdurchschnitt 25o Millionen Zloty für Reichsleistungen ausgegeben worden seien. Nehme man ein weiteres Steigen an, so komme man auf eine Summe von 3oo Millionen Zloty. Aus dem Verrechnungsfaktor sei kein Einfluß auf die Gestaltung dieser Ziffern zu erwarten. Rechne man nur bis Ende des Jahres so komme man zu einer Steigerung des Notenumlaufes von 3oo ~~Millionen-3~~ Milliarden Zloty. Wenn es möglich sei, den gleichen Wehrbeitrag wie im vorigen Jahre mit 1,3 Milliarde im neuen Haushalt unterzubringen, so könnte die Ziffer von 3,6 Milliarden um ein Drittel gemindert werden; aber man habe dann immer noch eine Steigerung von 2,5 Milliearden Zloty. Am Ende des Jahres werde sich der Notenumlauf auf etwa lo Milliarden belaufen.

Präsident Dr. Paersch gibt der Auffassung Ausdruck, daß die Notenumlaufsteigerung in der Hauptsache auf den Geldanforderungen der Wehrmahht und sonstiger Stellen wie auch der Ostbahn beruhe. Die Wehrmachtausgaben beliefen sich auf etwa 27o Millionen Zloty, wozu noch zusätzliche Erhöhungen im Betrage von 3o Mill. Zloty kämen. Die Wehrmacht verwende die Gelder für Truppenlöhnung, für Anschaffungen und für die Ostfront.

Der Herr Generalgouverneur richtet an Präsident Dr. Senkowsky die Frage, wie nach seiner persönlich fachmännischen und verantwortlichen Einstellung das Bild sein müsse, wenn einigermaßen auch kriegsmäßig normal die Stabilität der Leistungen des Generalgouvernements gewährleistet werden könnte. Man lebe im Reich unter der Fiktion der besetzten Gebiete und über

deren unerschöpflichen Leistungskraft.

Auf die Frage des Herrn Generalgouverneurs, was auf dem Währungsgebiet geschehen müsse, wenn eine im Reichsinteresse zu gewährleistende Stabilität der Leistung auch des Generalgouvernements sichergestellt werden solle, bezeichnet es Präsident Dr. Paersch als entscheidend, daß sich das Reich entschließe, den Wehrmachtsbedarf nach Möglichkeit in Form von Sachleistungen auf dem Wege des Nachschubes zu befriedigen. Bisher werde der gesamte Wehrmachtskonsum wie Pferde, Ausrüstungsgegenstände, Bedarfsartikel verschiedenster Art, aus dem Lande entnommen, worüber er schon ein Verzeichnis gegeben habe. Alle Summen, die für das Reich ausgegeben würden, müßten sich über den Verrechnungsverkehr ausgleichen lassen. Im übrigen könne auch er nur feststellen, daß vom Reich an die Leistungsfähigkeit des Generalgouvernements viel zu hohe Ansprüche gestellt werden.

Der Herr Generalgouverneur gibt zu bedenken, daß ein handelsrechtlich ausgeglichener Verkehr gar nicht stattfinde. Das Reich nehme vom Generalgouvernement Ware und bezahle sie mit Geld, das im Generalgouvernement gedruckt werde.

Präsident Dr. Paersch weist nochmals darauf hin, daß das Reich jetzt vor der Verantwortung stehe, zu entscheiden, ob es das Generalgouvernement als Agrarlieferungs- oder Produktionsland in Anspruch nehmen wolle. Wenn das Reich diese Frage nicht entscheide, schneide es sich ins eigene Fleisch. Der Schleichhandelssektor werde dann immer größer und die Ernteerfassung gefährdet.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Dr. Emmerich, ihm eine entsprechende wirtschaftspolitische Darlegung der Lage zu geben. Er sei jedenfalls gewillt, die Verantwortung für diese Dinge vom Generalgouvernement abzuwälzen. Die Wichtigkeit der heutigen Sitzung liege darin, daß sie einen Durchbruch der zu einer wirklichen Erkenntnis der Situation bedeute.

Präsident Dr. Senkowsky betont, daß die Hauptabteilung Finanzen nach Möglichkeit eine Steigerung des Notenumlaufes verhindert habe. Die Ausgaben, die der Haushalt des Generalgouvernements für das Reich betragen habe, hätten sich belaufen: im Jahre 1940 auf 181 Millionen, im Jahre 1941 auf 733 Mill., im Jahre 1942 auf eine Milliarde, im Jahre 1943 auf 1,864 Milliarde. Um diese Beträge sei die Steigerung des Notenumlaufes abgebremst worden. Daher müsse untersucht werden, ob auf diesem Wege, etwa in Gestalt der Erhöhung der wirtschaftlichen Produktion, noch etwas Zusätzliches geschehen m könne.

Der Herr Generalgouverneur faßt das Ergebnis der Beratungen zusammen und stellt fest, daß von jetzt an nicht mehr über Fiktionen, sondern über die Wirklichkeit gesprochen werden müsse. Es habe keinen Sinn, das Thema der Reduzierung des Notenumlaufes, abgesehen von Einzelmaßnahmen in Gestalt der Schleichhandelsbekämpfung, der Auferlegung einer Zwangshypothek usw., zu erörtern, solange nicht vorher das Problem eines echten soliden handelsrechtlichen Verhältnisses zwischen Reich und Generalgouvernement gelöst sei. Zur Evidenz habe sich die Unmöglichkeit erwiesen, so wie bisher zu verfahren, nämlich sowohl die industrielle wie die Ernährungsproduktion in den Dienst des Reiches zu stellen, ohne daß das Reich dafür ein Entgelt in Gestalt von Ware oder Leistung gebe.

Der Herr Generalgouverneur bittet Generalleutnant Schindler, sich mit Präsident Dr. Emmerich in Verbindung zu setzen und dann über das Ergebnis der Sitzung seiner zuständigen Reichsstelle zu berichten.

Abschließend betont der Herr Generalgouverneur, daß er gegebenenfalls von seinen Rechten als Reichsverteidigungskommissar und seinen sonstigen Vollmachten Gebrauch machen werde. Er werde dem Führer einen klaren Einblick in die Verhältnisse geben und dabei betonen, daß sich die Währungspolitik offenbar unter dem Zwang der Verhältnisse entwickelt habe. Weiter könne er die Feststellung treffen, daß sich die Präsidenten Senkowsky und Dr. Paersch über die Situation völlig einig geworden seien. - Wenn der Lohnordnungsentwurf zur Unterzeichnung reif sei, werde er eine besondere Sitzung anberaumen, in der die Sozialfrage einer eingehenden Besprechung unterzogen werden soll.

Schluß der Sitzung 13 Uhr 5o Minuten.

R e g i e r u n g s s i t z u n g

im Königsaal der Burg zu Krakau

am Mittwoch, den 16. Februar 1944

- - - - -

Ausgefertigt in 4 Exemplaren:

1. z.d.A.der Kanzlei des Generalgouverneurs
2. z.Hd.des Staatssekretärs Dr.Bühler
3. z.Hd.des SS-Oberführers Bierkamp
4. z.Hd.des Präsidenten Dr.von Craushaar

Beginn der Sitzung 10 Uhr 55 Minuten.

Der Herr Generalgouverneur leitet die Regierungssitzung mit folgender Ansprache ein:

Meine Herren!
In einer äusserst ernsten Stunde der Entwicklung unseres Generalgouvernements eröffne ich die heutige Regierungssitzung. Ich begrüsse zunächst in unserer Mitte den Präsidenten der Hauptabteilung - Innere Verwaltung - Herrn Dr. von C r a u s h a a r , der nunmehr mittlerweile hier seinen Dienst angetreten hat.

Ich glaube, bei allen Anwesenden voraussetzen zu können, dass sie verstehen, in welchem Maße die Situation des Generalgouvernements in den Mittelpunkt der Betrachtungen nicht nur bei uns, sondern auch bei den führenden Stellen des Reiches getreten ist. Als wir 1939 dieses Gebiet zur gemeinsamen Behandlung übernahmen, war das Generalgouvernement gewissermassen in einen stillen Winkel gerückt, der, wohlgeborgen vor den unmittelbaren Einflüssen der Fronten, sich einem Aufbau unterziehen konnte, dessen es wiederum bedurfte, um aus diesem Land alles nur irgendwie Denkbare im Dienste der Rüstung, der Kriegführung, der Ernährung und der Gesamtkonsistenz unseres schwerkämpfenden Reiches herauszuholen. Im Laufe der Jahre wurde dieser Aufbau restlos vollzogen. Es war ein stolzes Wort, das der Führer für unsere Arbeit in der lapidaren Kürze, der er sich zu bedienen beliebt, vor wenigen Tagen mir gegenüber geprägt hat, als er sagte, dass ich ein Chaos übernommen und nunmehr die Bastion des Ostens aufgebaut hätte. In diesem stolzen Wort "Bastion des Ostens" liegt alles beschlossen, was uns an Inhalt

2

unserer Arbeit und als Ziel unserer Leistung auch in diesem Augenblick vorzuschweben hat; denn der Führer hat mir gleichzeitig mitgeteilt, dass er alles militärisch nur Mögliche tun werde, um dieses Gebiet, das ja in seiner Leistung schlechterdings in diesem Zeitpunkt der deutschen Geschichte unersetzlich wäre, mit allen nur irgendwie zur Verfügung stehenden Kräften zu verteidigen. Es ist der feste Wille und Entschluss des Führers, dieses Gebiet in keinem seiner Teile unmittelbar zum Frontkriegsschauplatz werden zu lassen. Aus diesem Entschluss des Führers können Sie, meine Herren Mitglieder der Regierung des Generalgouvernements, auch wiederum die Bedeutung erschliessen, die wir mittlerweile für das Gesamtreich erhalten haben. In diesem Zusammenhang ist es daher auch wichtig, dass die Regierung von sich aus weiss, dass sie an die Stelle gesetzt ist, die heute im Osten die wichtigste ist. Wenn Sie sich das Generalgouvernement mit seiner Potenz, mit seinen Reserven an Menschen und Materie, mit seinen Transportpositionen, mit seinen Verwaltungs-, Wirtschafts - und ideellen Energien aus diesem Kriegsgeschehen des Ostens wegdenken, dann würde dies eine Lücke und die ungeheuerste Negative gegen uns bedeuten. Da wir aber sind, da unsere Fabriken arbeiten, da unsere Ernährung, unsere Holzwirtschaft, unser Transportwesen im Gange sind, da unsere Währung steht, da unsere Finanzen aus eigener Kraft geklärt sind, da dieses alles noch fest in unserer Hand ist und wir auch entschlossen sind, diese Festigkeit bis an den äussersten Grenzpunkt unseres Gebietes mit letzter Tat zu bewähren, sind wir, das Generalgouvernement, wirklich die Bastion des Ostens, von der zu sprechen der Führer die gerechte Güte hatte.

Ich möchte Ihnen daher auch meinerseits meinen festen Entschluss übermitteln, mit allen nur irgendwie denkbaren und möglichen Mitteln die Verteidigung dieses Gebietes zu unterbauen, aber auch mit unseren eigenen Kräften dafür zu sorgen, dass die Autorität im Gesamtgebiet dieses

Raumes selbst unter grössten Schwierigkeiten hergestellt bleibt und da, wo sie bedroht ist, in Kürze wieder hergestellt wird. Wir sind hier des Reiches Schild.

In den letzten Tagen haben in diesem Zusammenhang zwischen dem Reichsführer SS Himmler und mir eingehende Besprechungen stattgefunden, die vor allem dazu führen werden, dass diese innere Sicherheitsposition unseres Generalgouvernements, soweit die ungewöhnlich angespannte Gesamtsicherheitslage Europas und der besetzten Gebiete uns erlaubt, gebessert werden muss. Was unser Parteigenosse K o p p e in der kurzen Zeit seines Wirkens im Generalgouvernement auf diesem Gebiet getan hat, verdient unser aller Dankbarkeit und Anerkennung. Es ist klar, dass so, wie jetzt die Polizei, die Sicherheitsorgane in loyaler Kameradschaft mit allen Organen der Allgemeinheit hier zusammenarbeiten, diese vorbildliche Arbeit eine segensreiche Zukunftsgewähr darstellt.

Im Zusammenhang mit dieser Verteidigung des Generalgouvernements steht nun, abgesehen von diesen äusseren mehr technischen Bestätigungen, die der Führer uns gab, die grossartige Bestätigung, die der Führer meiner politischen Grundhaltung gegenüber der fremdvölkischen Bevölkerung dieses Raumes zuteil werden liess.

Ich habe den Herren Mitgliedern der Regierung, wohl auch den Herren Gouverneuren und darüber hinaus den Dienststellenleitern den ungekürzten Wortlaut der Rede senden lassen, die ich auf Veranlassung des Führers vor wenigen Tagen in Berlin vor der Auslandspresse gehalten habe. Ich nehme daher an, dass Ihnen der Inhalt dieser Rede bekannt ist. Sollte es nicht der Fall sein, so möchte ich es Ihnen direkt als eine Dienstpflicht auferlegen, von dieser Rede Kenntnis zu nehmen. Diese Rede wurde wortwörtlich vom Führer durchstudiert. Wie

4

der Führer mich informierte, hat er die Rede wortwörtlich gebilligt. Bei der grossen Besprechung, die ich mit ihm hatte, hat er die Grundsätze dieser Rede mir vollinhaltlich bestätigt und mit auf den Weg gegeben. Darin liegt die grosse Bedeutung dieses Faktums für uns. Sie wissen ja, wie ich persönlich und viele von Ihnen lange Jahre hindurch in diesem Punkt völlig falsch verstanden wurden. Man hat es als Polenfreundlichkeit, als den Fremdvölkischen gegenüber zu verdammende Schwäche ausgelegt, was nunmehr als das Fundament unserer politischen Entwicklung überhaupt die einzige Möglichkeit darstellt. Wir können nämlich mit diesem einen Prozent Deutscher in diesem Raum - einer kühnen Zahl, wenn ich sage 1%; Sie könnten vielleicht viel richtiger von 2/3 oder 1/2% sprechen - , Wir können mit dieser geringen Zahl der wirklich zuverlässigen deutschen Bevölkerung nicht 15 Mill. regieren nach dem Gesichtspunkt, dass alle Fremdvölkischen dieses Raumes, insbesondere die Polen, der schlimmsten und schärfsten geradezu mit allen Mitteln durchzuführenden dauernden Vernichtung ausgeliefert werden sollten. Demgegenüber ist nämlich festzustellen, dass der Ausbau, der Aufbau, die Sicherung dessen, was heute die Bedeutung dieses Raumes ausmacht, überhaupt nur möglich waren, weil es entgegen diesen völlig kriegsunzeitgemässen Überlegungen der Gewalttheoretiker notwendig war, die Substanz dieses Raumes in menschlicher und materieller Beziehung denkbar positiv in den Dienst des deutschen Kriegsringens zu bringen. Dass dies Positive nur gelingen kann, wenn von eiskalter Vernunft und Logik diktierte Einstellungen diesen Fremdvölkischen gegenüber massgeblich sind, ist klar. Vor allem kann man Gewaltpolitik in diesem Sinne nicht treiben, wenn man über so wenig Exekutivorgane verfügt, wie es bei uns im Laufe der Jahre der Fall gewesen.

Daher ist es für uns ausserordentlich wichtig, dass der Führer alle diese Massnahmen, deretwegen man uns im kleinen wie im grossen so häufig verleumderisch beschimpft hat, nunmehr restlos billigt und sie mir gegenüber als die einzig mögliche Politik bestätigte, nämlich mit allen pfleglichen Mitteln dafür zu sorgen, dass das Polentum vor allem gewonnen werde, damit es in dieser Linie marschiert. Das ist das ideelle politische Ereignis dieser Zeit. Denn nunmehr ist es nicht mehr die Frank-Politik im Generalgouvernement, der irgend eine andere Politik der Gewalt oder sonst etwas gegenübergestellt werden kann, sondern es ist die Politik des Führers in diesem Raum, die mit seiner vollen ~~Voll~~Billigung ich als Generalgouverneur, Sie als Gouverneure oder Regierungsmitglieder durchzuführen haben. Zum Zeichen dessen habe ich Ihnen diese Rede übermitteln lassen. Sie enthält unser gesamtes fremdvölkisches Regierungsprogramm. Ich mache es allen Dienststellen des Generalgouvernements in der Verwaltung wie in der Polizei, in der Regierung wie in den Distrikten, wie in den Kreisen und Städten zur Pflicht, sich an diese Richtlinien zu halten. Wir wollen nun einmal diesen Weg weiter ausbauen und insbesondere durch die Gründung von allenfalls antibolschewistisch zu nennenden Ligen des Polentums usw. versuchen, diese antibolschewistische Strömung im Polentum als Wind in die Segel unseres Aktivismus einzufangen. Darüber werden Sie schon in den nächsten Tagen weitere Nachrichten bekommen. Da Sie diese Rede gelesen haben oder lesen werden, brauche ich im einzelnen nicht darauf einzugehen. Wer sie gelesen hat, wird feststellen, dass ich in diese Rede alles eingebaut habe, weswegen wir im Laufe dieser Jahre so oft falsch verstanden wurden. Heute können wir sagen, wir haben dem Führer dadurch einen Dienst erwiesen, dass wir entgegen allen Anfeindungen diese ruhige, klare und weitschauende Politik durchgehalten haben.

Ich halte es in diesem Augenblick für meine Pflicht, Ihnen dafür zu danken, dass Sie mich so verständnisvoll im Laufe dieser Jahre in dieser Politik unterstützt haben.

Das Generalgouvernement steht also am Beginn seiner schwersten Zeitabschnitte; denn nunmehr handelt es sich darum, alles das, was wir jetzt mehr oder weniger in irgendwie gesichertem Status bewährt haben, gleichsam angesichts des Feindes durchzuhalten und durchzustehen. Es ist ganz selbstverständlich, dass uns die Haltung des Feindes zu nichts wird veranlassen können, was einer Minderung der Produktivität dieses Raumes irgendwie entspricht. Mit den Banden haben wir allerdings einen Feind im Lande, der uns, wenn er nicht rechtzeitig total ausgerottet wird, Zustände vermitteln kann, wie sie die Ukraine zu Beginn des vorigen Jahres erhielt. Deshalb ist auch der Staatssekretär für das Sicherheitswesen, Parteigenosse Koppe, in jeder nur denkbaren Weise bemüht, die Polizeikräfte zu sammeln, die Kräfte der SS und auch der Wehrmacht zu erlangen, um diesen Banden, die diesmal insbesondere an der Strekke zwischen Przemysl und Lemberg, auch im Walde von Bilgoraj sich betätigen und offensichtlich noch im Anmarsch begriffen sind, mit der grössten nur denkbaren Energie entgegenzutreten. Von meinem Standpunkt aus muss ich sagen, dass ich den Eindruck habe, dass alles, was nur irgendwie angesichts der völlig beschränkten Mannschafts-und Waffenbestände geschehen kann, geschehen ist, um diese Intensivierung der Bandenbekämpfung in die Wege zu leiten. Wenn es uns nicht gelingt, mit diesen Bandenmethoden fertig zu werden, dann ist alles, was wir von der Autorität der Führung dieses Raumes sagen, rein in den Wind geredet. Wir sind dann nicht mehr Herren dieses Landes, sondern lediglich theatralische Machtrepräsentanten irgendwelcher Zentralen, die praktisch das Heft nicht mehr in der Hand haben. Deshalb ist diese Bandenbekämpfung heute das oberste Gesetz der Leistung des Staates in diesem Raum. Erst

dann, wenn dieser eine bis an die Grenze völlig klare Herrschaftsausübung möglich ist, können wir sagen, dass wir Herren der Situation sind.

In weiten Teilen des Generalgouvernements indessen besteht noch Ruhe und Frieden. Noch sind die Banden auf ein verhältnismässig kleines Territorium des Generalgouvernements zusammengedrückt. Banden gehören ja überhaupt zum Osten. Es gab niemals in der Ostgeschichte eine Zeit, in der die Banden auch in der befriedetsten Periode nicht vorhanden waren. Aber alles das darf uns nicht veranlassen, die Banden irgendwie gering anzusehen, da sie die Sicherheit des Landes, unsere Ernährung, die Rüstungsproduktion, die Holzproduktion, die Holzabfuhr usw. in schwerster Weise gefährden.

Im übrigen kann ich Ihnen von meinem Standpunkt aus bestätigen, was aus Ihren Berichten hervorgeht. Wir haben es im Generalgouvernement immer noch mit dem verhältnismässig ruhigsten Teil Europas zu tun, verglichen mit dem Aufruhr in Jugoslawien, den dauernden Unruhen in Norwegen, der völligen Unsicherheit weiter im Osten und Süden; verglichen selbst mit den Zuständen in Holland, Belgien und Frankreich ist das Generalgouvernement heute ein arbeitsames, nahezu völlig befriedetes Gebiet. Das ist freilich nur eine sehr relative Erkenntnis, die uns wenig nützt; aber in ihr liegt immerhin ein Ansatzpunkt für uns, dass wir doch alle Hoffnung haben dürfen, mit den Schwierigkeiten dieser Zeit fertig zu werden.

Diese Hoffnung hat auch der Führer. Es gibt niemanden, der siegesgewisser, klarer und, wie ich hier auch sagen kann, gesundheitlich frischer ist als der Führer. Ich war zu meiner ganz grossen Freude aufs tiefste von dem Eindruck dieser völlig starken, eindeutig klaren und mit glühendem Glauben erfüllten einmaligen historischen Persönlichkeit aufs tiefste bewegt.

Jeder von uns, - ich darf das wohl sagen, ohne den Herren nahezutreten - wäre unter den Schlägen der letzten Jahre, insbesondere infolge der durch die Kriegführung auf ihn gelegten Sorgen und Nöte wahrscheinlich aufs schwerste in seinen Nerven in Mitleidenschaft gezogen worden. Daher ist für uns alle dieser Mann, der nunmehr seit 1919 den Kampf um Deutschlands Freiheit führt, ein ganz starkes Vorbild. Was immer geschehen möge, eines weiss der Führer: Die Möglichkeiten, die der Aufbau der in Deutschland vorhandenen Wehrmachtskräfte in menschlicher wie in materieller und waffenmässiger Beziehung jetzt bietet, sind so gigantisch, dass noch im Laufe dieses Jahres, wenn endlich einmal das Wetter jenen Zustand erreichen wird, der grössere Kampfhandlungen ermöglicht, angesichts der totalen inneren Schwierigkeiten der Sowjetunion dieser Ostfeldzug mit dem grössten Erfolge Deutschlands enden wird. Sie wissen auch, welche ungeheuren Schwierigkeiten zwar der Krieg in Italien uns bereitet, aber wie sehr auch unsere Wehrmacht stark ist und wie sie gerade bei Nettuno und Aprilia ein positives Vorbild dafür gegeben hat, was einmal die grosse Invasionsunternehmung des Feindes im Westen erwarten wird. Darüber hinaus steht sicher ein gigantisches Unternehmengegen England bevor, das mit dem grossen Schlagwort "Vergeltung" allein gar nicht gefasst werden kann.

So können Sie denn, meine Herren, voll Glauben, Hoffnung, Mut, voll innerer Härte und Entschlossenheit auch die Arbeit in diesem Ostraum des Grossdeutschen Reiches in Angriff nehmen.

Es obliegt mir, nunmehr amtlich auch den Tod eines Regierungsmitgliedes festzustellen, des für uns alle gefallenen Kameraden, Kammergerichtsrat Dr. Keith,

des Chefs meiner Kanzlei.Es ist besonders schmerzlich für mich, von ihm Abschied zu nehmen. Sie alle kannten ihn in seiner unsagbar kräftigen Frische, den echten preussischen Offizier. Er ist für mich schlechterdings unersetzlich, und wir alle verlieren mit ihm einen ehrlichen, braven, wackeren, vorbildlichen Kameraden. Wir gedenken weiter des für das Generalgouvernement und für das Reich gefallenen Kameraden SS-Brigadeführers Kutschera und des Amtschefs Bauer. Tapfere, treue Kameraden und Vorkämpfer des Reiches haben wir in ihnen verloren.

2/1

IX/8

<u>Staatssekretär Dr. Bühler</u>:

Herr Generalgouverneur, meine Herren !

Sie haben zum ersten Male im Jahre 1944 das grosse Regierungsgremium zur heutigen Sitzung unter Ihrem Vorsitz zusammengerufen. Aufgabe dieser Sitzung ist es, auf den vergangenen Zeitabschnitt zurückzublicken und für die Zukunft neue Impulse zu geben.

Es wäre unsinnig zu leugnen, dass die Situation des Generalgouvernements in den letzten sechs Wochen noch bedrängter und noch härter geworden ist. Ich kann aber auch, Herr Generalgouverneur, die erfreuliche Feststellung machen, dass, je schwieriger sich die Verhältnisse gestalten, desto entschlossener und härter unser Wille wird, diese Ereignisse zu meistern. Mit grosser Genugtuung möchte ich hier feststellen, dass die Welle der Unordnung, der Flucht und des Rückzuges aus dem Osten sich bisher noch immer an den Grenzen des Generalgouvernements gebrochen hat. Ich kann Ihnen, Herr Generalgouverneur, melden, dass kein einziger Mann Ihrer Gefolgschaft seinen Posten, mag er noch so frontnahe sein, verlassen hat. Diese erfreuliche Tatsache ist, und das ist meine innerste Überzeugung stets gewesen, die Folge Ihrer uns stets gegebenen siegklaren politischen Richtung gegenüber dem fremden Volkstum.

Unsere Arbeit wird auch in der Zukunft darin bestehen, die grossen Aufgabengebiete, die uns als Regierung und Verwaltung in diesem Gebiet obliegen, umso unbeirrbarer durchzuführen, je schwieriger die Verhältnisse sind. Wir werden unbeirrt bemüht bleiben, die grossen Aufgaben auf dem Gebiete der Ernährung und Landwirtschaft, der Steigerung der Produktion, der Forcierung der Erfassung und damit im Zusammenhang den Aufbau der allgemeinen Ordnung und der allgemeinen

Wirtschaft in diesem Raum zu verfolgen. Wir werden auf dem Gebiet der Holzwirtschaft, der Holzerzeugung- und -Bearbeitung gegenüber dem bisherigen Zustand unsere Bemühungen noch weiter zu steigern versuchen. Wir werden auf dem Gebiet der Rüstung unsere Einrichtungen ausbauen und die Ergebnisse noch mehr zu steigern versuchen müssen.

Auf allen übrigen Gebieten, dem Gebiet der Arbeit und des Arbeitseinsatzes, des Verkehrs, des Ausbaues der Eisenbahnen, der Post, auf dem Gebiet der Technik, des Strassenbaues und endlich in den generellen Aufgaben der Versorgung der Front und Heimat und der Sicherung des Weges zur Front werden wir unser Bestes hergeben, um auch in dieser bedrängten Situation unseren Beitrag zum Sieg leisten zu können.

Wir tun dies in der klaren Erkenntnis, dass unsere Arbeit und ihre Erfolge weitaus schwerwiegender sind als dies noch vor einem Jahr der Fall war.

Ich freue mich, Herr Generalgouverneur, Ihnen als Gesamtstimmung unserer Gefolgschaft melden zu können, dass sie sich im ganzen gesehen in der gleichen seelischen und vaterländischen Position sieht wie der Soldat im grauen Ehrenkleid, und dieses Bewusstsein wird uns die Kraft und die Fähigkeit geben, unsere Aufgaben hier bis zum letzten zu erfüllen.

Staatssekretär Koppe führt aus, dass sich die Sicherheitslage im allgemeinen verschlechtert habe, obgleich die Zahl der Überfälle auf Deutsche geringer geworden sei. Neue gegnerische Kräfte seien am Werk; die nationale Widerstandsbewegung werde fortwährend von der Emigrantenregierung zu neuen Unternehmungen aufgeputscht; ihr werde gesagt, dass ihr finanzielle Unterstützungen entzogen würden, wenn sie nicht genug aktiv sich betätige. Dauernd stehe sie mit Hilfe ihrer Kurzwellensender mit diesen Kreisen in Verbindung und

erhalte auf diesem Wege täglich neue Aufgaben - Nahziele - gestellt.

Die Kommunisten erhielten nicht unerheblichen Auftrieb durch die bis jetzt allerdings erst in geringer Zahl in das Land gesickerten Politruks; ausserdem trieben auf Befehl Stalins GPU-Agenten ihr Unwesen im Lande.

Damit habe sich die Lage entscheidend geändert. Beim bisherigen deutschen Vorgehen gegen polnische Täter, insbesondere gegen die Führer der verschiedenen Widerstandsbewegungen hätten schnelle und scharfe Exekutionen einen Sinn gehabt, da sie bei den Hinterbliebenen der Täter entsprechenden Resonanzboden gefunden hätten. Bei der jetzigen Sachlage, da die Sowjetrussen die Hand im Spiele hätten, komme man mit allzu grossen Exekutionen nicht durch, besonders wenn man wisse, dass die Täter auf diesem Sektor zu finden seien. Es wäre sinnlos, Polen zu erschiessen, wenn die Urheber der Attentate gegen führende Persönlichkeiten sowjetrussische Kommissare seien.

In der letzten Zeit habe man zwei grosse Attentate erleben müssen, denen in dem einen Fall SS-Brigadeführer Kutschera zum Opfer gefallen sei. Angehörige der nationalen Widerstandsorganisation hätten dieses Attentat so gut vorbereitet, dass man eigentlich von einer Maßarbeit sprechen könne. Bei einem der angeschossenen Täter habe man eine genaue Skizze gefunden, aus der hervorgehe, wie die Ausführung des Attentates bis auf die Postierung der Täter und den Feuerplan bis ins einzelne geplant gewesen sei. Mindestens 10 - 12 Personen, von denen jeder einzelne über eine Maschinenpistole und Handgranaten verfügt habe, seien daran beteiligt gewesen. Der Auftrag zu dem Attentat sei bestimmt aus London gekommen. Durch das zweite Attentat sei Amtschef Bauer und einer seiner Mitarbeiter getötet worden. Ein angeblicher Hauptmann in Wehrmachtsuniform, der vorher in Rowno einen der Stellvertreter von Reichskommissar Koch und einen Angehörigen der Luftwaffe getötet habe, habe sich an die beiden her-

angemacht und sie mit gezieltem Feuer erschossen. Als sicher könne man annehmen, dass es sich in diesem Fall um einen GPU-Agenten handele.

Man müsse damit rechnen, dass die Munterkeit der Nationalen noch grösser werde, wenn von den Feindmächten eine Invasion versucht werde. Die Zahl der augenblicklich wirkenden Aktivisten sei relativ gering, jedoch stehe das Gros des polnischen Gegners in höchster Bereitschaft.

Bei den Kommunisten sei ganz besondere Vorsicht am Platze. Sie trügen deutsche Uniformen, und zwar vom General bis herunter zum einfachen Landser oder Polizisten. Es sei daher dringend erforderlich, dass jeder führende Deutsche im Generalgouvernement auf seine persönliche Sicherheit in stärkerem Maße Obacht gebe als bisher. Vor allem müsse man sich davor hüten, im täglichen Lebensstrom eine zu grosse Gleichmässigkeit eintreten zu lassen. Wenn ein Attentat oder ein Anschlag geplant sei, werde in erster Linie der Wechsel des Opfers erkundet; die Ausführung des Attentates selbst stelle an sich eine Kleinigkeit dar. Man müsse davon überzeugt sein, dass die polnischen politischen Gegner, insbesondere aber die sowjetrussischen Agenten zunächst eine ausgezeichnete Erkundungstätigkeit durchführten.

SS-Brigadeführer Kutschera sei immer den gleichen Weg, zur gleichen Zeit, im gleichen Wagen mit ständig der gleichen Nummer zum Dienst gefahren. Grössere Vorsicht sei unbedingt am Platze. Man müsse die geladene Pistole ständig in der Tasche haben, bei gefährlichen Fahrten sogar in die Hand nehmen. Die Waffe müsse ständig schussbereit zur Verfügung stehen. Durchquere man ein bandenverseuchtes Gebiet, sei es ratsam, die Maschinenpistolen ständig in Anschlag zu halten, damit man beim Fallen eines Schusses als so-

fortige Reflexbewegung das Feuer erwidern könne. Bisher sei es so gewesen, dass von hundert beschossenen Kraftwagen kaum ein einziger das Feuer erwidert habe. Eine solche Sachlage müsse ja den Gegner, insbesondere die unreife Jugend, die daran Spass findet, zu Überfällen reizen. Es bestehe kein Zweifel, dass die hinter Busch und Strauch liegenden Banditen im Grunde feige seien und sofort türmten, wenn ihnen ein paar Kugeln entgegen schlügen.

Auch im persönlichen Leben müsse man, soweit es gehe, Vorsicht üben. Besondere Vorsicht sei auch im Umgang mit polnischen Hausangestellten und anderen in deutschen Diensten stehenden Polen am Platze. Im Ernstfall würden sich diese Menschen in ihrer Gesinnung um 180 Grad drehen, da sie sich durch ihr Verhalten eine aktive Legitimation verschaffen müssten. Beabsichtigte Reisen über das Telefon weiterzusagen, sei unvorsichtig, da mit dem Abhören sämtlicher Gespräche gerechnet werden müsse; schon die Beorderung eines Kraftfahrers für eine Reise solle man nach Möglichkeit am Telefon nicht vornehmen. Jeder einem Attentat zum Opfer gefallene Deutsche sei, abgesehen von dem grossen Verlust, den das Generalgouvernement dadurch erleidet, auch ein grosser Verlust des deutschen Prestiges da die Nachricht davon durch die Weltpresse wandere.

Die sowjetrussischen Täter seien aus ganz anderem Holz geschnitzt; sie benützten deutsche Uniformen und besässen gute gefälschte Ausweise. Die Anschläge würden von ihnen mit erheblichem Schneid durchgeführt. Hier müsse er vor allem darauf hinweisen, dass man nicht jeden unbekannten Mann empfangen solle, da viele sich unter irgend einem Vorwand Zutritt zu verschaffen suchten. Die deutsche Führung dieses Raumes könne die gefallenen führenden Männer nicht mehr ersetzen. Darauf warteten die Täter, da sie der Überzeugung seien,

dass dann das Volk eines Tages auseinander laufe.

Neue Sorgen stellten die neuaufgetretenen Banden im Generalgouvernement dar. Jenseits der Ostgrenze des Generalgouvernements, also im mittleren Frontabschnitt existierten Banden in Stärke von vielleicht 60 000 bis 70 000 Banditen; diese seien gut ausgerüstet und z.T. militärisch geführt, verfügten über alles, was zur Ausrüstung einer Division gehöre. Nach der Frontzurücknahme in diesem Abschnitt sei klar gewesen, dass diesen Banden von Moskau aus der Auftrag erteilt wurde, nun nach Westen hin aufzuklären, Attentate durchzuführen, Eisenbahnanschläge zu verüben, Wege zu sprengen, Industriewerke lahmzulegen. Das liege in der taktischen Linie der Sowjets.

In das Gebiet des Generalgouvernements sei zunächst am 9. dieses Monats eine Bandenspitze von etwa 300 Mann eingedrungen, der eine weitere von 200 Mann gefolgt sei. Bei diesen Banden handele es sich nach inzwischen durchgeführten Feststellungen um Angehörige der sogenannten Federoff-Bande, einer schon seit 3/4 Jahren bestehenden alten russischen Bande in einer Stärke von rund 3 500 Mann, militärisch geführt und ausgerüstet mit Artillerie, Granatwerfern, Panzerbüchsen, Sprengstoff-und Minen. Mit dem Auftreten einer weiteren Bande sei zu rechnen.

Er habe dagegen sofort deutsche Kräfte angesetzt, jedoch sei der Bandenkampf ausserordentlich schwierig, da diese nicht den Kampf suchten sondern nur plündernd und zerstörend ihres Weges zögen und jedem Kampfe aus dem Wege gingen. Der Bande seien bereits grosse blutige Verluste zugefügt worden, doch setze sich das Gros immer wieder ab, sodass es bis jetzt zu einer völligen Vernichtung nicht habe kommen können. Am unangenehmsten sei augenblicklich die Lage an der Südostecke des Bilgorajer Waldes, wo seit zwei Tagen ein schwerer gegen

Kampf mit einem Gegner von mindestens 2000 Mann stattfinde. Aus den anderen Distrikten habe er Polizeiverstärkungen dazu herausziehen müssen; auch die Wehrmacht und die Waffen-SS hätten dafür Kräfte zur Verfügung gestellt. Die Bande müsse unter allen Umständen entweder vernichtet oder aus dem Generalgouvernement wieder vertrieben werden.

Ausserdem müsse die Polizei die Ostgrenze des Generalgouvernements, insbesondere den Raum zwischen Brody und Sokal gegen das Eindringen weiterer Banden abschirmen. Der Reichsführer SS habe zur Besetzung, zum weiteren Ausbau dieser sogenannten Bandenauffangstellung Kräfte zur Verfügung gestellt. Aufgabe dieser Stellung sei es, für mindestens drei bis vier Wochen Schutz gegen jeden Bandeneinfall zu gewähren. Die in dieser Stellung befindlichen Kräfte seien zunächst aus dem Generalgouvernement herausgezogen worden.

In Bezug auf das Auftreten von Fallschirmspringern sei es ganz gut, sich auf eine solche Situation einzustellen, denn damit müsse gerechnet werden. Er bitte daher jeden, die Männer seines Dienstbereiches entsprechend zu instruieren; jeder müsse mitbeobachten und entsprechende Beobachtungen der Polizei sofort melden. Entsprechende Vorbereitungen durch Aufstellung von Alarmplänen seien getroffen. Alle Deutschen seien zusammengefasst, um sofort für einen Kampf zur Verfügung zu stehen. In den Städten und auf dem flachen Land habe man Verteidigungs-und Angriffsbasen gebildet.

Die Polizei baue zur Zeit ein umfassendes V-Netz aus, und erbitte jeden Deutschen um tätige Mitarbeit. Je grösser und fester das Fundament, destc grösser der Erfolg. Auch Polen könne man auf geschickte Weise als Nachrichtenträger für die deutsche Polizei einspannen.

IV/1
2/1

Präsident Naumann führt aus, daß die gegenwärtige Lage auf dem Gebiet der Ernährung und Landwirtschaft besonders in den beiden Überschuß-Distrikten Lublin und Galizien durch die Frontnähe bestimmt werde. Die Masse der Landbevölkerung unterstütze selbstverständlich in der Nähe der Front die Maßnahmen nicht mehr so, wie man es bisher überall festgelegt und es auch in die Rechnung eingestellt habe. Im Osten des Generalgouvernements hätten sich gewisse Schütterzonen gebildet, und, wenn sich die Front noch längere Zeit kurz vor der Grenze des Generalgouvernements hinziehe, dann würden sich Zonen bilden, die man in der Ukraine oder in den weiteren östlichen Gebieten in den letzten Jahren mit Kahlfraßzonen bezeichnet. Gleichwohl werde die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft mit allen ihren Gliederungen sich den beiden großen Aufgaben widmen, die hier gestellt seien, erstens der Weiterführung und Vorbereitung der Erzeugungsschlacht wie der Durchführung der weiteren Erfassung und der Sicherung der Ernährung für die Bevölkerung des Raumes, zweitens der Sicherstellung der Leistungen für Reich und Wehrmacht.

Im Laufe der kommenden Wochen und Monate würden überall Versammlungen der breiten Landbevölkerung durchgeführt, um sie mit dem Gedanken der Verbesserung der Produktion vertrauter zu machen. Der Versuch der Veranstaltung solcher Versammlung besonders in Galizien und in Teilen des Distrikts Lublin zeige, daß die Landbevölkerung auch heute noch den Maßnahmen der Landwirtschaftverwaltung durchaus Verständnis entgegenbringe und sich bemühe, diese Maßnahmen soweit wie möglich durchzuführen. Man habe in den letzten Wochen auch mit Filmen und anderen Propagandamitteln gearbeitet und werde es in Zukunft noch mehr tun. Mit der Einrichtung von Beispielwirtschaften sei man soweit gekommen, daß praktisch in

jeder Sammelgemeinde des Generalgouvernements eine vorbildliche Beispielswirtschaft vorhanden sei. Darüber hinaus sei man jetzt bestrebt, in jedem Dorf einer Sammelgemeinde eine gleiche Beispielwirtschaft aufzubauen, und zwar mit den Mitteln, die der Betrieb in sich berge. Wenn es gelinge, ein Netz von Beispielwirtschaften zu schaffen, werde man in absehbarer Zeit über 18ooo solche Beispielwirtschaften im Generalgouvernement verfügen.

Weiter würden die privaten polnischen Großbetriebe zu sog. Erzeugungsringen zusammengeschlossen. Ein tüchtiger polnischer Großgrundbesitzer übernehme für 1o oder 12 größere Güter in seiner Umgebung die Verantwortung. Er habe die Aufgabe, die ihm von den Kreislandwirten vorgeschriebenen Maßnahmen in den ihm unterstellten Betrieben auf freiwilliger Grundlage durchzuführen.

Die Herbstbestellung sei gut in die Erde gekommen. Die Pflugfurche sei im Herbst 1oo%ig hergestellt, sodaß die besten Voraussetzungen für eine ordnungsmäßige Frühjahrsbestellung gegeben sei. Der Pflege des natürlichen Düngers - Mist, Jauche, Kompost - werde erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt, und auf dem Gebiete der Humuswirtschaft seien gute Fortschritte feststellbar.

Die Saatguterstellung gehe programm-mäßig vorwärts. Trotz der schlechten Kartoffelernte des vergangenen Jahres werde die Versorgung der Bevölkerung mit Kartaffelsaatgut zu ermöglichen sein.

Die Grünlandringe, die überall aufgezogen seien und von tüchtigen fremdvölkischen Fachkräften geleitet würden, ermöglichten eine Versorgung der ländlichen Bevölkerung mit Futterpflanzen und Sämereien.

Infolge der Übernahme von Maschinen aus den Beständen der Ukraine werde man in den nächsten Wochen und

2/3

Monaten immerhin eine kleine Erleichterung auf dem Gebiet der Versorgung der Landwirtschaft mit Maschinen und Geräten erreichen können. Die Eisen- und Holzlage sei leider sehr beengt, sodaß man viele wichtige Maßnahmen auf dem Gebiet der Erzeugungssteigerung nicht in genügendem Umfange durchführen könne.

Was den Gemüseanbau angehe, so habe man im Generalgouvernement im Jahre 1939 außer Weißkraut, roten Rüben und etwas Mohrrüben kein Gemüse gefunden; Feingemüse sei überhaupt nicht vorhanden gewesen. 1940 habe man dann auf dem Gebiet der Steigerung der Gemüseerzeugung starke Anstrengungen gemacht. Natürliche Grenzen seien diesem Bestreben aber dadurch gezogen gewesen, daß es notwendig gewesen sei, Gemüsesamen zu erzeugen. Die meisten Gemüsekulturen seien zweijährige Pflanzen, von denen erst im zweiten Jahre Samen erzeugt werden könne. Aus dem Reich habe man leider größere Mengen von Saatgut nicht erhalten können. Wenn auch die Saatgutfrage auf dem Gemüsesektor große Schwierigkeiten gemacht habe, sei doch der Anbau von Gemüse von Jahr zu Jahr gestiegen, und zwar von 5600 ha im Jahre 1940 auf 45 000 ha im Jahre 1943. Auch im Jahre 1944 sei eine weitere Steigerung zu erwarten.

Man könne überall feststellen, daß die Bauern wie auch die großen Besitzer neue Obstplantagen anlegten. Es bedürfe einer angestrengten Arbeit von 6-8 Jahren, um die Lücken, die die drei schweren Winter gerissen hätten, auszugleichen. In dieser Zeit habe man im Generalgouvernement 20 Millionen Obstbäume eingebüßt. Man werde jetzt versuchen, bessere und winterharte Obstsorten zur Verfügung zu stellen.

Was den Anbau von Sonderkulturen angehe, so biete die Pflanze Koxagys große Schwierigkeiten. Gute Ergebnisse habe man noch nirgendwo erzielt, trotzdem die be-

sten Bauern dafür eingesetzt worden seien. Im Jahre 1944 werde der Anbau dieser Pflanze besonders auf Wunsch des Reichsführers-SS Himmler weiter ausgedehnt werden. Man bemühe sich, die Erfahrungen der letzten zwei Jahre zusammenzufassen und alles, was man an Rückschlägen gehabt habe, bei der Erstellung der Ernte des Jahres 1944 zu berücksichtigen. - Die Sojabohne, Gespinstpflanzen, Zuckerrüben und alle anderen Sonderkulturen würden mit ihrem Anbau weiter vorwärts getrieben, um bestehende Versorgungslücken nach Möglichkeit auszugleichen,

Die Viehzählung im Anfang Dezember 1943 habe gezeigt, daß es gelungen sei, die wertvollen Zuchtherden in ihren Beständen zu erhalten und den Nachwuchs zu sichern. Auf Grund der Viehzählungszahlen sei eine erhebliche Zunahme der jungen Jahrgänge gegenüber der Viehzählung von 1942 festzustellen. Bei einigen anderen wichtigen Tiergattungen zeige sich auch eine relative Erhöhung der Zahl: 6o ooo Schafe, 2oo ooo Schweine und 3o ooo Ziegen seien mehr gezählt worden.

Besondere Wichtigkeit komme der Pferdezucht und der Erhaltung der Pferdebestände zu. Die erheblichen Eingriffe der Wehrmacht in den viereinhalb Jahren könnten ziffernmäßig mit etwas über 3oo ooo Pferden angegeben werden. In den beiden ersten Monaten des Jahres 1944 fordere aber die Wehrmacht wieder 22 ooo Pferde aus den Beständen des Generalgouvernements und diese Pferdeaushebung finde gerade jetzt statt. Die Pferdebestände seien unausgesetzt Beanspruchungen ausgesetzt, angesichts der zahlreichen Aufgaben, die vom Pferde geleistet werden müsser. Man habe sofort alle Maßnahmen eingeleitet, um erfolgreich gegen Ermüdungserscheinungen zu wirken. Der polnische Staat habe über einen Staatsbesitz von 57o Hengsten verfügt. Heute gebe es im Generalgouvernement

2/5

schon 1300 Staatshengste. Im letzten Jahre habe jeder Hengst 87 Stuten gedeckt, und auch im laufenden Jahre werde diese Zahl wieder erreicht werden. Man plane einen weiteren Ausbau der Landgestüte, und gerade jetzt werde ein neues Landgestüt mit 160 Hengsten errichtet. Im letzten Monat habe das Lippizaner-Hauptgestüt mit 35 Stuten eröffnet werden können. Durch Prämierungen bei den Körungen der Privathengsthaltung werde alles getan, damit die in der privaten Landespferdezucht eingetretenen Lücken schnell ausgeglichen werden könnten. In diesem Winter würden etwa 150 000 Fohlen geboren werden.

Damit angesichts des Mangels an Pferden der Tierbestand ausgeglichen werde, würden weitgehend die Kuh und das Rind für Spanndienste verwendet. Gerade in den Beskiden, den Karpaten und im Vorland habe man beste Erfolge festgestellt.

Das Reich habe seit Mitte 1943 die Zufuhr von Vatertieren aller Art bis auf wenige Hengste aus Ostpreußen gesperrt. Man sei deshalb gehalten, den dringend notwendigen Bestand an Hengsten aus eigener Kraft zu decken. Die Entwicklung der Herdbuchbestände und Herdbuchzuchten wie der Gestüte werde es ermöglichen, im großen und ganzen bis auf wenige Spitzentiere auch tatsächlich die Aufgabe zu erfüllen, die Bestände an Vatertieren immer wieder aus eigener Kraft zu ersetzen.

Die Geflügelbestände seien im letzten Jahr infolge der Pest und der Kolera um etwa 40% zurückgegangen. In der nächsten Zeit werde man bestrebt sein, die eingetretenen Lücken möglichst schnell auszugleichen, Man habe eine ganze Reihe von künstlichen Brutanstalten neu errichtet und wolle Millionen von Eintagsküken an die Landwirtschaft geben, um die Bestände an Hühnern wieder aufzubauen

Mit derselben Energie wie auf dem Gebiet der Erzeugung habe man auch alle Maßnahmen, die der Ernteausnahmezustand und die Ernteerfassung mit sich gebracht hätten, durchgeführt. Allen Dienststellen der Wehrmacht, der SS und Polizei wie allen sonst dafür eingesetzten Männern und Frauen gebühre Dank für das, was sie in den letzten Monaten der Landwirtschaftsverwaltung an Hilfe hätten zukommen lassen. Man habe bei Getreide 1,6 Millionen Tonnen erfassen wollen und habe zur Zeit 1,483 Millionen to erfaßt. Man werde bemüht sein, noch einen möglichst großen Prozentsatz der fehlenden Menge hereinzubekommen. Bei Kartoffeln habe man 2,15 Millionen to erfassen wollen, aber die schlechte Kartoffelernte habe leider bisher nur ein Ergebnis von 1,65o to gebracht. Jedoch werde im Frühjahr noch eine besondere Erfassungsaktion durchgeführt werden.

In der Zuckerwirtschaft sei im großen und ganzen das ins Auge gefaßte Ziel erreicht worden. Von 135 ooo to, die man habe erfassen wollen, seien 13o ooo to hereingekommen. Man habe so eine Erhöhung der Zuckerproduktion gegenüber dem Vorjahr um 1o ooo to erreicht.

Bei Obst und Gemüse habe der Ernteanfall in den entscheidenden Sorten des Gebietes leider nur 5o bis höchstens 55% einer normalen Ernte erbracht. Trotzdem sei es gelungen, 2oo ooo to Gemüse zu erfassen und davon der Wehrmacht 63 ooo to zu liefern. Dabei müsse berücksichtigt werden, daß für die Marmeladeherstellung in einem Umfang von insgesamt 75 ooo to für die Versorgung der einheimischen Bevölkerung, der Wehrmacht, der Kriegsgefangenen usw. eine große Menge dieser 2oo ooo to Gemüse für die Herstellung der Vorprodukte, der sog. Pulpe, gebraucht worden sei.

Die schlechte Versorgungslage auf dem Gebiet des Gemüses werde in den nächsten Wochen durch Sonderzutei-

lung von Konserven, Trockengemüse, Tomatenmark und Honig als Obstersatz überbrückt werden.

In der Viehwirtschaft habe man im Wirtschaftsjahr vom 1.September 1943 bis 31.August 1944 insgesamt 11o ooo to erfassen wollen. Bis Ende Januar 1944 habe man 4o ooo to erfaßt. Leider werde im allgemeinen nur eine Menge von 1o-2o% der aufgelegten Kontingente freiwillig geliefert, die anderen 8o-9o% müßten unter Druck der Dienststellen und gegebenenfalls mit Unterstützung der Exekutive hereingeholt werden. Man werde jedenfalls bestrebt sein, die Fleischerzeugung so zu halten, daß es gelinge, die Rationssätze aufrecht zu erhalten und den Verpflichtungen gegenüber dem Reich wie der Wehrmacht nachzukommen.

Bei Milch und Fett hätten auch nur 5o% der aufgelegten Kontingente im allgemeinen erfaßt werden können. Man habe sich das Ziel gesetzt, je Kuh und Jahr im gesamten Gebiet 5oo Liter Milch zu erfassen. Im Jahre 1943 sei es gelungen, 252 Liter pro Kuh und Jahr zu erfassen. Hier werde der Hebel angesetzt werden müssen, damit man schrittweise weiterkomme. Immerhin sei festzustellen, daß die Erfassung von Jahr zu Jahr gestiegen sei. Die Erfassungszahlen bei Butter seien von 6ooo to im Jahre 1941 auf 185oo to im Jahre 1943 gestiegen. Zweifellos seien noch große Reserven vorhanden, die erfaßt werden müßten. Dieser Erfassung stellten sich gewisse Schwierigkeiten entgegen. So habe z.B. das Molkereinetz nicht in dem geplanten Umfange ausgebaut werden können, Milchtransportgefäße seien nicht zu beschaffen gewesen, während man 75o ooo Stück davon in der Größe von 2o Ltr. brauche. In den Monaten Mai bis Juli des vergangenen Jahres hätten die Banditen fast 3oo Molkereibetriebe zum Teil nachhaltig zerstört. Die schlechten Futterverhältnisse trügen ihr übriges dazu bei. Gleichwohl hoffe man im Jahre 1944 ein besseres Ergebnis zu erzielen.

2/7

Das im 5.Kriegswirtschaftsjahr erzielte günstige Ergebnis werde z.T. darauf zurückzuführen sein, daß sich der Erfassungsapparat immer besser eingespielt habe und sich dank der Hilfe der anderen Dienststellen das Prämiensystem einer großen Beliebtheit bei der Landbevölkerung erfreue. Dadurch sei es möglich gewesen, auch ohne großen Druck z.B. bei Getreide und Kartoffeln solche nennenswerte Mengen zu erfassen, während die Vieherfassung nur unter Druck und Zuhilfenahme der Exekutive durchgeführt werden könne. Der Bau von Lägern, neuen Verarbeitungsstätten und ihr Ausbau seien nicht so vorwärts gekommen, wie man es sich gedacht habe. Das sei aber angesichts der Schwierigkeiten auf dem Baustoffsektor durchaus zu begreifen. Auch auf anderen Gebieten stellten sich den Absichten der Landwirtschaftsverwaltung überall Schwierigkeiten entgegen.

Die erfaßten Mengen hätten für den abgelaufenen Teil der Versorgungsperiode des 5.Kriegswirtschaftsjahres so eingesetzt werden können, daß im großen und ganzen der Befehl des Generalgouverneurs, die Rationen am 1. September bezw. 1.Oktober neu zu regeln, bisher auch durchgeführt werden konnte. Die in der Hand der Landwirtschaftsverwaltung befindlichen Getreidemengen ermöglichten es, wenn nicht unvorhergesehene Umstände eintreten sollten, die Rationen an Brot, Mehl und Nährmitteln bis zum Anschluß an die Ernte 1944 in dem am 1.Oktober festgelegten Umfang durchzuhalten. Bei Kartoffeln hätten die kriegswichtigen Verbrauchergruppen besser versorgt werden können als die gleichen Gruppen im Reich. Das bedeute immerhin eine gewisse Beruhigung für die Bevölkerung. Wo Schwierigkeiten bei der Kartoffelbelieferung aufträten, sei man bemüht, durch Zurverfügungstellung von Hülsenfruchtpräparaten oder Nährmitteln für die Monate von März bis Juni Lücken auszugleichen. Die vorhandenen Vorräte gäben der Landwirtschafts-

verwaltung eine gewisse Bewegungsfreiheit.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Zucker und Marmelade könne zu den festgesetzten Rationen auch in den nächsten Monaten vollauf durchgehalten werden. Auf dem Gebiet der Fleischversorgung seien allerdings Schwierigkeiten zu erwarten, besonders, wenn es nicht gelinge, die Erfassungsmöglichkeiten zu steigern. Auch auf dem Gebiet der Versorgung der Bevölkerung mit Fett seien für die Monate März, April und Anfang Mai Schwierigkeiten zu erwarten. Man werde für Februar und März die letzten Reserven in den großen Topf hineinwerfen, um die Rationen auf der Höhe zu halten, auf der sie im September bezw. im Oktober festgelegt worden seien. Man werde dann im März und April 25 Millionen Eier in den Fettsektor werfen und für 100g Fett drei Eier zur Verfügung stellen. Ende Mai werde dann die sog. Milchschwemme und eine erhöhte Butterproduktion es ermöglichen, die Rationssätze so zu geben, wie man sie im Anfang des 5.Kriegswirtschaftsjahres zugrundegelegt habe.

Auch auf dem Sektor der Ernährungswirtschaft würden jetzt Kriegsversehrte, Parteiversehrte und Umsiedler in dem Umfange angesetzt, wie es gelinge, fachliche Kräfte aus der Reihe dieser bevorzugt zu Versorgenden zur Verfügung zu stellen. Bisher habe man auf dem Sektor der Ernährung und Landwirtschaft noch keine Deutschen angesetzt.

Der Agrarsektor sei sich durchaus im klaren darüber, daß die nächsten Monate ihm außerordentliche Belastungen bringen würde. Die Männer der Landwirtschaftsverwaltung seien aber gewillt, ihre Aufgaben wie bisher zu erfüllen; sie fühlten sich stark genug und hätten auch gewisse Vorbereitungen getroffen, um für den Zeitpunkt, da es gelinge, die Front wieder nach dem Osten zu drücken,

2=9
folgt 4

gerüstet zu sein und dann mit Hilfsmaßnahmen in jene Gebiete zu gehen, die jetzt im Bereich der sog. Schütterzone oder der Kahlfraßzone lägen.

4/1

IX/8

Präsident Eissfeldt führt aus, dass die drei Monate seit Inkrafttreten des Holzmobilmachungsplanes die Arbeit doch wesentlich besser vonstatten gegangen sei, als man angenommen habe. Auch die Aussichten für die Zukunft seien zwar ernst, in keiner Weise jedoch hoffnungslos. Die durch den Holzmobilmachungsplan angeordnete Zusammenfassung aller Kräfte habe sich ausserordentlich bewährt. Die Wehrmacht und die Polizei hätten durch Bereitstellung von Exekutivkräften bestens dazu beigetragen, das nötige Holz, dessen Abnehmer sie in der Hauptsache seien, herbeizuschaffen. Die Hauptabteilungen und viele sonstige Dienststellen hätten durch Bereitstellung von Verpflegung, Futtermittel, Eisen, Leder und sonstigem ausserordentlich geholfen. Nicht zuletzt hätten auch die Gouverneure und Kreishauptleute sich in den vergangenen Monaten für die Holzabfuhr ganz besonders eingesetzt. Dadurch seien in erster Linie die günstigen Ergebnisse eingetreten; es sei aufgefallen, dass es an Orten, in denen der Kreishauptmann von der Notwendigkeit der Holzabfuhr überzeugt sei, selbst unter den allerschwersten Verhältnissen in erstaunlicher Weise gut gehe, und dass andererseits ein geringes Ergebnis vielfach zu geringe Energie des Kreishauptmannes zur Voraussetzung habe. Allen Dienststellen gelte sein ganz besonderer Dank.

Die letzten Monate und auch die künftigen stünden ganz unter dem Zeichen der Holzversorgung der Heeresgruppe Süd und selbstverständlich auch der Luftwaffe, der OT und der Eisenbahn im Raum dieser Heeresgruppe. Das Generalgouvernement habe zwar auch früher die Front mit Holz versorgt, doch seien durch das Näherrücken der Front in Wolhynien

und Polesien grosse Versorgungsgebiete weggefallen, so dass vom Generalgouvernement neue die Anforderungen der anderen Bedarfsträger in den Schatten stellende Lieferungen an die Front durchgeführt werden müssten.

Bei Besprechungen mit dem Generalquartiermeister und den Leitern der östlichen Forstverwaltungen habe sich ergeben, dass das Generalgouvernement wieder einmal das meiste leisten müsse. Während hinter den Heeresgruppen Nord und Mittel ein grosses Hinterland mit Wald liege, seien die Gebiete bei Kriwoi Rog vollkommen waldarm. Das westlich davon liegende Gebiet Rumäniens oder Ungarns komme für eine Holzversorgung der Front aus Devisengründen nicht in Frage, so dass die Holzbedarfsdeckung der Front trichterförmig im Generalgouvernement zusammen laufe. Hier müsse nun das Holz für den riesigen Frontabschnitt im Süden bereitgestellt werden. So ergebe sich z.B. die Tatsache, dass aus dem Distrikt Lemberg Holz an die Front bei Nikopol geliefert werden müsse.

Für die Holzbedarfsdeckung habe man zunächst weitgehend die Rückstände des letzten Forstwirtschaftsjahres mobilisiert; es sei gelungen, bis jetzt etwa die Hälfte dieser 30% betragenden Rückstände mit einer Menge von 750 000 fm aus den Wäldern herauszubringen und damit die dringendsten Bedürfnisse zu befriedigen. Weiter habe man auf Grund des Holzmobilmachungsplanes eine grösstmögliche Kapazitätssteigerung sowohl beim Einschlag wie bei der Abfuhr vorgenommen. Sehr günstig für die notwendige Ertragssteigerung könne man die besonders berücksichtigte Verkürzung der Abfuhrwege bezeichnen. Der Einschlagplan nehme auch auf Waldgebiete Rücksicht, in denen die Pferdekraft durch andere Aufgaben noch nicht voll ausgenützt sei.

4/3

Einen wesentlichen Beitrag zu den Erfolgen stelle auch die verständnisvolle Beschränkung der Holzbedarfsträger dar. Dadurch würden grosse Holzmengen frei, die der Wehrmacht und der Polizei zum Bau von Stützpunkten zur Verfügung gestellt werden könnten. Ein neues Rezept habe man auch im sogenannten Selbsteinschlag der Truppe gefunden; dabei habe die Truppe unter Führung und Leitung der Forstverwaltung des Generalgouvernements mit eigenen Arbeitskräften und eigenen Gespannen das benötigte Holz aus den Wäldern geholt.

Der Einschlag des jetzt laufenden Holzwirtschaftsjahres (bis 30. September 1944) liege bereits zu 50% am Boden. Dieses Ergebnis habe man noch vor drei bis vier Monaten für unmöglich gehalten. Die Abfuhr sei allerdings erst zu 15% durchgeführt. In diesem Jahre sei bei der Abfuhr zu den vielen bekannten Schwierigkeiten noch das ungünstige Wetter gekommen. Für die Holzabfuhr brauche man Frost und Schnee. Er bitte daher die Gouverneure, bei der jetzt günstigen Witterung die Kreishauptleute anzuweisen, sich in starkem Maße für die Abfuhr einzusetzen, da man jetzt den gefrorenen Boden und die Schlittenbahnen ausnützen könne. Die Holzversorgung stehe und falle mit der Abfuhr.

Alle Holzbedarfsträger müsse er auch weiterhin um möglichste Beschränkung ihrer Anforderungen nicht nur in Bezug auf Menge sondern auch auf Qualität bitten. Auch dürfe Holz nicht schon Monate vorher angefordert werden; Holzhortung könne nicht geduldet werden, da sonst der dringendste Bedarf des Augenblicks nicht gedeckt werden könne.

Die dem Generalgouvernement gestellten Aufgaben der Holzbedarfsdeckung gingen weit über die Möglichkeiten dieses Landes hinaus. Nur bei Anspannung aller Kräfte könne der dringendste Bedarf befriedigt werden.

Die bisherige dringendste Bedarfsdeckung sei vor allem auch dadurch herbeigeführt worden, dass es gelungen sei, die 10 000 nichtdeutschen Forstbeamten durch die wenigen deutschen Forstbeamten bei der Stange zu halten. Diese Leute hätten trotz Banden und mannigfacher Schwierigkeiten im grossen und ganzen in loyaler Weise ihre Pflicht erfüllt und seien höchstens nur vorübergehend ausgewichen.

Auf dem Gebiet der Nebennutzungen sehe es sehr erfreulich aus. So sei es im Jahre 1943 zum ersten Mal gelungen, die im Generalgouvernement benötigten 4000 to Gerbrinde aus eigener Produktion zu gewinnen. Die Harzgewinnung sei trotz aller Banditen und vieler Schwierigkeiten im Jahre 1943 nicht gesunken und betrage etwa 3,5 Mill. kg (im Reich 4 Mill. kg). Im Generalgouvernement sei das bedeutendste Harzverarbeitungswerk Europas in Betrieb. Seine Produktion habe im letzten Jahr 2 1/2 Mill. kg Kolophonium und 5 Mill. Liter Terpentin betragen. Von den zur Harzgewinnung in den Wäldern des Generalgouvernements angebrachten 4 Mill. Harzbechern seien im Laufe eines Jahres 1 Mill. gestohlen worden und hätten dort neu ersetzt werden müssen. Die Produktion von Holzkohle sei in jedem Jahr gesteigert worden und betrage im Jahre 1943 3 900 to. Dazu kämen 172 000 to Trockenverkohlung. In der Torferzeugung könne man, wenn man die Produktion der vielen kleinen bäuerlichen Betriebe hinzurechne, auf 350 000 to kommen. Sehr beachtlich sei auch die Ernte an Waldbeeren, Pilzen und Waldfrüchten in Höhe von etwa 5000 to. 33 to Wild seien bei den Ablieferungsstellen erfasst worden.

Im vergangenen Jahr sei auch eine Walderfassung beendet worden, die deswegen notwendig gewesen sei, da viele Karte und Betriebspläne verloren gegangen seien. Im Jahre 1943 habe man im Gegensatz zu den Verhältnissen im Reich noch Neuanpflanzungen auf 38 000 ha durchführen können. Die Fläche der Pflanzgärten sei von 420 ha auf 720 ha gestiegen. 808 000 kg Forstsämereien seien in den Boden gekommen, im Jahre vorher 139 000 kg.

4/5

400 Millionen Stück forstliche Pflanzen habe man verpflanzt gegenüber 300 Millionen im Vorjahr.

Die deutsche Forstwirtschaft habe trotz der grossen Schwierigkeiten des 5. Kriegsjahres für das Land viel getan. Das Wegenetz sei wesentlich erweitert worden, die Zahl der im Zuge dieser Erweiterung notwendigen Brücken zwischen 75 m Länge, die man erbaut habe, betrage 1000. Ferner sei eine Strecke von 131 km neuer Waldbahnen angelegt worden.

Staatssekretär Dr. Bühler weist auf die Wichtigkeit der Holzversorgung hin und ersucht die Herren Gouverneure, ihre Kreishauptleute anzuweisen, alles für die vordringliche Aufgabe des Holzeinschlages in der Holzabfuhr einzusetzen.

Generalmajor Sendle führt aus, dass auf dem Gebiete des Luftschutzes mit grösstem Nachdruck und gutem Erfolg gearbeitet worden sei. Die Durchführung der Luftschutzbaumassnahmen werde mit äusserster Spannkraft vorangetrieben; der Bau der Feuerlöschteiche, Deckungsgräben und öffentlichen Räume schreite gut vorwärts.

In den 15 besonderen Luftschutzorten des Generalgouvernements ergebe sich folgendes Bild:

	Deckungsgräben	Feuerlöschteiche	öffentl. Räume
fertig	46 %	101	79
nicht fertig	11 %	43	17
im Bau	43 %	22	10

Ausserdem kämen noch 23 öffentliche Luftschutzräume für Nichtdeutsche. 30 Rettungsstellen seien fertiggestellt, während sich eine weitere im Bau befinde und 2 geplant seien; 10 Untersuchungsstellen existierten ebenfalls.

4/6

Die Erhöhung der eingezogenen Kräfte sei zu 50% durchgeführt. Der Instandsetzungsdienst, der bisher in der Feuerwehr eingegliedert gewesen sei, sei zu einem selbstständigen Zweig des Luftschutzhilfsdienstes umorganisiert worden; die Ausbildung dieser Männer erfolge durch die technische Nothilfe. Die Unterbringung der Bestände an Lebensmittel sei dezentralisiert. Für Rettungsstellen und Hilfskrankenhäuser habe man überall geeignete Räume, Schulen, Säle usw. ausgesucht und festgelegt. Die Einrichtung von Verbands- und Hauptverbandsplätzen bei grossen Angriffen sei überall vorbereitet. Für die Alarmierung sorgten zur Zeit 73 Grossalarmgeräte und 72 fahrbare Geräte. Zur Zeit kämen in Krakau 15 und in Warschau, Reichshof 47 Grossalarmgeräte zusätzlich zur Aufstellung. Nach Beendigung der Arbeiten werde in diesen Orten die Vorwarnung und die Vorentwarnung eingeführt. Ausweichstellen für Behörden, Dienststellen usw. seien geplant und vorbereitet.

Die Organisation und der Ausbau des Selbstschutzes sei der Partei übertragen. In den deutschen Wohnvierteln habe man Luftschutzwarte ernannt, deren Ausbildung zur Zeit im Gange sei. Für die polnische Bevölkerung seien die erforderlichen Massnahmen unter Einschaltung der polnischen Kommissariate angekurbelt. In den deutschen Wohngebieten habe man brauchbare Luftschutzräume erkundet und fachlich technisch nachgeprüft. Mit der Absteifung der Decken und behelfsmässigen Herrichtung dieser Räume sei begonnen, und die Arbeiten schritten vorwärts. Brandmauerdurchbrüche in den deutschen Wohnhäusern seien zu 50% fertig, die Fluchtwege gekennzeichnet. Mauerdurchbrüche in den polnischen Häusern müssten aus Sicherheitsgründen abgelehnt werden. Die Entrümpelung und ihre Durchführung sei durch den Staatssekretär für das Sicherheitswesen angeordnet.

4/7

Kontrollen über die Durchführung würden gemacht.

Die Ausrüstung an Selbstschutzgeräten sei noch unzureichend; es fehle vor allem an Eisen und Blechen. Verhandlungen mit dem Luftgaukommando VIII zwecks Erhöhung dieser Materialien sei im Gange. Auch der erweiterte Selbstschutz werde immer mehr durchgeführt, die Selbstschutzkräfte hierfür seien erfasst und würden zur Zeit ausgebildet. In den 15 Luftschutzorten des Generalgouvernements handele es sich insgesamt um 1444 Betriebe.

Die Massnahmen im Werkluftschutz schritten ebenfalls vorwärts. Es handele sich um 764 Werkluftschutzbetriebe. Die Kräfte seien ausgebildet und würden durch laufende Übungen weiter geschult. Allerdings mangele es im Werkluftschutz noch stark an Ausrüstungsgegenständen, wie Feuerlöschgeräten, Schlauchmaterial, Nothelfergeräten und Schutzanzügen; Massnahmen zu ihrer Beschaffung seien eingeleitet. Im grossen und ganzen könne er mit der Feststellung schliessen, dass die notwendigen Luftschutzmassnahmen im Generalgouvernement tatkräftig vorwärts getrieben würden.

f. 5

IV/1
5/1

Präsident Dr. Senkowsky kann die Finanzlage des Generalgouvernements als absolut gesichert hinstellen, glaubt aber doch, auf gewisse Erscheinungen hinweisen zu müssen, die zu einer vorsichtigen Finanzgebarung Veranlassung geben. Er betone dabei ausdrücklich, daß die Finanzverwaltung das von ihr hereingebrachte Geld nicht behalten wolle, sondern nur im Interesse notwendiger Ausgaben hereinhole. Daß aber die bisherige Entwicklung keine Dauererscheinung sei, sei der Finanzverwaltung von vornherein klar gewesen. Die ständige Steigerung der Einnahmen sei eine Folge der Entwicklung der gesamten Arbeit, wie überhaupt in den Finanzeinnahmen zum Teil wenigstens ein Spiegelbild aller Arbeitsmaßnahmen gesehen werden könne.

Im Rechnungsjahr 194o habe das Aufkommen an Besitz- und Verkehrssteuern 253 Millionen Zloty betragen, was der Steuerkraft des Landes entsprochen habe. Dieser Betrag sei dann gestiegen: Im Jahre 1941 auf 65o Millionen, im Jahre 1942 auf 11o3 Millionen Zloty. Da gleichzeitig auch die Monopoleinnahmen sich erheblich noch oben entwickelt hätten, sei es der Finanzverwaltung möglich gewesen, in diesen Aufbaujahren allen an sie gestellten Anforderungen gerecht zu werden.

Während in den ersten 1o Monaten des Jahres 1942/43 ein Aufkommen an Besitz- und Verkehrssteuern von rund 89o Millionen Zloty festzustellen gewesen sei, habe es in den gleichen Monaten des Rechnungsjahres 1943/44 vom April bis einschließlich Januar 1o3o Millionen betragen. Die Steigerung habe sich also wesentlich verlangsamt.

Bedenklicher sehe die Sache aus, wenn man diese 1o Monate in Vierteljahre aufteile. Im ersten Rechnungsvierteljahr von April bis Juni 1943 betrage die Steigerung

5/2

gegenüber dem Jahre 1942 mit 2o6 und 297 Millionen Zloty noch 43,3% , in der Zeit von April bis September 1943 betrage sie mit 587 gegenüber 47o Millionen Zloty nur noch 25%. Mit Zurechnung des dritten Vierteljahres betrage die Steigerung 6o,3% gegenüber 43,9%, die entsprechenden Einnahmeziffern seien 792 und 992 Millionen. In diesem Vierteljahr sei auch zum ersten Mal im Monat Oktober der Ertrag der Besitz- und Verkehrssteuern gegenüber dem Vorjahr zurückgeblieben: im Oktober 1942 seien 1o4 Millionen Zloty, im Oktober 1943 aber nur 98 Millionen Zloty hereinbekommen. Im Voranschlag festgesetzt seien 1273 Millionen Zloty ohne Beförderungssteuer. Man werde diesen Betrag auch hereinholen, wenn es gelinge, die Steigerung von 11% in den Monaten Februar und März zu erreichen, was nach den bisherigen Erfahrungen angenommen werden könne.

Die Gründe für dieses Aufhören bezw. Absinken der Steigerung lägen zum Teil auch darin, daß ein verhältnismäßig steuerkräftiger Bevölkerungsteil in Gestalt der Juden mittlerweile fortgefallen sei. Ferner hätten auch 16o Millionen Zloty Steuerrückstände abgeschrieben werden müssen. Man habe bei der Beitreibung im Laufe des Jahres 1943 große Schwierigkeiten gehabt. Am 1.Juli 1942 hätten die Steuerrückstände 482 Millionen Zloty betragen, am 1.Januar 1943 54o Millionen Zloty. Diese Steigerung sei zum Teil darauf zurückzuführen, daß in dieser Ziffer zum ersten Mal die galizischen Steuerrückstände erscheinen. Tatsächlich sei eine ständige Steigerung der Steuerrückstände feststellbar. Er bitte, alle beteiligten Stellen, Verständnis für die Beitreibungsmaßnahmen der Finanzverwaltung zu haben und erbitte auch verständnisvolle Unterstützung. Man wolle nicht durch überspitzte Beitreibungsmaßnahmen die da und dort gegebene politische Notwendigkeit schädigen. Man wünsche jedoch, ein Verständnis

für die Beitreibungsmaßnehmen zu finden, weil es sich um eine positive Einstellung zur Arbeit gegenüber der nichtdeutschen Bevölkerung handle. In vielen Kreisen gerade weiter nach Osten könne man sehr häufig feststellen, daß dort, wo Banden aufträten oder die Front näher rücke, sofort die Willfährigkeit der Bevölkerung zur Steuerzahlung nachlasse. Wenn die Gouverneure bei Besprechungen mit den Kreishauptmännern und diese bei Besprechungen mit den Woits darauf hinwiesen, daß gerade die Besitzenden ihre Verpflichtungen gegenüber dem Staat, der sie schützen wolle, zu erfüllen hätten, so werde man damit gewiß einen entsprechenden Erfolg haben. Nach den Berichten von 24 Finanzinspektionen seien in 16 Finanzinspektionen ganz erhebliche Beeinträchtigungen des Steueraufkommens mittelbar und unmittelbar infolge von Bandenschäden eingetreten, die gewisse Maßnahmen verschiedener Verwaltungen veranlaßt und sich auch in einem Rückgang der Steuereinnahmen ausgewirkt hätten.

Angesichts mancher Erscheinung des hiesigen "illegalen Wirtschaftslebens" sei man gezwungen, verschärfte Fahndungsmaßnahmen durchzuführen und auch zu diesen Maßnahmen nichtdeutsches Personal heranzuziehen, das naturgemäß nicht so verläßlich sei wie die im Dienste der Finanzverwaltung stehenden Deutschen. Gegen die Fahndung werde mancherorts nicht nur von nichtdeutscher, sondern auch von deutscher Seite Stellung genommen. Es sei leider unvermeidlich, daß man auf einmal bei einem Deutschen, über den diese oder jene Nachrichten verbreitet seien, mit scharfer Nachschau komme. Ich möchte demgegenüber alle interessierten Stellen dringend bitten, die Finanzinspekteure bei ihren Fahndungsmaßnahmen durch Nachrichten zu unterstützen.

Die Höhe der aufkommenden Verbrauchssteuern hänge von der Produktion, insbesondere von der Zuckerproduktion ab. Die Zuckersteuer werde aber lediglich von der Produktionsmenge erhoben, die im Generalgouvernement verbraucht werde, nicht von dem Zucker, der exportiert werde. Ein Teil der Einnahmen auf diesem Gebiete sei durch die Maßnahmen, die von seiten des Deutschen Reiches getroffen worden sei, weggefallen, ein Betrag, der über 100 Millionen hinausgehe und sehr schwer anderwärts unterzubringen gewesen sei.

Die Monopolverwaltung habe im laufenden Jahr das immerhin sehr erfreuliche Ergebnis gehabt, daß die Einnahmen gegenüber dem Vorjahre noch hätten gesteigert werden können. Das sei nicht auf erhöhte Einnahmen beim Tabakmonopol durchzuführen, das voll und ganz seinen Kapazitätsumfang und die vorhandenen Möglichkeiten habe ausnutzen können. Eine Steigerung sei aber angesichts der engen Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft beim Branntweinmonopol festzustellen. Sowohl aus dem Tabak- wie aus dem Branntweinmonopol werde Ware für die Ernteerfassung zur Verfügung gestellt. Die Produktion laufe gut. Jedoch müsse in der letzten Zeit festgestellt werden, daß teilweise aus Gründen des Waggonmangels die Ware nicht in genügendem Umfange abgenommen werde, sodaß einzelne Werke zu Produktionseinschränkungen hätten schreiten müssen.

Eine erfreuliche Produktionssteigerung sei auf dem Gebiet des Salzmonopols zu beobachten. Über die Bedarfsdeckung im Inlande hinaus, die durch Verkehrsschwierigkeiten manchmal beeinträchtigt sei, habe in großem Umfange Export getätigt werden können. Die Gesamtproduktion des Salzmonopols gehe weit über die Produktionsmenge in der polnischen Friedenszeit hinaus und im Vergleich zum Jahre 1940 sei die Produktionsziffer noch um

100% gestiegen. Kriegswichtige Industrien in Oberschlesien, Werke in Gleiwitz und Auschwitz seien vom Salzmonopol des Generalgouvernements mit etwa 100 000 to beliefert worden.

Das Branntweinmonopol habe trotz Steigerung der Produktion die im Haushalt angesetzten Einnahmeziffern nicht erreicht, was zum überwiegenden Teil auf die Nichterhöhung des von der Hauptabteilung Finanzen beantragten Kriegszuschlages zurückzuführen sei. Er habe neuerdings wieder den Vorschlag zur Erhöhung des Kriegszuschlages für Erzeugnisse des Branntweinmonopols gemacht und hoffe, daß zu Beginn des Rechnungsjahres 1944 diese geringfügige Preiserhöhung Genehmigung finden werde. Nach diesem Vorschlag solle der Kriegszuschlag von 2 auf 4 Zloty je Liter Wodka erhöht werden, sodaß der Preis der gangbarsten Ware auf 10,50 Zloty erhöht werde.

Es sei gelungen, ein zweites Kaliwerk, das vom Salzmonopol betreute Werk Izdebnik unter großen Schwierigkeiten in Gang zu setzen. Von den beiden nunmehr vorhandenen Kaliwerken könne aber die Landwirtschaft des Generalgouvernements nicht genügend mit Kalisalzen versorgt werden. Die Salze hätten auch insbesondere im Vergleich zu ähnlichen Vorkommen im Reich eine ungünstige Zusammensetzung. Die Kapazität der Werke lasse sich auch nicht ohne weiteres steigern, sondern es bedürfe jahrelanger Investitionen, um eine erhöhte und bessere Produktion herbeizuführen. Die dafür notwendigen Maßnahmen seien aber seit längerer Zeit eingeleitet.

Was die Haushaltsgebarung angehe, so könne er feststellen, daß sich die Zusammenarbeit der Hauptabteilung Finanzen mit allen anderen Verwaltungszweigen des Generalgouvernements von Jahr zu Jahr vertiefe und reibungsloser gestalte. Abgesehen davon, daß die Meinungsver-

schiedenheiten über einzelne Haushaltsziffern immer geringer würden, zeige sich das wachsende gegenseitige Verständnis für die beiderseitige Arbeit auch darin, daß die Haushaltsarbeiten von Jahr zu Jahr früher abgeschlossen werden könnten und man im großen und ganzen im kommenden Rechnungsjahr schon von Anfang an mit den normalen Haushaltsziffern werde arbeiten können. Man werde in der Lage sein, im Laufe des Monats März mit den abschließenden Verhandlungen über den Haushalt 1944 mit dem Reichsfinanzministerium zu beginnen, während es noch im Jahre 1943 erst nach Beginn des Haushaltsjahres möglich gewesen sei.

Von der Ausgabenseite her bestehe keine besondere Gefahr für die Staatshaushaltsgebarung. Eine wirkliche Gefahr könnte von der Seite des Bauwesens kommen. Wenn normal und zu den jetzigen Preisen gebaut würde, so wäre eine ersprießliche Haushaltsgebarung nicht möglich; denn mit dem zwanzigfachen des Baukostenindexes lasse sich auf die Dauer ein vernünftiges staatliches Bauwesen nicht halten. Er bitte deshalb die Regierung, der Frage der Baukostensenkung im Generalgouvernement ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Bei Vergleich der Ziffern verschiedener Haushalte zeige sich, daß außerhalb der Baukosten die Steigerung in einzelnen Ansätzen bei anderen Haushalten gegenüber früheren Jahren vielleicht nur 10 oder 2o des Friedensindexes betragen habe, während im Bauhaushalt die Ziffer auf ein Vielfaches gegangen sei.

Staatssekretär Dr. Bühler weist darauf hin, daß dieser Index für die Eisenbahnbauten nicht maßgebend sei.

Präsident Gerteis gibt zu bedenken, daß er das Material aus dem Reich beziehen und infolgedessen mit einem geringen Aufschlag arbeiten könne. Sobald er aber

aus dem Generalgouvernement seinen Materialbedarf decken müsse, unterliege er denselben Gesetzen. Angesichts der Dringlichkeit der Aufgaben könne man sich in vielen Fällen nicht anders helfen, als daß man Wege beschreiten müsse, auf denen es einem möglich sei, die dringendst notwendigen Materialien zu erhalten. Der Personalabbau und die geringe Leistung der polnischen Belegschaft zwinge oft zu Maßnahmen, die eine Verteuerung herbeiführten. Ein Kubikmeter Erdarbeit koste heute 1o-12 RM gegenüber 1,2o bis 1,4o RM im Frieden.

Präsident Dr. Senkowsky nimmt dann noch zu den Leistungen des Generalgouvernements für das Reich, insbesondere zu der Frage des Wehrbeitrages Stellung. Das Generalgouvernement leiste mittelbar und unmittelbar aus dem Haushalt des Generalgouvernements für das Reich in diesem Rechnungsjahr etwa 1,85o Milliarde Zloty, nicht ganz 45% der gesamten Haushaltssumme von etwa 4 Milliarden Zloty. Der Hauptanteil dieser Summe sei der Wehrbeitrag von 1,3 Milliarde. Eine weitere höhere Ziffer liege in der Erstattung der Polizeikosten von über 26o Millionen Zloty und der Erstattung der anteilmäßigen Kosten des Ottoprogramms mit rund 238 Millionen Zloty. Auch aus allgemein wirtschaftlichen Gründen des Generalgouvernements sei es zu begrüßen, daß ein so hoher Betrag aus der Wirtschaft des Generalgouvernements auf dem Wege über den Staatshaushalt zur Verfügung gestellt werden könne, weil um etwa diesen Betrag eine unerwünschte Steigerung des Notenumlaufes habe verhindert werden können. Es handle sich bei der Tragung der Kosten für Reichsausgaben durch den Haushalt des Generalgouvernements nicht um eine Schmälerung der Möglichkeiten des Generalgouvernements selbst, sondern um eine Maßnahme, die der Gesamtwirtschaft des Generalgouvernements in besonderem Maße dienlich sei.

Präsident Dr. Senkowsky schließt seine Ausführungen mit dem Dank an alle beteiligten Stellen, daß sie sowohl der Arbeit der Hauptabteilung Finanzen wie auch der unter den Kriegsverhältnissen besonders schwierigen Arbeit der Monopolverwaltung soviel Verständnis und Unterstützung geschenkt hätten, daß der erstrebte Erfolg auch tatsächlich habe erzielt werden können.

Staatssekretär Dr. Bühler gibt seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß der Staatshaushalt ausgeglichen sei und eine akute Gefahr für die Staatsfinanzen nicht bestehe. Wie aus den Ausführungen des Präsidenten Dr. Senkowsky zu entnehmen sei, werde auch die Hereinbringung der Steuer allmählich ein mühevolles Geschäft. Er appelliere in diesem Zusammenhang besonders an die Gouverneure, auch diesem Zweig der Staatsführung ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Vielleicht könnten auch dadurch, daß Kontrollmaßnahmen in dem polnischen Steuerapparat selbst vorgesehen würden, gewisse Erleichterungen auf diesem Gebiete erreicht werden können. Im übrigen werde es Sache der Finanzverwaltung sein, durch Erschließung neuer gesunder Steuerquellen jeder Gefahr eines Absinkens des Staatshaushalts zu begegnen. Einen großen Beitrag auf diesem Gebiete werde man in den nächsten Tagen erbringen: Der Reichsführer-SS habe sich nämlich damit einverstanden erklärt, daß das bewegliche Judenvermögen dem Fiskus des Generalgouvernements zur Verwaltung zur Verfügung gestellt werde. Daraus werde sich auch eine wesentliche Erleichterung der Situation ergeben.

Es sei in dieser Sitzung lediglich möglich gewesen, Bruchteile einiger Aufgabengebiete zur Beratung zu stellen. Aber eine Erweiterung dieser Sitzung würde zu viel Zeit in Anspruch nehmen. Für die Zukunft werde keine Erleichterung der Verhältnisse zu erwarten sein,

im Gegenteil, die Anforderungen der Wehrmacht würden noch wachsen und die Spannungen auf dem Gebiet der Sicherheitslage gleichfalls zunehmen. Der Erfolg der Arbeit werde wesentlich davon abhängen, ob es gelinge, die Sicherheit im Generalgouvernement herzustellen. In der Person des SS-Obergruppenführers Koppe sei aber die Gewähr dafür gegeben, daß nicht nur alles, was hier an Kräften angesetzt werde, zur Bereinigung dieses Problems aufgeboten, sondern daß es auch erfolgreich durchgeführt wird. Im übrigen werde man in eine Phase der Arbeit eintreten, in der die Spreu vom Weizen geschieden werde. Er sei aber dessen sicher, daß die Regierungsmitglieder und Abteilungspräsidenten, die bisher so erfolgreich als Gefolgsmänner des Generalgouverneurs gearbeitet hätten, auch diese schwierige Periode der Arbeit gut durchstehen würden.

Schluß der Sitzung 14 Uhr.

Gouverneur- und Hauptabteilungsleitersitzung
im Königssaal der Burg
am Mittwoch, dem 16. Februar 1944.

--

Ausgefertigt in 4 Exemplaren:

1. Zu den Akten
2. Staatssekretär Dr. Bühler
3. SS-Oberführer Bierkamp
4. Präsident Dr.v.Craushaar.

Beginn der Sitzung 15 Uhr.

Gouverneur Dr. Wächter bezeichnet die Lage im Distrikt Galizien als unter dem Einfluss der militärischen Situation stehend. Diese Situation habe sich mit einer starken Belastung des Quartierwesens angekündigt. Im allgemeinen habe man diesen Ansturm gut gemeistert, und es sei zu einem Ausgleich der gegenseitigen Interessen gekommen, der auch die Wehrmacht zufrieden gestellt habe.

Die unmittelbare militärische Situation habe verhältnismässig wenig Kopfzerbrechen gemacht, da ma die feste Überzeugung hege, dass genügend deutsche Kräfte bereitgestellt würden, wenn die Situation bedrohlicher werden sollte. Das sei auch geschehen, und die Lücke von Dubno sei durch grössere Einheiten ausgefüllt worden.

Am meisten Sorge bereite die Situation mit den Sowjetbanden, da diese ausgezeichnet bewaffneten und sicherlich einheitlich militärisch geführten Truppen sich allen Kämpfen entzögen und nur Zerstörungsaufträge durchführten. Seine Bitte für den Distrikt sei die, für eine Verstärkung der Sicherheitsorgane besorgt zu sein. Die zur Zeit im Distrikt stationierten zwei Bataillone seien zu wenig; die übrigen sonst noch zur Verfügung stehenden Kräfte würden an der Grenze für die Bauaufgaben der sogenannten Bandenauffangstellung gebraucht. Die Wehrmacht könne infolge der Tatsache, dass sie Kräfte in die Lücke von Dubno habe werfen müssen, keine Kräfte zur Verfügung stellen, da sie zudem die restlichen Kräfte zum Schutze der Ortschaften, der Lazarette und für bestimmte Wehrmachtsaufgaben benötige.

Er verweise auf die Erfahrungen, die man im Distrikt Galizien vor einigen Monaten mit der Kolpakbande gemacht habe. Zu ihrer Bekämpfung hätten damals die siebenfachen

Polizeikräfte eingesetzt werden können, und trotzdem sei die Bande drei Wochen durch das Gebiet gezogen. Erst durch zwei Wehrmachtsregimenter habe man sie anschlagen, jedoch nicht vernichten können. Diese Erfahrung zeige also, welch starke mobile Kräfte zur Bekämpfung einer solchen Bande benötigt würden.

Zur Zeit befänden sich sogar drei Sowjetbanden im Gebiet des Distrikts; die Sicherheitslage sei ebenfalls schlechter geworden und nicht mehr so ruhig, wie im vergangenen Sommer. Damals hätte man auch gegen diese Bande auf festen Strassen operieren können, während jetzt im Winter die Operationen vielfach stecken blieben. Seiner Überzeugung nach müsste also mit mehr, und zwar mobilen berittenen Formationen operiert werden, um dieser Bedrohung durch die Banden Herr zu werden. Es bestehe die grosse Gefahr, dass diese Formationen ins rückwärtige Gebiet, vor allem in das Karpathengebiet durchstiessen, wo sie eine dauernde Bedrohung des deutschen Nachschubs bedeuteten. Mit allem Nachdruck müsse er darauf hinweisen.

Die deutsche Verwaltung könne auch von den in ihren Diensten stehenden Nichtdeutschen nicht alle möglichen Forderungen verlangen, wenn sie nicht für die Sicherheit dieser Leute Vorsorge treffe. Auch müsse er darauf hinweisen, dass die Liegenschaften eine der angenehmsten und willkommensten Verpflegsmöglichkeit für die Banden darstellten. Sie holten sich von dort Vieh und Lebensmittel, und die Bevölkerung freue sich darüber, da sie voll Hass gegen diese Liegenschaften sei.

Unterstreichen müsse er, dass die politische Führung der Sowjetbanden vorzüglich sei. Sie täten der Bevölkerung kein Leid an, wären ausserordentlich freundlich mit den Pfarrern. Die in Moskau neuerdings aufgestellte nationale These sei für die deutschen Belange in der

Ukraine ausserordentlich gefährlich. Der Aussenkommissar der neuen Sowjetukraine sei zwei Jahre in Lemberg tätig gewesen und habe nationale ukrainische Dramen geschaffen. Einen eingehenden Bericht habe er an Staatssekretär Dr. Bühler gesandt.

Die Bevölkerung, vor allem die breite Bauernbevölkerung, sei derzeit noch antibolschewistisch gestimmt. Gelinge es den Bolschewisten, ihre Propaganda weiterzutreiben und in der Ukraine eine Befreiungsarmee aufzustellen, dann sei die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen, dass sie rasch an Einfluss gewinnen würden. Die nationale ukrainische Jugend wolle marschieren. Die deutsche Propaganda müsse eine einheitliche Linie bekommen. Viele der uns verbundenen reichsfreundlichen Ukrainer wendeten sich an die deutsche Führung und erklärten "gebt uns doch eine Möglichkeit, zeigt uns, dass Ihr mit uns etwas vorhabt, vielleicht eine Selbstverwaltung wie in Estland". Die Situation sei reif und schreie nach politischen Massnahmen. Man müsse gegenüber den schwankenden Ukrainern eine Geste machen, dann könne man der nationalukrainischen Jugend den Wind aus den Segeln nehmen und sie zu einem aktiven Teil der deutschen Interessen machen.

Der deutsche politische Kurs gegenüber den Ukrainern sei ausserordentlich verfahren. So habe ein deutscher Sender aus Königsberg seine ukrainischen Sendungen mit dem Ruf beendet "heil die freie Ukraine". Wenn dieser Ruf von einem Ukrainer in Lemberg öffentlich ausgebracht werde, werde er verhaftet. Diese völlige Verwirrung im offiziellen deutschen Kurs sei untragbar. Die Einziehung junger Leute aus dem RKU und ihre Verwendung als Flaksoldaten im Reich sei ihm unverständlich; das widerspreche der Ukraine-politik des Reiches. Wenn man auf deutscher Seite nicht bald eine absolut konsequente und positive Haltung zur Ukraine einnehme, werde das zu bösen Folgen führen.

1/4

Die einzige Basis stelle die SS-Schützendivision Galizien dar. Damit sei es gelungen, einen Teil der aktiven ukrainischen Jugend, die marschieren wolle, für die deutschen Belange abzufangen. Es gebe noch viele Ukrainer, die davon überzeugt seien, dass sie von Stalin keine Zukunft zu erwarten hätten, während diese Aussichten ihnen von deutscher Seite gegeben würden. Er bitte, beim Einsatz der ersten Formationen der SS-Freiwilligen-Division Galizien den politischen Momenten das entscheidende Gewicht zuzuerkennen. Die Truppe sei vorerst mehr propagandistisch als militärisch zu werten, schlecht bewaffnet, nicht im Besitz von schweren Waffen und Paks usw. Alles komme darauf an, wie sie sich beim ersten Einsatz schlage. Das politische Moment dürfe man bei ihr nicht vernachlässigen; vielleicht sei es gut, eine Art Politruk in unserem Sinne in ihren Reihen einzurichten, indem man ihr gewiegte politische ukrainische Offiziere gibt, durch die die Freiwilligen ständig propagandistisch beeinflusst würden.

Gouverneur Dr. Wächter weist dann auf die mangelnde Ausrüstung der Deutschen mit Waffen hin. In der Handhabung der Strassenkontrollen sei die Befehlsgebung nicht einheitlich, vor allem müsse das mit den aktiven militärischen Verbänden genau abgesprochen werden.

Ausserordentlich belastend für den Distrikt sei die Flüchtlingssituation. Bisher habe man etwa 80 000 Volksdeutsche durch den Distrikt geschleust, und zwar zum Teil nach Bialystok, Litzmannstadt und in das Sudetengebiet; ausständig seien noch 60 000. Die Trecks habe man an der Grenze verpflegt und auf Züge umgeladen. Auch 15 000 Kosaken, viele tausende von Schumas seien durchgeschleust worden. Die Zahl der

unkontrolliert in den Distrikt gesickerten Flüchtlinge lasse sich nicht völlig feststellen.

An Getreide seien im Distrikt 480 000 to erfasst worden. Die Bauern seien dabei ihrer Ablieferungspflicht hundertprozentig nachgekommen, während die Liegenschaften nur zu einem Bruchteil abgeliefert hätten.

Gewisse Auflockerungsmassnahmen durch Entfernung überflüssigen Menschenmaterials aus den Ostgebieten sei notwendig. Der Distrikt habe dazu die Regierung nicht aus Angst um ihre Genehmigung gebeten, sondern aus dem Grunde, weil nach der Entscheidung des Führers die Verwaltung solange wie nur irgend möglich arbeiten müsse. Er sei überzeugt, dass die Verwaltung nur mit leichtem Gepäck, also ohne Frauen und Kinder, voll tätig bleiben könne. Er halte es daher für richtiger, wenn aus diesem mit Soldaten überfüllten Gebiet alle Menschen, die nicht arbeiteten, wegschaffte. Die deutschen Familien müssten ins Reich gebracht werden. Man habe so viel gesehen, was drüben jenseits der Grenze kaputt gegangen sei, dass man das nicht mehr erleben wolle.

Schwierig sei die Lage auf dem Holzsektor, da sich die Hoffnungen auf Zurverfügungstellung zusätzlicher Exekutivkräfte nicht erfüllt hätten. Im Moment der Frontnähe habe man zudem die Kräfte aus den Karpathen an die Grenze werfen müssen. Die Banden brächten konsequent das ganze Forstpersonal um; er habe den Eindruck, dass sie für ihre Zwecke die Waldzonen systematisch freimachten. Auf dem grossen Truppenübungsplatz bei Lemberg, den man habe entsiedeln müssen und der heute von der Wehrmacht kaum gebraucht werde, seien Banden in grösserer Zahl sesshaft. Dieser grösste Truppenübungsplatz des Reiches biete wunderbare Gelegenheiten für Fallschirmspringer. Die Situation auf dem

6

Holzsektor werde sich erst in dem Moment besser gestalten, in dem zusätzliche Exekutivkräfte zur Verfügung ständen. Im anderen Falle werde das gesamte Karpathengebiet für die Holzlieferungen ausfallen.

Im allgemeinen sehe er die Gesamtsituation voller Ruhe an und sei mit ganzem Einsatz bemüht, die Lage in der Hand zu behalten.

Amtschef Dr. Schlüter führt aus, dass sich im Distrikt Lublin in den letzten Wochen eine verhaltene und abwartende Stimmung der Bevölkerung bemerkbar mache; die Bevölkerung sage sich, dass es keinen Zweck mehr habe, für die Deutschen zu arbeiten. Dies führe dazu, dass dringende Verwaltungsaufgaben, wie z.B. die Holzabfuhr in allergrösste Schwierigkeiten kämen. Das sei um so wichtiger, da das Bilgorajer Waldgebiet ein Drittel des gesamten Waldbestandes ausmache.

Aus dem Osten seien wenig Flüchtlinge über die Grenze gekommen, und die Ausbeute für die Arbeitsverwaltung sei bescheiden gewesen. Das rühre davon her, dass die Ostvölker von der kommenden deutschen Niederlage überzeugt seien. Ein grosser Teil habe sich durch Wechseln über die grüne Grenze jeglicher Kontrolle entzogen. Die Zahl der Flüchtlinge betrage ca 10 - 15 000, erfasst seien schätzungsweise 8 - 9 000. Auf den Liegenschaftsgütern im Kreise Hrubieszow mache sich eine kommunistische Strömung immer stärker bemerkbar. Die deutschen Oberleiter glaubten, dass sich die durchweg ukrainische Arbeiterschaft nicht mehr zu den notwendigsten Arbeiten einstelle. Sie müssten unter einem gewissen Druck herbeigeholt werden, verschwänden aber nach ein paar Tagen wieder und wendeten sich sogar gegen die deutschen Oberleiter. Beabsichtigt sei, dorthin Wehrmacht zu legen. Vorläufig stehe diese Bewegung nicht im Zusammenhang mit den Ereignissen in Bilgoraj; er sei aber überzeugt,

1/7 7

daß sich in kürzester Frist eine rein kommunistische Bewegung entwickele. Die fremdvölkischen Intelligenzkreise sähen in letzter Zeit außerordentlich ängstlich in die Zukunft. So habe der Erzbischof in Cholm bei ihm anfragen lassen, ob seine Rückfahrt ins Reich von deutscher Seite garantiert werden könne. Er habe ihm erklären lassen, daß es seine Aufgabe als Erzbischof sei, die Ukrainer in ihrem Vertrauen auf die deutsche Kraft zu stärken, daß er aber, falls es wirklich notwendig werden sollte, ins Reich transportiert würde. Die polnische Intelligenz sei aus dem südöstlichen Teil des Distrikts schon nach Warschau oder Krakau abgereist, da die dortigen Landarbeiter als Ukrainer gegen sie eingestellt seien. Die Verwaltung ihrer Güter überließen sie den Inspektoren.

Amtschef Dr. Schlüter berichtet dann vom Auftreten und Verhalten einer Bande in der Gegend zwischen Bilgoraj und Zamosc, die unter sowjetrussischer Führung stehe und deren Stärke auf etwa 3 000 Mann geschätzt werde. Zur Zeit befinde sie sich nur 10 km Luftlinie vom deutschen Siedlungsgebiet Zamosc entfernt. Bräche diese Bande nach dort durch, müsse man die große Befürchtung hegen, daß von ihr unter den ca. 21 000 Siedlungsdeutschen in der Gegend von Zamosc ein Blutbad angerichtet werde. Viele der vor der Ansiedlung der Volksdeutschen von den dortigen Höfen ausgesiedelten Polen warteten in den Wäldern der Umgebung darauf, ihre Höfe wieder in Besitz nehmen zu können. Wenn es nicht gelänge, die Bande innerhalb der nächsten 8 Tage aufzureiben, gehe bei der dortigen Bevölkerung ungeheuer viel Prestige verloren, da sie dann von der deutschen Schwäche restlos überzeugt seien. Unter den Siedlungsdeutschen von Zamosc sei zwar eine Ortswache von etwa 800 bis 1 000 Mann gebildet, ihre Bewaffnung sei aber unzureichend und sehr schlecht. Er bitte um Schutz für die Deutschen, da er sonst den Ausbruch einer Panik in starkem Maße befürchten müsse.

1/8
f.2

Zum Schluß berichtet Amtschef Dr. Schlüter von seinen Eindrücken über die Aktion Berta. Er hält den effektiven Wert der Aktion für sehr gering. Erst müsse man der Bevölkerung durch Vertreiben der Banditen zeigen, daß die Deutschen Herr des Landes seien.

IV/1
2/1

9

Gouverneur Dr. Fischer berichtet, daß die Lage in Warschau im Vergleich zum vorigen Jahre trotz des Attentats auf den SS-und Polizeiführer Kutschera viel ruhiger geworden sei. Im Dezember 1943 seien noch 56 Deutsche, im Januar dagegen nur noch 5 Deutsche getötet worden. Im Februar sei die Zahl der Getöteten ebenfalls nicht hoch. Äußerlich betrachtet sei also Warschau ruhig, und vor allem auf dem flachen Lande seien dank der vorzüglichen Arbeit der Polizei die Überfälle sehr zurückgegangen.

Die politische Lage könne man auch noch als gut bezeichnen. Die Haltung der Deutschen, vor allem auch der Beamten sei ausgezeichnet, und alles gehe seinen alten Gang. Die Bevölkerung sei aus Angst antibolschewistisch eingestellt. Praktisch sei aber die Aktion Berta in Warschau nicht durchgeführt worden; er habe sich entschieden dagegen ausgesprochen, weil man keine Polen findet, die den Mut hätten, die verlangte Erklärung zu unterschreiben. Auch er sei allerdings der Meinung, daß eine ganz groß aufgezogene antibolschewistische Propaganda getrieben werden müsse. Aber mit Plakaten und Flugschriften allein könne man eine solche Aktion nicht durchführen, sondern man müsse versuchen, direkt an die Polen heranzukommen.

Die Arbeit im Distrikt Warschau habe sich weiter normal entwickelt. Die Ernteerfassung sei abgeschlossen. An Futtergetreide seien 1oo-15o%, an Kartoffeln 95% erfaßt worden und auch die anderen Ergebnisse seien zufriedenstellend. Die Holzabfuhr verlaufe auch einigermaßen günstig: 35% des Holzes seien abgefahren worden.

Bei der Arbeitererfassung machten sich in einzelnen Kreisen erhebliche Widerstände bemerkbar, während man in anderen Kreisen feststellen könne, daß die Polen

jetzt schon geneigter seien, ins Reich zu gehen, offenbar aus Angst vor dem Bolschewismus. In der Stadt Warschau meldeten sich im Monat 5oo-8oo Leute zur Verschickung ins Reich.

Die Bevölkerungszahl der Stadt Warschau nehme dauernd ab. Während bei der Volkszählung noch ungefähr 1 Million Polen festgestellt worden seien, lebten heute nur noch 921ooo Polen in Warschau, 31ooo Deutsche und 2ooo Ausländer. Er habe eine große Aktion gestartet, zu dem Zweck, Polen, die keine Beschäftigung hätten, aus Warschau herauszubringen, und diese Aktion zeige auch ihre Wirkung.

Gouverneur Kundt kann feststellen, daß die Verwaltung des Distrikts Lublin das in sie gesetzte Vertrauen in jeder Weise gerechtfertigt habe. Das zeige die Tatsache, daß von keiner Hauptabteilung irgendeine nennenswerte Klage erfolgt sei.

Die Ernteerfassung habe an Brotgetreide über 1oo%, an Futtergetreide 1oo% und an Kartoffeln 82% erbracht, im Verhältnis zu derschlechten Ernte eine durchschnittlich gute Leistung. Im übrigen habe man mit den gleichen Schwierigkeiten zu kämpfen, wie sie in allen Distrikten beständen. Die Eiererfassung sei normal gelaufen, und trotz der Hühnerpest seien die Ergebnisse nicht wesentlich hinter dem Voranschlag zurückgeblieben. Schwierigkeiten begegne wie im ganzen Generalgouvernement die Fett- und Milcherfassung. Auf dem Gebiet der Holzerfassung sei es gelungen, trotz der Witterungsverhältnisse 66% der Rückstände abzufahren, und zwar vor allem durch die Anlage einer großen Zahl von besonderen Stützpunkten, die Wehrmacht, Polizei und Forstschutz bestellt hätten.

2/3

Auch die sonstigen Ergebnisse seien zufriedenstellend. In der Arbeitererfassung habe der Distrikt Radom im Verhältnis zu seiner Bevölkerung die größte Leistung vollbracht; die Hauptarbeit stehe aber noch bevor.

Die Entwicklung der Bandenbekämpfung im Distrikt Radom stelle sich so dar, daß man wöchentlich immer noch 5oo Überfälle der verschiedensten Art zu verzeichnen habe. Diese Zahl sei von Dezember bis Mitte Januar zurückgegangen, seit Mitte Januar wachse sie wieder an. Eine geschlossene Bande sei durch die geschickte Arbeit der Polizei unter Führung des SS-und Polizeiführers Dr.Böttcher zerschlagen worden.

Die politische Stimmung der Bevölkerung sei im allgemeinen günstig, obgleich in einigen Kreishauptmannschaften sich eine starke kommunistische Stimmung bemerkbar mache,und zwar infolge des Gegensatzes der kleinen Landwirte und Bauern gegen den Großgrundbesitz, eine soziale Struktur, die vielleicht noch aus der russischen Zeit ihre Wirkungen habe. Diese Stimmung habe sich bei der Ernteerfassung bereits im ganzen Jahr geltend gemacht. Wenn auch im gesamten Distrikt 1o5% erfaßt werden konnten, so hätten doch die besten Landwirtschaften fast nirgendwo diese 1oo% erreicht. Da der Raum sehr groß, aber die Zahl der Polizeimannschaften sehr gering sei, hätten andere Kreishauptmannschaften das aufholen müssen, was aus der politischen Stimmung heraus z.B. die Kreishauptmannschaft Opatow nicht habe leisten können. Dazu komme, daß ein großer Teil der Industriearbeiterschaft und der im Distrikt vorhandenen Arbeiterschaft der Rüstungswerke von Natur aus kommunistisch eingestellt sei, vor allem das Zentrum Ostrowiecz. Andererseits habe man in den letzten Monaten des Jahres

1943 beobachten können, daß nationale Banden gegen kommunistische Banden eingesetzt werden konnten. Gut bewaffnete nationale Banden könnten also unter Umständen im Interesse der deutschen Führung im Kampfe gegen die kommunistischen Banden die Aufgaben erfüllen, die die Polizei erfüllen sollte. Inwieweit vielleicht auch Schwankungen in diesen Banden eintreten könnten, sei vorläufig nicht zu übersehen. Trotzdem habe er die Aktion Berta besonders in der Form, daß die Gouverneure überhaupt nicht in sie eingeschaltet werden sollten, nicht als zweckmäßig ansehen können. Es sei eben unmöglich, mit Zwang die verlangte Erklärung zu erhalten. Er habe zwar in dem den Gouverneuren begrenzten Rahmen die notwendigen Maßnahmen getroffen, halte jedoch die Aktion Berta überhaupt für politisch vollkommen wertlos. Er sei auch der Auffassung, daß eine aktive antibolschewistische Propaganda unter der polnischen Bevölkerung überhaupt niemals betrieben werden könne. Unter Propaganda verstehe er in erster Linie das, was die Nationalsozialistische Bewegung groß gemacht habe, das Besprechen und Werben von Mann zu Mann. Man müsse also die polnische Gefolgschaft auf die Dinge ansprechen und sie immer wieder zu beeinflussen suchen. Es zeige sich gerade, daß die Arbeit, die von allen Sparten der Polizei durch Vertrauensmänner geleistet werden, dazu führen, daß nationale Banden sich zum Kampfe gegen die kommunistischen Banden zur Verfügung stellten. Das sei nur dadurch erreicht worden, daß die Möglichkeit des mündlichen politischen Werbeeinflusses die Menschen in Bewegung gebracht habe. Auch die Presse müsse hier eingeschaltet werden, und man dürfe sich nicht nur auf Nachrichten beschränken, die keine psychologische Wirkung auf die Polen hätten. Dabei sei zu berücksichtigen, daß die Krakauer Zeitung nicht nur von den Deutschen, sondern auch vielfach von Polen gelesen werde. Die Krakauer

2/5

Zeitung habe sehr häufig Meldungen gebracht z.B. über die Behandlung der Inder durch die Engländer, auf Grund deren die Polen Vergleiche mit ihrer eigenen Behandlung anstellen könnten. Die Berichterstattung müsse deshalb so abgestimmt werden, daß in der Bevölkerung die Grundstimmung auf der politisch notwendigen Linie gehalten werden könne.

In den letzten Wochen sei es angesichts der Ereignisse an der Ostfront und vor allem der Tatsache, daß über die Vorgänge in Galizien alle möglichen Gerüchte verbreitet würden, zu einer weitgehenden Unsicherheit gekommen. Die deutsche Haltung sei zwar immer ausgezeichnet gewesen, aber gleichwohl hätten Gerüchte darüber, daß Lemberg geräumt werde, daß der Armeechef von Manstein das Distriktsgebäude in Anspruch genommen habe, doch eine gewisse Unruhe gezeitigt. Solchen Gerüchten könne er als Gouverneur und auch der Leiter der Abteilung Propaganda des Distrikts Radom nicht entgegentreten, weil man sie einfach unorientiert lasse. Er bitte deshalb, den Gouverneuren, wenn sie solchen übertriebenen Gerüchten entgegentreten sollten, vertrauliche Informationen zu geben, damit sie zum mindesten völlig im Bilde darüber seien, was überhaupt im Generalgouvernement und im eigenen Distrikt geschehe. In dieser Beziehung bestehe leider keinerlei Informationsdienst. Die Berichte, die er als Gouverneur erhalte, kämen immer von Krakau.

Der Herr Generalgouverneur hält es für unmöglich, jede unsinnige Nachricht, die im Distrikt Radom umlaufe, vorher zu dementieren. Man müsse eben als politischer Kämpfer Manns genug sein, jedem, der solche Nachrichten verbreite, entsprechend scharf entgegenzutreten. Es gebe eine Form der Zurückweisung solcher Dinge, die unabhängig von einem Informiertsein vor sich gehe. Gerüchte wie diejenigen über das Verhalten

3/5.

des Generals von Manstein könnten naturgemäß nicht vorher oder nachher dementiert werden. Entscheidend sei, daß der Führer die Errichtung einer Militärverwaltung im Generalgouvernement unbedingt ablehne.

Gouverneur Kundt weist dann darauf hin, daß in der letzten Zeit auf Grund von Maßnahmen, die der Höh. SS- und Polizeiführer habe treffen müssen, ein Polizeibataillon nach dem anderen aus dem Distrikt Radom abgezogen werde und zur Zeit für den ganzen Distrikt nur 4 Polizeikompanien zur Verfügung ständen neben vereinzelten Mannschaften des Sonderdienstes undder Gendarmerie. Von zehn Stützpunkten seien nur noch zwei vorhanden, daneben gebe es lediglich drei Forstschutzkommandos. Große Getreideläger, elf Brennereien und die Gestüte seien unbewacht. Das flache Land sei ohne jeden Schutz, von einem Polizeieinsatz für die Vieh- oder Arbeitererfassung usw. überhaupt nicht zu sprechen. Die noch vorhandenen vier Polizeikompanien müßten in erster Linie für die Aufrechterhaltung der Sicherheit eingesetzt werden können und kämen keinesfalls für fachliche Aufgaben in Betracht. Man müsse aber damit rechnen, daß die Stimmung von Bilgoraj nach dem Distrikt Radom herüberschlage. Man sei nicht in der Lage, mit geschlossenen Einheiten auch nur kleine Banden zu bekämpfen. Das mache sich dadurch geltend, daß schon wieder ein Eisenbahnüberfall und verschiedene andere Ereignisse eingetreten seien.

Nach alledem müsse er feststellen, daß die Verwaltung ~~mit~~ in der gegenwärtigen Lage außerstande sei, die ihr auferlegten Aufgaben der Holzablieferung, der Gestellung von Arbeitern usw. zu erfüllen, weil Exekutive nicht in genügendem Umfange vorhanden sei. Leider seien auch schon Angehörige des Sonderdienstes abgezogen worden. Einige Kreishauptmänner hätten nur

4/5

15

noch zwanzig Sonderdienstmänner, andere überhaupt keine mehr zur Verfügung. Leider sei seitens der Wehrmacht eine größere Zurückhaltung hinsichtlich einer Mithilfe bei dieser Situation zu erkennen, obwohl bei Radom zwei ganze Divisionen lägen und man nicht wisse, wo die Soldaten untergebracht werden sollten. General Arndt in Radom habe dem SS- und Polizeiführer zugesagt, er werde Truppen zur Verfügung stellen, habe dann aber seine Zusage zurückgenommen. Der Oberfeldkommandant habe auch an den SS- und Polizeiführer ein Fernschreiben des Inhalts gerichtet, daß die Legionäre von der Bahnstrecke bei Tomaschow abgezogen würden und die Polizei den Streckenschutz übernehmen wolle. Er werfe daher die Frage auf, ob es nicht möglich wäre, daß Wehrmachtsteile dort eingesetzt würden, wo Polizeitruppen abgezogen werden müßten. Trotzdem lägen in und bei Radom zwei ganze Divisionen mit 3o ooo Mann, die dort ausgebildet würden. Daneben gebe es noch andere Einheiten wie Transportkolonnen und verschiedene Kanzleien. In Tomaschow liege eine Bewährungsabteilung mit 1 8oo Mann, die einen sehr schlechten Eindruck auf die Bevölkerung machten. Von diesen Mannschaften könnte auch ein Teil eingesetzt werden. Ferner sollten in den nächsten Tagen über 6 ooo Mann in Tomaschow und Petrikau untergebracht werden. Auch bestehe in Tschenstochau eine große Luftwaffen-Kriegsschule, in der 2 ooo Mann seien. Von der Wehrmacht würden in erhöhtem Umfange Schulgebäude in Anspruch genommen. Im Distrikt Radom habe man der Wehrmacht lol polnische Schulen zur Verfügung gestellt. 8o ooo deutsche Kinder seien zur Zeit schon ohne jeden Unterricht.

Für die Unterbringung von Flüchtlingen seien im Distrikt Radom die entsprechenden Stäbe organisiert worden, der Distrikt sei aber abgesehen von einigen hundert Menschen von diesen Flüchtlingen verschont geblieben. - Die Vorkehrungen für den Luftschutz seien

16

5/5

f.3

durchweg getroffen, soweit die Materialverhältnisse es zuließen, und das notwendige Verständnis für den Luftschutz sei auch durchaus vorhanden.

Kräfte aus nationalpolnischen Kreisen zeigten in Unterhaltungen mit Organen des Distrikts mehr und mehr das Bestreben, sich gegen die Bolschewisten und Kommunisten zu betätigen. Vielleicht sei es möglich, Polen irgendwie hilfsmäßig einer weiteren Tätigkeit auf diesem Gebiete zuzuführen. Es frage sich deshalb, ob man nicht eine polnische Hilfspolizei organisieren könnte. Unter Umständen könne man diesen Erscheinungen allmählich ein legales Gesicht geben.

Die drei Bischöfe des Distrikts Radom seien über eine bestimmte Organisation, die er geschaffen habe, ersucht worden, sich über die Haltung zum Bolschewismus auszusprechen. Er wolle darauf hinwirken, daß die geistlichen Herren sich aktiver betätigten und ihre antibolschewistische Einstellung von der Kanzel herab zum Ausdruck brächten.

Im ganzen politischen Zusammenhang spiele die Frage eine große Rolle, wie weit man, wenn man die Polen stärker in die Arbeit und in eine politische Stimmung für die deutsche Führung bringen wolle, in diesen Dingen gehen könne und solle. Die Beantwortung dieser Frage sei umso wichtiger, weil ja den Kreishauptmännern irgendwelche Richtlinien gegeben werden müßten. Er berufe in jeder Woche seine Kreishauptmänner zu einer Besprechung, um eine gleichmäßige Einstellung zu erzielen.

3/1

17

Gouverneur Dr. von Burgsdorff bezeichnet die Bandentätigkeit im Distrikt Krakau als nicht wesentlich erhöht; was von Lemberg und Lublin gesagt worden sei, berühre den Distrikt nur am Rande. Etwas Sorge bereite eine starke Bande im Walde nordöstlich des Rüstungszentrums Stalowa-Wola. Gegen sie seien jedoch zwei Polizeibataillone angesetzt.

Besonders bewege den Distrikt Krakau aber das Flüchtlings- und Räumungswesen, da er zweifellos als Auffangdistrikt für den Distrikt Galizien in Frage komme. Er freue sich besonders über die Schaffung einer Steuerungsstelle des Flüchtlings- und Räumungswesens in der Regierung, da er eine Zusammenfassung aller damit zusammenhängenden Fragen im Distrikt für unmöglich gehalten habe. Trotzdem müsse er auch der Flüchtlings- und Räumungsstab beim Distrikt eingesetzt werden und er wäre dankbar, wenn sich auch die Regierung dieses Stabes bedienen würde.

Bei seinen Reisen durch den Distrikt habe er vor allem die politische Stimmung der Bevölkerung zu erforschen versucht. Dabei habe er festgestellt, daß im Distrikt Krakau der überwiegende Teil der Bevölkerung bis in die kleinbäuerlichen Kreise hinein antibolschewistisch gesinnt sei. Auch bei der Arbeiterschaft, die zweifellos vielfach kommunistisch sei, könne man eine Zunahme der Aktivität nicht verspüren. Bei der Bevölkerung sei also absolut eine Aufnahmebereitschaft im antibolschewistischen Sinne vorhanden.

Trotzdem habe er der Aktion Berta mit großem Mißtrauen entgegengesehen, und er verspreche sich im allgemeinen keinen großen Erfolge davon, wenn auch in einigen Kreisen wie Reichshof und Tarnow angesetzte Kundgebungen sehr gut verlaufen seien. Innenpolitisch könne man damit aber nicht sehr viel anfangen.

3/2

18

Bei seinen Gesprächen mit Polen anläßlich seiner Informationsreise durch den Distrikt sei er immer wieder gefragt worden, warum die Polen von deutscher Seite nicht mehr zur Mitarbeit herangezogen würden und warum nicht die auf ihnen liegende Diffamierung aufgehoben würde. (Tragen des P im Reich). Er habe erwidert, daß ihre Wertung von ihrer Haltung abhänge. Bei Durchführung einer praktischen Politik könne man seiner Meinung nach doch nur so verfahren, daß man die Polen im Wege einer gewissen Selbstverwaltung mehr zur Mitarbeit heranziehe. In einer praktischen Verantwortung seien sie sicherlich mit der Lage leichter zu versöhnen als mit Plakaten. Gegenüber der auf den Polen lastenden Diffamierung spielten die vorhandenen Ernährungsschwierigkeiten wohl keine Rolle. Wenn man die Ukrainer zu stärkerer Mitarbeit heranziehen wolle, müsse man das auch bei den Polen tun, die an sich die intelligenteren seien. Er bitte, ganz vorsichtig solche Versuche zu wagen.

Gouverneur Wächter nimmt in diesem Zusammenhang zu dem bisherigen Verlauf der Aktion Berta in Galizien Stellung und bezeichnet den Erfolg als gut. Auch der Tod des Amtschefs Bauer habe zu großen Kundgebungen gegen den Bolschewismus geführt. Leider würden solche Ereignisse propagandistisch und pressemäßig wenig ausgenützt. So sei z.B. die ukrainische Spende an Weihnachten in Höhe von 12 1/2 Millionen propagandastisch wenig beachtet worden, so daß bei den Ukrainern ein Rückschlag eingetreten sei.

Pressechef Gassner erklärt, daß die Informationen der Gouverneure soweit als möglich im Rahmen der vom Führer gegebenen Vorschriften geschehe, wonach jeder nur soviel Vertrauliches erfahren dürfe, als er für seine Arbeit brauche. Informationen aus dem Generalgouvernement

3/3

ständen auch ihnen nicht zur Verfügung. Vielleicht könne man als Sammelstelle solcher Nachrichten eine Clearingstelle einrichten. An weiterem Unterrichtungsmaterial gingen ein sogenannter Europaspiegel und in Abständen von zwei bis 3 Wochen vertrauliche politische Informationen an die Gouverneure hinaus. Das Material sei leider aus technischen Gründen stehts überholt. Gouverneur Kundt habe die polnische Presse als Informationspresse bezeichnet. Das treffe nicht zu, denn die polnische Presse erfülle schon seit langem die Aufgaben einer Tagespresse; zu allen Reden des Herrn Generalgouverneurs bringe sie Leitartikel nach von deutscher Seite gegebenen Richtlinien. Im übrigen bitte er alle Gouverneure und insbesondere Gouverneur Kundt, die Arbeit der deutschen Hauptschriftleiter der polnischen Presse nicht zu unterschätzen, sondern sie überall zu unterstützen. Diese Männer seien für die Durchsetzung der deutschen Willensäußerungen ungeheuer wichtig.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Staatssekretär Dr. Bühler um Ausarbeitung eines Vorschlages zur einheitlichen Unterrichtung der Gouverneure und um baldigen Vortrag darüber.

Präsident Ohlenbusch bezeichnet die Aktion Berta als einen ersten Versuch in einem sehr ungünstigen Augenblick, die Polen zu Worte kommen zu lassen, da die englische und amerikanische Propaganda es verstanden habe, sich im Generalgouvernement mehr oder weniger einen festen Boden zu verschaffen. Die Aktion sei mit dem Befehlshaber des SD und sonstigen maßgeblichen Herren in der Regierung vorher besprochen worden. Die Unterrichtung der Gouverneure, die er durch seine ~~Haupt-~~ Abteilungsleiter erwartet habe, sei leider unterlassen worden.

3/4

20

Nach wie vor sei er von der Notwendigkeit und Richtigkeit der Aktion Berta überzeugt. Ihm vorliegende Berichte über den bisherigen Verlauf bewiesen ihm, daß sich die polnische Bevölkerung zum weitaus größten Teil aktiv daran beteilige; aus den verschiedenen Distrikten lägen Entschließungen vor, die von den Kundgebungsteilnehmern aus freien Stücken abgegeben worden seien. Der Erfolg hänge aber meist von dem Geschick des Einzelnen ab, der eine solche Aktion durchführe. Viele wichtige Entschließungen in solchen Kundgebungen seien auf Platten geschnitten worden.

Die Aktion Berta sei als Vorläufer für eine zu bildende polnische antibolschewistische Liga zu werten, die die Polen zu einem aktiven Kampf gegen den Bolschewusmus bringen solle. Mehrere namhafte Polen würden nach einem klaren Programm die Leitung dieser Liga übernehmen.

Von großer propagandistischer Wichtigkeit sei die kommende Eröffnung der polnischen Theater. Die ukrainische Propaganda über einen Sender aus Königsberg sei seit dem 13. Januar eingestellt. Diese Sendungen habe ein aus der Ukraine zurückkommener Schriftleiter widerrechtlich geführt.

Auf dem Sektor antibolschewistisdher Propaganda habe die Hauptabteilung 12 Millionen Broschüren und annähernd 2o Millionen Flugblätter verteilt; jede Wochenschau und der Katyn-Film müßten hier auch genannt werden. Er führe die starke antibolschewistische Einstellung der Bevölkerung teilweise auf diese Arbeit zurück.

Auch im positiven Sinne sei die Propaganda tätig, z.B. beim Einsatz für die Erzeugungsschlacht, die Arbeiterwerbung usw.. Daß Broschüren und Flugblätter unzulänglich seien, sei kein Beweis dafür, daß sie nicht verwendet werden sollten.

Präsident Ohlenbuschspricht dann mit Worten des Bedauerns von der Tatsache, daß in Radom den Polen kein Kino zur Verfügung stehe und daß im Distrikt Radom keine polnische Unterhaltung zugelassen sei. - Gouverneur Kundt gibt dafür verschiedene Gründe an.

Der Herr Generalgouverneur will den Distrikt Radom genau so behandelt sehen wie die übrigen Distrikte und ersucht Gouverneur Kundt um Abstellung dieser Mängel.

Präsident Ohlenbusch weist zum Schluß seines Referates noch darauf hin, daß die letzte Rede des Herrn Generalgouverneurs in Berlin bei den Polen großen Widerhall und große Hoffnungen für eine Zukunft geweckt habe. In Warschau werde der Text der Rede für 25o Zloty im Schleichhandel vertrieben.

Präsident der Hauptabteilung Dr. von Craushaar berichtet über den Stand der Räumungsfrage. Bei jeder Räumung sei von entscheidender Bedeutung, unter welchem Motto die Räumung laufe. Da das Generalgouvernement Bastion des Reiches sei, räume man nur auf Zeit, und zwar auf kurze Zeit; man weiche daher praktisch nur aus. Bei jeder Räumungsbewegung müsse man daran denken, daß man bald wiederkomme.

Für die Art und den Zeitpunkt der Räumung ergäben sich gewisse Folgerungen. Einmal müßten die Dienststellen bis zuletzt, gewissermaßen bis zum Schützengraben auf ihrem Platz bleiben, zum anderen könnten zwar die Vorbereitungen einer Räumung umfassend, sie müßten dann aber geräuschlos sein, weil jede Beunruhigung der Bevölkerung vermieden werden müsse. Die Durchführung der Räumung dürfe nur auf Befehl im entscheidenden Moment eintreten.

Man unterscheide drei Arten der Räumung: die totale Räumung, die Lähmung und die Zerstörung. Die totale Räumung würde nicht in Frage kommen. Infolgedessen bleibe zunächst die Lähmung übrig, nämlich z.B. die kurzfristige Entfernung wichtiger Maschinenteile, die man sofort wieder einsetzen können; in einzelnen Fällen, wenn man Maschinen nicht habe wegbringen können, weil der Feind im Anrücken sei, müsse zur Zerstörung gegriffen werden.

Die Vorbereitung und die Durchführung der Räumung seien auf Anordnung des Generalgouverneurs an die Weisungen einer Zentrale gebunden. Dies sei auch notwendig, denn die Aufgaben, die schon bei der Vorbereitung zu erfüllen seien, verböten eine Überschneidung gegenseitiger Tätigkeit. Es sei festzustellen, welche Gütermengen weg zu bringen seien; ferner müsse für die erforderlichen Transportmittel gesorgt werden. Hier ergebe sich für das Generalgouvernement eine besondere Diskrepanz, weil einer gegebenenfalls zu befördernden Gütermenge zu geringe Transportmittel

4/2

gegenüber ständen. Deshalb müsse eine Rangordnung der Güter aufgestellt werden. Schließlich müßten die Aufnahmeräume bestimmt werden.

Die Frage der Vorbereitung der Räumung werde von allen Hauptabteilungen mit der Rüstungsinspektion und dem Wehrkreisbefehlshaber besprochen werden, der den Hauptabteilungen bei der Sorge für die Transportmittel weitgehend zur Seite stehe. Innerhalb der beiden Distrikte Galizien und Lublin und beschränkt auf diese würden zwei Zonen für die Vorbereitung der Räumung gebildet.

Bei der Auswahl der Gebiete, in denen die Teilräumung Platz greifen würde, müsse man von der militärischen oder Bandenlage ausgehen. Vorgesehen seien für eine sofortige Teilräumung gewisse Gebiete bis südlich Cholm.

Für die Weisungserteilung bei der Durchführung der Räumung sei der Flüchtlings- und Räumungsstab verantwortlich, dessen Leitung der Generalgouverneur ihm übertragen habe. Der Beginn der Räumung müsse zentral gesteuert werden. Man müsse nach unten hin die notwendige Beweglichkeit für gewisse Fälle sichern. In diesen Fällen dürfte den Gouverneuren die Ermächtigung zu erteilen sein, die Kreishauptmänner mit der lokalen Räumung zu beauftragen. Er bitte deshalb die Hauptabteilungen, von sich aus dafür zu sorgen, daß nicht örtlich eine Räumung angeordnet werde, sondern die Räumung ausschließlich vom Gouverneur oder Kreishauptmann befohlen werden könne. Um die notwendige Sachkenntnis für die Frage zu erhalten, wann eine Räumung anzuordnen oder notwendig sei, sei eine Sammelstelle gebildet worden, bei der Nachrichten über militärische und polizeiliche Ereignisse auf dem Gebiet der Front und der Bandenbekämpfung und auch Nachrichten seitens der Ostbahn zu sammeln seien. Er werde sich mit Staatssekretär Dr. Bühler darüber ins Benehmen setzen, inwieweit dieser die Unterrichtung der Gouverneure übernehmen könne.

4/3

Präsident Gerteis berichtet über die Lage bei der Ostbahn. Abgesehen von der Situation in den Distrikten Galizien und Lublin seien die Verhältnisse in den übrigen Teilen des Generalgouvernements durchaus normal. Aber die Situation in den Distrikten Galizien und Lublin habe sich angesichts der militärischen Ereignisse vollkommen gewandelt.

Für die Versorgung der Armee habe es bislang vier große Durchgangslinien gegeben, die zu hoher Leistungsfähigkeit ausgebaut worden seien. Von diesen Linien seien zwei weggefallen, so daß jetzt die gesamte Südarmee an der Linie Lemberg-Tarnopol und an der eingleisigen Bahn von Lemberg nach der Ukraine hänge. 8o % des Nachschubes liefen über die Linien Tarnopol, 2o % über die Linie Sniatyn. Gleichzeitig hätten sich angesichts der Zurückverlegung der Front zahllose Wehrmachtsdienststellen in Lemberg und jenseits von Lemberg eingenistet. Lagervorräte und maschinelle Einrichtungen seien auf Eisenbahnwagen verladen worden. Die Bahnhöfe jenseits der Grenze hätten für diese Beanspruchung keinerlei Aufnahmefähigkeit gehabt. Gleichzeitig werde aber auch noch für die Front verladen. Die Folge sei, daß starke Rückstände einträten und im Lemberger Bezirk, teilweise auf Krakau zurückwirkend, ein starker Rückstau vorhanden sei. Infolge von mittlerweile aufgetretenen Schwierigkeiten im Lemberger Bezirk sei die Zielbestimmung für die Züge und Wagen nach dem Osten sehr erschwert. Ferner mache sich im Westen des Bezirks auch die Bandentätigkeit bemerkbar. Die Linie Krakau-Lemberg sei jetzt die wichtigste und stärkste Linie des ganzen Ostens überhaupt, die nach Auffassung der Wehrmacht mit 6o bis 8o Zügen belegt werden müßte, wenn sämtliche Bedürfnisse der Front befriedigt werden sollten. Er bitte daher Staatssekretär Koppe, dafür zu sorgen, daß von dieser Linie, von der die ganze Südfront lebe, die Banden nach Möglichkeit

zurückgehalten würden.

Bei dieser Sachlage stoße die beabsichtigte, angeordnete oder bevorstehende Teilräumung von Galizien auf größte Schwierigkeiten. Zur Zeit seien die Kreise, die einen engeren Bezirk umfaßten, Räumungszone. Zweifellos sei die Situation so, daß die Wehrmacht einen zu starken Einfluß auf die Wagengestellung und die Betriebsgeschehnisse in Galizien nehme. Sie habe auch schon die Forderung erhoben, daß der gesamte Zivilverkehr in Galizien eingestellt werde. Das dürfe nicht in Frage kommen. Der übrige Verkehr auf dem Sektor der Land- und Holzwirtschaft sei ja lediglich Wehrmachtsverkehr. Die Wehrmacht gehe in ihren Forderungen für Transporte weiter, als es ihr eigener Bedarf notwendig mache. Der beste Beweis dafür sei die Tatsache, daß 6o oder 7o Züge im Rückstand seien, die auf Abruf warteten.

Für Lublin sei die Situtation anders. Die Bahnen nach Cholm und Rubieszow führten hier ein eigenes Dasein. Größeren militärischen Erfordernissen habe immer noch entsprochen werden können, und man sei in diesem Bereich in der Lage, wenn sich die Wagenanforderungen in vernünftigen Grenzen hielten, den Verkehr zu bewältigen. Wenn die Banden zurückgehalten werden könnten, werde es möglich sein, aus Cholm herauszuholen, was herausgeholt werden müsse. Aus Galizien werde man aber nur das Allernotwendigste an Vorräten herausholen können, und deshalb müsse möglichst frühzeitig mit der Räumung begonnen werden.

Die Durchführung des Ostbauprogramms erfordere einen großen Aufwand an Baustoffen und Arbeitskräften. Dieses Programm sei nun erweitert worden, damit eine dringende Forderung der Wehrmacht erfüllt werden könne, die den zweigleisigen Ausbau der Strecke von Malkinia nach dem Osten in einer Länge von 65o km zum Gegenstand habe. Dazu bedürfe es eines Aufwandes von 75 ooo Arbeitskräften. Die Linie führe aber durch Gegenden, die von Banden beunruhigt würden und nur über ein geringes Arbeiterkontingent verfügten. Die Aufstellung

4/5

1.5

von Baracken komme nicht in Frage. Man müsse daher versuchen, für die Gestellung dieser 75 ooo Arbeitskräfte andere Wege zu beschreiten. Wenn man die Arbeiter aus den umliegenden Dörfern zur Arbeit heranbringen wolle, dann werde es dazu der Hilfe durch die Exekutive bedürfen. Für die Durchführung dieser Bauplanung müßte sich naturgemäß die Wehrmacht in erster Linie einsetzen. Der Termin für die Fertigstellung dieser Arbeit sei jetzt auf Weisung des OKW bindend auf den 6.Juni festgelegt worden.

5/1

SS-Oberführer Bierkamp geht davon aus, daß er diesmal im Gegensatz zu früher nicht über eine Zunahme der Bandentätigkeit und Verschlechterung der Lage zu sprechen brauche. Eine Ausnahme bildeten die neuerdings zu verzeichnenden Bandeneinfälle.

Durch die Verordnung vom Oktober und die dadurch ermöglichten scharfen deutschen Maßnahmen habe die Zahl der Überfälle und Morde rapide abgenommen. Die Zahl der ermordeten Deutschen sei von 12o als dem Höhepunkt auf 38 zurückgegangen, die der in deutschen Dienst stehenden Fremdvölkischen von 18o auf 9o. Die Überfälle, die durch diese Verordnung als unpolitisch nicht geschützt seien, seien sich gleich geblieben. Die Überfälle insgesamt, d.h. auf Bauernhöfe, Molkereien usw. seien nicht erheblich zurückgegangen, während die Zahl der Sabotagefälle abgenommen habe.

Im Generalgouvernement könne man im gegenwärtigen Zeitpunkt von einer Zunahme der äusseren Sicherheit, nicht aber einer solchen der inneren Sicherheit sprechen. Mit Aufständen und weiteren Überfällen von kommunistischer Seite müsse man rechnen. Die polnischen Vorbereitungen für einen Aufstand seien ganz hervorragend. Die Sicherheitspolizei habe aber gute Verbindungen, so daß sie so leicht nicht überrascht werden könne. Staunen müsse man, wie tadellos und militärisch der gegnerische Apparat gearbeitet habe; der Gegner staune aber auch, wie genau die Sicherheitspolizei über ihn und seine Tätigkeit unterrichtet sei. Die Verhaftungen des Führers der PZP im Juni, des Nachrichtenchefs und seines Vertreters vor mehreren Tagen, die Aushebung so mancher Netze und die Unterrichtetheit über die Personen und ihre wahren Namen beeinflußten die Widerstandskreise in starkem Maße.

Die Vorbereitungen gingen darauf hinaus, im Generalgouvernement zu einem von England aus gegebenen Zeitpunkt den Aufstand losbrechen zu lassen. Von England werde alles Nötige geliefert. Wenn auch die deutsche Polizei nicht aller dieser Sachen habhaft werde, so habe sie doch manche schöne Erfolge erzielt; durch die Sicherhtellung von Flammenwerfern, Sprengstoff, Sprengkörpern, Waffen und Funkapparaten habe man diesen Aufstandsvorbereitungen schweren Schaden zugefügt. Die Widerstandsbewegung bilde Stammbanden, die junge Leute aus dem ganzen Gebiete erfaßten, einige Monate ausbildeten und dann wieder entließen. Auch diesen Vorbereitungen sei die Sicherheitspolizei ständig auf den Fersen.

Die Sicherheitspolizei habe eingesehen, daß sie mit ihren geringen Kräften allein die Banden nicht schlagen könne. Darum habe man andere Wege gesucht und sei dazu gekommen, die Polen sich am besten gegenseitig bekämpfen zu lassen. Es sei nämlich nicht so, daß jeder Pole niedergeschlagen werde, weil er für Deutschland arbeite, sondern sehr oft deswegen, weil er eine andere politische Richtung verfolge. Diese Sachlage nütze man von deutscher Seite aus und spare so deutsches Blut. Banden würden gegen Banden zum Kampfe angesetzt.

Bei der Bekämpfung der neuerdings ins Generalgouvernement eingebrochenen Sowjetbanden bringe die Zerstörung des Nachrichtenapparates die größten Schwierigkeiten. Dadurch sei eine schnelle Meldung über das Auftreten der Banden an die ~~die~~ deutschen Sicherheitskräfte ziemlich schwierig gemacht. Funkausrüstungen stünden wenig oder kaum zur Verfügung.

5/3

29

Präsident Eichholz führt aus, daß die Wehrmacht viele Schulgebäude des Generalgouvernements als Unterkunftsräume fordere. Vor allem im Distrikt Lemberg sei die Freigabe von Schulen im weitesten Umfange geschehen; sogar die dortige deutsche Oberschule werde verlegt werden. Die übrigen deutschen Schulen hielten ihren Betrieb nur noch in ganz beschränktem Umfange aufrecht.

Große Anforderungen an Schulgebäuden seien vor allem auch im Distrikt Radom, besonders im Gebiet von Petrikau und Tschenstochau gestellt worden. Daran habe man feststellen können, daß nicht immer der unmittelbare Bedarf der Wehrmacht für die Forderungen entscheidend gewesen sei, sondern oft der Wunsch, schönere Gebäude zu bekommen. Die polnischen Schulen würden nicht in dem Maße ~~für~~ wie die deutschen Schulen beansprucht, weil sie nicht so schön seien und sich in dem gleichen Gebrauchsfertigen Zustand befänden. Trotzdem seien auch viele polnische Schulgebäude geräumt worden, obwohl es nicht wünschenswert sein könne, daß die polnische Jugend auf der Straße herumstrolche.

Für die Fachkurse in Lemberg rege er aus politischen Gründen die Einführung der Bezeichnung "Hochschulkurse" an, wie sie ja auch der Herr Generalgouverneur bereits in seiner letzten Berliner Rede vor der Auslandspresse gebraucht habe. Zur Errichtung polnischer Gymnasien habe er bereits vor einigen Wochen einen entsprechenden Antrag eingereicht. Vielleicht könne man als Zwischenlösung einige Reifeprüfungslehrgänge für die Polen einrichten, die im Jahre 1939 die Reifeprüfung hätten nicht mehr ablegen können. - In Warschau seien einige polnische Geheimschulen größeren Umfanges aufgedeckt worden.

5/4

31

Präsident Lauxmann berichtet von ernsthaften Differenzen, die die Deutsche Post Osten mit der Wehrmacht in der Frage der Verfügung über das Telefonnetz gehabt habe. Nun sei die Entscheidung getroffen, daß auch weiterhin die Verfügung über das Telefonnetz im Generalgouvernement bei der Deutschen Post Osten liege. Weitere Sorgen bereite die Forderung der Abwehrstelle der Wehrmacht, in den Distrikten Lublin und Galizien den zivilen Fernsprechverkehr aus Abwehrgründen lahm zu legen. In Verhandlungen habe man ein Entgegenkommen erreicht besonders nach Unterstreichung der Tatsache, daß nach einer Lahmlegung des Fernsprechverkehrs die Erfassungsaufgaben der Landwirtschaft nicht mehr durchgeführt werden könnten. Die Woits müßten sich des Telefons bedienen können, um ihren Aufgaben nachkommen zu können.

Präsident Wille lenkt die Aufmerksamkeit auf die Vermehrung der Fälle, in denen Strafverfahren gegen Beamte und Angestellte wegen verschiedener Exzesse unter Alkoholeinwirkung notwendig geworden seien. Es komme dann sogar vor, daß solche Exzesse in Schießereien Deutscher gegen Deutsche ausarteten.

Im Strafvollzug sei es noch nicht gelungen, die hygienischen Einrichtungen, Entlausungsvorrichtungen und Baderäume in den Gefängnissen und Anstalten auf einen wünschenswerten Stand zu bringen. Doch sei immerhin so weit gesorgt, daß seit einem Jahr sich in keinem Gefängnis eine Fleckfiebererkrankung gezeigt habe.

Präsident Teidtke geht eingangs auf die Durchschleusung der Rußlanddeutschen durch das Generalgouvernement ein. Die Trecks würden im Generalgouvernement entlaust, die Kranken ausgesondert und isoliert. Natürlich könne man nicht alle Kranken aussondern, da das Fleckfieber erst 21 Tage nach der Ansteckung auftrete.

5/5

Eine Weiterverbreitung der Krankheiten im Reich könne aber nicht erfolgen, da der Krankheitsträger durch die Entlausung entfernt worden sei. Außerdem würden die Leute im Reich einer Quarantäne unterzogen. Im großen und ganzen seien die Rußlanddeutschen wenig verlaust. In allen Distrikten habe er genügend Fleckfieberimpfstoff gesammelt, so daß sich jeder Reichs- und Volksdeutsche impfen lassen könne.

Die Seuchenlage stelle sich im Generalgouvernement günstig dar. Das Felckfieber sei trotz einer sonstigen jahreszeitlich bedingten Erhöhung und trotz der Durchschleusung der Rußlanddeutschen nicht gestiegen; die Zahl der Erkrankungen von 25o a in der Woche bereite keine großen Sorgen. Gefährlich könnte die Situation erst werden, wenn durch die Banden die Entlausungs- und Bekämpfungsmaßnahmen im Lande unmöglich gemacht würden. Die Zahl der Typhuserkrankungen sei auf 17o in der Woche zurückgegangen. Infolge der Mundpropaganda der Polen sei die Impfungsaktion nicht ganz geglückt. Zur Bekämpfung der Tuberkulose würden schon seit längerer Zeit die Reihenröntgenuntersuchungen durchgeführt. Viele Menschen seien an Tuberkulose erkrankt ohne es selbst zu wissen. Diese könnten auf Grund der Erkenntnisse der Röntgenuntersuchung gerettet werden. Durch eine neu erlassene Verordnung habe man nunmehr auch für die Durchführung der Trachom-Untersuchungen die gesetzliche Grundlage geschaffen. Die Diphtherie gefährde vor allem die Kinder und viele Tausende könnten erhalten werden, wenn man sich zur Einführung der Diphtherie-Zwangsschutzimpfung entschließen würde; vielleicht könne das Generalgouvernement diesen Weg beschreiten.

5/6

Präsident Bauder führt aus, daß die Lage in der Bauwirtschaft durch die Zurücknahme der Ostfront und die Zunahme der Luftangriffe auf das Reichsgebiet bestimmt wird. Die Südarmee habe ihre gesamten Dienste in das Generalgouvernement verlegt und baue zur Zeit in großem Ausmaß Flugplätze, Reparaturwerkstätten, Lagerhallen usw.. Die Entwicklung des Luftkrieges führe dazu, daß immer mehr Werke aus dem Reich ins Generalgouvernement verlegt würden. Die Rüstungsindustrie müsse daher weiter ausgebaut werden. Auch neue Lagerhallen seien notwendig, da die Landwirtschaft dieses Raumes bisher im Osten gelagerte Vorräte aufnehmen müsse. Die Reihenfolge in der Bauwirtschaft sei folgende: rückwärtige Dienste der Wehrmacht, Rüstung und Landwirtschaft, Bahnbauten und endlich der zivile Sektor.

Soweit Arbeitskräfte reichten, würden auf dem Gebiete des Hochbaues fertiggestellt was an Bauten begonnen worden sei. Auch die Meliorationen würden weiter durchgeführt; für die Unterhaltung der nicht wehrmachtbedingten Straßen werde im Rahmen des möglichen gesorgt. Im letzten Jahr sei die Erhaltung des bestehenden Zustandes gelungen, und er hoffe, dieses Ziel auch in diesem Jahr zu erreichen. Jede freie Baracke im gesamten Gebiete des Generalgouvernements sei heute von der Wehrmacht belegt. Wenn neue Forderungen kämen, müßten Neubauten erstellt werden; das hänge aber von der Zurverfügungstellung der nötigen Holzmengen durch die Hauptabteilung Forsten ab. Könne das Holz gestellt werden, sei es möglich, innerhalb von 6 Wochen 1oo Baracken für je 17o Mann zu erstellen.

Die derzeitige Höhe der Baukosten sei eine a unangenehme Erscheinung. Sie komme davon her, daß seit dem Jahre 1936 das deutsche Bauvolumen ständig größer sei als die volle Baukapazität. Solange die Forderungen nicht auf die Kapazität abgestimmt seien, lasse sich an dem bestehenden Zustand wenig ändern.

Präsident Dr. Emmerich nimmt zur Aktion Berta Stellung. Er regt an, neben einer politisch-weltanschaulichen Ausrichtung solcher Aktionen auch Aktionen zu starten, die an das wirtschaftliche Interesse des Einzelnen anknüpften. Hier werde gerade der untere Mittelstand eine besonders dankbare Schicht bilden. Der Einzelhändler und der Handwerker seien in ihrer Mehrheit sicher antibolschewistisch eingestellt, und man könne sie als konservative Elemente verwenden. Man dürfe daher nicht nur bei der Arbeiterschaft ansetzen, sondern sich an dieses Kleinbürgertum wenden, das eine sehr wichtige Brücke von der Arbeiterschaft zur bäuerlichen Bevölkerung darstelle, um so mehr, da man in der bäuerlichen Schicht sehr gute Erfolge hinsichtlich der Kontingenterfassung erzielt habe.

Was die Lage der Wirtschaft angehe, so sei bereits auf die doppelte Inanspruchnahme des Generalgouvernements hingewiesen worden, die sich für die gewerbliche Wirtschaft in zunehmendem Maße ergebe: einmal die Verpflichtung der gewerblichen Wirtschaft für die Rüstung die kriegswichtige Fertigung im allgemeinen Sinn, zum anderen die Inanspruchnahme der gewerblichen Wirtschaft durch Frontformationen. Vor kurzem seien in einem Schreiben der Heeresgruppe Süd an den Wehrkreisbefehlshaber im Generalgouvernement Angaben über die gewerbliche Wirtschaft im Distrikt Galizien verlangt worden, bei denen auch von einer Erfassung der gewerblichen Betriebe die Rede gewesen sei Das könnte durchaus so gedeutet werden, als ob sich die Heeresgruppe Süd gegebenenfalls schon die Unterlagen für die Möglichkeit eines unmittelbaren Zugriffs in diese Betriebe sichern wolle.

Im Jahre 1941/42 habe die Steuerung der gewerblichen Wirtschaft tatsächlich daran gekrankt, daß die verschiedensten Stellen gegeneinander operierten und z.B. neben der Inanspruchnahme der Betriebe durch die Rüstungsinspektion, durch Organe der Hauptabteilung Wirtschaft und sonstige organe der Regierung auch die

6/2

einzelnen Wehrmachtsformationen bzw. Zahlmeister Aufträge an die Betriebe erteilten, was der Hauptabteilung Wirtschaft jede Übersicht genommen und verhindert habe, die unbedingt notwendige Rationalisierung in der gewerblichen Wirtschaft durchzuführen. Gerade die polnischen Mittelbetriebe hätten das Bestreben, sich solche Wehrmachtsaufträge zu beschaffen. Sobald die Zivilverwaltung solche Betriebe habe zusammenlegen wollen, um einer Material- und Menschenverschwendung arbeitsmäßig entgegen zu wirken, sei der Auftrag der Wehrmacht vorgezeigt worden, man mobilisiere eine Wehrmachtsstelle, die sich gegen jeden Eingriff ineinen solchen Betrieb wehre. Im Herbst 1942 sei es gelungen, die Wehrmachtsaufträge in die allgemeine Planung einzubeziehen; denn der Wehrkreisbefehlshaber habe sich bereit erklärt, sich in die Auftragslenkung und -steuerung einzugliedern und die von der Truppe kommenden Aufträge auch der Zentralstelle für öffentliche Aufträge zu melden. Von diesem Zeitpunkt an datiere die Rationalisierung der gewerblichen Wirtschaft und das Aufbauwerk im engeren Sinne, das vor allem im vorigen Jahre mit dem Ziel einer Produktionslenkung durchgeführt worden sei. Dadurch sei man in die Lage versetzt worden, nur die besten Betriebe arbeiten zu lassen, alle Beiluft auszuschalten, im Zusammenhang mit der Ernährungssicherung einen größtmöglichen Arbeitserfolg zu erzielen und somit eine weitgehende Angleichung an die Steuerung der Kriegswirtschaft im Reich zu erhalten. Würde dieses System jetzt durchlockert werden, würde man sich auf den Weg des Kompromisses der Preisgabe des Lenkungsanspruches für die Produktion im Generalgouvernement begeben, dann wären die Folgen nicht abzusehen.

Das schließe allerdings nicht aus, daß das legitime Bedürfnis der Frontformationen nach Möglichkeit befriedigt werde und man sich dahin verständigen könne, daß ein Betrieb, der heute für die Rüstung arbeite, morgen

als Reparaturwerkstätte für Panzerformationen eine neue Zielsetzung erhalte. Es sei wichtig, daß alle diese Dinge durchaus gelenkt und über die Regierung vorgenommen würden und unter keinen Umständen wieder Zustände einrissen, wie man sie aus den Jahren 1941/42 gekannt habe.

Die kriegswirtschaftliche Leistung im gewerblichen Sektor stehe im allgemeinen immer noch unter dem Zeichen der vom Generalgouverneur angeordneten Ernährungssitzungcherung. Hier und da seien zwar politische Beunruhigungen festzustellen, die sich auf die Leistung auswirkten, aber nicht so, daß dadurch das Gesamtbild entscheidend in Mitleidenschaft gezogen würde. Sehr vieles sei im Werden und im Aufbau. So werde gerade in diesem Monat der erste neuerrichtete Hochofen im Generalgouvernement auf der Eisenhütte Tschenstochau angestochen. 1939 sei diese Eisenhütte vom Stabe des Generalmajors Bührmann für die völlige Verschrottung in Aussicht genommen worden.

Von der Erdölwirtschaft des Generalgouvernements würden zur Zeit über 4oo ooo to im Jahre produziert. Im letzten Jahre sei zum ersten Mal seit Jahrzehnten die durch die Ermüdung des Erdölgebietes bedingte absinkende Förderung mit zusätzlichen Bohrungen überkompensioniert worden. Auch hier könne man auf eine sehr mühsame, aber doch volkswirtschaftlich sehr wichtige Rationalisierung eines Industriezweiges zurückblicken. 1939 habe man vor einem in seinen Besitzverhältnissen völlig zersplitterten und zerrütteten Wirtschaftszweig gestanden, der zu dieser Zeit nur mit einem Drittel seiner Kapazität im Altgeneralgouvernement gelegen habe und erst 1941 wieder seine Ergänzung durch die restlichen zwei Drittel der Kapazität in Ostgalizien gefunden habe. Die Kapazität sei von 1942 an unter Überwindung zahlreicher Hindernisse und mit der Vereinheitlichung des gesamten Wirtschaftsgebildes wie der verwaltungsmäßigen Vereinheitlichung

ausgenutzt worden, indem aus vielen Dutzenden von Einzelunternehmungen ein neues einheitliches vernünftig geleitetes Unternehmen gemacht worden sei, das nun in neuerer Zeit, nachdem die Erwartungen hinsichtlich des Kaukasus nicht in Erfüllung gegangen seien, für das Reich eine doppelte und dreifache Bedeutung gewonnen habe. Das Reich sei auf die Förderung in diesem Gebiet außerordentlich angewiesen. Die Wirtschaftsverwaltung wäre besonders dankbar, wenn alle beteiligten Steellen gerade angesichts der gegenwärtigen Schwierigkeiten, die sich auf Galizien auswirkten, ihre Bereitwilligkeit erkennen ließen, der Erdölwirtschaft als dem kriegswichtigsten Zweige der gewerblichen Wirtschaft im Generalgouvernement Hilfe und Unterstützung zu verleihen.

Umfangreiche Investitionen seien geplant. Große und moderne Bohrtürme in Gestalt der Rothary-Türme, wie sie im Generalgouvernement noch nie geargeitet hätten, seien aufgebaut und senkten ihre Bohrgestänge jetzt in Horizonte, die geologisch überhaupt noch nicht bekannt seien.

Aber auch in Westgalizien stehe neben dieser forcierten Bohrtätigkeit ein großes und zunächst mit Hilfe der Regierung zu finanzierendes Programm des Raffinerieausbaues, welches einen großen wirtschaftlichen Fortschritt für die Auswertung der hiesigen Produktion bedeute. Es sei nunmehr möglich, den hiesigen Asphalt, der wegen zu starker Ölbeimengung für Straßenbau nicht verwertbar sei, nutzbar zu machen unter Gewinnung von hochwertigen Ölen. Weiter bedeute es eine Rationalisierung, die die Aussicht dafür gebe, daß das im Distrikt Galizien gewonnene Erdöl auch nach dem Kriege ein wirtschaftliches Gleichgewicht finden werde.

Die **Kohlenlage** habe sich im allgemeinen erträglich gestaltet. Angesichts der geringen Wagengestellung in Oberschlesien werde zwar das versprochene Soll nicht erfüllt; aber angesichts des verhältnismäßig milden Klimas komme man im großen und ganzen mit den Mengen aus. Große Sorgen habe man auf dem Sektor der Energieversorgung vor allem der Rüstungsindustrie. An sich sei es Aufgabe des Präsidenten Bauder, dieses Ressort zu vertreten. Vom Standpunkte der verarbeitenden Industrie könne er, Präsident Dr. Emmerich, aber sagen, daß hier noch viele Wünsche der Erfüllung harrten. Mit dem Verbund Oberschlesien-Generalgouvernement trete eine fühlbare Entlastung ein, und damit sei ein Weg beschritten, der der Industrialisierung des Gebietes förderlich sein werde.

Staatssekretär für das Sicherheitswesen SS-Obergruppenführer **Koppe** knüpft an die Bitte des Gouverneurs Dr. Wächter an, das für Galizien bestimmte Regiment vor seinem Einsatz in Lemberg nochmals demonstrativ marschieren zu lassen. Er sei sich darüber klar, daß es rein politisch gesehen richtig, zweckmäßig oder notwendig wäre; aber die augenblickliche Bandenlage lasse es tatsächlich nicht zu. Es komme jetzt darauf an, das Loch im Norden des Distrikts Galizien möglichst schnell zu stopfen, damit nicht weitere Banden hereinkämen. Auch die Wehrmacht beurteile die Lage ähnlich. Aus diesen Gründen könne zur Zeit der Wunsch nicht erfüllt werden. Es wäre höchstens möglich, mit einem Bataillon aufzuwarten; das würde aber keine Wirkung haben. Sollte sich die Bandenlage in den nächsten 8 Tagen ändern - vor Mitte nächster Woche könne das Regiment nicht hier sein - , dann sei er gern bereit, sich erneut mit Gouverneur Dr. Wächter in Verbindung zu setzen. Wenn man diese Einziehung durchführen wolle, brauche man mindestens für den Einsatz sieben bis acht Tage; denn die Bataillone lägen vollkommen getrennt, eins in Holland, ein anderes im Elsaß und ein drittes in der Gegend von Württemberg.

38

Was die Frage der Räumung angehe, so bitte er, keine Rücksicht auf die Bandenlage zu nehmen; denn man werde der Banden Herr werden. Für die Möglichkeit der Herausnahme der Frauen undKinder aus Galizien werde maßgebend sein, wie weit Ruhe und Sicherheit aufrecht erhalten werden könnten und wie man die Frontlage allgemein beurteile. Selbstverständlich würden bei einer Zone von 5o, 6o, 7o oder 8o km zunächst die Frauen und Kinder herausgenommen. Er warne aber dringend vor übereilten Entschlüssen. Hinzu komme, daß sich die Frontlage doch wahrscheinlich in den nächsten Tagen irgendwie bessere. Für die Bandenbekämpfung werde man jedenfalls alles tun, was nur irgendwie möglich sei. Wenn die Truppenteile, die man augenblicklich habe, nicht ausreichten, dann müßten eben noch mehr zur Verfügung gestellt werden. Er erwarte auch, daß ihm der Reichsführer SS noch in dieser Beziehung helfen werde. Die Kapazität der Wehrmacht sei auch noch nicht erschöpft. Alle diese Maßnahmen bedürften einer gewissen Zeit, weil man ja die Banden nicht zum Kampfe stellen könne. Aber daß man ihrer so oder so Herr werde, darüber bestehe kein Zweifel.

Für den Schutz des Siedlungsgebietes habe man nach Zamosc eine Kompanie gelegt, und die 8oo Männer des Selbstschutzes würden ja dem ersten Ansturm wohl auch begegnen können. Außerdem habe man immer noch einige Reserven, die man hinwerfen könnte, um das schlimmste zu verhüten. Auch hier könne man den Dingen mit Ruhe entgegensehen. Der Zug der Banden gehe nicht nach dem Osten, sie würden sich erst im Bilgorajer Wald aufhalten und dort eine Exkursion machen.

Die zwei aktiven Polizeibataillone habe er dem Distrikt Radom ungern genommen. Man dürfe aber überzeugt sein, daß die beiden Bataillone so schnell wie möglich wieder zurückkämen. Er habe auch 8o Sonderdienstmänner aus dem Distrikt abgezogen. Einmal habe er damit ein Loch stopfen können, und zum anderen brennten die jungen Männer des Sonderdienstes geradezu darauf einmal zu kämpfen. Es sei nur von Vorteil, wenn man

sie ins Feuer führe, damit sie innerlich etwas fester würden. Sie würden sich ein gewisses Stehvermögen beim Kampfe aneignen, wenn sie ihren Mut unter Beweis stellen könnten.

Auf Grund eines Befehls des Generalgouverneurs solle der Sonderdienst verstärkt werden. Die Zahl der Sonderdienstmänner betrage zur Zeit etwa 2 600 Mann. Anfang März werde man rd. 1 000 Männer einziehen. Diese Sonderdienstmänner ständen den Gouverneuren zur Verfügung. Man könne den Sonderdienst in den Kreishauptmannschaften verstärken und ihnen eine handfeste Truppe an die Hand geben, die die Begleitung der Gouverneure bzw. Kreishauptmänner übernehme oder die der SS- und Poliezeiführer für Polizeizwecke verwenden könne. Er bitte deshalb, gerade die Verstärkung des Sonderdienstes so weit wie möglich zu unterstützen. Die dem Sonderdienst angehörenden jungen Menschen seien an sich absolut wehrfähig, und man könne es dankbar begrüßen, daß die Wehrmacht sie zur Verfügung gestellt habe. Es müsse nur darauf geachtet werden, daß diese jungen Männer nicht irgendwie auf Außenposten verfaulten. Deshalb müßten die Sonderdienstmänner etwas herangenommen werden. In der Hand der Polizeiführer und der Gouverneure bilde der Sonderdienst eine Truppe, die ihre Bedeutung habe und schon eine gewisse Schlagkraft unter Beweis stelle. Der Sonderdienst habe auch schon Verluste gehabt, zum Beispiel bei seinem Einsatz in Warschau. Auch die Zweisprachigkeit der Männer mache sich sehr angenehm bemerkbar. Man könne den Sonderdienst auf allen Gebieten verwenden, für ganz spezielle Zwecke, so z.B. auch im Zivildienst als Begleiter von Schutzpolizeibeamten.

Die Frage, ob zusätzlich noch polnische Hilfspolizei geschaffen werden solle, könne er dahin beantworten, daß man zur Zeit genügend polnische bzw. ukrainische Polizei habe. Diese Polizei sei noch lange nicht so vertrauenswürdig, wie sie sein müsse. Man habe versucht, die Angehörigen der polnischen bzw. ukrainischen

6/8
f.7

Polizei mehr heranzuziehen: die erhöhte Verpflegungsration habe eine gewisse Grundlage geschaffen. Die Leute bekämen aber nur 26o Zloty im Monat, sie könnten mit dieser Summe nicht auskommen und seien daher genötigt, neben ihrer eigentlichen Tätigkeit noch irgendeiner Beschäftigung nachzugehen. Wollte man eine polnische Hilfspolizei aufziehen, wäre die Gefahr noch größer, und für den Fall eines Aufstandes müsse er sich überlegen, wieviele Angehörige der Hilfspolizei festzusetzen seien.

Daß sich der Alkoholgenuß in der letzten Zeit unangenehm bemerkbar mache, gebe auch er zu. Er habe für deinen Dienstbereich einen grundlegenden Befehl hinausgehen lassen, in welchem er darauf hinweise, daß sich jeder im fünften Kriegsjahr gesund zu erhalten habe. Jedenfalls müsse übermäßiger Alkoholgenuß unter allen Umständen vermieden werden. Wer zügellose Trinkerei dulde, werde bestraft werden.

/

7/1

Staatssekretär Dr. Bühler nimmt dann zu einigen aufgeworfenen Fragen Stellung. Es bestehe kein Zweifel, daß vom Erfolg der Bandenbekämpfung automatisch der Erfolg der Leistungen des Generalgouvernements abhänge. Vom zivilen Sektor müsse daher alles unternommen werden, um bei der Bandenbekämpfung mitzuhelfen. Man dürfe auch nicht verärgert sein, wenn Sonderdienst aus den Distrikten zur Bandenbekämpfung abgezogen werden müsse. Der Förderung und Verstärkung des Sonderdienstes müßte von allen Dienststellen besonderes Gewicht beigemessen werden.

Im Zusammenhang mit der Bandenfrage sei auch die Frage der Räumung aufgetaucht. Er habe durch Präsident von Craushaar ein Räumungsprogramm starten und seinen Beginn für Ende Januar festsetzen lassen. Wie man heute gehört habe, könnten die ersten Transporte erst Mitte nächster Woche gefahren werden. Daraus ergebe sich, daß nicht eine totale Räumung, sondern nur ein Wegschaffen der lebenswichtigen Güter verantwortet werden könne. Daß die Notwendigkeit einer Evakuierung der deutschen Frauen und Kinder aus Bilgoray vorliege, könne nicht bestritten werden, ob aber die deutschen Frauen und Kinder auch Lemberg verlassen sollten, sei eine Frage von großer politischer Bedeutung. Gegen ein langsames Absickern ohne großen Umzug sei nichts einzuwenden. Er halte es für durchaus möglich, daß die Sowjetbande in der Gegend von Bilgoraj aus politischen Gründen einen Abstecher nach Zamosc machen würde und er bitte SS-Obergruppenführer Koppe um Mitteilung, ob dort eine Räumung durchgeführt werden solle.

Staatssekretär Koppe bemerkt dazu, daß für eine evtl. notwendig werdende Räumung alles vorbereitet sei und die Trecks jederzeit in Bewegung gesetzt werden könnten.

7/2

Staatssekretär Dr. Bühler erklärt weiter, daß im Rahmen einer gesunden Entwicklung die entgegenkommende Behandlung der Ukrainer weiter vorangetrieben werden könne; er hege auch keine Bedenken, die Fachkurse in Lemberg in Hochschulkurse umzubenennen. Die deutsche Führung würde sich auch nichts vergeben, wenn sie polnische Mittelschulen errichte und nach einem numerus clausus eine beschränkte Schülerzahl zulasse, die man später als Fachkräfte benötige. Die Einrichtung einer Autonomie im jetzigen Augenblick befürworte er nicht, da dies von den Fremdvölkischen als deutsche Schwäche ausgelegt werden könne; dagegen könne man ein diesbezügliches Versprechen für die Zeit nach dem Sieg über den Bolschewismus machen.

Zu Bedenken für das Verhältnis Wehrmacht-Verwaltung gäben die Vorgänge im Distrikt Radom Anlaß, doch schienen sie nur lokaler Natur zu sein. Dass in Petrikau Straftruppen oder in Tomaschow Bewährungstruppen stationiert seien, könne nicht gebilligt werden.

Der Wehrkreisbefehlshaber sei bemüht, neue Ausbildungseinheiten ins Generalgouvernement zu bekommen, und er fordere dafür neue Räume. Er sei jedoch der Ansicht, daß dafür die infolge Abzugs von Truppen leer gewordenen Räume benützt werden müßten. Jedem weiteren Abbau der deutschen Schulen werde er sich widersetzen. Im übrigen mache er allen Dienststellen eine loyale Zusammenarbeit mit der Wehrmacht zur Pflicht.

Gouverneur Dr. Fischer bringt noch die Frage vor, ob es angesichts der Sicherheitslage nicht gestattet werden könne, daß höhere Beamte in Warschau Autos für Fahrten zum Dienst benützen dürften.

Der Herr Generalgouverneur entscheidet diese Angelegenheit im positiven Sinn; eingeleitete Strafverfahren wegen Zuwiderhandlungen sollten eingestellt werden.

D

7/3

Der Herr Generalgouverneur schließt die Sitzung mit seinem Dank an alle Beteiligten und dem positiven Hinweis, daß alle Aussicht bestehe, mit den kommenden Schwierigkeiten fertig zu werden.

Schluß der Sitzung 18 Uhr 50 Minuten.

R e g i e r u n g s s i t z u n g

Mittwoch, den 19.April 44
im Königssaal der Burg zu
Krakau.

-.-

Ausgefertigt in 4 Exemplaren:
1) Zu den Akten
2) Herrn Staatssekretär Dr. Bühler
3) Herrn Ministerialrat Dr. Weh
4) Zur Verfügung.

Die Sitzung wird um 10 Uhr 50 Minuten von dem Herrn Generalgouverneur eröffnet.

Der Herr Generalgouverneur führt einleitend aus: Meine Herren! Ich habe Sie wieder zu einer Regierungssitzung auf die Burg gebeten. Bevor ich in die eigentliche Tagesordnung eintrete, möchte ich Ihnen den heute hier herauf-gebetenen Landesinspekteur Schalk vorstellen, der sich aus Anlaß seiner Vorstellung eingefunden hat. Landesinspekteur Schalk, der im Staatssekretariat seine dienstliche Position eingenommen hat, wird zur Erfüllung konkreter Inspektionsaufträge der Regierung und mir zur Verfügung stehen. Ich heisse ihn herzlich willkommen.

Der Tod hat in die Reihen der alten Parteigenossen eine schwere Lücke gerissen. Unser lieber hochverehrter und verdienter Parteigenosse Adolf Wagner ist in München verstorben. Ich habe persönlich zu diesem Mann die engsten persönlichen und kameradschaftlichen Beziehungen gefunden. In allen den Jahren des schweren Ringens um die Durchsetzung der Macht und besonders in dem historischen Augenblick, als wir in revolutionärem Schwung die Regierung in Bayern übernommen hatten, war ich dem Parteigenossen Wagner liiert. Nunmehr ist der Augenblick gekommen, da wir wieder von einem alten Parteigenossen Abschied nehmen müssen. Für uns im Generalgouvernement hat Adolf Wagner immer das regste Interesse gehabt. Die Regierung des Generalgouvernements gedenkt seiner in trauernder Anteilnahme.

Seit der letzten Sitzung der Regierung haben sich die Kriegsereignisse weiterhin auch im Bereich des Generalgouvernements entwickelt. Der östlichste und nordöstlichste Streifen des Distrikts Galizien sind mit Wucht und zerstörender Grausamkeit in die Kriegsereignisse einbezogen worden. Über einigen Grenzkreisen

des Generalgouvernements rollt seit Monaten tobend und zerstörerisch das Kriegsschicksal. Ich möchte diesen Anlaß zunächst benutzen, um Ihnen, Herr Gouverneur Dr. Wächter, und allen Ihren Dienststellen des Distrikts Galizien der allgemeinen Verwaltung, der Polizei, der angeschlossenen Gliederungen und unterstellten Verbände meine ganz besondere Anerkennung für die wirklich hervorragende, einsatzbereite vorbildliche Arbeit zum Ausdruck zu bringen, die Ihre Behörden an den Tag gelegt haben. Es ist ein stolzes Gefühl für mich als Generalgouverneur, in einem so sehr umstrittenen Teil des Generalgouvernements eine solche Elite von hervorragenden Männern zu besitzen.

Der Führer hat durch Erlaß vom 22.Februar 1944 unserer Verwaltung die grosse Auszeichnung zuteil werden lassen, daß sie bis zur kämpfenden Front intakt bleibt. Das ist ein ungeheurer Fortschritt, wenn Sie bedenken, daß bis zu diesem Erlaß in allen anderen Bereichen der kämpfenden Truppe hinter der Front eine sogenannte Frontkampfposition und etwas weiter zurück bis etwa auf eine Linie von 30 km die Militärverwaltung eingeführt war. Wir haben im Generalgouvernement durch den Erlaß des Führers die ganz besondere Position bezogen, daß unmittelbar die Frontereignisse der militanten Truppe mit dem Verwaltungsgeschehen des völlig unverändert intakt bleibenden Status des Generalgouvernements aufeinander treffen. Die Auszeichnung, die darin liegt, ist also der Ausdruck des Vertrauens, das der Führer in die Verwaltung des Generalgouvernements setzt, eines Vertrauens, das er mir in einer äusserst bedeutsamen persönlichen Aussprache am 6.Februar dieses Jahres im Führerhauptquartier persönlich und in Worten mich beglückender Art zum Ausdruck gebracht hat. Der Distrikt Galizien hat sich dieses Vertrauens des Führers würdig gezeigt. Ich weiß, daß auch dort, wo das Kriegsgeschehen sonst noch in Erscheinung trat, alle Dienststellen des Distriktes ihre Pflicht tun.

Ich möchte im Zusammenhang mit diesen Kriegsereignissen auf einige besondere Angelegenheiten zu sprechen kommen. Zunächst ist es unsere Pflicht, festzu-stellen, daß die Bevölkerung dieser vom Krieg überzogenen Kreise, ob es nun Deutsche, Polen oder Ukrainer sind, sich in geradezu vorbildlicher Weise benommen hat. Bei den Deutschen war das eine Selbstverständlichkeit. Trotzdem muß gesagt werden, daß das Verhalten der nicht zur eigentlichen Verwaltung gehörenden Männer und Frauen in diesem vom Kriege überzogenen Gebiete uns als Volksgenossen mit Freude und Beglückung erfüllen kann.

Auch die polnische Bevölkerung dieser vom Krieg überzogenen Grenzkreise hat keine Zweifel daran gelassen, daß sie in der Erhaltung der deutschen militärischen Macht auch für sich und ihr eigenes Volkstum die einzige Gewähr für ihre Existenz sieht.

In ganz besonderem Maße ist diese Verbundenheit mit der deutschen Führung bei der ukrainischen Bevölkerung, um die es sich hauptsächlich in den jetzt kriegsbedrohten Kreisen handelt, in Erscheinung getreten. Es ist unser aller Pflicht, als Regierung dieses Landes festzustellen, daß dieses loyale Verhalten der Bevölkerung ein Band des Schicksalsbewusstseins um alle in diesem Lande wohnenden Völkerschaften gewogen hat.

Da sich dieses Verhalten der fremdvölkischen Bevölkerung, der Ukrainer und Polen, in so eindrucksvoller Art gegen den Bolschewismus ausgesprochen hat,ist es auch notwendig, daß wir von Regierungsseite weit in die Welt hinaus Protest einlegen gegen die in der Geschichte beispiellosen Mißhandlungen, Massakrierungen und Zerstörungen dieses fremdvölkischen Bevölkerungsteiles des kriegsüberzogenen Bereiches des Generalgouvernements durch die Bolschewiken. Vor der Weltöffentlichkeit erheben wir flammenden Protest gegen diese typisch bolschewistisch-jüdische Art und Weise der Kriegsführung. Indem ich diesen Protest in unser aller Namen erhebe und feststelle,

daß

die Regierung des Generalgouvernements im engsten Zusammenwirken mit den zuständigen Distriktsbehörden Galiziens bis ins einzelne hinein die geradezu einzigartigen verbrecherischen Greuel der Bolschewiken in den bislang im Generalgouvernement besetzten Gebieten sammeln und darüber eine amtliche Denkschrift verbreiten wird, gebe ich bekannt, daß selbstverständlich die Regierung des Generalgouvernements aus eigener Kraft dieses Nebenlandes alles tun wird, um dieser aufs schwerste mißhandelten, in ihrem Eigentum und ihren sonstigen Werten aufs schwerste gestörten und vernichteten Bevölkerung jeden nur erdenklichen Schutz, jede Hilfe zum Wiederaufbau und zur Wiederaufrichtung ihrer Wirtschaft wird zuteil werden lassen. Als Regierung des Generalgouvernements sehen wir es als Ehrenpflicht an, diesen Opfern bolschewistisch-jüdisch-sadistischer Kriegstyrannei in jeder Form Beistand zu leisten. Es gibt eben angesichts dieses Verhaltens des Bolschewismus und des Judentums keinen Unterschied mehr zwischen den Bevölkerungszonen unseres Generalgouvernements: Deutsche, Polen und Ukrainer sind allmählich in einer zusammenwachsenden europäischen Schicksalsverbundenheit.

Wir haben im Zusammenhang mit diesem Kriegsgeschehen eine Fülle von Maßnahmen getroffen und werden sie noch treffen müssen, die weit über das eigentliche Kriegsgebiet des Generalgouvernements hinaus von ausschlaggebender Bedeutung sind. Das sind die mittelbaren oder unmittelbaren Auswirkungen des Verlustes des zur Zeit noch vom Feind besetzten Gebietes und der durch die Kriegshandlungen in unserem Raum eingetretenen Transport- und sonstigen Schwierigkeiten. Insbesondere wird leider auf dem Gebiet der Ernährungswirtschaft des Generalgouvernements für die fremdvölkische Bevölkerung eine gewisse Erschwerung eintreten. Ich spreche dabei noch nicht von der Minderung des Ertrages des Generalgouvernements an sich, die für das Reich und die

Wehrmacht im Raum eintritt.

Ich kann ruhig sagen, daß ich und meine engsten Mitarbeiter es an keiner Mühe haben fehlen lassen, die Reichsinstanzen rechtzeitig auf die vielen direkten und indirekten Schwierigkeiten hinzuweisen, die mit dem Hereindringen des Krieges in unser Generalgouvernement verbunden sind. Das hat zunächst dazu geführt, daß der Führer selber für den Krieg im Generalgouvernement ganz offensichtlich - ich verrate hier kein Geheimnis, das können Sie aus der Entwicklung der Kriegslage in den letzten Wochen feststellen, - eine wesentlich andere Methode verfolgt als in der Ukraine. Wir können es ruhig sagen - auch hier verrate ich kein Geheimnis staatsbedenklicher Art -, daß der Führer offensichtlich entschlossen ist, das Generalgouvernement, soweit wie nur irgendmöglich, nicht in die Hände der Bolschewisten fallen zu lassen.

Daß daneben in einem Distrikt wie Lublin, der ernährungswirtschaftlich von grösster Bedeutung ist, im Zusammenhang mit den Kriegsereignissen grösste Schwierigkeiten aufgetreten sind, ist bekannt. Es obliegt mir, Ihnen, Parteigenosse Dr. Wendler, wie allen Männern der Polizei, des SD meinen Dank und meine Anerkennung zum Ausdruck zu bringen, die im engsten Zusammenwirken mit den Kameraden des Sonderdienstes gigantische Leistungen auf dem Gebiet der Bandenbekämpfung vollbracht haben. Es ist im wesentlichen geglückt, die aus den weiteren Ostbereichen hereindringende Banditengefahr doch so zu beschränken, wie das mit dem leider sehr beengten Mitteln unseres Gebietes polizeilich-sicherheitsmässiger Art möglich war. In Vergleich zu der Zone Minsk und Kowel ist das Generalgouvernement geradezu banditen- und bandenfrei. Bei dieser Relation ist schon anerkannt, daß auch bei uns die Sicherheit ein erstes und ernstes Problem ist.

Es war nun mein Bemühen, dafür zu sorgen, daß das so sehr bewährte Stützpunktsystem wieder aufgerichtet wird. Hier kann ich den Herren der Regierung die erfreuliche Meldung machen, daß es in persönlichen Verhandlungen

mit Generaloberst Fromm, der zu diesem Zwecke hier war, geglückt ist, eine ganz erhebliche Zahl von Bataillonen, mehrere aus tausend Männern der Wehrmacht in die bedrohten Distrikte zu bekommen, die schon in den nächsten Tagen hier einrücken werden. Es wird also möglich sein, im Distrikt Lublin wieder annähernd hundert Stützpunkte mit je etwa 25-30 Mann zu errichten. Dies ist ein Erfolg des unermüdlichen Hinweises auf die Situation im Generalgouvernement.

Ich kann sagen, daß auch auf seiten der Reichszentralbehörden in zunehmendem Maße die Bedeutung des Generalgouvernements Anerkennung findet. Ich habe heute in meiner Post einen Brief des Reichsministers Backe gefunden, in welchem er mir mitteilt, er habe vor wenigen Tagen dem Führer gemeldet, daß das Generalgouvernement, was die Ernährungsleistung angehe, an der Spitze Europas steht. Dies zusammen-genommen mit dem Aufbau unserer Rüstungsindustrie, dem Auf- und Ausbau unseres Transportwesens usw. verpflichtet uns immer wieder, darauf hinzuweisen, was das Reich verliert, wenn das Generalgouvernement nicht mehr voll aktionsfähig ist. Sie können sich darauf verlassen, daß auch weiter alles geschehen wird, um die Form von Energie zu entwickeln, die für uns notwendig ist.

Die Struktur des Generalgouvernements erlaubt es uns gottseidank, jene Geschlossenheit auch in der Tat zu zeigen, von der wir so gern in unseren Zirkeln gesprochen haben. Dieses Nebenland des Grossdeutschen Reiches stellt sich nunmehr als eine der festest-gefügten Verwaltungsbastionen des grossdeutschen Machtraumes heraus. Wir können sagen, daß wir eine echte Regierung in einem absolut echten klargeführten Verwaltungsbereich sind. Abgesehen von den wenigen Einbrüchen in dieses autarke Führungssystem, die im Laufe der letzten Jahre auf etwa zwei oder drei Gebieten geglückt sind, wo also in irgendeiner Form in unser Land von Behörden hineinregiert werden kann, die nicht ihren autonomen Sitz im Generalgouvernement haben, stelle ich zu meiner Genugtuung eine Entwicklung fest, die selbst in diesen Bereichen die Notwendigkeit einer allmählichen Rückkehr in die solide Zusammengehörigkeit mit den heimischen Behördenfunktionen

klar werden lässt. Es ist eben nicht möglich, ein an sich völliges richtiges konstruktives Prinzip lediglich aus bequemer Rechthaberei oder zentralistischer Überheblichkeit auf die Daueer durchpreschen zu wollen. Wir können zu unserer grossen Freude feststellen, daß gerade der neue Reichsinnenminister Parteigenosse Himmler unlängst in einer Rede in Breslau die Bedeutung der autonomen Regierungsbereiche deutlich anerkannt hat. Wir stehen jetzt wiederum in einer Umkehr vom Zentralismus, der ganz zweifellos in den letzten Jahren maßlos überspannt wurde und wahrhafte Bürokratenkasernen als Symbol der einheitlichen Führung hervorzauberte. Wir stehen vor einer gesunden Auflockerung dieses überspannten Zentralismus. Ein Scherzwort, das mir vor einigen Wochen Reichsminister Dr. Goebbels sagte, lautete: eine der grössten Wohltaten, die der Bombenterror doch bei allem Schmerz für das deutsche Volk habe, sei die, daß diese riesigen übersentralisierten Verwaltungswasserköpfe in Berlin in das ganze weite deutsche Reich abteilungsmässig verstreut wurden; dadurch habe die Zusammenarbeit zwischen den eigentlichen führungspositionellen Persönlichkeiten des Reiches nicht nur keinen Schaden erlitten, sondern sei wesentlich erleichtert worden.

Von meinem Standpunkt aus kann ich nur sagen: ich habe das Prinzip der Einheit von Führung und Verwaltung in diesem Generalgouvernement aufgerichtet und habe es allen Widerständen zum Trotz durchgehalten. Die Aufgabe der nächsten Zeit wird nur die sein, die wenigen Restbestände von Einbrüchen in dieses festgefügte System auch noch zu korrigieren. Der Führer hat mir jedenfalls auch hierzu jede Vollmacht gegeben. Er sagte wortwörtlich: Das Chaos, das ich Ihnen im Jahre 1939 übergab, haben Sie zur Bastion des Ostens emporentwickelt. Das, meine Herren, gilt für uns alle, gilt auch für Sie!

Wir können daher auch in der heutigen Regierungssitzung sagen, daß ein so festgefügtes klares Regierungs-, Verwaltungs- und Staatssystem, wie es heute das Generalgouvernement darstellt, jeder Belastung, mag sie noch

so schwer sein, wird entsprechen können. Und ich weiß, meine Herren, daß ich mich dabei ganz besonders auf Sie verlassen kann.

Die Zeiten, die über Deutschland liegen, treiben einer Höchstspannung aller nur irgendwie denkbaren Gefahrenmomente entgegen. Der Krieg zieht sich in seiner Entwicklung jener Krisis zu, die in allen grossen Prozessen weltgeschichtlichen Formats immer spürbar sind. Diese Krisis wird eines Tages so oder so ausgelöst und wird dann in ganz kurzer Zeit den Krieg beenden. Wir Deutsche kennen in diesem Augenblick nur eine Pflicht: in geschlossenster Disziplin, in treuester Aufopferung dem Führer und seinem Reich zu helfen. Da wir im Generalgouvernement ja des Führers eigenstes Land sind, da wir hier den Rang haben, daß wir nicht unter der Reichsregierung stehen, sondern neben der Reichsregierung ein Nebenland zu führen berufen sind, da wir deshalb den Kopf hoch und stolz tragen können, haben wir als Gegenleistung für dieses Entgegenkommen des Führers und sein Vertrauen uns gegenüber auch besondere Pflichten auf uns zu nehmen. Darauf kann ich mich verlassen, daß weiss ich.

Ich darf dann vielleicht noch kurz zu einer Frage Stellung nehmen. Angesichts des einzigartigen Entgegenkommens des Reichsministers Himmler besteht die Aussicht, nunmehr eine ganze Reihe von hochqualifizierten Beamten zu gewinnen, die in das Generalgouvernement abgeordnet werden. Wenn Sie die Beamtenlage des Reiches kennen, werden Sie zugeben müssen, daß darin ein ausserordentliches Entgegenkommen des Parteigenossen Himmler gegenüber dem Generalgouvernement liegt, und ich darf die Herren, denen ich solche Beamten zuteile, nunmehr bitten, sie auch aufzunehmen. Leider hat sich der Brauch eingebürgert, daß jeder nur einen oder zwei altgediente Beamte an seiner Seite hat und glaubt, solche guten Beamten gäbe es in der ganzen Welt nicht wieder. Mit diesem Bequemlichkeitsstandpunkt muss Schluß gemacht werden. Wir müssen als Chefs von Verwaltungen die Kraft besitzen, jeden berufenen und fähigen Beamten schliesslich in seinem Amtsberaich unterkommen

zu lassen. Wir müssen für jeden tüchtigen Mann dankbar sein, der uns für das Generalgouvernement zur Verfügung gestellt wird. Das wollte ich zur Unterstützung der Personalpolitik vor allem der Hauptabteilung Innere Verwaltung sagen.

Präsident Dr. von Craushaar weist darauf hin, daß die Räumung in Galizien, die im Vordergrund des Interesses stehe, im wesentlichen abgeschlossen sei. Man habe auch an die Räumung von minderwichtigen Gütern herangehen können. Im Distrikt Lublin sei die Räumung in vollem Umfange im Gange; der Transportraum stehe auch zur Verfügung.

Präsident Struve nimmt zu den Fragen des örtlichen Arbeitseinsatzes im Generalgouvernement und der Gestellung von Arbeitskräften für das Reich Stellung. Für den Bedarf des Generalgouvernements seien im vergangenen Monat etwa hunderttausend Kräfte zur Verfügung gestellt worden, siebentausend Arbeitskräfte seien ins Reich geschickt worden.

An fremdvölkischen Arbeitskräften seien von den Arbeitseinsatzbehörden vermittelt worden:

	Für das Generalgouvernement	für das Reich
1940	477.000	300 000
1941	734 000	223 000
1942	979 000	398 000
1943	840 000	184 000

Im Laufe der Zeit habe sich das Verhältnis der Vermittlung von Arbeitskräften für das Generalgouvernement zu derjenigen für das Reich von 5:1 zugunsten des Generalgouvernements auf 8:1 entwickelt. Diese Feststellung halte er für besonders wichtig, weil bei vielen Dienststellen des Generalgouvernements die Meinung herrsche, die Aufgabe der Arbeitseinsatzverwaltung läge in erster Linie darin, Arbeitskräfte für das Reich zu gewinnen.

Das für das Jahr 1944 vom Reich geforderte Arbeiterkontingent in Höhe von hunderttausend Menschen sei zur Zeit erst mit dreissigtausend erfüllt, während es eigentlich schon Ende Mai oder Anfang Juni restlos hätte erfüllt sein sollen. Dieser Verzug sei daraus zu erklären, weil die Distrikte Galizien und Lublin mit ihrem Kontingent von zusammen 54 000 Menschen bis jetzt ausgefallen seien und auch mit dem Mittel der freiwilligen ~~Mittel~~ Werbung nichts mehr zu erreichen sei. Für den Distrikt Lublin hoffe er jedoch Mittel und Wege zufinden, daß das Kontingent von 20 000 Arbeitern in diesem Jahre erfüllt werden könne. In Galizien hänge die Erfassung davon ab, daß sich die Hauptkampflinie festige. Dort sei die Truppe bereit, die Erfassung durchzuführen.

Der Einsatz von 100 000 Kräften sei der Höchststand, den man bisher in einem Monat im Generalgouvernement gehabt habe. Im allgemeinen habe der Bedarf an Arbeitskräften gedeckt werden können. Aber für den örtlichen Arbeitseinsatz ergäben sich mehr und mehr Schwierigkeiten. Zurückzuführen seien diese Schwierigkeiten auf das Nachlassen der Disziplin für den örtlichen Einsatz, auf die Rückverlegung von Dienststellen aller Art aus den Ostgebieten und die Verlegung von Fertigungen aller Art in die westlichen Distrikte des Generalgouvernements. Vielfach sei kein genügender Wohnraum vorhanden. Auch könne man nicht im grossen Umfange Fertigungen an andere Plätze verlegen, dann aber die Arbeitskräfte an den Stellen belassen, an denen sie früher tätig gewesen seien. Weiter habe der Facharbeitermangel im Generalgouvernement allmählich sehr scharfe Formen angenommen; der Bedarf könne nur noch ganz selten gedeckt werden. Hilfsarbeiter ständen nur in westlichen Gebieten zur Verfügung, wohin Fertigungen sehr zahlreich verlagert worden seien. Man habe auch festgestellt, daß bei den Polen die Neigung, freiwillig ins Reich zu gehen, allmählich wachse. Das habe er zum Anlaß genommen, um für die Kontingentserfassung, die zur Zeit laufe, auch die freiwillige Werbung ganz stark herauszustellen, und zwar nach dem Grundsatz, daß der sich freiwillig meldende Pole nach seinen Fähigkeiten beschäftigt werde, Wünsche äussern könne, die befrie-

digt würden, daß er sich z.B. das Aufnahmegebiet aussuchen könne. Ein wesentlicher Grund für die Abneigung, ins Reich zu gehen, liege in der Befürchtung der Leute, daß sie in bombengefährdete Gebiete kämen. Gleichwohl hätten die Werbebüros wieder langsam steigende Erfolge aufzuweisen. Er bitte die Gouverneure, dieser Aktion ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden, die freiwillige Werbung nach Möglichkeit zu unterstützen und dafür zu sorgen, daß Einzelwünsche nach Möglichkeit berücksichtigt würden.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Struve, daß bislang etwa 1,3 Millionen Arbeitskräfte ins Reich vermittelt worden seien. Wieviel polnische Kriegsgefangene sich zur Zeit noch im Reich befänden, lasse sich nicht mehr einwandfrei feststellen, weil ein grosser Teil der Kriegsgefangenen im Laufe der Jahre in das Zivilverhältnis überführt worden sei. Er schätze die Zahl der Kriegsgefangenen auf 30- bis 50 000. Die Reichsstatistik wie die Arbeitseinsatzstatistik gäben darüber keinen lückenlosen Aufschluss, da im Reiche nur die Gesamtzahlen angegeben würden. Für die Familienunterstützung seien erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt worden. Alle bedürftigen und würdigen Familien erhielten, sofern sie den Hauptnernährer im Reich hätten, einmal von der Arbeitsverwaltung des Generalgouvernements eine Unterstützung, und ausserdem seien für diesen Zweck noch einige Millionen Zloty zur Verfügung gestellt worden.

Der Herr Generalgouverneur kommt in diesem Zusammenhang auf die Behandlung der polnischen Arbeiter im Reich zu sprechen. Auf seine wiederholt gestellten Anträge habe der Reichsführer SS Himmler die im Reich bisher übliche Bezeichnung der Polen und ihre Gleichstellung mit Juden und Zigeunern, in der eine starke Degradierung des Polentums gelegen habe, verboten.

Präsident Struve betont, daß er dieser Frage stets seine grosse Aufmerksamkeit zugewendet habe. Im Bezirk des Rheinlandes sei auch die Behandlung der Polen im allgemeinen gut gewesen. Er habe dem Reich gegenüber wieder-

holt darauf hingewiesen, daß diese Diffamierung der Polen im Reiche die Anwerbung im Generalgouvernement ausserordentlich erschwere, da die hiesigen polnischen Arbeiter ja durch Briefe oder auf andere Art von der schlechten Behandlung der Polen erführen. Der grösste Teil der polnischen Arbeiter sei in der Landwirtschaft eingesetzt und arbeite im allgemeinen unter erträglichen Verhältnissen. Unerträglich seien vielfach die Verhältnisse in Betrieben, in denen den Polen beispielsweise auch in der Freizeit starke Beschränkungen auferlegt würden. Im übrigen sei ja der Reichsführer SS die für diese Frage mit entscheidende Stelle.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Staatssekretär Koppe, die Frage einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Jedenfalls wünsche er, daß zur Erleichterung der Arbeiterwerbung im Generalgouvernement die sinnlosen Sonderbehandlungsvorschriften beseitigt würden. Er könne sonst die Gewähr für eine Fortsetzung der Arbeiterwerbung nicht übernehmen. Auch Präsident Gerteis habe ihm Material über die Behandlung polnischer Arbeiter im Reich vorgelegt, und er ersuche Präsident Gerteis, sich deswegen mit Staatssekretär Koppe ins Benehmen zu setzen.

Präsident Ohlenbusch führt aus, daß die Stimmung der polnischen und ukrainischen Bevölkerung stark unter dem Einfluss der bolschewistischen Erfolge stehe. Sowohl Polen wie Ukrainer sähen bezüglich ihrer Zukunft sehr unklar. Man meine, daß man auf alles gefaßt sein müsse. Man wisse nicht, was die Deutschen im Schilde führten, noch weniger, was die Bolschewiken beabsichtigten. Man nehme aber an, daß es möglich sei, daß die Bolschewisten in das oberschlesische Industriegebiet eindrängen. Die polnischen Intelligenzkreise befassten sich mit dem Gedanken, sich nach Frankreich durchzuschlagen, offenbar aus Angst vor dem Bolschewismus. Die polnische Intelligenz wolle in den letzten Wochen auch die Beobachtung gemacht haben, daß die Reichs-

zeitungen in den Angriffen gegen England und Churchill in ihrer Schärfe nachgelassen hätten. Man wolle darin ein Zeichen dafür sehen, daß zwischen Deutschland und England Verhandlungen im Gange seien. Die Engländer sähen den Bolschewismus als die grössere Gefahr an. - Leider habe er feststellen müssen, daß ausgerechnet am Ostersonntag an den Säulen ein Plakat angebracht gewesen sei, in welchem die Namen von 100 zum Tode Verurteilten bekanntgegeben wurden. - In einer illegalen polnischen Krakauer Zeitung habe der Leiter des unterirdischen Kampfes zum Boykott des Krak-auer Polnischen Theaters aufgefordert, und zwar unter Hinweis darauf, daß den Polen alle sonstigen wissenschaftlichen und kulturellen Einrichtungen und Institute genommen und sie lediglich auf seichte Unterhaltung angewiesen seien. Die Leiter und Mitarbeiter dieses Polnischen Theaters sollten der unterirdischen Gerichtsbarkeit anheim fallen. Bislang sei aber weder bei den Kräften, die an diesem Theater mitwirkten, noch bei der Bevölkerung eine Auswirkung festzustellen. - Eine besondere Genugtuung sei es für ihn, Präsident Ohlenbusch, daß ihm die Aktion der Zersetzung der in Italien eingesetzten polnischen Divisionen vom Reichspropagandaministerium übertragen worden sei. - Die antibolschewistische Liga arbeite in enger Gemeinschaft mit dem SD. - Zur Zeit werden in polnischen Kreisen ein Flugblatt verbreitet, das sich gegen die Bauern wende, die heute vielfach in luxuriösen Verhältnissen lebten.

Präsident Dr. Senkowsky führt aus, daß gewisse Auswirkungen der Ereignisse an der Ostgrenze des Generalgouvernements bei den Staatseinnahmen festzustellen seien. Diese Erscheinungen seien aber keineswegs so ausschlaggebend, daß man daraus zur Zeit eine Gefährdung für den Staatshaushalt schliessen könne. Er hoffe, daß das auch in Zukunft nicht der Fall sein werde.

Die Finanzlage des Generalgouvernements könne er mit einiger Vorsicht als gesichert bezeichnen. Man sei mit einem beachtlichen Kassenbestand in das neue Rechnungsjahr gekommen. Die Einnahmen entwickelten sich verhältnismässig günstig, und er hoffe, daß die Finanzverwaltung auch unvorhergesehenen Anforderungen, die mit den Kriegsereignissen verbunden sein könnten, gewachsen sein werde.

Die Haushaltsarbeiten seien noch vor Beginn des Rechnungsjahres abgeschlossen gewesen. Er könne allen anderen Verwaltungen, die daran mitgewirkt hätten, nur den besten Dank für die Unterstützung sagen, die die Finanzverwaltung gefunden habe.

Gewisse Schwierigkeiten seien in den nächsten Monaten dadurch zu erwarten, daß in den östlichen Gebieten sowohl für das Tabakmonopol wie auch für das Branntweinmonopol wichtige Rohstoffbasen in Mitleidenschaft gezogen worden seien. Trotzdem werde es voraussichtlich möglich sein, allen Anforderungen, die berechtigterweise gestellt werden könnten, gerecht zu werden.

Präsident Naumann bemerkt, daß trotz der Schwierigkeiten und Verluste die Rationssätze für die Reichs- und Volksdeutschen auch in Zukunft in der bisher gewohnten Höhe erhalten blieben. Es werde unter keinen Umständen daran gedacht, dort die Rationen irgendwie zu kürzen. Selbstverständlich könnte unter Umständen beim Fett einmal statt Butter Butterschmalz oder Margarine gegeben werden müssen.

Die Getreideerfassung sei im grossen ganzen abgeschlossen, trotzdem es immerhin noch gelinge, pro Dekade 2000 bis 3000 to Getreide zu erfassen, die allerdings keine entscheidende Rolle spielten. Die Räumungsmassnahmen in den beiden Distrikten Galizien und Lublin seien auf dem Getreidesektor grösstenteils abgeschlossen. Den Russen seien in Ostgalizien etwa 55000 to Getreide in die Hand gefallen, ungefähr der Bedarf des gesamten Generalgouvernements für 20 Tage. Die Bestände der Regierung machten es aber möglich, die Rationen für die Nichtdeutschen aller Klassen bis zum Anschluss an die neue Ernte durchzuhalten.

Zur Schliessung der Kartoffellücke beabsichtige man andere Lebensmittel zuzuteilen wie Grütze, Mehl usw.

Weiter könne man keine Staats-reserve anlegen, die man notwendig hätte und die man für den Übergang des 5. zum 6. Kriegswirtschaftsjahr anlegen zu können glaubte.

Der Wehrkreisbefehlshaber werde wie bisher versorgt. Es seien auch keine Schwierigkeiten hinsichtlich der Versorgung mit Mehl und Teigwaren zu erwarten. Die Heeresgruppe Süd, die neu als Bedarfsträger auftreten, werde aus Beständen des Generalgouvernements versorgt; die zur Verfügung gestellten Mehlmengen würden aus dem Reich auf dem Nachschubwege zur Verfügung gestellt.

Von den Zuckerbeständen seien nur ca 5 000 to in der Zuckerfabrik Horodenka in die Hand des Feindes gefallen. Im übrigen könnten die Zuckerrationen und die Marmeladezuteilung auch im 5. Kriegsjahr durchgehalten werden, wie es in dem neuen Versorgungsplan angeordnet gewesen sei. Alle Formationen des Wehrkreisbefehlshabers würden aus den Zuckerbeständen des Generalgouvernements versorgt, und darüber hinaus werde die Heeresgruppe Süd aus Beständen des Generalgouvernements versorgt werden. Von der Reichsleistung von 20 000 to Zucker an das Reich seien noch keine grösseren Mengen abtransportiert worden, so daß man diese 20 000 to für die Heeresgruppe Süd zur Verfügung stellen könne. Das Reich habe sich verpflichtet, die über 20 000 to hinausgehende Menge auf dem Nachschubwege dem Generalgouvernement zur Verfügung zu stellen.

Aus den vorhandenen Beständen von Kartoffeln könnten an die Zusatzkartenempfänger I und II und an die zusatzversorgungsberechtigten Empfänger und ihre Familienmitglieder noch die Mengen gegeben werden, die sie bis zu ihrer völligen Versorgung im Herbst noch nicht erhalten hätten. Der Teil der Empfänger, der nur 80% erhalten habe, könne den Rest noch in der Zeit vom April bis zum Juni erhalten. Die nichtdeutschen Normalverbraucher, die nicht unter die drei Klassen fielen, hätten im grossen

und ganzen 80% ihrer zuständigen Kartoffelmengen erhalten, die restlichen 20% könnten ihnen leider nicht gegeben werden, da die Bestände nicht so weit reichten. Ersatznahrungsmittel in Gestalt von Getreide könne man wegen der Verluste in Ostgalizien nicht geben. Der Wehrkreisbefehlshaber werde seine Kartoffelforderungen, die sich etwas erhöht hätten, und die er für die Versorgung bis zum Anschluss an die neue Ernte brauche, erhalten können, wenn es gelinge, aus dem Distrikt Lublin ca 45 000 to Kartoffeln westlich Weichsel und San herauszufahren. Die Truppenteile der Heeresgruppe Süd würden aus Beständen versorgt, die man im Herbst in den Gebieten von Lublin und Galizien gefahren habe.

Die Spritproduktion werde in den Distrikten Lublin und Galizien nur zu 33% durchgeführt werden können. Das Generalgouvernement habe 155 000 Hektoliter Sprit für die Rüstungswirtschaft zur Verfügung stellen wollen. Er habe aber Reichsminister Backe erklärt, daß das Generalgouvernement nur 50 000 Hektoliter liefern könne, da die übrigen Kartoffeln der Heeresgruppe Süd zur Verfügung gestellt werden müssten. Reichsminister Backe habe sich bereit erklärt, dem Präsidenten Kehrl im Rüstungsministerium von dieser neuen Sachlage Kenntnis zu geben und ihn darauf hinzuweisen, daß das Generalgouvernement die geforderte Menge nicht produzieren könne.

Beim Fleisch werde es im grossen und ganzen gelingen, die Versorgung der fremdvölkischen Verbraucher mit den vorgesehenen Rationen durchzuführen. Es müsse vor allem möglich sein, aus Lublin wieder grössere Fleischmengen in die Grosstadt Warschau zu bringen. Die Versorgung der Wehrmacht und der Bedarf des Wehrkreisbefehlshabers würden von den Dienststellen der Regierung zur Verfügung gestellt. Das Reich habe sich verpflichtet, diese Mengen Fleisch auf dem Nachschubwege der Regierung des Generalgouvernements zukommen zu lassen, da man sonst die Rationssätze in den drei Distrikten westlich Weichsel und San, die Verbraucherdistrikte seien, nicht

aufrecht erhalten könne. Reichsminister Backe habe diese Zusicherung gegeben, weil er sich dessen bewusst gewesen sei, daß eine Senkung dieser geringen Fleischrationen zu unabsehbaren Folgen führen müsse. Die Versorgung der Heeresgruppe Süd geschehe aus einem bestimmten Gebiet, das in den nächsten Tagen festgelegt werde; es beginne bei Cholm und ende bei Stanislau. Aus Galizien werde im grossen Umfange Vieh weit über den normalen Anfall jetzt und auch in Zukunft herausgenommen, es würden auch gewisse Gebiete völlig von Vieh entblöst werden müssen, wenn es gelingen solle, den Bedarf der Heeresgruppe Süd zu decken, der sich auf eine Menge von 3 500 to Fleisch den Monat belaufe. Die Mengen, die mit Hilfe von Wehrmachtsformationen und vielleicht auch von der Polizei aus dem Land herausgeholt würden, würden auf die restlichen 18 000 to Fleisch angerechnet, die das Generalgouvernement dem Reich schulde.

Besonders schwierig sei die Lage auf dem Gebiete der Fettversorgung. Während für die Monate März und April unter Einsatz der letzten Reserven und unter Zuhilfenahme eines Austausches mit Eiern die Fettrationen für die fremdvölkische Verbraucherschaft hätten aufrechterhalten werden können, müsse ab 1.Mai dieses Jahres eine Senkung der Fettrationen für die fremdvölkische Bevölkerung von 3o bis 50% eintreten. Für je 100 gr Fett würden 200 gr Marmelade zur Verfügung gestellt.

Die Voraussetzung für das Funktionieren der Ernährungsbilanz im 5.Kriegsjahr sei, daß es gelinge, die notwendige Exekutive für die Erfassung von Vieh zu erhalten, da in allen Distrikten nur noch zu 10 bis 20% freiwillig abgeliefert und zu 80 bis 90% unter gelindem oder hartem Druck erfasst werde. Dem Distrikt Lublin seien ca 200 Sonderdienstmänner für die Erfassung zur Verfügung gestellt worden. Sie seien im Kreis Lublin-Land tätig, und es habe sich herausgestellt, daß die Erfolge sehr gut seien: 1000 Rinder hätten erfasst werden können. Die Exekutivkommandos seien leider bisher zu klein, sie hätten deshalb auch bei der

ersten Erfassung 11 Tote gehabt, und man wolle deshalb versuchen, von der Wehrmacht bezw. der Polizei noch 2 solche Kommandos zu erhalten.

Für die Erfassung von Milch- und Molkereiprodukten müsse auch Exekutive eingesetzt werden. In zahlreichen Kreisen lägen die Molkereien still, weil keine Anlieferung von Milch erfolge. Wenn es gelinge, das Stützpunktsystem neu zu errichten, werde sich eine Besserung dieser Verhältnisse erreichen lassen.

Erfreulicher sei die Entwicklung auf dem Gebiet der Eiererfassung. Das gesamte Erfassungssoll für das Generalgouvernement im laufenden Wirtschaftsjahr betrage 500 Millionen. Für diese 500 Millionen Stück sei-en auch Monatskontingente für die einzelnen Distrikte aufgestellt worden. Im März hätten 25 Millionen Stück in allen fünf Distrikten erfasst werden müssen. Tatsächlich seien 21,3 Millionen Stück aufgrund der Tatsache erfasst worden, daß die drei Distrikte Warschau, Radom und vor allem Krakau weit über ihr eigentliches Märzkontingent hinaus Eier erfasst hätten. Diese Übererfassung in den drei Distrikten habe im allgemeinen die Erfassungsverluste in den Distrikten Lublin und Galizien ausgeglichen. Für die Zeit vom 29. März bis zum 14.April habe das Soll 25 Millionen Stück betragen, weil mit fortschreitender Jahreszeit das Eierkontingent für das gesamte Generalgouvernement grösser werde und die Eierproduktion steige. Tatsächlich erfasst seien 21,6 Millionen Stück. Auch hier sei es gelungen, das Ziel fast zu erreichen. Die drei Distrikte hätten den Verlust in Galizien fast völlig ausgeglichen, während der Distrikt Lublin weitgehend aus eigener Kraft aufgeholt habe. Interessant sei, daß der Banditenkreis Bilgorej weit über 100% seines Kontingents an Eiern erfasst habe. Falls es die günstige Situation auf dem Gebiet der Eiererfassung anhalte, werde es gelingen, die Forderungen des Wehrkreisbefehlshabers restlos zu erfüllen und eine gewisse Notreserve in Kühlhäusern und auf andere Weise einzulagern, um für den Ausfall anderer hochwertiger Nahrungsmittel wie Fett und Fleisch

gewisse Mengen an Eiern in diese Bilanzen einzusetzen und im Austauschwege den Verpflichtungen gegenüber der fremdvölkischen Verbraucherschaft nachzukommen. Die durchgeführte Preis- und Prämiensatzerhöhung hätten gewisse Erfolge gezeitigt und bewiesen, daß es gelinge, auf diesem Wege noch Erfassungen durchzuführen, die scheinbar aussichtslos seien. Die Eiererfassung müsse ja praktisch ohne Exekutive durchgeführt werden.

Was die Aussichten für die Ernte 1944 angehe, so sei die Herbstbestellung ordnungsmässig durchgeführt worden und überall gut durch den Winter gekommen. Überall auf den Feldern finde man gut aussehende Brotgetreidebestände. Auch der Raps zeige ein gutes Aussehen. Es werde nicht notwendig sein, grössere Umbrüche durchzuführen und Neuansaaten dieser Flächen mit Sommergetreide vorzunehmen. Die seit Ostern überall voll einsetzende Frühjahrsbestellung werde in den drei Distrikten Warschau, Radom und Krakau ordnungsmässig durchgeführt werden können. In Galizien, soweit es noch in deutscher Hand sei und nicht gerade in der Kampfzone liege, ebenso wie in Lublin würden die kleineren bäuerlichen Flächen fast restlos bestellt, während bei den Grossbetrieben, sowohl den polnischen Privatbetrieben wie auch den Liegenschaftsbetrieben, ein sehr starker Mangel an Produktions- und Betriebsmitteln herrsche. Diese Betriebe seien vielfach von durchziehenden Banden und den Bauern der Umgegend ausgeplündert worden.

Hinzu komme, daß in Lublin in den Gebieten, in denen der Volkstumskampf zwischen Polen und Ukrainern tobe, die Bestellung nicht restlos durchgeführt werden könne. Allein im Kreise Hrubieszow seien 58 Dörfer restlos verbrannt worden. Gewisse Ausfälle bei den Grossbetrieben und auch in den Gebieten des Volkstumskampfes würden die Folge sein. Hier und da seien auch in dem Gebiet westlich Weichsel und San Klagen über Mangel an Kartoffelsaatgut laut geworden. Es werde versucht, diesen Mangel möglichst auszugleichen. Mit dem Reich sei verabredet worden, daß es

30 000 to Kartoffelsaatgut liefern solle. Das Reich habe 8 000 to geliefert, könne aber die restierenden 22 000 to infolge der gespannten Kartoffellage im Reich nicht zur Verfügung stellen. Man werde versuchen, aus eigener Kraft die fehlenden Mengen auszugleichen; es werde aber nicht ganz gelingen.

Der Herr Generalgouverneur gibt bekannt, daß die im Generalgouvernement eingeführte Maßnahme der Belohnung deutscher Dörfer für eine besondere landwirtschaftliche Leistung auf Anregung des Reichsleiters Bormann als Vorbild für das ganze Deutsche Reich in Anwendung gebracht werden solle.

Präsident Dr. Emmrich geht in seinen Ausführungen davon aus, daß das vordringliche Ziel der Wirtschaftsverwaltung in der Verteidigung der kriegswirtschaftlichen Erzeugung gegen die störenden Einflüsse liege, die sich aus der allgemeinen Lage des Generalgouvernements ergeben. Besonders wichtig sei hier die Straffung der Ordnung in der gewerblichen Wirtschaft. Man stelle diejenigen Betriebe heraus, auf die man unter allen Umständen für die Erfüllung der Produktionsaufgaben angewiesen sei, zunächst grosse Betriebe, in denen sich die gewerbliche Wirtschaft des betreffenden Zweiges konzentriere und die insofern das Rückgrat der Produktion des einzelnen Zweiges darstellen. In diesen Betrieben werde, soweit es unter den derzeitigen Gegebenheiten und den begrenzten Investitionsmöglichkeiten angehe, die Rationalisierung vorangetrieben.

Neben diesen grossen Betrieben, zu denen im wesentlichen auch die Rüstungsbetriebe gehörten, gebe es aber eine grosse Anzahl von mittleren und kleineren Betrieben, auf deren Produktion man im Interesse des Gesamterfolges der Wirtschaft nicht verzichten könne. Viele dieser kleineren Betriebe hätten als Zwischenlieferbetriebe für Rüstungs- und andere Betriebe eine ganz wichtige

Aufgabe zu erfüllen. Diese Betieben erschienen, gemessen an den Maßstäben des Reiches, vielfach als überaltert, unmodern und nicht leistungsfähig. Man könne aber während des Krieges weder ihre Ausmerzung noch ihren Umbau vertreten oder durchführen. Man habe deshalb nach einem Verfahren gesucht, sie möglichst wirkungsvoll in den kriegswirtschaftlichen Gesamtprozess einzugliedern. Diese Betriebe würden nun zu sogenannten Ringbetrieben in dem Sinne gemacht, dass sie als Zwischenlieferbetriebe an einen grösseren Betrieb angebunden würden. In der Kriegswirtschaft des Reiches gebe es dafür auch ein Vorbild in den Leitbetrieben, die kleinere Betriebe um sich herum gelagert haben, wobei der Konzentrationsbetrieb dem kleinen Betrieb einen grossen Teil der Sorgen bei der Beschaffung des Rohmaterials, bei Transportfragen, aber auch hinsichtlich der Versorgung der Gefolgschaft abnehme. Nachdem die Konzentrationsbetriebe festständen und die Ringbetriebe definiert seien, sei die seit zwei Jahren durchgeführte Betriebsbereinigungsaktion im Generalgouvernement zu einem vorläufigen Abschluss gelangt. Dabei könnten je nach der wachsenden Zielsetzung auch neue Betriebe in den Kreis hineingeholt werden, ebenso wie andere Betriebe gegebenenfalls den besonderen Schutz der Aufnahme in die Liste verlieren könnten.

Von besonderer Wichtigkeit sei die Frage der Ernährungssicherung. Aus Besprechungen, mit Betriebsführern in Tschenstochau und Radomsko habe er entnommen, daß die Betriebsführer vor allem die Sorge hätten, daß das, was den Arbeitern auf dem Sektor der Ernährungssicherung versprochen worden sei, nicht durchgehalten werden könne. Diese Sorge ergebe sich zunächst aus kleineren Störungen, die noch nicht sehr zu Buche schlügen, die aber doch im Zusammenhang mit dem teilweisen Ausfall der östlichen Distrikte bei den Betriebsführern die Vorstellung aufkommen liessen, daß das, was von der Regierung mit grossem Nachdruck eingeleitet worden sei, jetzt in den Zustand des Zerbröckelns komme. Wenn die Anweisungen für die

Beschaffung von Nahrungsmitteln nicht voll honoriert werden könnten, wenn die Fettrationen und das Fleisch für die Werkküchenverpflegung nicht bereitzustellen seien, dann ergäben sich daraus die geschilderten Erscheinungen.

Der Unternehmer sei dann, wenn die Regierung ihre Maßnahmen nicht erfüllen könne, nach wie vor bestrebt, zunächst mit Mitteln der Selbsthilfe eine Besserung herbeizuführen. Er greife unmittelbar auf den schwarzen Markt zurück und verfalle wieder in die Fehler, die man ja gerade als Folge der Sanierungsaktion habe beseitigen wollen. Die Verbindung des Unternehmens mit dem schwarzen Markt führe auch dazu, daß die Feierschichten bei den Arbeitnehmern wieder zunähmen, nachdem es tatsächlich gelungen sei, im Kernbereich der Wirtschaft die Bummelschichten entscheidend zurückzudrängen. Deshalb müssen einmal in einem kleineren Kreise Wege gesucht werden, die eingeschlagen werden müssten, wenn sich die Situation nicht ganz so gestalte, wie es Präsident Naumann dargestellt habe, sondern sich noch weitere Verschärfungen zeigten. Bei dieser Erörterung müsse das Problem des Auseinanderklaffens des Wirtschaftslebens in die zwei Sektoren des kontrollierten und des schwarzen Marktes in den Mittelpunkt gerückt werden.

Die Frage, ob man wieder mit denselben Methoden der Ernteerfassungsaktion arbeiten soll, sei ein Kernstück der Wirtschaftsführung geworden. Der Gedanke der gegenseitigen Hilfe zwischen den beiden Sparten der Wirtschaft solle zu einer Vollverpflegung der für die Erzeugung gewerblicher Erzeugnisse unentbehrlichen Betriebe führen. Die Stellungnahme zum Schleichhandel könnte wohl insofern überprüft werden, als eine Annäherung an eine Legalisierung des vorhandenen Schleichhandels ernsthaft ins Auge gefasst werde. Die Regierung habe schon Konzessionen auf verschiedenen Gebieten gemacht. Wenn beispielsweise in der Landwirtschaft für soundsoviele abgelieferte Schweine dem Bauern ein Schwein zur freien Verfügung überlassen werde, dann bedeute das ja schon, daß man für den schwarzen Markt eine Konzession mache, um

für den amtlichen Sektor etwas zu gewinnen. Warenströme in die amtliche Erfassung hineinzubringen, werde nicht möglich sein. Dann solle man sich aber überlegen, ob nicht die unzulänglichen Methoden der Bekämpfung eingestellt werden müssten. Ein solcher Übergang wäre natürlich auch für das Reich sehr interessant, und die zuständigen Reichsstellen wie z.B. das Reichsernährungsministerium müssten einmal auf eine solche Schwenkung vorbereitet werden, wenn man zu dem Ergebnis kommen sollte, daß sie für das Generalgouvernement richtig sei.

Der Herr Generalgouverneur beraumt für die Besprechung dieser Frage eine besondere Sitzung an, die zwischen dem 1. und 15.Mai stattfinden soll.

Präsident Dr. Eißfeldt führt aus, daß die Holzabfuhr infolge der Zurückziehung der Stützpunkte im letzten Monat um 1/3 gegenüber dem Vormonat zurückgegangen sei. Besonders betroffen seien durch die Rückverlegung der Front und angesichts der Sicherheitslage die Distrikte Lublin und Galizien, was besonders bedauerlich sei, da aus diesen beiden Distrikten 49% der Holzumlage kommen sollten. Gleichwohl sei anzuerkennen, daß sich diese beiden Distrikte trotz der grossen Schwierigkeiten bemühten, das irgendwie Mögliche zu leisten. In der letzten Zeit hätten noch wesentliche Holzmengen freigemacht werden können, wenn auch in der Hauptsache durch das Verfahren des Selbsteinschlages durch die Truppe. Der kämpfenden Truppe hätten 600 000 Festmeter Nutzholz und eine halbe Million Festmeter Generatorholz zur Verfügung gestellt werden können.

In den drei anderen Distrikten sei die Lage den Umständen entsprechend ganz befriedigend. Der Holzeinschlag liege mit 78% für den Stichtag des ersten April in den beiden letzten Jahren auf gleicher Höhe, die Holzabfuhr sei mit 43% im laufenden Jahr in den drei Distrikten um ein geringes höher als im Vorjahr. Angesichts der Situation in den Distrikten Lublin und Galizien werde leider dieser Erfolg in seiner Auswirkung nicht ganz in

Erscheinung treten. Wenn eine Befriedigung des wichtigsten Holzbedarfes weiterhin gewährleistet werden solle, so sei zunächst einmal die Wiedererrichtung des Stützpunktsystems erforderlich. Im Distrikt Lublin seien in der letzten Zeit drei Kompanien für diesen Zweck zur Verfügung gestellt worden, mittlerweile seien aber diese Kompanien wieder für andere Aufgaben gebunden worden, und man verfüge jetzt lediglich über drei Stützpunkte. Leider seien auch im Distrikt Radom wieder fünf Sägewerke zerstört worden.

Mit der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft müsse eine Vereinbarung dahin getroffen werden, daß nach der Frühjahrsbestellung möglichst bald die Holzabfuhr in Angriff genommen werden könne. Man müsse Vorräte ansammeln, die während der Ernte eingeschnitten werden könnten.

Die Nebennutzungen in Gestalt von Harz usw. seien angesichts des Ausfalles der waldreichen Distrikte Lublin und Galizien wesentlich geringer geworden. Im übrigen sei man zur Zeit damit beschäftigt, Forstkulturen durchzuführen, damit die Kahlflächen vor einer Verwilderung bewahrt werden könnten.

Präsident Gerteis geht zunächst auf die Eisenbahnlage im Grossdeutschen Machtbereich ein. Die Umlaufszeit der Wagen betrage zur Zeit 6,3 Tage, einige Tage mehr als im vergangenen Jahr. Infolgedessen sei die Wagengestellung im ganzen deutschen Raum um 13- bis 15 000 pro Tag geringer als im Vorjahr. Zurückzuführen sei dieser Umstand auf die immer wirksamer werdenden Luftangriffe im Westraum, in Frankreich bis nach Mitteldeutschland. Auch zeige sich die indirekte Wirkung der dauernden Alarme über Deutschland. Hinzu komme der direkte Beschuß einzelner Züge. Diese ausserordentlich ernste Situation wirke störend auf den Ablauf des gesamten Betriebes. Gegenmittel würden gesucht, seien aber noch nicht in genügender Zahl gefunden worden. Die Lokomotiven würden zunächst eine starke Panzerung erhalten, ausserdem werde eine aktive Abwehr durch Zuteilung von Flak geschaffen

Im Distrikt Galizien sei die Lage im allgemeinen gleichgeblieben. Die Betriebsspitzen seien die alten. Teilweise habe sich die Lage gebessert. Leider könne von Lemberg aus Stanislau nicht erreicht werden, weil die grosse Dnestr-Brücke zu früh gesprengt worden sei. Delatyn könne noch nicht angefahren werden. Der Betrieb werde von den Ungarn geführt. Die vorgesehene Räumung sei im wesentlichen abgeschlossen. Auch minder wichtige Güter wie eigene Möbel hätten abgefahren werden und auch die Abfuhr von Düngemitteln habe wieder aufgenommen werden können. Die Verhältnisse hätten zur Folge gehabt, daß für Galizien und Lublin einige Sperren hätten eingeführt werden müssen, die aber demnächst wieder aufgehoben würden.

Es bestehe ein zusätzlicher Bedarf von etwa 6000 Männern deutschen Personals. Die Reichsbahn würde es begrüssen, wenn es gelänge, etwa 10 000 Polen für das Reich abzugeben. Bei der Ostbahn sei man aber der Ansicht, daß es nicht möglich sein werde, zwangsweise im ganzen Generalgouvernement diese 10 000 Ostbahner freizumachen, weil anzunehmen sei, daß unter Umständen weitere 10 000 ihre Arbeitsstelle verlassen würden. Im unmittelbaren Kampfgebiet werde ein Zwang nicht durchgeführt werden können, schon weil die Truppe sich weigere, auch nur einen Mann aus der Kampfzone zurückzuführen. Eine freiwillige Werbung werde zum Scheitern verurteilt sein, so lange die Diffamierung der Polen im Reich noch weiter anhalte. Nach einem Erlaß des Reichsführers SS solle zwar verboten werden, daß im Reich die Polen mit Juden und Zigeunern in einem Atemzuge genannt würden; im übrigen solle aber doch die Ausnahmestellung der Polen in vollem Umfange aufrecht erhalten bleiben. Er habe ein Verzeichnis von Sonderbestimmungen für Polen, das 32 Punkte umfasse und das mit der Bestimmung endige, dass Polen an der Beerdigung von Landsleuten nicht teilnehmen dürfen.

Die Einnahmen seien durch den Verlust von Teilen Galiziens und der Tatsache, daß der allgemeine Verkehr sehr stark zurückgegangen sei, wesentlich vermindert worden, während die Ausgaben eine steigende Tendenz zeigten.

Die Sicherheitslage habe sich weiter ungünstig entwickelt. Täglich ereigneten sich 4 - 14 Sabotagefälle, darunter Störungen wichtiger Strecken von 12 - 24 Stunden und sogar bis zu 5 Tagen, was ganz erhebliche Rückwirkungen auf die Betriebsführung zur Folge habe. Die Wehrmacht habe sich bereit erklärt, aus den nunmehr kommenden Truppen einen grossen Teil zur Bewachung der Eisenbahn anzusetzen. - Auch im Bereiche der Ostbahn beginne die Ernährung Schwierigkeiten zu machen. Die Weiterführung von Werkküchen sei in vielen Fällen in Frage gestellt oder müsse aus Mangel an Fett und Fleisch aufhören. - Die Bauten liefen programmässig weiter. Die Linie von Malkinia nach Stryj werde voraussichtlich Ende Juni Anfang Juli fertiggestellt werden können.

Befehlshaber der Sicherheitspolizei SS-Oberführer Bierkamp führt aus, daß bis zum Oktober eine Zunahme der Attentate und Sabotageakte festzustellen gewesen sei und dann von Oktober bis Januar-Februar infolge der scharfen Maßnahmen ein starkes Zurückgehen aller dieser Angriffe auf Deutsche und deutsche Unternehmungen habe beobachtet werden können. Seit Februar sei nun weider eine gewisse Versteifung der Lage eingetreten. Se erkläre sich einmal aus dem Näherkommen der Ostfront und zum anderen aus der Krise, die auch von deutscher Seite für die nächste Zeit vorausgesehen werde. Man beobachte eine ständige Zunahme der feindlichen Propaganda von England und Rußland und auch der Propaganda im Lande in Gestalt der Flugblätter. Die Flüsterpropaganda verstärke sich von Tag zu Tag. Diese Erscheinung sei in sämtlichen besetzten Gebieten festzustellen. Eine weitere Folge dieser Krisenerscheinung sei, daß die Widerstandsbewegung versuche, aus den vielen Gruppen, die sie bisher gebildet habe, zu stärkeren

Zusammenschlüssen zu kommen. Es seien Zusammenschlüsse der Rechten, der Mitte und der Kommunisten wie der zu ihnen neigenden Parteien festzustellen. Interessant sei, daß die Kommunisten eigentlich nur wenig Erfolge hätten. Die Parteien, die angeblich nach den Aufrufen der Kommunisten zu ihnen gestossen seien, existierten zum grossen Teil überhaupt nicht.

Die wirkliche Gefahr im Lande bilde die Nationale Widerstandsbewegung insbesondere der P.Z.P.Hier sei eine Verstärkung der Bewaffnung, eine steigende Vergrösserung ihrer Munitionsläger festzustellen. Festzustellen sei weiter eine Zunahme der Angriffe auf Deutsche, besonders in den beiden Distrikten Lublin und Galizien. Gründe dafür seien das Näherkommen der Front, das Unruhigwerden der Bevölkerung unddas Eindringen einzelner Banden.

In den beiden Distrikten sei weiter eine Zunahme des Volkstumskampfes zu beobachten. Der Volkstumskampf, der schon in polnischer Zeit sehr stark gewesen, dann aber durch die deutsche Verwaltung zurückgedrängt worden sei, nehme gerade im Kreis Hrubieszow und im Distrikt Lublin, wo die Banden ihre Herrschaft hätten, stark zu. Im Kreis Hrubieszow brennten die Polen ukrainische Dörfer nieder, im Distrikt Lemberg wiederum die Ukrainer polnische Dörfer. Die Mordtaten, die dort vorgekommen seien, seien so viehich, daß für deutsche Menschen es überhaupt nicht zu verstehen sei, wie man Menschen auf diese Weise umbringen könne.

Die von der Sicherheitspolizei dagegen ergriffenen Maßnahmen hätten sich bewährt. In der Zeit vom 15.Februar bis jetzt sei es der Sicherheitspolizei gelungen,einige gute Erfolge zu erzielen. Im Zuge der Ermittlungen sei in Krakau in der Wohnung eines Terrorgruppenführers umfangreiches Material an Waffen und Munition, ungeheure Mengen illegaler Schriften, ferner von Formularen der deutschen Post Osten gefunden worden. Sichergestellt worden seien zahlreiche Sprengkapseln, Ausrüstungsgegenstände, Zünder mit Sprengkapseln, 1300 kg Sprengstoff, 25 000 Blechdosen usw., dazu verschiedene Sprengstofflager,

ein grosses Verpflegungs- und Versorgungslager, Läger mit Benzin und Fleischkonserven, eine unterirdisch angelegte als Seifenfabrik getarnte Sprengstoffabrik.

Daraus sei zu ersehen, daß die Vorbereitungen der nationalen Verbände schon ziemlich weit gediehen seien. Man habe sie mit Hilfe der polizeilichen Ermittlungen zum grossen Teil zerschlagen können. Bei einer anderen Aktion habe man 50 Personen festgenommen und dabei grosse Mengen von Stoffen, Leinen usw. sichergestellt. In Krakau sei ein Pole festgenommen worden, der 6 Todesurteile vollstreckt habe, und dem offenbar noch viel mehr Morde zur Last zu legen seien, die er bis jetzt nicht gestanden habe. In seiner Wohnung habe man Sprengstoff und 4 Pistolen gefunden. Am 8.März sei eine grössere Aktion in Radom gegen 48 Angehörige der P.Z.P. durchgeführt worden. Dort habe man die gesamten wichtigen Funktionäre des P.Z.P. ergriffen, so daß für längere Zeit diese Organisation im gesamten Distrikt Radom zerschlagen sei. Nach längeren Ermittlungen und Vorbereitungen sei es gelungen, in Warschau den gesamten Kurierdienst des P.Z.P. zu zerschlagen. Bei dieser Aktion seien 204 Personen festgenommen worden und damit der gesamte Kurierdienst für längere Zeit zerschlagen. Am 24.März habe man in Tschenstochau einen früheren Angehörrigen der P.Z.P. festgenommen und bei der Durchsuchung seiner Wohnung eine grössere Anzahl von Waffen, Eierhandgranaten, grössere Mengen von Munition und Sprengstoff gefunden. In Warschau seien 167 ~~der~~ Angehörige der P.Z.P. festgenommen. Nachdem eine Sendestation ausgehoben worden sei, bestehe zur Zeit nur ein ganz geringer Sendeverkehr zwischen der kommunistischen Partei des Generalgouvernements und Rußland. In Lublin sei eine grössere Aktion gegen die Kommunisten durchgeführt worden, bei der 67 Parteigänger und Funktionäre festgenommen worden seien. Hier handele es sich um die kommunistische Organisation der P.P.R. Einer der berüchtigsten Kommunistenbandenführer habe in Warschau in einem Krankenhaus ermittelt werden können. Aktionen seien auch noch durchgeführt worden gegen zahl-

reiche kleinere Organisationen. So sei z.B. Ende Februar in Krakau eine Terrorgruppe ausgehoben worden, und dabei habe man ein Waffenlager mit mehreren Maschinengewehren, Maschinenpistolen, Militärgewehren, Handgranaten und grössere Mengen von Munition sichergestellt. Im Distrikt Radom sei in einer Stadt eine grosse Munitionsherstellungsstätte ausgehoben worden, die aus den Waffenbetrieben dieser Stadt versorgt worden sei.

Insgesamt seien wegen politischer Delikte 5475 Personen festgenommen worden. Erbeutet worden seien allein durch die Sicherheitspolizei an Infanteriewaffen, Maschinengewehren, Maschinenpistolen, Gewehren usw. 20 309 Stück, grosse Mengen Gewehrmunition, 75 000 Handbomben, 87 860 Sprengkapseln, 11 400 Zünder, 14 560 kg Sprengstoff, 320 600 Blechdosen, ferner Rundfunkgeräte und Kurzwellensender. Daraus sei zu erkennen, wie stark der Kampf gegen die Polizei gewesen sei, wie aber andererseits die Männer der Polizei erfolgreich gearbeitet hätten. Leider habe man in den a letzten zwei Monaten grosse Verluste zu beklagen: in einem Monat seien allein 54 Mann gefallen. - Im Oktober 1943 seien 220 Deutsche ermordet worden, im November 79, im Dezember78, im Januar 1944 51. Im Februar sei dann die Zahl wieder auf 120 gestiegen, dann auf 130 und 140.

(Pause von 13 Uhr bis 13 Uhr 25)

Befehlshaber der Ordnungspolizei Generalleutnant Höring weist darauf hin, daß den Anforderungen der Verwaltungsstellen von Polizeimanschaften für den örtlichen Objektschutz, für die Sicherstellung von Arbeitskräften zum Einsatz ins Reich, für die Durchführung der Holzabfuhr usw. die Notwendigkeit gegenüber stehe, für die Truppenpolizei, die seit Monaten im steigenden Einsatz gegen Banden stehe, deutsche Kräfte zur Verfügung zu stellen. Diese Kräfte seien erforderlich, wenn grössere Banden bekämpft werden müssten, oder eine Aufstandsbewegung im Zusammenhang mit der steigenden Lufteinwirkung zu befürchten sei. Zur Zeit seien diese Kräfte nur unzulänglich und unter Zeitverlust und Hintansetzung der Erfüllung anderer Aufgaben zusammen zu bringen. Es sei gelungen, vom Hauptamt Ordnungspolizei eine Ergänzung der Gendarmerie des Einzeldienstes zu erhalten. Insgesamt würden 250 Mann auf die Distrikte verteilt. Versuche, zusätzliche Kräfte vom Hauptamt Ordnungspolizei zur Auffüllung der unvollständigen 5 Polizeiregimenter zu erhalten, seien vergeblich gewesen. Es bleibe also nur der Weg, sich Reserven zu schaffen, indem man aus den vorhandenen Kräften der Truppenpolizei einzelne Teile herausnehme. Er werde bei seinen Dienstreisen in die Distrikte diese Möglichkeit besonders prüfen. Zunächst seien in den einzelnen Distrikten Einsatzreserven dadurch geschaffen, daß man aus der polnischen Polizei des Einzeldienstes Alarmkompanien zusammengestellt habe, die in kurzer Zeit zusammen zu bringen seien, deren Einsatzfähigkeit aber naturgemäss beschränkt sei.

Präsident Wille nimmt zu einer Frage Stellung, die in das Gebiet der Räumung und Auflockerung in den Distrikten Lublin und Galizien fällt. Es handele sich um die Frage der Räumung von Gefängnissen, die gelegentlich zu Mißdeutungen Anlaß gegeben habe. Man stehe hier vor der eigentümlichen Lage, daß es sich dabei um Dienststellen des Staates, um reine Behörden handele. Hinter dieser behördlichen Fassade verberge sich aber zumeist ein Wirtschaftsbetrieb: Mit diesen Anstalten sei entweder eine

Landwirtschaft verbunden oder eine kriegswichtige Arbeit für die Rüstung. Infolgedessen seien die Anordnungen, die für die Räumung durch Behörden gegeben seien, auf diese Betriebe nicht ohne weiteres übertragbar. Man habe es deshalb für richtig gehalten, daß die Dienststellen als solche so lange aufrechterhalten würden wie die Behörden in dem betreffenden Ort blieben. Dann sei es aber zu spät, die Gefangenen noch zurückzutransportieren und die Vorräte, so weit es sich um landwirtschaftliche Betriebe handelt, oder auch die Produkte für die Kriegswirtschaft rechtzeitig fortzuschaffen. Nun gebe es Gefangene, die nur kurzfristige Strafen verbüßen und für den Arbeitseinsatz nicht in Betracht kämen, da sie ja für eine bestimmte Tätigkeit im allgemeinen erst eingearbeitet werden müssten. Es bestehe also nur ein Interesse daran, die langfristigen Gefangenen zu behalten. Der Distrikt Radom habe nun zu geringe Arbeitskräfte gehabt, um die notwendigen kriegswichtigen Arbeiten durchzuführen. Man habe deshalb aus den Distrikten Lublin und Galizien eine grössere Menge von Gefangenen abgezogen, weil ja die Rüstungsarbeiten in einem kriegsbedrohten Gebiet nicht mehr durchgeführt werden könnten, und sie nach Radom geschafft. Aber mit den Gefangenen allein sei es auch nicht getan, sie müssten Bekleidung haben, und deshalb müssten aus den Magazinen solche Vorräte gleichzeitig mit den Gefangenen in die anderen Distrikte gebracht werden. Man stehe mit der Rüstungsinspektion in Verhandlungen über die Schaffung einer neuen Grundlage, die darauf abzielen soll, daß man überhaupt in bestimmten Gefängnissen nur bestimmt geartete Arbeiten ausführen lasse und auch für die Verteilung der Gefangenen besonders Rücksicht darauf nehme, daß die Gefangenen, die sich für bestimmte Arbeiten eigneten, ohne Rücksicht auf den Ort ihrer Aburteilung zusammen-gefasst würden.

Präsident Prof. Dr. Teitge berichtet, daß die Seuchenlage im Generalgouvernement nach wie vor günstig sei. Man habe seit einigen Monaten die niedrigste Seuchenziffer, seitdem das Generalgouvernement unter deutscher Herrschaft stehe.

Schwierig sei die Lage auf dem Gebiet der Krankenhäuser. Selbstverständlich seien viele Krankenhäuser in Lazarette umgewandelt bezw. für andere Zwekke in Anspruch genommen worden. Leider sei es nicht möglich, ~~mal~~ neue Krankenhäuser zu erstellen, auch nicht möglich, den neuen Wünschen der Wehrmacht nach Zurverfügungstellung weiterer Krankenhäuser für Lazarettzwecke nachzukommen, da sonst kein Raum für die Isolierung Seuchenkranker vorhanden wäre. Die Wehrmacht habe auch auf weitere Krankenhäuser verzichtet.

Präsident Dr. Eichholz führt aus, daß die Arbeit der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht in der letzten Zeit stark unter den Einwirkungen der Ereignisse in Galizien und Lublin gestanden habe. Die deutschen Schulen in diesen beiden Distrikten seien gesperrt worden, die nichtdeutschen Schulen seien, soweit ein Gebäude überhaupt vorhanden sei, weiter in Betrieb.

Die Vorbereitungen für die Eröffnung polnischer Gymnasien seien abgeschlossen, so daß sie in dem vom Generalgouverneur für geeignet gehaltenen Zeitpunkt in Betrieb genommen werden könnten.

Wünschenswert wäre es, daß man mit den Arbeiten für die Herstellung polnischer Lehrbücher weiter käme und vor allem entsprechende Papiermengen zur Verfügung gestellt würden. Man sei leider in dieser Frage nicht vorangekommen, da immer wieder auf den Papiermangel hingewiesen worden sei. Gerade aus propagandistischen Gründen wäre die Herstellung polnischer Lehrbücher für die Volksschulen nicht unwichtig.

Mit dem Reichserziehungsministerium seien Verhandlungen über die Zulassung von ukrainischen Studenten an deutschen Hochschulen geführt worden, vor allem für

Disziplinen, die in den Lemberger Fachkursen nicht vertreten seien. Nach den bisher geführten Verhandlungen sei zu erwarten, daß man von dem bisherigen Standpunkt der Nichtzulassung abweiche.

Präsident **Bauder** betont, daß, gemessen an der Gesamtsituation, im **Bauwesen** das wichtigste die Unterhaltung der Strassen und die Steigerung der Energieversorgung mit Rücksicht auf die Rüstungsindustrie im Generalgouvernement sei. Trotz der grossen Schwierigkeiten sei es im letzten Jahr gelungen, 308 km Strassen neu zu bauen, 850 km durchzuwalzen, und zwar mit einem Aufwand von rund 250 000 to Material.

Der **Strassenbau** im Generalgouvernement sei eine Sache der Eisenbahntransporte und der Arbeitskräfte. Es habe sich gezeigt, daß es angesichts des Näherrückens der Front ohne polizeiliche und militärische Hilfe nicht mehr möglich sei, Gespanne bezw. Arbeitskräfte auf die Strasse zu bekommen. Mit allen Mitteln sei versucht worden, für diesen Zweck Wehrmachtskräfte mobilzumachen. Der Erfolg sei besonders im östlichen Teil sehr gut gewesen. Teilweise sei aber angesichts der örtlichen Schwierigkeiten eine geregelte Erfassung der Arbeitskräfte nicht mehr möglich. Es habe sich auch gezeigt, daß auf der Strecke befindliche Wagen von der durchziehenden Truppe einfach mitgenommen worden seien. Mit Lastkraftwagen komme man überhaupt nicht mehr durch. Wenn z.B. wie bei Brody mehrere Kolonnen nebeneinander ständen, dann sei die Durchführung eines Gegenverkehrs völlig unmöglich. Man werde sich im Strassenbau darauf beschränken müssen, die durch die Panzerkorps restlos zerfahrenen Strassen in Galizien und auch in grossen Teilen des Distriktes Krakau wieder herzustellen. Erste Voraussetzung dafür sei aber, daß Transportraum von der Eisenbahn zur Verfügung gestellt werden könne. Eine Anzahl von Brücken sei von der Truppe gesprengt worden und werde in der nächsten Zeit wieder hergestellt werden müssen. Voraussetzung für alle diese Arbeiten sei, daß die notwendige polizeiliche Sicherheit gegeben sei.

Was die Energieversorgung angehe, so seien seit dem 1.Januar 1944 drei Leitungen fertiggestellt worden, und zwar eine Leitung im Anschluss an Oberschlesien mit einer Transferierung von 25 000 kw ins Generalgouvernement, durch welche die Energiekapazität des Generalgouvernements erhöht und eine Kohleneinsparnis erzielt werde, eine weitere Leitung nach Minsk, und in den letzten Tagen auch noch eine Hochspannungsleitung von Starachowice nach Warschau, so daß nunmehr Warschau in das Verbundnetz des Generalgouvernements einbezogen und die Möglichkeit gegeben sei, daß die bisher jeweils aufgetretenen Spannungen in der Energieversorgung behoben seien. In den letzten zwei Jahren seien im Generalgouvernement neue Leitungen in einer Länge von 560 km gelegt worden. Für das Stammwerk Lemberg, das an sich nicht über die notwendige Kesselleistung verfügung, um die vorhandenen Maschinen auszunutzen, ständen zwei Kessel bereit, würden aber mit Rücksicht auf die Gesamtlage noch zurückgehalten. Sobald es von dem Generalgouverneur für richtig gehalten werde, daß wieder ein Aufbau in Lemberg nach dieser Richtung betätigt werden könne, werde auch der Einbau dieser beiden Kessel erfolgen. Das Werk Zakopane werde ebenfalls im Laufe des Monats Mai in Betrieb kommen. Zur Zeit seien insgesamt noch 425 km elektrischer Leitung im Bau zur vollständigen Schließung und zum restlosen Ausbau des Netzes des Generalgouvernements. In den letzten Tage habe nun auch der Generalinspekteur zugestimmt, daß das Stammwerk Kressendorf hergestellt werden könne, und mit der Arbeit werde demnächst mit Hochdruck begonnen werden. Allerdings werde eine Fertigstellung des Werkes vor zwei Jahren nicht möglich sein.

Trotz der vorhandenen Schwierigkeiten und der Tatsache, daß die für Meliorationsarbeiten in den ersten Jahren beschäftigten Juden nicht mehr vorhanden seien, sei es doch möglich gewesen, im Jahre 1943 rund 57 000 ha Landes zu dränieren. Für das Jahr 1944 sei die Drainage von 80 000 ha vorgesehen, finanziert und auch

kapazitätsmässig durchführbar.

Die Auswirkungen, die der Krieg in Galizien mit sich gebracht habe, und auch die Schwierigkeiten in den beiden Distrikten Lublin und Galizien würden im Laufe des Jahres eine erhebliche Verlagerung in den baulichen Maßnahmen zur Folge haben, und zwar in dem Sinne, daß die gesamte für das Bauwesen zur Verfügung stehende finanzielle Kraft zusammen mit der Baustoffkapazität wieder restlos zum Aufbau dieser Gebiete herangezogen werden müsse. Das bedingt selbstverständlich dann auch die Zurverfügungstellung zusätzlicher finanzieller Mittel für den Haushalt der Hauptabteilung Bauwesen. Aufgrund einer Absprache mit der Hauptabteilung Finanzen sei aber zunächst davon abgesehen worden, diese Möglichkeit jetzt schon finanziell zu erfassen.

Präsident Dr. Lauxmann führt aus, daß zur Zeit grosse Schwierigkeiten hinsichtlich des Durchgebens von Ferngesprächen ins Reich beständen. Normalerweise würden durchschnittlich in einer Stunde auf einer Leitung im Generalgouvernement siebzehn Gespräche vermittelt, in letzter Zeit seien es nur noch vier gewesen. Das sei auf die Luftalarme zurückzuführen, die eine große Lähmung des Fernsprechbetriebes im Reich mit sich brächten.

Der Telegrafenbau innerhalb des Generalgouvernements sei sehr stark angespannt, einmal wegen der umfangreichen Rückverlegung von Dienststellen und auch militärischen Stäben, zum anderen wegen des Ausbaues des Jägernetzes, das immer mehr vom Reich nach dem Osten verlagert werde. Angesichts der Zerstörungen durch Banditen müssten die Fernsprechleitungen immer wieder neu hergestellt werden. Im Jahre 1943 habe man allein 1 657 Fälle gehabt, in denen Leitungen zerstört und neu gebaut werden mussten. Im übrigen haben sich der Telegrafenverkehr auf den Aufbau der Notämter verlegt. In den Distrikts- und allen grösseren Städten seien heute schon Fern- und Ortsnotämter errichtet.

Gouverneur Dr. Fischer berichtet über die Lage im Distrikt Warschau. Die äussere Lage Warschaus habe sich, so führt er aus, seit der letzten Regierungssitzung nicht geändert. Die Kriegsereignisse hätten zwar unter der Bevölkerung eine gewisse Unruhe hervorgerufen, aber nicht zu einer Störung des normalen Lebens geführt. Die Betriebe arbeiteten vollzählig. Nach den Berichten der Betriebsführer sei besonders in der Rüstungsindustrie die Arbeitsleistung der polnischen Belegschaft im letzten halben Jahr gestiegen. Sabotageakte seien in den Betrieben nicht vorgekommen.

Schwierigkeiten mache nur die Versorgung der Betriebe mit Nahrungsmitteln. Wenn, wie es angekündigt sei, zusätzlich mehr Fleisch in den Distrikt komme, werde auch in Zukunft die Versorgung irgendwie gewährleistet werden können. Ein grosser Teil der Bevölkerung Warschaus, der nicht bevorzugt versorgt werde, erhalte allerdings schon seit Monaten nur geringe Mengen Nahrungsmittel zugeteilt. Gleichwohl sei die Ernährungslage der Bevölkerung allgemein nach wie vor eigentlich gut, wie auch die Zahlen der Gesundheitsstatistik bewiesen. Die Seuchen seien zurückgegangen, die Tuberkulose habe nicht den Umfang angenommen, wie man befürchtet habe, so daß also, äusserlich betrachtet, zur Zeit noch in Warschau alles in Ordnung sei.

Die Sicherheitslage habe sich wesentlich gebessert, sei dann aber wieder in den Monaten März und April ungünstiger geworden. Es sei eine grosse Anzahl von Überfällen auf Deutsche mit tödlichem Ausgang zu verzeichnen. An manchen Tagen seien in Warschau drei bis vier Soldaten ermordet worden. Diese Überfälle seien zumeist auf leichtsinniges Verhalten zurückzuführen. Die Zahl der Überfälle auf die Zivilbevölkerung sei zurückgegangen.

Auffallend sei die gewaltige Bautätigkeit der Polen auf dem flachen Lande. Sämtliche Dörfer im Distrikt Warschau seien vollkommen neu aufgebaut worden; tagtäglich entständen neue Häuser, Scheunen usw. In den Villenvororten bauten sich die Polen Häuser mit Wintergärten und ähnlichen Einrichtungen, und keine Behörde schreite dagegen ein.

Demgegenüber sei die Bautätigkeit der deutschen Behörden auch auf dem kriegswichtigen Sektor vollkommen lahm gelegt, und die Kreishauptmänner hätten nicht die Möglichkeit, hier irgendwie einzugreifen; denn die unterste Instanz der staatlichen Verwaltung sei ausschließlich mit Polen besetzt, und diese Polen brächten nicht die Energie auf, diesen Mißständen entgegenzutreten.

Im übrigen arbeite die Verwaltung nach wie vor zufriedenstellend. Das Kontingent sei fast erfüllt, die Eiererfassung laufe sehr gut, und auch die Arbeitererfassung sei bisher gut vonstatten gegangen: 45% des Gesamtkontingentes seien ins Reich vermittelt worden. Allerdings meldeten sich die Polen nicht freiwillig zur Arbeitsleistung im Reich, sondern man könne die Arbeitererfassung nur noch mit einem ziemlich starken Druck und unter Einsatz von Exekutivkräften durchführen.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Präsident Dr. von Craushaar, sich wegen der Angelegenheit der Durchführung von Bauten durch Polen mit den Gouverneuren und dem Präsidenten Bauder ins Benehmen zu setzen, damit entsprechende Maßnahmen dagegen ergriffen werden können.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Gouverneur Dr. Fischer, daß im Zusammenhang mit dem Bau des Flughafens einige Häuser in Warschau niedergelegt werden müssten, was aber an sich von keiner besonderen Bedeutung sei.

Gouverneur Dr. Wendler berichtet, daß die von der Regierung befohlene Räumung in aller Ruhe vor sich gehe. Insbesondere würden Lebensmittel, Getreide, Zucker usw. abtransportiert. Im wesentlichen sei es auch bis auf die Vorräte, die für den Distrikt bestimmt seien, geschehen.

Die Sicherheitslage im Distrikt Lublin sei leider nicht mehr unter demselben Gesichtswinkel zu betrachten wie vor einem halben Jahr. Die Banden seien im wesentlichen von Sowjetrussen geführt, und in dem gesamten System der Banditen sei ein wesentlicher Unterschied gegenüber früher festzustellen. Bemerkenswert sei die ausserordentliche Steigerung der Sabotagefälle an Eisenbahnstrecken, Bahnbrückenund sonstigen Verkehrsmitteln. Die Situation werde sich erst bessern, wenn mit Hilfe der neukommenden Truppenteile die Stützpunkte wieder errichtet werden könnten, die infolge der Kriegslage hätten abgebaut werden müssen.

Im vorigen Jahre sei die Ernte im Distrikt vollkommen erfaßt worden, und zwar Getreide zu 96% - die restlichen 4% würden noch erfaßt werden -, Kartoffeln zu 82% - der Rest werde auch hier noch erfaßt werden können. Darin liege eine hervorragende Leistung der Mitarbeiter der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft.

Grosse Sorge bereite der Verwaltung jetzt die Frühjahrsbestellung. Hier seien besonders auf den grösseren Gütern Schwierigkeiten aufgetreten; es fehle an Pferden und auch an sonstigen Dingen. Aber aufgrund von kürzlich stattgefundenen Besprechungen seien bereits die notwendigen Schritte eingeleitet worden, damit die Güter voll zur Bestellung gebracht werden könnten. Selbstverständlich müsse der Distrikt Lublin in diesem Jahre alles daran setzen, die Ernte-erträgnisse zu steigern, vor allem angesichts der Tatsache, daß das in Galizien nicht möglich sein werde.

Zur Zeit laufe im Distrikt Lublin eine Propagandawelle: von drei Soldaten der Koscikoscusko-Division würden täglich zwei bis drei Versammlungen abgehalten, und man habe eine Reihe weiterer Kinos in Betrieb nehmen müssen, um den Anforderungen genügen zu können.

Der Gesundheitszustand der Bevölkerung sei eigentlich gemessen an dem der polnischen Zeit ausgezeichnet. Es sei im vorigen Jahre gelungen, im wesentlichen alle Seuchenstationen in Gang zu bringen, die auch nicht zerstört

worden seien.

Die Beamten und Angestellten der Verwaltung seien sehr stark im Polizeihilfsdienst tätig. Seit 1.Juli 1943 hätten 86 Gefolgschaftsmitglieder zusammen 5 124 Tage Polizeihilfsdienst gemacht. Die Stützpunkte seien z.T. 2 Monate hindurch von diesen Männern besetzt gewesen. Er bitte SS-Obergruppenführer Koppe, für eine zureichende Ausrüstung der Männer zu sorgen. Es gehe nicht an, daß sie in eigenem Schuhwerk Dienst machen müssen; das habe im Winter zu ganz erheblichen Erkrankungen geführt.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich mit Entschiedenheit gegen eine solche Ausdehnung des Polizeihilfsdienstes. Der Polizeihilfsdienst sei für ganz ausserordentliche einmalige Notfälle vorgesehen und dürfe nicht zu einer regulären Dauereinrichtung werden. Das sei angesichts der Beschränkheit der Zahl der Beamten und Angestellten völlig unmöglich. Er ersuche deshalb die Staatssekretäre, sich unbedingt für eine Änderung dieser Verhältnisse einzusetzen. Es müsse vor allem für eine entsprechende Ausrüstung gesorgt werden. Was sich auf diesem Gebiet jetzt herausgebildet habe, widerspreche völlig dem Ausgangspunkt dieser Einrichtung. Für die Besetzung von Stützpunkten seien die Angehörigen des Polizeihilfsdienstes überhaupt nicht in Aussicht genommen, und daß sie zwei Monate hindurch im Polizeidienst gehalten würden, sei auch eine völlige Verkennung dieser Noteinrichtung, die nur für den Fall eines aktiven Aufstandes gedacht sei. Er bitte den Staatssekretär, ihm diese Sache nochmals vorzulegen. Ihm sei seinerzeit berichtet worden, daß auf dem Gebiete der Polizeidiensthilfspflicht alles in Ordnung sei, und nun höre er, daß es nicht in Ordnung sei.

Gouverneur Dr. Wächter berichtet über die gegenwärtig infolge der Kriegsereignisse in Galizien entstandene Lage. Die unmittelbaren Kriegshandlungen hätten viele Zerstörungen im Gefolge gehabt. Darüber hinaus hätten auch die anderen Bewegungen, die mit den Kriegshandlungen in Zusammenhang ständen, sehr viel Schaden gebracht. Ein Flüchtlingsstrom von über 200 000 Menschen ergiesse sich aus den östlichen Gebieten über den Distrikt. Hinzu komme die Tatsache, daß ungarische Truppen die Südkreise besetzt hätten und dort ein tolles Regiment ausüben. Endlich hätten auch die Räumungsmaßnahmen zu vielen Schäden geführt, sehr viele Sachwerte seien zerstört worden. Die Straßen befänden sich in einem geradezu unvorstellbaren Zustand. Die Arbeit von 2 1/2 Jahren sei in wenigen Wochen zunichte gemacht worden. Eine im Süden gelegene Straße sei in wenigen Tagen so demoliert worden, daß ein Fahren auf ihr mit Personenkraftwagen unmöglich sei. Ein grosser Teil der Dienstgebäude auch in den Kreisen, die nicht in Feindeshand gefallen seien, sei durch die Truppe ausgeplündert worden. Er bitte, dafür Sorge zu tragen, daß in Form einer Gemeinschaftshilfe der deutschen Gefolgschaft, die wieder in diese Dienstgebäude einziehe, dort irgendwie einigermassen menschlich untergebracht werden müsse, die weder über Wäsche noch sonst etwas verfüge, Möbel usw. für Dienstzwecke zur Verfügung gestellt würden.

Ein großer Teil der Erfassungseinrichtungen, z.B. der Molkereien, sei völlig demoliert worden, nicht durch unmittelbare Feindeinwirkung, sondern durch die Truppe, die alles zerstört habe, was sie noch gefunden habe. Im grossen Umfange seien dabei auch Vorräte verloren worden. Es sei nicht möglich gewesen, dieser Truppe entgegenzutreten; die Wehrmachtsformationen hätten sich auch nicht durchsetzen können; gegen Heeresstreifen sei die Truppe sogar vielfach mit Waffengewalt vorgegangen. Nicht nur in der unmittelbaren Kriegsraumzone, sondern auch im ganzen rückwärtigen Gebiet sei ausserordentlich viel zu Grunde gegangen. Der Erfassungsapparat sei zerstört und

ein grosser Teil der Verwaltung umgeworfen worden. Man verfüge kaum mehr über ein Telefonnetz. Die Vögte und Schulzen könnten nicht mehr eingesetzt werden, weil der Kreishauptmann bezw. der Landkommissar nur mit grösster Mühe auf's Land kommen könne. Er bitte deshalb, daß man dem Distrikt Galizien mit geländegängigen Kraftwagen helfe. Der Kreishauptmann könne draussen nicht in Erscheinung treten, weil er mit seinem normalen Fahrzeug nicht durch die Straßen komme. Die Erfüllung dieser Bitte sei einer der Grundlagen für die Neuordnung des Verwaltungsapparates. Das Inerscheinungtreten der deutschen Verwaltungsführung ist gerade unter diesen gegebenen schwierigen Umständen von grösster Wichtigkeit; denn wo sich der Deutsche zeige, beginne auch der Nichtdeutsche wieder Mut zu schöpfen.

Einer der schwersten Schäden sei wohl der ungeheure Autoritätsverlust, den das deutsche Reich bei der gesamten nichtdeutschen Bevölkerung infolge der Ereignisse der letzten Wochen erlitten habe. Dieser Verlust werde erst wieder durch große Offensiverfolge von deutscher Seite aufzuholen sein. Es zeige sich, daß die Menschen, die mit der deutschen Führung zusammen gearbeitet hätten, jetzt ängstlich seien und sich vor dem Wiederkommen der Russen fürchteten, daß sie verschüchtert seien und sehr schwer für eine aktive Arbeit zu gewinnen wären, wenn nicht grosse Erfolge nach aussen hin eintreten. Es sei interessant, in den Gebieten, die von den deutschen Soldaten wieder besetzt worden seien, den grossen Unterschied in der Begrüssung seitens der Bevölkerung gegenüber dem Jahre 1941 festzustellen. Zurückhaltung und Skepsis seien gegenüber der einziehenden Truppe zu beobachten, und von der begeisterten Freude des Jahres 1941 sei auch nicht annähernd mehr etwas zu merken.

In solchen Zeiten wie in den gegenwärtigen könne sich eine Verwaltung ohne Exekutive nicht durchsetzen. Gegenüber brutalen bewaffneten Männern könne man auch mit der grössten Gesetzlichkeit nichts ausrichten. Es sei vorgekommen, daß die Polizeiorgane und der Sonderdienst einfach der Gewalt haben weichen müssen oder infolge der Überlegenheit des bewaffneten Gegners nicht entsprechend haben auftreten können. Gleichwohl hätten sich alle Dienststellen bemüht, nach Möglichkeit dieser Situation Herr zu werden. Es habe sich gezeigt, daß auch ein gutes Verhältnis zu den Wehrmachtsdienststellen eine Notwendigkeit sei. Man habe sich bemüht, es weiter aufrecht zu erhalten, und habe immer wieder bei den leitenden Wehrmachtsstellen einschliesslich der Heeresgruppe Front-Ukraine grosse Unterstützung gefunden, wenn es auch den leitenden Stellen nicht immer gelungen sei, ihre Wünsche nach unten durchzusetzen.

Man habe es in Galizien mit zwei ungarischen Sicherungsdivisionen zu tun, die sich aber zu eminenten Unsicherheitsfaktoren entwickelt hätten, was daraus zu erklären sei, daß sie nurmehr rückwärtigen Dienst machen könnten. Sie beschäftigten sich überwiegend mit einer Durchsuchung des Landes, das sie als Feindesland oder Occupationsgebiet betrachteten. Er selber sei Zeuge dafür, in welch' ungeheurer Weise das Land ausgeplündert werde, wie diese schon weitgehend nicht mehr den Eindruck von Soldaten machende Truppe das Vieh aus den Ställen heraushole, Brandstiftungen verübe usw. Die reguläre Truppe, die über die Karpatenpässe ziehe, mache einen viel besseren, teilweise ausgezeichneten Eindruck; sie sei diszipliniert und gehorche dem Befehl ihrer Offiziere. Aber auch diese Truppe stehe auf dem Standpunkt, sie befinde sich in Feindesland und im Occupationsgebiet, und weigere sich vielfach in ihren unteren Stellen, die deutsche Verwaltung als Verwaltungsbasis anzuerkennen. Daher sei er bestrebt, überall in die Kreise und Landkommissariate deutsche Wehrmachtsstellen hineinverlegt zu bekommen, damit man die Truppe belehren könne.

Man stehe hier vor einer überaus schwierigen Verwaltungsaufgabe. Ein Verwaltungsbeamter, der in Zivil erscheine, habe von vornherein sehr wenig Aussicht, sich durchzusetzen, und deshalb sei es zu begrüssen, daß von den Angehörigen der Verwaltungnoch vielfach die graue Uniform getragen werde.

Die Übergriffe der Fronttruppe werde man bis auf weiteres hinnehmen müssen und mit der Festigung der Lage überwinden können. Jedenfalls müsse aber der Aufenthalt der Sicherungsdivisionen in Galizien möglichst verkürzt werden . Der Aufenthalt der Ungarn bringe auch eine aktuelle Gefahr mit sich: die Ungarn seien mit dem polnischen Volkstum in einem sehr engen Kontakt. Zur Zeit bestehe der scharfe Volkstumskampf zwischen Polen und Ukrainern. Die Polen wendeten sich an die ungarische Truppe, diese dringe in ein ukrainisches Dorf ein, die Dorfbevölkerung flüchte, das Dorf werde angezündet und ausgeraubt. Es sei zu erwarten, daß bei Fortsetzung dieser Methoden die ukrainische Bevölkerung auf die Ungarn schießen werde, daß dann Gegenmassnahmen der ungarischen Truppe in grösserem Umfange ergriffen würden und schließlich das ganze Gebiet zu einem Aufstandsgebiet werde. Von diesen Zuständen habe er auch den örtlichen Militärstellen in Galizien Mitteilung gemacht, damit sich auch das deutsche Militär für den Abzug dieser Truppe interessiere.

Das Bandenwesen habe leider auch im Nordteil des Distrikts sehr stark zugenommen. Die Banden würden von der Polizei mit erheblichem Druck verfolgt. Man habe es auch mehr und mehr mit nationalistischen ukrainischen Banden zu tun, die sich zwar noch nicht gegen die Deutschen wendeten, aber in grossem Umfange polnische Dörfer und Liegenschaften zerstörten. Mit schwachen Kräften könne man gegen diese Banden nichts ausrichten, sondern man müsste massiert angreifen und eine Bande nach der anderen erledigen. Er bitte deshalb den Generalgouverneur und Staatssekretär Koppe, mit einer Verstärkung der Polizeikräfte zu helfen, wenn möglich, vielleicht in der Weise, daß wenigstens die Kompanien, die der Wehrmacht an der Front unterstellt seien, wieder unter die

Führung der Polizei kämen. Nachhaltig könne aber nur mit Heranziehung starker Wehrmachtskräfte diese Bandenbekämpfung durchgeführt werden. Die Wehrmacht stehe offenbar auf dem Standpunkt, daß sie nicht zuzugreifen brauche. Sie gebe der Ansicht Ausdruck, daß sie auch hinsichtlich des Nachschubes von den nationalistischen Banden nicht gestört werde, von den Banden würden auch keine Brücken gesprengt und keine deutschen Beamten erschossen. Er bitte deshalb, darauf hinzu wirken, daß die Wehrmacht nachhaltig gegen die Banden eingesetzt werde. Dieser Einsatz dürfe dann allerdings nicht unter der Devise: gegen die nationalistischen Ukrainer und die Anhänger irgendwelcher nationaler Ideen erfolgen, sondern die Devise müsste lauten: gegen Meuchelmörder und Dorfbrenner.

Man habe seinerzeit im engsten Einvernehmen mit den zuständigen Regierungsstellen in Galizien eine gewisse grossräumige Verwaltung aufgebaut mit verhältnismässig wenig Kreishauptmannschaften, und zwar angesichts der Personallage und auch aus der politischen Erkenntnis heraus, daß es zweckmässig wäre, das polnische Volkstum möglichst weitgehend heranzuziehen. Diese Einstellung sei aber auf eine stabile Lage abgestellt gewesen. In einem Zeitpunkt so schwerer Rückschläge wie jetzt sei es aber klar, daß nunmehr der Deutsche das Verlässliche und entscheidende Rückgrat der Verwaltung sein müsse. Man arbeite in Galizien immer noch mit einem Bruchteil der deutschen Kräfte, die es in anderen Gebieten, besonders in den Ostkreisen des Reiches gebe. Deshalb dürften der Verwaltung des Distrikts Galizien nicht die deutschen Arbeitskräfte mit dem Hinweis darauf genommen werden, daß ja Galizien nicht mehr in der Hand der deutschen Führung sei, sondern die Beamten müssten der Verwaltung wiedergegeben, und vor allem dürften die guten Beamten nicht weggenommen werden.

Die Tatsache der Polen-Massakers treffe die deutsche Autorität aufs schwerste. Das Verhältnis von Polen zu Ukrainern und die Beurteilung dieser beiden Volkstümer hätten in keiner Weise eine Änderung erfahren. Er sei überzeugt, daß der Pole ~~ein~~ disziplinierter, tüchtiger, aber auch gefährlicher sei. Deshalb herrsche vielfach die Meinung, man sollte noch keine grossen Maßnahmen gegen die ukrainischen Banden durchführen.

Das Verhältnis zu den bodenständigen Wehrmachtskreisen sei ausgezeichnet, aber an den ortsfremden Truppen sei eine starke Aufklärungsarbeit zu leisten, bis sie das nötige Verständnis gefunden hätten. Sie seien eine ganz andere Art der Verwaltung gewöhnt und nun erstaunt, etwas völlig anderes anzutreffen. Wie sehr die Meinungen bei der Wehrmacht auseinandergingen, habe sich bei den Verhandlungen über die Herausziehung und Erfassung der Wehrfähigen oder überhaupt der Bevölkerungsteile aus der Gefechts- und Kampfzone ergeben.

Die Haltung der Bevölkerung sei im allgemeinen sehr ordentlich. Allerdings stiessen die von der Wehrmacht durchgeführten Requirierungen ständig auf Ablehnung bei der Bevölkerung. - Das Ernährungsproblem in Galizien sei ausserordentlich schwierig geworden. Der Erfassungsapparat sei besonders im Molkereiwesen sehr stark angespannt. Jetzt stelle die Truppe ausserordentliche Anforderungen, etwa dahingehend, daß innerhalb zweier Monate das Zwölffache dessen geliefert werden solle, was bisher geliefert worden sei. Dabei seien die Kreis- und Bezirkslandwirte der Auffassung, daß sich die Truppe neben dem, was legal gegeben werde, noch dieselbe Menge auf illegalem Wege hole. Die höheren Stäbe wiesen immer darauf hin, daß man solche auch von der Wehrmacht nicht gewünschten Erscheinungen solange nicht bekämpfen könne, wie nicht eine **Frontlinie** da sei; dann könnten die Wehrmachtsinstanzen zu einem Einsatz kommen. Er sage das, damit nicht Präsident Naumann die festgesetzten Kontingente verlange, sondern erkenne, in welcher Weise in den Ernährungssektor eingegriffen werde. Hier müsste gegebenenfalls eine Art Aufrechnung der Wehr-

macht gegenüber stattfinden.

Abschliessend bitte er die Regierung, den zahlreichen negativen Gerüchten über den Frontdistrikt Galizien nicht unbedingt Glauben zu schenken, sondern seine, des Gouverneurs Dr. Wächter, und seiner Mitarbeiter Informationen entgegenzunehmen. Der Distrikt Galizien befinde sich zur Zeit in einer so schwierigen Lage, wie sie kaum einer Reichsverwaltung aufgebürdet sei, werde sich aber bemühen, der Schwierigkeiten nach Möglichkeit Herr zu werden.

Der Herr Generalgouverneur sagt zu, daß die Regierung alles tun werde, um dem Distrikt Galizien zu helfen. Alle Wünsche würden nach Möglichkeit erfüllt werden, man werde auch den engsten Kontakt mit Generalfeldmarschall Model halten.

Gouverneur Kundt führt aus, daß sich die Sicherheitslage nach einer Ruhepause mit dem beginnenden Frühling etwas versteift habe. Die Zahl der Überfälle sei gestiegen, wobei im grossen Maße gesehen deutsche Interessen bis jetzt unwesentlich berührt worden seien. Eine kleine Massierung von Banden sei eingetreten, die zur Folge habe, daß die an sich schwache Polizei in gewissen Gebieten nur in grösserer Stärke eingreifen könne.

Vor 14 Tagen sei der Werkschutz des Werkes in Starachowice von 4 kleineren zusammengezogenen Banden mit Maschinengewehren überfallen worden, sie hätten die Gegend abgesperrt offenbar mit der Absicht, zunächst einmal die Waffen des Werkschutzes in die Hand zu bekommen und vielleicht auch eine Probe für ein späteres Exempel zu machen. Da es sich bei dieser Werkschutzwache um Ukrainer handele, könne in diesem Überfall auch eine Art Rache gesehen werden.

Die vollkommene Ruhe im Distrikt Radom sei durch eine weiter ansteigende Arbeitstätigkeit der Polen gekennzeichnet. Das dürfe aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß nicht in bestimmter Zeit diese Arbeiterschaft zu anderen Zwecken auftrete. Er habe aus Gesprächen mit

nationalgesinnten und antibolschewistisch eingestellten Polen festgestellt, daß sie eine grosse Angst vor der Rache der komunistischen Arbeiter hätten. Kommunistische Arbeiter hätten den polnischen Intellektuellen und Ingenieuren gedroht, daß der Tag kommen werde, an dem sie sich auch für Dinge aus früherer Zeit rächen würden. Er nehme an, daß die polnische Bevölkerung des Gebietes die grosse Befürchtung habe, daß grosse Maßnahmen seitens der Polizei ergriffen werden würden, die er aber vorläufig nicht für richtig halten würde.

Das Verhältnis zur Wehrmacht sei im Distrikt Radom insofern nicht ganz befriedigend, als der Distrikt Radom der einzige Distrikt sei, in welchem die Oberfeldkommandantur nicht am Sitz des Gouverneurs liege. Mittlerweile sei es aber doch zu einer Besserung des Verhältnisses gekommen, wobei Präsident Dr. von Craushaar stark geholfen habe. Er habe jetzt die Autorität der Staatsbehörden gegenüber Selbstständigkeitsanwandlungen vonseiten der Wehrmacht durchgesetzt.

Eine neue Schwierigkeit sei für den Distrikt hinsichtlich der Luftwaffe entstanden. Ihr Bereich gehe mit einem Feldluftgau Minsk bis nach Radom. Die Angehörigen des Feldluftgaues Minsk betätigten sich in einer Weise, die Schwierigkeiten im Gefolge haben könnte, und erklärten, die Interessen des Distrikts gingen sie nichts an. In den nächsten Tagen erscheine ein Geschwader, das seinen Einsatz vom Fliegerhorst Radom habe, eine Tatsache, die selbstverständlich die gegnerische Luftwaffe aufmerksam machen müsse. Daß man damit rechne, gehe daraus hervor, daß das Vorkommando des Geschwaders sehr viel Raum verlange für die Aufstellung ihrer Flughäuser zwischen Bauernhäusern, und zwar beiderseits der einzigen grossen Ostverbindungsstrasse Radom-Pulawy, ~~ganz nahe der einzigen~~ ganz nahe bis zum Rande der Bahnstrecke von Radom nach Demblin. Die Flugzeuge sollten über die Hauptstrasse hin- und hergerollt werden. Auf seine, des Gouverneurs Kundt, Frage, ob man den Wehrkreisbefehlshaber verständigt habe, da es sich doch um eine Heeresstrasse erster Ordnung handele, sei ihm geantwortet worden, daß das Geschwader nur

dem Flottenchef unterstehe. Es müsse unbedingt dafür gesorgt werden, daß sich ~~auf~~ die Luftwaffe in irgendeiner Form zu jener vom Führer vorgeschriebenen Ordnung bekenne, die in der Ernennung eines Wehrkreisbefehlshabers liege, der alle Wehrmachtsangelegenheiten wie z.B. die Frage der Heeresstrassen zu behandeln habe. Wenn dieser Fliegerhorst zum Einsatz komme, dann bestehe die Gefahr, daß Luftangriffe auf ihn gezogen würden. Sollte bei einem solchen Luftangriff die grosse Pulverfabrik Pionki getroffen werden, so würde ein Teil von Radom in die Luft gehen.

In der Verwaltung gehe sonst alles seinen normalen Gang. Eine Hauptsorge liege nach wie vor im Personalmangel. Er wäre dankbar, wenn ihm von den neuen qualifizierten Beamten einige zur Verfügung gestellt werden könnten. Er habe immer nochkeinen Leiter der Inneren Verwaltung, es fehlten einige Kreishauptmänner, Land- und Stadtkommissare. Ihm stehe kein Adjutant zur Verfügung.

Schwierigkeiten bereite die Arbeitererfassung. Zwar sei die dem Distrikt auferlegte Zahl von 15 000 Arbeitern verhältnismässig klein, aber der Distrikt jabe bereits 9% der Bevölkerung für diesen Zweck gestellt und könne deshalb mit anderen Distrikten nicht verglichen werden. Im Distrikt Radom lägen die meisten Rüstungs- und sonstigen Industriebetriebe, fast in jeder Woche werde ein neuer Betrieb eröffnet und würden Arbeiter für ihn verlangt. Heute Arbeitskräfte zu gewinnen, sei ausserordentlich schwierig, und bei Fangaktionen müsse man häufig feststellen, daß die Betreffenden schon anderweitig beschäftigt seien. Hinsichtlich der Arbeitererfassung komme man eben einmal an eine Grenze, über die hinaus nichts mehr erfasst werden könne, wenn man nicht die entsprechende Exekutive zur Verfügung habe. Mit Geldstrafen sei auch nichts zu erreichen; denn das Geld werde gleich bezahlt. Angesichts der gegenwärtigen Lage werde sich eine Besserung auf dem Gebiete der Arbeitererfassung kaum erzielen lassen.

Der Herr Generalgouverneur gibt der Auffassung Ausdruck, daß die Aufrechterhaltung der vollkommen willkürlich gegriffenen Zahl von 100 000 Arbeitern trotz der Kriegsbelastung des Generalgouvernements beweise, daß man offenbar im Reiche wenig Verständnis für die Lage des Generalgouvernements habe.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Struve, daß er den zuständigen Reichsstellen mitgeteilt habe, mit welchen Verhältnissen man im Generalgouvernement zu rechnen habe. Es sei aber zu bedenken, daß alljährlich im Generalgouvernement 200 000 Angehörige eines schulentlassenen Jahrganges nachwüchsen. Bei dem Kontingent von 100 000 Arbeitern sei ja die grosse Zahl derer berücksichtigt, die bereits ins Reich gegangen seien. Das Problem liege nicht so sehr in der Zahl als in der Erfassung der Menschen, und diese Menschen seien tatsächlich vorhanden. Für einen Distrikt sei es kein Problem, 15 000 Mann zu stellen, angesichts der Tatsache, daß genügend Reserven vorhanden seien.

Der Herr Generalgouverneur ist der Ansicht, daß sich die Polizei im Laufe der Zeit nicht mehr zu der Aufgabe des Sklavenfangens hingeben werde. Jetzt gelte es vor allem, die neu ins Generalgouvernement hereinkommenden Industrien zu fördern und dafür zu sorgen, daß ihnen die notwendigen Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt würden. Die Reichsinstanzen und auch Gauleiter Sauckel seien nicht mehr imstande, die Lebensbedingungen der polnischen Arbeiter im Reich zu bessern. Gauleiter Sauckel habe ihm versprochen, daß er alles tun werde, um auf diesem Gebiete etwas zu erreichen; aber geschehen sei bisher nicht viel. Wenn Schwierigkeiten beständen, dann bitte er, sie künftig dem Staatssekretär Dr. Bühler vorzutragen. Er beauftrage auch Staatssekretär Dr. Bühler, den besonderen Fall Struve-Kundt in Anwesenheit der beiden Beteiligten zur Besprechung zu bringen. Ihm liege ein Briefwechsel zwischen

Gouverneur Kundt und Präsident Struve vor, der wenig erfreulichen Charakters sei. Er stelle noch einmal fest, daß Gauleiter Sauckel ihm gegenüber das Versprechen abgegeben habe, die Situation der polnischen Arbeiter im Reich so zu verbessern, daß eine grosse Werbepropaganda eingeleitet werden könne, daß aber dieses Versprechen nicht eingelöst worden sei. Er habe Gauleiter Sauckel erklärt, er könne die Menschen bekommen, wenn der Unfug der sechstklassigen Behandlung der polnischen Arbeiter im Reich aufhöre und wenn er, der Generalgouverneur, feststellen könne, daß die Besserstellung der polnischen Arbeiter tatsächlich durchgeführt werde.

Gouverneur Kundt betont, daß er nur die Schwierigkeiten habe zeigen und darauf hinweisen wollen, daß man endlich einmal in der Erfassung von Arbeitskräften am Ende sei besonders in einem Distrikt, der noch laufend als Industriedistrikt ausgebaut werde, daß gerade die Kreishauptmannschaften der Kritik unterlägen, die die höchsten Prozentsätze der Bevölkerung des Generalgouvernements als Arbeitskräfte ins Reich geschickt hätten und daß sie ohne Exekutive überhaupt nichts mehr erreichen könnten. Der SS-und Polizeiführer des Distrikts habe in den letzten Monaten keine Polizei zur Verfügung gestellt, und im Mai werde es voraussichtlich nur einmal in der Woche möglich sein, weil sonst die anderen Aufgaben leiden müssten.

Stadthauptmann Dr. Krämer nimmt zunächst zur Frage des Luftschutzes Stellung und berichtet, daß nunmehr in Krakau der Luftschutz praktisch stehe. Was die Feuerlöschteiche angehe, so sei der erste Bauabschnitt mit acht Teichen demnächst fertig, und diese Teiche würden dann sofort mit Wasser gefüllt. Bis zum 10.Mai solle ein zweiter Abschnitt mit fünf Feuerlöschteichen fertig sein.
11 Teiche seien bereits fertiggestellt. Die Bevölkerung

habe den Willen zum Luftschutz und zeige im allgemeinen ein vorbildliches Verhalten. Ein gewisser Prozentsatz sei offenbar im Guten nicht dazu zu bringen. Er habe deshalb in einem in 120 000 Exemplaren verbreiteten Flugblatt darauf hingewiesen, daß es nun mit den Ermahnungen und gebührenpflichtigen Verwarnungen zu Ende sei und er nicht dulden könne, daß durch einen geringen Prozentsatz der Bevölkerung die Allgemeinheit gefährdet werde. Es werde nunmehr mit Strafmaßnahmen gegen diejenigen vorgegangen werden, die immer noch glaubten, die fortgesetzten Ermahnungen im guten in den Wind schlagen zu sollen. Diese Strafmaßnahmen würden im Einvernehmen mit den Polizeistellen rücksichtslos durchgeführt werden.

Infolge der zu geringen Brennstoffzuteilung seien Müllabfuhr und Straßenreinigung so heruntergekommen, daß mit Seuchengefahren zu rechnen gewesen sei. Er habe jetzt von der Wehrmacht 100 Pferde bekommen, auch die anderen Schwierigkeiten seien behoben, so daß nunmehr die Straßenreinigung und Müllabfuhr zu 90% stehen. Die restlichen Schwierigkeiten z.B. hinsichtlich der Beschaffung neuer Wagen würden in zwei Wochen behoben sein.

Was die Hotelfrage angehe, so könne er gewährleisten, daß voraussichtlich Ende Juni die Mißstände auf diesem Gebiet beseitigt sein würden. Es seien bereits jetzt zusätzlich vielleicht 160 Hotelbetten geschaffen, und der Rest von weiteren 200 Betten werde Ende Juni vorhanden sein. Verschiedene Bauten müssten noch fertiggestellt werden. Das Grand-Hotel sei schon in Ordnung. In einem halben Jahr werde man über etwa 400 Betten neu verfügen, und dann könnte da, was in den ersten Jahren versäumt worden sei, in etwa wieder nachgeholt werden.

Die Grünanlagen würden so gepflegt, wie das einer Regierungshauptstadt würdig sei. Hier müsse etwas weiter gegangen werden, als es vielleicht manche Kreise im Reich verständen, weil die Deutschen leider nicht die Möglichkeit hätten, sich ausserhalb Krakaus zu erholen.

Schwierigkeiten beständen immer noch hinsichtlich der Wohnraumfrage. Man habe 6000 Räume für Deutsche geschaffen, darunter 2000 Räume in Neubauten. Alle diese Räume seien restlos aufgebraucht. Er habe jetzt nicht einen einzigen Raum mehr, alles andere sei der Wehrmacht zur Verfügung gestellt worden bezw. für die Deutschen, die hier hätten eingesetzt werden müssen. Nunmehr müssten Maßnahmen ergriffen werden, mit denen der nicht kriegsnotwendige Zuzug von Deutschen wie Polen verhindert werden könne. Er habe dem Gouverneur darüber einen Eilbericht erstattet, der aber offenbar nicht weitergeleitet worden sei. Weiter habe er den Staatssekretär dringend gebeten, eine Sitzung zur Beratung dieses Raumproblemes anzuberaumen und zu dieser Sitzung die Präsidenten Dr. Emmerich und Struve wie auch SS-Obergruppenführer Koppe hinzuzuziehen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß er sich in die Behandlung dieser Frage selber einschalten werde. Im übrigen bitte er zur Kenntnis zu nehmen, daß die Eigenschaft Krakaus nicht die der Hauptstadt eines Distrikts, sondern der Landeshauptstadt sei. Er ermächtige Stadthauptmann Dr. Krämer grundsätzlich, solche für die Gesamtsituation der Stadt und des Landes wichtigen Dinge sofort unmittelbar an ihn und an den Staatssekretär zu geben.

Staatssekretär für das Sicherheitswesen SS-Obergruppenführer Koppe führt aus: Die Sicherheit im Generalgouvernement sei zur Zeit keine Frage mehr, die man ausschliesslich für sich betrachten oder behandeln müsse, sondern sie sei im weitesten Umfange von der Lage an der Ostfront und überhaupt vom gesamten Kriegsgeschehen abhängig. Sie sei aber auch von den besonderen Maßnahmen abhängig, die man jetzt im Zuge der Rückverlegung der Front insbesondere in Galizien durchzuführen hätte. Ob diese Maßnahmen richtig oder falsch seien und in welcher Art sie durchgeführt würden, sei ausserordentlich beachtlich;

denn das fremde Volkstum lege in dieser Hinsicht alles, insbesondere die Haltung der Behörden und der deutschen Menschen, auf die Goldwaage.

Man habe bereits von Gouverneur Dr. Wächter gehört, daß ein Rückzug oder eine Räumung, wie sie in seinem Bereich vor sich ging, die Staatsautorität berühre und vielleicht auch berühren müsse. Das fremde Volkstum, das bisher mindestens arbeitsmässig positiv zur deutschen Führung gestanden habe, sei im Augenblick beunruhigt. Es wisse: die Russen stehen vor der Tür, es kann Dein Leben kosten, wenn die Bolschewisten feststellen, daß Du für die Deutschen in diesem Raum gewirkt hast. Daraus sei es auch zu erklären, daß gerade im Distrikt Lublin ein grosser passiver Widerstand bei der fremdvölkischen Bevölkerung in einer Form und einem Umfang festzustellen sei, wie man das bisher eigentlich nicht erlebt habe. Aus der Tatsache, daß ostwärts des Bug bis zur Front keine deutsche Verwaltung mehr tätig sei, werde gefolgert, daß dort in etwa ein Durcheinander herrsche. Die Banden könnten in diesem Raum eigentlich tun, was sie wollten. Sie kämen an den Bug und zögen sich nach einigen Tagen wieder auf das andere Ufer zurück.

Nach den ruhigen Monaten des November, Dezember und Januar habe sich die Sicherheitslage im Februar wieder versteift. Der Auftakt hierzu sei der Einbruch von zwei russischen Großbanden gewesen, die beide eine Stärke von rund w 2000 bis 3000 Mann gehabt hätten. Die Polizei habe etwa 5 Wochen hindurch in einem unerhört scharfen und harten Kampf mit diesen Banden gestanden. Die Polizei habe es sich zur Ehre gerechnet, daß sie die Banden nie länger als 5,6 oder 7 Stunden an einem Orte habe sitzen lassen. Die Polizei sei täglich am Feinde gewesen und habe auch Gefechtsberührung mit ihnen gehabt. Die Banden seien sehr stark dezimiert worden. Dieser fünfwöchige Bandenkampf sei für die Polizei die Generalprobe gewesen, und die Männer der Ordnungs-und Sicherheitspolizei hätten diese Probe glänzend bestanden. Ihm sei zwar von dem

Höheren SS- und Polizeiführer des benachbarten Bezirks gesagt worden, daß diesen Banden noch mehrere folgen würden, er sei aber überzeugt, daß die Tatsache, daß die Männer der Polizei hart am Gegener blieben und ihn täglich jagten, dazu beigetragen habe, daß im Generalgouvernement ein gewisser Bandenschreck, vom Standpunkt des Gegners aus gesehen, festzustellen sei. Die Generalprobe habe das Generalgouvernement davon verschont, heute bandenüberflutet zu sein. Eigentlich sei es doch auch recht seltsam, daß diese vielen tausende, um nicht zu sagen, Hunderttausende von Banditen, die im Raum hinter der Front ihr Unwesen getrieben hätten, jetzt nicht mehr in das Gebiet des Generalgouvernements eindrängen. Alle Dienststellen, die sich mit dieser Art des Kampfes zu beschäftigen hätten, seien erstaunt darüber, daß es bisher gelungen sei, grössere Banden in Stärke von 500 oder 600 Mann fernzuhalten.

Im gegenwärtigen Augenblick werde man keine russischen Grossbanden im Raum haben. Wohl aber gebe es in Galizien drei mittelstarke russische Banden, Die eine Bande, die eine Stärke von etwa 600 Mann habe, bewege sich jetzt südwestlich von Cholm. Sie sei von der Polizei sechs-mal angegriffen worden; auch die Luftwaffe habe die Polizei dabei unterstützt. Diese Bande sei stark angeschlagen und dezimiert und habe sich vor zwei Tagen in regelloser Flucht in Richtung auf den Bug befunden. Es sei damit zu rechnen, daß die Bande in den nächsten Tagen über den Bug zurückgeworfen werde. Dann gebe es noch 2 kleinere Banden oder mittleren Banden im Bilgorajer Wald. Die eine Bande, die eine Stärke von 200 Mann habe, stehe im Nordwestteil und sei von der Polizei auch schon bekämpft worden. Dieser Bande seien viel Verluste zugefügt und zahlreiches Material abgenommen worden. Eine andere Bande, die 300 Mann stark sei, befinde sich im Südosten des Bilgorajer Waldes; auch sie werde zur Zeit bekämpft. Eine Bande kommunister Prägung sei angesichts des Anmarsches einer Panzerdivision geflüchtet. Im Distrikt Galizien gebe es in der Gegend von Tarnopol eine polnische National-

bande,

die sich aber zur Zeit ruhig verhalte. Ausserdem gebe es im Nordosten von Galizien kurz hinter der Front eine kommunistische Bande und im Norden bei Rawa-Ruska 2 nationalukrainische Banden von 200 bis 300 Mann. Alle diese Banden hätten schon erhebliche Verluste gehabt. Unangenehm sei die Situation in dem Raum von Stryj. Dort befinde sich eine Bande von 2000 Nationalukrainern. Aber auch dieses Problem werde gelöst werden, wenn entsprechende Kräfte zur Verfügung ständen; er brauche mindestens 4 Bataillone, um erfolgreich wirken zu können. Auch diese Bande verhalte sich einigermassen ruhig und scheine auszubilden.

Die neue Auffangstellung sei sei mit vielem Schwung gebaut worden und habe auch im wesentlichen ihren Zweck erfüllt. Im Distrikt Lublin könnten zur Zeit nicht mehr Stützpunkte gebaut werden, sie könnten jedenfalls auch nicht besetzt werdn. Stützpunkte, die man nicht besetze, böten eine willkommene Gelegenheit für den Gegner, sich dort festzusetzen; andererseits verfielen sie auch, wenn sie nicht in Ordnung gehalten würden.

Im Distrikt Radom gebe es auch mehrere kleinere Bandengruppen in Stärke von 30 bis 60 Mann. Zwei solcher Bandengruppen von 40 bis 60 Mann seien scharf angegriffen worden und hätten Verluste erlitten.

Die <u>Widerstandsbewegungen</u> seien in den letzten Monaten aktiver geworden. Allein im März seien von Kommunisten, die Sabotagetrupps zusammengestellt hätten, 120 Bahnsprengungen verübt worden. Es sei ausserordentlich schwer, dieser Elemente habhaft zu werden, da sie die Taten zumeist in der Nacht verüben.

Die <u>Morde an Deutschen</u> in Warschau hätten zahlenmässig zugenommen. Ein grosser Teil dieser Morde sei darauf zurückzuführen, daß deutsche Soldaten oder andere deutsche Menschen eben nicht aufmerksam genug seien. Der Widerstandsbewegung komme es darauf an, wenn Soldaten angeschossen oder erschossen würden, sich möglichst in den Besitz der Waffen zu setzen. Die Widerstandsbewegungen seien in jeder Hinsicht Ernst zu nehmen. Gerade

in der nationalen Widerstandsbewegung seien Kräfte am Werke, die von Hause aus Fachleute seien; denn in der P.Z.P. gebe es Offiziere aller Truppengattungen, die ihr Handwerk gelernt hätten. Wenn auch die Widerstandsbewegungen sich untereinander nicht absolut handelseinig seien, wenn die P.Z.P. an London und der Emigrantenregierung hänge, und wenn die andere zu London in Opposition stehe, so verfolgten sie doch im Endeffekt das gleiche Ziel, die Occupanten aus dem Lande zu vertreiben und ein freies unabhängiges Polen aufzurichten. Die P.P.R. sei zahlenmässig erheblich schwächer als die anderen, aber sie werde von Moskau angewiesen und angeleitet, zu ihr kämen die Männer der GPU als Fallschirmspringer, und diese Bewegung werde immer wieder von neuem aufgefordert, Sabotage zu üben.

Die Widerstandsbewegungen beständen seit mehreren Jahren und hätten das klare Ziel des Aufstandes. Dieser Aufstand liege auch durchaus im Bereiche der Möglichkeit. Wann der Aufstand in Szene gesetzt werde, wisse man nicht; man könne es nur vermuten. Allgemein sei aber bekannt, daß er abrollen solle, wenn die Invasion versucht werde und gewisse Anfangserfolge erreicht seien. Die polnische Widerstandsbewegung nationaler Prägung vertrete die Ansicht, daß die einzigen Mächte, die ihr helfen könnten, die Westmächte seien. Sie glaubten, daß sie bei einer geglückten Invasion durch die Westmächte eingesetzt würden. Die Strategie eines Aufstandes sei heute anders als vor dreissig Jahren. Man würde sich bei einem Aufstandsversuch der Fallschirmspringer und der Luftwaffe bedienen, die bestimmte Städte 3 Tage hintereinander schwer bombardieren würde, um die deutsche Bevölkerung mürbe zu machen. Es sei nicht schwer, mit Hilfe von Fallschirmspringern einen Aufstand in einem Lande zu entfachen, das zu 98% von einem fremden Volkstum bewohnt werde. Alles das, was die nationale Widerstandsbewegung in jahrelanger Arbeit vorbereitet habe, könne in einem solchen Augenblick Wirklichkeit werden. Der Angreifer könne den Zeitpunkt, den Ort und die Art des Aufstandes bestimmen. Ein Aufstand, der von einem so hohen Prozentsatz fremden Volktums getragen sei könne nicht sofort niedergeschlagen

werden, wenn auf der Gegenseite Männer ständen, die bereit seien, ihr Leben einzusetzen. Man dürfe aber überzeugt sein, daß von der Polizei alle Vorbereitungen getroffen seien, um einem solchen Aufstand wirksam zu begegnen.

Über welchen Mengen von Waffen und Sprengstoffen der Gegner verfüge, habe man aus dem Bericht des Befehlshabers der Sicherheitspolizei gehört. Er sei stolz darauf, daß es der Sicherheitspolizei gelungen sei, gerade auch die Fertigungsstätten auszuräumen. Vonseiten der Polizei seien alle Vorbereitungen getroffen worden, die im Bereiche des Möglichen lägen und im Zuge des Denkbaren zu verwirklichen seien. Im Falle eines Aufstandes müssen selbstverständlich mit unerhörter Schärfe durchgegriffen werden. Deshalb müsse jetzt der tägliche Kleinkrieg mit aller Energie geführt werden. Je intensiver man diesen Krieg durchziehe, desto geringer müsse die Grundlage werden, auf der der polnische aktivistische Gegner stehe. Wenn Tag für Tag zwanzig bis dreissig Maschinenpistolen erbeutet würden, so erlahme seine Kraft zum Widerstand, und die psychologischen Erscheinungsformen seien andere, als wenn er im vollen Besitz seiner Waffen sei. Er lege auf diesen Kampf den grössten Wert. Wenn man Tag für Tag dem Gegner eine kleinere, mittlere oder grössere Schlappe zufüge, dann sei das Resultat gleichbedeutend beinahe mit einer gewonnenen Schlacht. In dem Zeitraum vom ersten Januar bis zum 31.März 1944 seien 3 219 Angehröige der Widerstandsbewegungen bezw. der Banden im Kampfe gefallen. 10 700 Personen seien in dieser Zeit festgenommen worden. Darüber hinaus seien grosse Mengen Waffen und Munition, Handgranaten, Sprengkörper usw. erbeutet worden. Diese Erfolge seien doch recht beachtlich und zeigten, daß die Männer der Sicherheitspolizei und Ordnungspolizei Tag für Tag in einem schweren Kampfe ständen und fast bei jeder Diensthandlung ihr Leben einsetzen müssten. Die Zahl der Toten der Sicherheits-und Ordnungspolizei sei doch recht groß, wenn auch gerade die Polizei sich schon zu schützen ververstehe; denn an solche Unternehmungen gehe sie mit

einigen Sicherheiten.

Sehr zu bedauern sei der Volkstumskampf zwischen Polen und Ukrainern insbesondere im Kreise Hrubieszow. Es sei zu überlegen, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um dieses wahnsinnige Blutvergießen zu unterbinden. Der Ukrainische Hauptausschuss und das polnische Hilfskomitée bäten beide, daß man ihnen helfe. Er habe diesen beiden Organisationen erklärt, sie möchten zunächst von sich aus etwas unternehmen; die Ukrainer könnten ihren Männern den Befehl geben, mit Gewehr bei Fuß zu stehen. Aber dieser Volkstumskampf werde eben mit der grössten Härte von seiten der Ukrainer geführt. Die Vorschläge des ukrainischen Hauptausschusses seien tatsächlich von seiten der Polizei aus gesehen nicht diskutabl. Wollte man sie durchführen, dann würden bestimmt noch mehr Polen abgeschlachtet werden.

Einige Sorge bereiteten zur Zeit die Einflüge der Engländer und Amerikaner, die allerdings keine Bomben abwürfen, dafür aber mit Fallschirmen Waffen, Sprengstoff und anderes Material zur Erde brächten. Ihm komme es darauf an, daß bei diesen Einflügen alle Deutschen im Raume mobilisiert würden und ihnen bei Luftalarm oder, falls sie Motorengeräusch hörten, äusserste Aufmerksamkeit anempfohlen werde. Es komme darauf an, die Flugroute einwandfrei festzustellen, insbesondere festzustellen, wo die Flugzeuge gekreuzt, grosse Schleifen gezogen oder Lichtsignale von oben gegeben hätten. Auch müsse beobachtet werden, ob von der Erde aus Lichtsignale gegeben würden. Er habe den Auftrag gegeben, für diesen Zweck Meldeköpfe anzulegen; der Postenführer müsse in der Lage sein, möglichst vielen deutschen Menschen in seinem Bereich davon Kenntnis zu geben, daß dort Einflüge erwartet würden. Dann müssten die deutschen Menschen aufs freie Feld hinausgehen oder auf ihre Dächer steigen und müssten beobachten.

Nach alledem könne er sagen: die Atmosphäre sei geladen, es dränge alles auf eine Entscheidung dieses Krieges. Die Widerstandsbewegung wartet auf den Zeitpunkt, da es im Westen losgehe. Aus allen diesen Gründen sei es erforderlich,

daß alle deutschen Menschen noch viel mehr als bisher die grösste Wachsamkeit an den Tag legen. Jeder müsse sich heute wirklich als den verlängerten Arm der Polizei oder des Nachrichtendienstes fühlen; jeder müsse noch skeptischer sein, ohne deshalb die Volkstumspolitik des Generalgouverneurs zu stören. Er begrüsse es, daß einige Hauptabteilungspräsidenten in der letzten Zeit der Polizei ganz ausgezeichnetes Material zur Verfügung gestellt hätten. Aber damit sei es noch nicht genug; denn die Kunst liege darin, durch vorbeugende Maßnahmen ein grösseres Unheil zu verhüten. Je mehr man in ruhiger Zeit vom Gegener wisse, desto mehr zerschlage man ihm seine Basis. Er wäre deshalb sehr dankbar, wenn die Hauptabteilungspräsidenten ihre Mitarbeiter darüber nochmals aufklärten und sie, natürlich in diskreter Form, entsprechend belehren würden.

Er könne dem Herrn Generalgouverneur versichern, daß alle Sparten der Polizei und auch die SS tagtäglich an der Arbeit und eifrig und ehrlich bemüht seien, die Einheiten weiter zu festigen. Jede Gelegenheit werde benützt, um die Männer weltanschaulich zu schulen; denn diese Schulung sei das wichtigste Fundament für den schweren Kampf. Man sei dabei, überall dort noch auszubilden, wo es überhaupt möglich sei. Leiderständen die Verbände vielzusehr im Einsatz. Trotzdem werde weiter neu ausgebildet. Man sorge für eine entsprechende Ausrüstung der Truppe, man werde sie mit grossen Mengen von Waffen versehen, Geschütze, Panzerabwehrkanonen, neue Panzer brechende Waffen usw. seien in den letzten Monaten angeschafft worden, und man werde versuchen, diese Bewaffnung noch weiter zu steigern. Man sei auch bemüht, die Einheiten zu verstärken. Man habe zum Teil grosse Verluste, ohne daß die Berliner Dienststellen in der Lage wären, den notwendigen Ersatz zur Verfügung zu stellen. - Der Herr Generalgouverneur dürfe versichert sein, daß an dem Instrument der SS- und Polizei täglich weitergearbeitet werde und dieses Staatsschutzkorps im Augenblick der Gefahr in der Hand des Herrn Generalgouverneurs ein starkes Element bilden werde.

In seinem Schlußwort führt Staatssekretär Dr. Bühler aus:

Herr Generalgouverneur, Sie haben zu Beginn der Sitzung ein personalpolitisches Problem angeschnitten. Dazu darf ich sagen, daß das Generalgouvernement groß und auch aufnahmefähig genug ist, daß jede gute Kraft, die uns das Reich anbietet, bei uns eingebaut werden kann. Erfreulicherweise sei nun im Reich eine Umkehr dahin eingetreten, daß uns auch gute Kräfte angeboten werden. Es wäre töricht, sie zurückzuweisen.

Im Zusammenhang damit muß daran gedacht werden, auf weite Sicht einen Austausch der Kräfte aus der Aussenverwaltung im Wechsel mit den Dienststellen der Zentralverwaltung vorzunehmen. Gewiss wäre es im gegenwärtigen Zeitpunkt während des Krieges nicht zweckmässig, einen Kreishauptmann, der seine Geschäfte sehr gut führt, gegen einen anderen, wenn auch noch so guten Kreishauptmann auszutauschen, weil vielleicht gerade das Gesicht dieses Mannes für das Vertrauen der Bevölkerung von grösster Bedeutung ist. Ich bin mit Herrn Präsidenten Dr. von Craushaar darin einig, daß bei diesen Schlüsselstellungen ein solcher Austausch viel schwerer vorgenommen werden kann. Aber bei allen übrigen Gefolgschaftsmitgliedern, die sich durch eine Schulung in der Aussenverwaltung und bei den Zentralstellen das nötige Können und Wissen und ein fortschreitendes Verständnis für die Verwaltung des Generalgouvernements angeeignet haben, wird sich dieser Austausch ermöglichen lassen.

Die Arbeiterwerbung im Generalgouvernement begegnet mehr denn je grossen Schwierigkeiten. Ich habe heute ein Bild nach der Richtung, daß es viele Kreishauptmannschaften gibt, in denen bei richtiger Handhabung das volle Kontingent der im Interesse des Reiches geforderten Arbeiter geworben worden ist. Dann gibt es wieder andere Kreishauptmannschaften, in denen überhaupt nichts erreicht worden ist. Daran ist auch nicht immer der Kreishauptmann schuld. Ich bin aber mit Präsident Struve darüber in Verhandlungen, daß wir die Möglichkeiten,

auf legale und vernünftige Weise Arbeitskräfte zu werben, der Aussenverwaltung aufzeigen und daß Methoden etwa von der Art eines Sklavenfanges auf keinen Fall Platz greifen dürfen, sondern verboten werden müssen. Ich hoffe, daß trotzdem das Möglichste für das Reich aus unserem Gebiet herausgeholt werden kann.

Auf dem Gebiet des Schleichhandels wird eine zufriedenstellende und restlos glücklich machende Lösung während des Krieges nicht zu erzielen sein. Wenn aber Sicherheitspolizei und Ordnungspolizei ihr Augenmerk vor allem dem gewerbsmässigen Schleichhändler und Wiederverkäufer von Schleichhandelsware zuwendet und wenn diese Quellen verstopft würden, würde das Bild anders werden.

Auf dem Gebiet der Finanzen wird angesichts des Einbruches der Sowjets in unser Gebiet ein Kriegsschädenproblem aufsteigen, das in seinem Ausmaß heute noch nicht übersehen werden kann. Wir werden deshalb gut tun, dieses auf uns zukommende Problem bereits heute in Rechnung zu stellen.

Die militärische Lage im Generalgouvernement geht seit Wochen bereits einer Konsolidierung zu. Die Hand des Führers, der zugesagt hat, das Generalgouvernement als ganzes erhalten zu wollen, ist hierbei deutlich zu erkennen. Dabei ist aber bereits die erfreuliche Feststellung zu machen, daß die Räumungsmaßnahmen, die die Regierung durchführt, in jeder Hinsicht einwandfrei und zielrichtig angesetzt werden. Sowohl die Art wie der Umfang und der Erfolg der Räumung bestätigen die bisher von der Regierung getroffenen Maßnahmen in jeder Weise als richtig. In großen Gebieten ist die Räumung vollständig abgeschlossen, und man kann heute bereits daran denken, minder wertvolle Güter, an denen uns aber auch noch gelegen ist, zurückzuführen. Weniger glatt ist es nach dem Eindruck, den ich aus den Berichten habe, mit der Räumung der Familienangehörigen gegangen. Es sollen

sich noch wesentliche Teile der Familienangehörigen aus den Ostgebieten im Generalgouvernement herumtreiben. Meine Feststellungen sind noch nicht abgeschlossen; ich möchte besonders die Herren in leitender Stellung bitten, ebenso, wie sie alle ihre Familien in der Krisenzeit bei sich behalten und dadurch die Stimmung der deutschen und fremden Bevölkerung gefestigt haben, dann, wenn ein Räumungsbefehl erteilt ist, ihn auch in ihrem Familienkreis zur Durchführung zu bringen.

Die durch den Einfall der Russen entstandenen Schäden sind ausserordentlich groß. Zum mindesten für eine gewisse Zeit sind hier im Generalgouvernement zwei Distrikte, und zwar gerade die Überschussdistrikte ausgefallen. Ich will sehr hoffen, daß nicht der eine dieser Distrikte sogar ~~nicht~~ noch ein Zuschussdistrikt wird. Andererseits glaube ich, daß besonders der Distrikt Lublin, der heute bereits den ersten Schaden, den er durch das Nahekommen der Bolschewisten erlitt, überwunden hat, dazu beitragen wird, daß die Einschränkung der Ernährung durch Sonderzuteilungen von Fall zu Fall nach Maßgabe der Erträgnisse des Distrikts Lublin erträglich gemacht werden kann.

Im übrigen ist eine weitere Schadensquelle auch der Umstand gewesen, daß die kämpfende Truppe sich an Ort und Stelle selbst versorgt. Präsident Naumann ist aber im Begriff, diese Übergriffe möglichst abzustellen oder, wenn sie geschehen sind, die unrechtmässig entnommenen Waren und Versorgungsgüter in unserer Bilanz zur Geltung zu bringen.

Der zweite mindestens ebenso grosse Schaden wie der materielle Schaden ist der Rückschlag der Stimmung der Bevölkerung. Aus diesen Schadensquellen ergibt sich auch die Aufgabe für die Zukunft, nämlich die bisher unberührt gebliebenen und vom Feinde in keiner Weise beeinträchtigten drei anderen Distrikte den Schaden, der in den vom Feinde berührten Gebieten entstanden ist, wieder gut machen zu lassen. Das können sie dadurch erreichen,

daß die Produktionsmittel, die für die anderen Distrikte bestimmt waren, nun in den unberührten Distrikten zum Einsatz kommen, weiter dadurch, daß der Apparat, der auf dem Gefolgschaftssektor in den geräumten Gebieten freigeworden ist, vorübergehend in den unberührten Distrikten eingesetzt wird. Selbstverständlich muss aber dem Distrikt Lemberg das belassen werden, was zur Vervollständigung seiner persönlichen Ausrüstung erforderlich ist. Es wäre aber unverantwortlich und höchst abwegig, wenn ähnlich dem Hamstern von Butter und Fett Arbeitskräfte nur aus egoistischen Motiven und zu dem Zweck, sie später irgendwie einzusetzen, zurückgehalten und in ihrer Arbeitskraft nicht voll ausgelastet würden.

Für die Wiederherstellung der deutschen Autorität wie der Haltung und Stimmung der Fremdbevölkerung wird eine besonders auf diesen Zweck zugeschnittene und besonders intensive <u>Propaganda</u>, die im engsten Einvernehmen mit dem Distrikt von der Hauptabteilung Propaganda durchzuführen wäre, von ausserordentlicher Bedeutung sein. Diese Propaganda hätte einen besonders guten Start dadurch, daß ja ~~gottseidank~~ der grösste Teil der polnischen Bevölkerung gottseidank anti-bolschewistisch eingestellt ist.

Herr Generalgouverneur, Sie haben gestern dem <u>Landesinspekteur</u> eine erste grosse Aufgabe dahin zugeteilt, daß er die Kriegsschäden im Distrikt Galizien und den übrigen Distrikten feststellen, daß er Ihnen weiter die Maßnahmen vorschlagen soll, die für die Wiederinstandsetzung der Verwaltung und die Wiedergutmachung der Schäden von der Regierung zu ergreifen sind. Der <u>Landesinspekteur</u> wird diese seine Aufgabe im engsten Einvernehmen mit dem Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung und den Distriktschefs in Lemberg und Lublin durchführen.

Im übrigen hat die Entwicklung der militärischen Lage im Osten auch noch eine gute Seite geschaffen. Wie noch nie können Sie, Herr Generalgouverneur, auf eine Verwaltung blicken, die in ihrer Homogenität gefestigt, in ihrem Willen und ihrer Arbeit so ausgerichtet ist wie noch nie, die auch das starke Bewusstsein gewonnen hat, daß durch eine vernünftige zentrale Leitung zentraler Probleme

allen Beteiligten Vorteil erwachsen wird. Ich bin ausserordentlich stolz, Ihnen, Herr Generalgouverneur, versichern zu können, daß Sie heute über eine Regierung verfügung, die in Treue, in Gehorsam und hingebungsvoller Arbeit, in strikter Einordnung in Ihre überragende Führung in Ihren Händen das Instrument sein wird, mit dem Sie die Ihnen vom Führer übertragene verantwortungsvolle Aufgabe zu meistern in der Lage sind. Wir schreiten in die Zukunft im unbeirrbaren Glauben an den deutschen Sieg und an die deutsche Kraft.

Die Sitzung wird darauf von dem Herrn Generalgouverneur geschlossen.

Schluß der Sitzung 16 Uhr.

IV/B Krakau

1.

Freitag, den 12. Mai 1944

11[15] Gouverneur-Sitzung.

Teilnehmer:

Der Herr Generalgouverneur
Staatssekretär Dr. Bühler
Staatssekretär Koppe
Präsident Dr. von Craushaar
Gouverneur Dr. von Burgsdorff
Gouverneur Dr. Fischer
Gouverneur Kundt
Gouverneur Dr. Wächter
Gouverneur Dr. Wendler.

Einleitend gibt der Herr Generalgouverneur seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß er Gelegenheit habe, alle schwebenden Fragen mit den Gouverneuren zu besprechen. Über die Lage selbst sei kein Wort zu verlieren. Die Meldungen, die von allen Seiten kämen, seien alles andere als beruhigend. Andererseits bestehe kein Zweifel, daß man die Haltung bewahren werde. Wie allen andern Instanzen spreche er auch den Gouverneuren seinen Dank und seine Anerkennung für ihre hervorragende Bewährung in dieser Schicksalszeit aus. Auch die Gouverneure könnten auf die Anerkennung des Führers stolz sein. Nach wie vor komme es darauf an, das Prinzip der Einheit der Verwaltung und Führung in der Linie Generalgouverneur, Gouverneur, Kreis- und Stadthauptmann als das Rückrat des Aufbaues des Generalgouvernements aufrecht zu erhalten.

Gouverneur Kundt berichtet dann über die Sicherheitslage im Distrikt Radom. Die normale Gestaltung der Sicherheitslage sei unabhängig von psychologischen und sonstigen Fragen, die mit der Invasion zusammenhängen. Die Bandentätigkeit habe sich gesteigert. Die Zahl der Überfälle auf Deutsche und der Morde an ihnen nehme in den letzten Wochen erheblich zu. Starke Ver-

12.5.1944

luste habe auch die Gendarmerie und ein Sonderdienstkommando erlitten.

In Kielce sei von der Wehrmacht dem Stabe des Ministeriums Rosenberg zur Unterbringung von verletzten Russen ein Lager zur Verfügung gestellt worden, das auch von nichtdeutschen Mannschaften bewacht wird, woraus sich mancherlei Unzuträglichkeiten ergäben. Weiter befinde sich bei Konskie ein Barackenlager, in welchem 1500 Ostlegionäre untergebracht seien. Ein grosser Teil dieser Legionäre sei an Tuberkulose erkrankt und werde von nichtdeutschen Ärzten betreut, denen nur 1 deutscher Chefarzt übergeordnet sei. Auch hier hätten sich sehr unliebsame Verhältnisse herausgestellt.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Staatssekretär Dr. Bühler, die Frage dieser beiden Läger einer gründlichen Untersuchung zu unterziehen, und bezüglich des Lagers in Konskie den Präsidenten Professor Dr. Teitge von den dort herrschenden Verhältnissen in Kenntnis zu setzen.

Gouverneur Kundt geht sodann auf die Gesamtlage im Distrikt Radom ein. Wie ihm der SS- und Polizeiführer mitgeteilt habe, seien Pläne aufgefunden worden, aus denen sich ergäbe, daß um die Mitte des Monats Mai herum im Zusammenhang mit der Invasion eventuell eine Aufstandsbewegung zu gewärtigen sei, auf die man sich selbstverständlich in irgend einer Form vorbereiten müsse. Man werde kaum in der Lage sein, sich angesichts der geringen Zahl von Kräften der Polizei und Wehrmacht der Partisanen zu erwähren. Im Zusammenhang mit der Entwicklung der politischen und der Sicherheitslage sei die Arbeitererfassung trotz größter Anstregung äusserst schwierig. Die Zahl von 15 000 Mann die der Distrikt Radom stellen solle, werde nur zu 46% erreicht werden können. Das Sonderdienstkommando sei fast aktionsunfähig geworden. Im übrigen könne ja auch das Ergebnis der Arbeitererfassung angesichts der Anforderungen der Rüstungsindustrie nicht befriedigend sein. Von einer

freiwilligen Meldung könne kaum noch gesprochen werden, was aber auch zu verstehen sei, da die Arbeiter ihre Familien bei den jetzt herrschenden unsicheren Verhältnissen nicht im Stiche lassen wollten.

Der Sonderbeauftragte für die Leistungssteigerung im Generalgouvernement Bodo Stahr berufe sich auf eine Verfügung des Generalgouverneurs, nach welcher er berechtigt sei, im Rahmen dieser Leistungssteigerung auch die polnische Arbeiterschaft zu schulen. Damit greife er doch wohl in eine Aufgabe hinein, die anderen Instanzen zustehen. Der Sonderbeauftragte habe im Distrikt Radom den Parteigenossen Schöne neben der Staatsapparatur mit dieser Aufgabe betraut, und Pg. Schöne setze nun wieder innerhalb der Kreishauptmannschaften und der Betriebe polnische Beauftragte ein. Er habe dem Pg. Schöne die ihm vom Bereichsleiter Stahr übergebene Urkunde abgenommen. Der Distriktsverwaltung sei jedenfalls amtlich darüber nichts mitgeteilt worden, welche Rechte und Zuständigkeiten Bereichsleiter Stahr habe. Ihm habe Pg. Stahr lediglich mitgeteilt, daß über die Errichtung neuer Werkküchen zentrale Weisungen ergehen sollten.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Staatssekretär Dr. Bühler diese Frage einer Prüfung zu unterziehen, und wendet sich in diesem Zusammenhang gegen neuerdings in der Krakauer Zeitung erscheinende Verlautbarungen des Bereichsleiters Stahr, wenngleich er andererseits die guten Leistungen des Pg. Stahr durchaus anerkennen wolle. Er ersucht Gouverneur Kundt, ihm einen schriftlichen Bericht darüber zu erstatten.

Gouverneur Kundt wendet sich weiter gegen einen von Ministerialrat Dr. Schulte-Wissermann herausgegebenen Erlaß, nach welchem die polnischen Bürgermeister mit einem Strafrecht bis zu 3000 Zloty und gegebenenfalls mit der Befugnis zur Verhängung von Haftstrafen ausgestattet werden sollen. Es gehe nicht an, einem polnischen Bürgermeister staatliche Hoheitsrechte zu übertragen, die grundsätzlich beim Kreishauptmann liegen müssen. Auch könne z.B. eine solche Regelung überhaupt

nur auf Grund der geltenden Verwaltungsanordnung durch den Staatssekretär erfolgen.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß sich Ministerialrat Dr. Schulte-Wissermann in diesem Erlaß vom 28. Januar 1944 auf die Zustimmung der Hauptabteilung Innere Verwaltung berufe. Wenn auch gegen eine Übertragung von Strafrechtsbefugnissen auf polnische Bürgermeister an sich nichts zu sagen sei, so dürften doch die fremdvölkischen Bürgermeister keine Strafbefugnisse erhalten, die weit über das Niveau derjenigen des Kreishauptmanns hinaus gingen. Jedenfalls müsse diese Frage von Staatssekretär Dr. Bühler genau überprüft werden.

Gouverneur Kundt weist ferner darauf hin, daß die Frage der Beitragsleistung der Kommunen zu den Kriegslasten noch ungeklärt sei. Gegen einen in dieser Beziehung vorliegenden Verordnungsentwurf müßte er gegebenenfalls in-sofern Stellung nehmen, als sich darin die Hauptabteilung Innere Verwaltung die Entscheidung vorbehalte, der Gouverneur aber überhaupt nicht in diese Regelung eingeschaltet werde.

Den dauernden Bestrebungen der Hauptabteilung Gesundheitswesen, die Gesundheitsämter bezw. den Amtsarzt bei der Kreishauptmannschaft zu einer selbständigen Behörde neben dem Kreishauptmann zu machen, müssem entgegengewirkt werden. Als Begründung werde wohl angeführt, man könne keine Ärzte für diese Tätigkeit finden, weil sie sich dem Kreishauptmann nicht unterstellen wollten. Dagegen, daß der Amtsarzt in fachmedizinischen Angelegenheiten einen unmittelbaren Schriftverkehr mit der Hauptabteilung Gesundheitswesen führen könne, sei wohl nichts einzuwenden, und er habe auch einen entsprechenden Erlaß ausgearbeitet, durch den eine kleine Lockerung in praktischer Hinsicht herbeigeführt werde. Gleichwohl halte er eine Kontrolle der Amtsärzte durch die Kreishauptmänner für durchaus geboten.

12.5.1944

Staatssekretär Dr. Bühler weist darauf hin, daß bisher die Amtsärzte dem Amt Innere Verwaltung beim Kreishauptmann unterstellt gewesen seien. Dieses Amt werde in der Regel von einem Inspektor, einem Sekretär oder auch einem Laienangestellten verwaltet. Das Bestreben der Ärzte, die eine Spezialausbildung genossen hätten, aus dieser Stellung herauszukommen, sei verständlich. An dem Grundsatz der Einheit der Verwaltung könne nicht gerüttelt werden. Zweckmässig wäre es wohl, beim Kreishauptmann ein eigenes Amt für Gesundheit einzurichten, das der Amtsarzt übernähme.

Der Herr Generalgouverneur wünscht Vortrag über diese Angelegenheit in Gegenwart des Präsidenten Professor Dr. Teitge.

Gouverneur Dr. Fischer berichtet zunächst ebenfalls kurz über die Sicherheitslage im Distrikt und in der Stadt Warschau. Während die Lage auf dem flachen Lande im allgemeinen noch einigermassen zufriedenstellend sei, sei sie nach wie vor in der Stadt Warschau sehr besorgniserregend. Die Masse der Warschauer Bevölkerung sei jedoch durchaus loayal, und Sabotageakte von seiten der Arbeiterschaft kämen kaum vor.

Der Herr Generalgouverneur weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß Warschau schon in ruhigen Zeiten eine Verbrecherzentrale gewesen sei. Das liege eben im Charakter einer Millionenstadt. Vor allem müsse auch ein Weg gefunden werde, um die völlig überflüssigen unkontrollierten Deutschen aus der Stadt herauszubringen.

7

Gouverneur Dr. Fischer gibt zu bedenken, daß der SD. in Warschau keine Möglichkeit habe, eine Wirtschaftspolizei aufzustellen, um in Lokalen und anderswo Kontrolle durchzuführen. Gleichwohl sei man bestrebt, in Hotels usw. scharfe Kontrollen zu machen. Jeder Deutsche, der sich schlecht benehme, werde ausgewiesen, korrupte Elemente würden gegebenenfalls mit Zuchthausstrafen belegt. Aber alles das bringe keinen rechten Erfolg, da

keine Exekutive zur Verfügung stehe. Die Preisüberwachungsstelle sei auch nicht in der Lage, Wandel zu schaffen. Die Staatsanwaltschaft greife wohl einige Fälle auf, bereite sie aber nicht genügend vor, und so daure es Monate, bis die Gerichte einschreiten können. Es fehle vor allem ein Stab erfahrener Kriminalisten, der sich ausschließlich mit diesen Wirtschaftsvergehen befasse.

Gouverneur Dr. Fischer berichtet dann von 2 Skandalfällen, bei denen ein Reichsbahnrat und ein Angehöriger der O.T. eine Rolle gespielt hätten.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Gouverneur Dr. Fischer, ihm einen schriftlichen Bericht über diese beiden Fälle zu übersenden.

Gouverneur Dr. Fischer weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß sich die Tätigkeit der Preisüberwachungsbehörde bisher wenig erspriesslich ausgewirkt habe. Sie habe versucht, Geld beizutreiben, habe aber die Betreffenden nur im Unterwerfungsverfahren belangt, und diese Elemente arbeiteten dann ruhig weiter. Er sei übrigens als Zeuge in einem Prozeß geladen und solle darüber aussagen, daß die Generaldirektion der Monopole seit längerer Zeit ihre eigenen Erzeugnisse durch Agenten vertreiben lasse. In diesem Prozeß werden den Angeklagten vorgeworfen, 5000 Zigaretten zu Schleichhandelspreisen erworben zu haben.

Staatssekretär Dr. Bühler bemerkt dazu, daß Wodka von seiten der Monopolverwaltung zu erhöhten Preisen frei verkauft werde und darin eine Art der Steuereinhebung liege. Der Wodka, der ursprünglich mit 220 Zloty verkauft worden sei, habe jetzt wohl einen Preis von 170 Zloty.

Der Herr Generalgouverneur nimmt das Vorbringen des Gouverneurs Dr. Fischer amtlich zur Kenntnis und beraumt für die nächste Woche eine Sitzung an, in der diese Frage in Gegenwart des Präsidenten Dr. Senkowsky und unter Zuziehung des Gouverneurs Dr. von Burgsdorff

besprochen werden soll. Die von Gouverneur Dr. Fischer geltend gemachten Bedenken teile auch er. Leider stehe man aber auf dem Währungsgebiet beinahe vor einer Katastrophe, und er habe sich seinerzeit, nur einem starken Zwange folgend, für diese Regelung erklärt, zunächst allerdings nur für die Dauer eines Viertel Jahres. Eine amtliche Legalisierung des Schleichhandels dürfe aber darin nicht liegen.

Staatssekretär Dr. Bühler bemerkt, daß der zu diesen hohen Preisen verkaufte Wodka besonders gekennzeichnet und das Gericht jeder Zeit in der Lage sei, zu prüfen, ob es sich um Wodka handle, der auf diesem immerhin rechtmässigen Wege in den Verkehr gelangt sei.

Gouverneur Dr. Fischer führt in seinem Bericht fort und weist darauf hin, daß die Wirtschaft, soweit es sich um die Rüstungsbetriebe handele, vollauf beschäftigt sei. Leider seien jedoch Hunderte von sogenannten Zubringerbetrieben, die sich in Händen von Polen befänden, sehr schlecht mit Aufträgen versorgt und könnten nur unter größten Schwierigkeiten aufrecht erhalten werden. Im übrigen arbeiteten diese Betriebe vielfach schwarz. Er habe deshalb vorgeschlagen, alle nicht lebensfähigen Betriebe zu schliessen, damit die Arbeiter für das Reich freigemacht werden könnten. Die Hauptabteilung Wirtschaft wolle diese Betriebe allerdings halten, weil es die einzigen seien, auf die sie noch Einfluß habe. Auch er halte es nicht für notwendig, daß Bereichsleiter Bodo Stahr sich Dienststellen aufziehe, sondern er solle sich der dafür vorhandenen Instanzen, vor allem der Abteilung Wirtschaft bedienen.

Für den Luftschutz seien alle nur denkbaren Vorbereitungen getroffen worden.

Was die Frage der Unterstellung des Gesundheitswesens unter die Kreishauptmannschaft angehe, so habe diese Frage im Distrikt Warschau bisher zu keinen Schwierigkeiten geführt. Man habe vielmehr auch hinsichtlich der Seuchenbekämpfung sehr gute Erfolge gehabt, und zwar auch mit Hilfe von polnischen Kreisärzten.

Die übrigen Verwaltungszweige arbeiteten durchaus normal. Die Arbeitererfassung werde allerdings immer

schwieriger. Auch die Vieherfassung im Distrikt betrage z.Zt. nur 74%, und trotz der Zusammenarbeit mit der Polizei seien die Viehlieferungen von ausserhalb beinahe völlig eingestellt; aus dem Distrikt Radom kämen nur noch 20%, aus den Distrikten Lublin und Galizien überhaupt nichts mehr. - Zu begrüssen sei die enge Zusammenarbeit der Distriktsverwaltung mit allen Hauptabteilungen.

Gouverneur Dr. Wendler berichtet über die Sicherheitslage im Distrikt Lublin, die z.Zt. äusserst angespannt ist. Insbesondere im Südteil des Kreises Hrubieszow herrsche infolge des Volkstumskampfes zwischen Polen und Ukrainern eine ausgesprochene Aufstandsbewegung. Die unruhigen Verhältnisse wirkten sich naturgemäß auch auf die Leistungen der Landwirtschaft aus. Besonders ungünstig lägen die Verhältnisse im Kreise Zamosz, da der Volkstumskampf aus dem Südteil des Distrikts in diesen Kreis übergegriffen habe. Hier würden polnische Arbeiter am hellichten Tage von den Ukrainern ermordet. Die Deutschen dieses Kreises seien angesichts ihrer Inanspruchnahme für die Landwirtschaft nicht in der Lage, Polizeidienst zu machen. Er habe einen Bericht über die Dinge an den Reichsführer SS gesandt und ihn um Schutz für dieses Gebiet gebeten. Ob mit einer Einrichtung von 25 Stützpunkten zu je 100 Mann im Distrikt Lublin grundlegend geholfen werden könne, stehe noch dahin. Trotz der höchst angespannten Lage im Distrikt Lublin sei das Land doch im wesentlichen bestellt worden. Bei der Erfassung von Vieh habe sich der Sonderdienst sehr gut bewährt, er müßte aber um mindestens 150 Mann verstärkt werden.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Gouverneur Dr. Wendler, daß die Zahl der Stützpunkte auf mindestens 120 erhöht werden müsse.

Unbeschadet des Rechts übergeordneter Instanzen, Ausweisungen aus dem Generalgouvernement aus sicherheitspolizeilichen Gründen zu verfügen, müßten auch die Gouverneure zu dieser Frage eine Zuständigkeit erhalten.

9

12.5.1944

Staatssekretär Dr. Bühler weist auf die neue Disziplinarstrafordnung hin, in der auch als Strafe die Ausweisung vorgesehen ist. Danach kann die Regierung den Antrag auf Ausweisung einer Person an den Befehlshaber der Sicherheitspolizei weiterleiten, der dann darüber entscheidet. Es sei vorgesehen, daß die Ausweisung im Einvernehmen mit dem Höheren SS- und Polizeiführer erfolge.

Der Herr Generalgouverneur ist der Auffassung, die Regelung würde bedeuten, daß er dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei unterstellt sei. Er halte das selbstverständlich für völlig ausgeschlossen. - Der Herr Generalgouverneur ersucht Gouverneur Dr. Wendler, über einen von ihm erwähnten Fall der Nichtausweisung einer Person trotz Vorliegen bestimmter Verfehlungen Bericht zu erstatten. Er werde gegebenenfalls die Ausweisung sofort verfügen.

Staatssekretär Koppe ist schon aus rein ordnungspolitischen Tendenzen dafür, daß jeder streng vorbestrafte Deutsche das Generalgouvernement zu verlassen hat. Er übernehme die Gewähr dafür, daß die Sache bei ihm absolut korrekt gehandhabt würde. Man müsse allerdings bedenken, daß die Sicherheitspolizei durchaus überlastet sei. Er halte es nicht für richtig, daß der Generalgouverneur selber darüber entscheide.

Der Herr Generalgouverneur bittet Staatssekretär Dr. Bühler und Gouverneur Dr. Wendler, sich in der Frage der Ausweisung an Staatssekretär Koppe zu wenden. Gegebenenfalls würde er sich die Entscheidung selber vorbehalten. Diese Regelung solle für alle Gouverneure Geltung haben.

Gouverneur Dr. Wendler teilt dann mit, daß gegen im Polizeihilfsdienst eingesetzte Beamte und Angestellte der Distriktsverwaltung von seiten der Hauptabteilung Finanzen Rückforderungsansprüche wegen zu viel gezahlter Tagegelder gestellt würden. In einem Falle handle es sich um eine Summe von 2 360 Zloty. Er bitte, dafür zu sorgen,

12.5.1944

daß diese Rückzahlungsansprüche nicht aufrecht erhalten würden. - In diesem Zusammenhang bemerkt Gouverneur Dr. Wendler, daß 86 Gefolgschaftsmitglieder der Distriktsverwaltung in der Zeit vom 1. Juli 1943 bis 15. April 1944 5124 Tage Polizeidienst verrichtet hätten.

Der Herr Generalgouverneur ersucht die Staatssekretäre Dr. Bühler und Koppe, die Frage der Polizeihilfsdienstpflicht und die damit im Zusammenhang stehende Frage der Zurückzahlung von Tagegeldern einer eingehenden Prüfung zu unterziehen.

Gouverneur Dr. Wendler geht dann auf die Frage des Gesundheitswesens ein und gibt der Ansicht Ausdruck, wenn der von Präsident Professor Dr. Teitge in der Frage der Amtsärzte vertrete Standpunkt richtig wäre, dann könnte weder der Kreishauptmann noch der Gouverneur irgendeine Anordnung treffen. Schließlich würden diese Instanzen auch nicht so ungeschickt sein, in medizinischen Dingen Anordnungen zu geben. Offenbar gehe man im Reichsministerium des Innern nur von der Ansicht aus, daß es sich hier lediglich um fachärztliche Angelegenheiten handelt.

Abschliessend berichtet Gouverneur Dr. Wendler von Massnahmen, die auf dem Gebiet der Räumung und des Abtransports von Gütern getroffen worden sind.

(Die Sitzung wird hierauf unterbrochen)

15[15] Fortsetzung der Gouverneur-Sitzung.

Gouverneur Dr. Wächter berichtet über die Lage im Distrikt Galizien. Es zeige sich eine langsame Konsolidierung der Verhältnisse. Die Erfassungssituation habe sich in den letzten Tagen etwas gebessert, da die Wehrmacht für die Erfassung im Interesse der rückwärtigen Dienststellen und damit auch der zivilen Versorgungsbetriebe 2 Bataillone zur Verfügung gestellt habe. Die Buttererfassung sei auf 2 000 kg wöchentlich zurückgegangen. Die Wehrmacht erhalte zwar alles von der Bevölkerung, jedoch auf Kosten des Generalsektors der Verwaltung. Wenn die Front stabil bleibe, würden sich aber wohl die Verhältnis-

se bessern. Die Disziplin der Truppe sei ebenfalls besser geworden, nach dem Generalfeldmarschall Model einen Befehl erlassen habe, in welchem unter Androhung von Kriegsrecht darauf hingewiesen werde, daß sich die Truppe im Heimatgebiet befinde und sich keinesfalls auf direkten Wege versorgen dürfe. Die Zusammenarbeit von Verwaltung und Wehrmacht sei vorzüglich.

Die größte Sorge bereite ihm z.Zt. der Umstand, daß die Wehrmacht auf dem Standpunkt stehe, Lemberg müsse geräumt werden, was eine Bewegung von etwa 200 000 Menschen zur Folge haben würde. Man befürchte, daß dann nur die schächtesten Elemente in der Stadt blieben und dort plünderten, daß sich weiter in den Ruinen solche Elemente sehr gut verbergen könnten.

Der Initiative des Präsidenten Dr. von Craushaar sei es zu danken, daß zwei Drittel des Personals der Distriktsverwaltung wieder sich an den Dienststellen befinde. Die Einheit der Verwaltung habe sich absolut bewährt. Leider habe man mit dem technischen Amt und der Forstverwaltung keine guten Erfahrungen gemacht; diese Dienststellen seien als erste abgerückt.

Die Bandenlage zeige gegenüber dem März im April eine Verschärfung, während im Monat Mai wieder ein gewisses Zurückgehen der Überfälle zu beobachten sei. Ein grosser Truppenübungsplatz, der habe geräumt werden müssen, stehe jetzt leer und stelle einen idealen Versammlungsplatz für Banden sowie ein Gelände für Luftlandungen dar. Dieses Gelände könnte nutzbar gemacht werden, wenn Baracken zur Verfügung gestellt würden. Die Delta-Werke verfügten über eine grosse Anzahl solcher Baracken.

Gouverneur Dr. Wendler gibt dann einen Überblick über die Bandentätigkeit. Ein besonderes Problem stelle die Bandera-Bewegung dar, deren Angehörige imnletzten halben Jahr 6000 Polen umgebracht sowie Gehöfte und Liegenschaften niedergebrannt hätten. Die Distriktsverwaltung habe frühzeitig darauf hingewiesen, daß man sich nicht gegen den fanatischen Haß einer liegenschaftsfeindlichen Bevölkerung durchsetzen könne. Man habe seinerzeit auf diesen Liegenschaften polnische Betriebsleiter eingesetzt, die aber kein Interesse an den Tag gelegt

<u>12.5.1944</u>

hätten und frühzeitig die Betriebe verlassen hätten.

Die Gefährlichkeit der Banden werde von der Wehrmacht vielfach unterschäfzt. Er habe sich bemüht, den übergeordneten Stellen die Gefahr der Banden klar zu machen; das sei ihm auch bis zu einem gewissen Grade gelungen, aber die Führer der kleineren militärischen Einheiten brächten nach wie vor wenig Verständnis für die Gefährlichkeit der Banden auf.

Die <u>SS-Schützendivision</u> sei überhaupt noch nicht zum Einsatz gekommen, sondern stehe zumeist noch in der Ausbildung. Der Kommandeur sei mit den Mannschaften durchaus zufrieden. Hier liege offenbar der Ansatzpunkt für eine positive Potitik. In den jungen Leuten wachse erstmals so etwas wie ein europäisches Bewußtsein. Deshalb sei er trotz mancher Rückschläge doch optimistisch.

Gouverneur Dr. Wächter geht dann auf die <u>Luftlage</u> ein und teilt mit, daß neben den 4 Großangriffen auf Lemberg dauernd Angriffe gegen kleine Städte und Dörfer mit Bomben und Bordwaffen berichtet würden. Die Bevölkerung verhalte sich tadellos und setze sich auch im Luftschutzhilfsdienst vorbildlich ein.

Er könne zu seiner Genugtuung feststellen, daß die Erdölindustrie weitgehend wieder in Gang gesetzt werde, so vor allem in Drohobycz. Er bitte, der Distriktsverwaltung mit einer Konservenreserve für die Ernährung der Arbeiter zu helfen.

Staatssekretär <u>Koppe</u> hält es für zweckmässig, überhaupt in den Distriktsstädten eine gewisse eiserne Ration vorzusehen und vielleicht auch in den deutschen Vierteln gewisse Reserven zu schaffen.

Gouverneur Dr. Wächter teilt weiter mit, daß die Bevölkerung in grossem Umfange für Schanzarbeiten eingesetzt sei. Auch der Baudienst sei für diese Aufgabe zur Verfügung gestellt. - Erfreulich sei die Tatsache, daß 10 000 Arbeiter erfaßt worden seien. Das sei darauf zurückzuführen, daß angesichts der Bedrückung durch die Ukrainer in der polnischen Bevölkerung eine starke Neigung entstanden sei, ins Reich zu gehen. Gleichwohl habe Präsident Struve gewisse Vorwürfe gegen ihn, Gouverneur

13

12.5.1944

Dr. Wächter, gerichtet und erklärt, die Verwaltung habe in jeder Weise versagt.

Mit der Freiwilligenwerbung für die galizischen Verbände habe man recht gute Erfolge. Am ersten Tage der Aktion hätten sich von 1400 Personen 760 zur Waffen-SS gemeldet, die einen recht guten Eindruck machten. Offiziere der Wehrmacht, der Waffen-SS, der Luftwaffe und Unterführer der galizischen SS-Division seien gebeten worden, sich in den Dienst dieser Sache zu stellen. Man hoffe auch in so weit auf ein günstiges Ergebnis. Leider habe sich gezeigt, daß hinsichtlich dieser Frage innerhalb der Wehrmacht eine grosse Gegensätzlichkeit herrsche. Von der Distriktsverwaltung seien deshalb zwei Mal Weisungen hinausgegangen, von denen die zweite die erste etwas abändere. Jedenfalls müsse jetzt eine Klärung herbeigeführt werden. Denn wenn im Verlauf von 4 Wochen 10 000 Menschen herausgeholt würden und man sie nicht abtransportieren könne, dann entstehe eine grosses Durcheinander.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Gouverneur Dr. Wächter, zusammen mit ihm und Staatssekretär Dr. Bühler ein in dieser Frage an ihn gerichtetes Schreiben zu beantworten. Auch Staatssekretär Koppe und Präsident Dr. von Craushaar müßten dazu gehört werden.

Abschliessned glaubt Gouverneur Dr. Wächter feststellen zu können, daß im Moment der Höhepunkt der Krisis überwunden sei und man wieder zu einem kleinen Aufbau kommen könne, wenn nicht neue Rückschläge einträten. Zu bedauern sei allerdings, daß die Bevölkerung den Glauben an die Stärke der deutschen Führung verloren habe.

Gouverneur Dr. von Burgsdorff berichtet, daß sich die Sicherheitslage im Distrikt Krakau gegenüber dem früheren Zustand verschlechtert habe, aber immerhin noch befriedigend sei. Auch in den Ostkreisen beständen nach wie vor hinsichtlich der Erfassung keinerlei Schwierigkeiten. Allerdings seien neuerdings Schwierigkeiten dadurch entstanden, daß ukrainische Banden aus Galizien

über die Grenze gekommen seien und begonnen hätten, die polnische Bevölkerung zu überfallen. Dabei seien u.a. einige Liegenschaftsleiter ermordet worden. Er habe Bedenken, die polnischen Liegenschaftsleiter durch Ukrainer zu ersetzen, weil das den Anschein erwecken würde, als gäbe er den Mördern nach. Er habe vielmehr den Versuch gemacht, diese Liegenschaftsleiter durch Deutsche oder andere Polen zu ersetzen, es frage sich jedoch, ob das auf die Dauer möglich sei.

Festgestellt werden muß, daß die Arbeitsämter und ihre Nebenstellen hinsichtlich der Arbeitererfassung völlig hilflos geworden seien. Erfolge seien höchstens noch der Arbeit der Kreishauptleute mit Unterstützung durch die Polizei zu danken. Aus den Ostkreisen könne er überhaupt keine Arbeiter mehr schicken, weil sie dort vor allem für den Ausbau der Sanstellung, den zweigleisigen Ausbau der Bahnstrecke und die Wiederherstellung der Wege gebraucht würden.

Das Verhalten der Wehrmacht sei im allgemeinen gut, Verwaltung und Wehrmacht arbeiteten ausgezeichnet zusammen. Die grosse Aufgabe, in Wieliczka für 250 Wehrmachtsarbeiter, die in den unterirdischen Werkstätten tätig werden sollte, Unterkommen zu finden, sei nicht leicht zu erfüllen gewesen. Auch sei es nicht gelungen, genügend Lebensmittel bereit zu stellen. Gleichwohl könne die Jägerfertigung am 1. Juni beginnen.

Die Raum- und Wohnungsfrage bringe für den Distrikt Krakau grosse Schwierigkeiten, da 30 000 Menschen aus Lemberg aufgenommen werden müssen.

Präsident Dr. von Craushaar bemerkt dazu, daß für die Aufnahme die Umgegend von Tarnow geräumt werde.

Gouverneur Dr. von Burgsdorff weist ferner darauf hin, daß sich in der Gegend von Neumarkt Fremdvölkische plündernderweise herumtrieben. Sie sollten von der Wehrmacht wieder eingefangen und zu Arbeiten an der Front eingesetzt werden. - Was die Wohnlage in der Stadt Krakau angehe, so habe Stadthauptmann Dr. Krämer ihn

gebeten, eine genaue Wohnungsstatistik auf Grund der Besichtigung aller Wohnungen von Deutschen aufstellen zu lassen. Er werde diesem Ersuchen in den nächsten Tagen nachkommen.

Was die Frage der Gesundheitsämter und des technischen Hauptamtes angehe, so sei er selbstverständlich als alter Verwaltungsbeamter ein Anhänger der Einheit der Verwaltung. Eine Auflockerung der Einheit der Verwaltung sei bereits nach 1918 erfolgt. Es müsse anerkannt werden, daß viele junge Kreishauptmänner auch menschlich noch nicht ganz fähig seien, wirklich eine Einheitsbehörde zu führen. Er bitte deshalb, auch die anderen Gouverneure, ihre Kreishauptmänner unbedingt dazu zu erziehen, daß sie ihren Mitarbeitern, namentlich den Leitern von Fachabteilungen die nötige Bewegungsfreiheit gäben. Über die technische Verwaltung werde er dem Präsidenten Dr. von Craushaar Bericht erstatten. Leider müsse festgestellt werden, daß die technischen Ämter vielfach von einer vorbildlichen Sturheit seien. So habe er z.B. bis zum gewissen Grade die Verantwortung dafür übernommen, daß die Gemüseversorgung von Krakau im kommenden Sommer besser werde. Der dafür notwendige Bau einer Baracke sei ihm immer vom Technischen Zentralamt abgelehnt worden, bis endlich nach wiederholter Rücksprache mit Staatssekretär Dr. Bühler die Genehmigung erteilt worden sei. Ebenso haben sich erst nach langem Besprechungen das Technische Zentralamt bereit gefunden, die Distriktsstrasse bei Miechow zu bauen, die für die Gemüseanfuhr von größter Wichtigkeit sei.

Staatssekretär Koppe nimmt nunmehr in eingehenden Ausführungen zur Sicherheitslage Stellung. Die Sicherheitslage sei nicht zuletzt mit dem Geschehen an der Ostfront, mit den hohen politischen Zielen und den militärischen Vorhaben der Westmächte verbunden. In allen Sparten der Widerstandbewegung und auch bei den Banden sei eine absolute Aktivität größten Umfanges festzustellen. Man werde eigentlich von 2 Seiten angegriffen: ein-

12.5.1944

mal seien es die Sowjetrussen, die sich nicht nur damit begnügten, neue Banden ins Generalgouvernement zu schikken, sondern die auch durch Fallschirmspringer, durch Abwurf von Waffen, Munition, Sprengstoff usw. auch die kommunistische Widerstandsbewegung besonders im Distrikt Lublin erheblich zu mobilisieren versuchten. Auf der andern Seite versuche die Emigrantenregierung in London immer wieder, für die Geldwerte, die sie von Churchill oder Roosevelt erhalte, etwas auf den Plan zu legen. In den Reihen der nationalen Widerstandbewegung und auch der nationalen Banden mit Ausnahme der ukrainischen sei keine klare Zielsetzung der Auffassungen festzustellen. Der nationale Pole, der Angehörige der Intelligenz, der frühere Offizier, tendiere nicht nach Moskau, er warte darauf, bis ihm der Einsatz vom Westen blühe. Aber die hohen politischen Linien, die in London gegeben würden, seien andere. Es sei auch zu verwundern, daß ein Mann wie Churchill oder Roosevelt Befehle herausgegeben hätten, die sich im Augenblick gegen die Interessensphäre der Sowjets richteten. Man müsse damit rechnen, dass sich die verschiedenen Arten der Widerstandsbewegung im Aufstandsfall auf einer gemeinsamen Linie träfen. Einige würden vielleicht nicht mitziehen, aber das Gros werde praktisch gegen die deutsche Führung stehen. Die Vorbereitungen der Gegner zum Aufstand hätten in den letzten Wochen Formen angenommen, die klar erkennen liessen, daß man nunmehr gewillt sei, zu handeln. Heute ständen ja anders als in den Jahren 1914 - 1918 den Bewohnern einer besetzten Gebietes alle morderenen Nachrichtenmittel zur Verfügung.

Die Polizei habe in den letzten Wochen grosse Erfolge hinsichtlich der Auffindung von Waffen, Sprengstoff, Munition usw. gehabt. Seit der Regierungssitzung seien mindestens 10, 12 oder 14 Herstellungsbetriebe aller Art, insbesondere Sprengstoffherstellungsbetriebe meist nach schwerstem Kampf ausgehoben worden. Und das sei gewiss nicht alles, was auf diesem Gebiete vorhanden sei. Die Materialien seien vielfach dezentralisiert gelagert und befänden sich in der Hand derjenigen, die gegen die deutsche Führung arbeiten sollten.

17

12.5.1944

Ob es wirklich zum Aufstand komme, wisse er nicht; mit grosser Wahrscheinlichkeit aber sei anzunehmen, daß etwas geschehen werde. Der Zeitpunkt stehe auch nicht fest. In den Meldungen der Vertrauensmänner werde immer von den Tagen des 15. Mai bis spätestens 20. Mai gesprochen. Hier könnten 3 Faktoren von massgebender Bedeutung sein: die Invasion, eine russische Großoffensive, ein gleichzeitig in allen besetzten Ländern ausbrechender Aufstand.

Die Polizei habe es sich zum Prinzip gemacht, gerade jetzt umfassende Vorbeugungsmassnahmen durchzuführen, um dem Gegner rechtzeitig zuvorzukommen. Er habe seine Befehlshaber wie die SS- und Polizeiführer darauf hingewiesen, daß im Falle eines Aufstandes, die Gegner ihre Waffenläger noch weiter dezentralisieren, daß sie die Waffen an die Alarmplätze zu befördern und Waffen, Munition wie Sprengstoff an den Mann bringen müßten. Deshalb müsse durch intensivste Kontrolle versucht werden den Gegner mindestens zunächst zu hämmen. Nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem flachen Lande müsse jede verdächtige Person sofort von der Polizeistreife gestellt werden. Auch den Frauen sei dabei eine besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Auch eine ausgedehnte Fahrzeugkontrolle aller Arten von Wagen müsse durchgeführt werden. Diese Kontrolle müsse sich vor allem auch auf Radfahrer erstrecken; denn das Rad habe in allen polnischen Aufständen eine grosse Rolle gespielt. Eine Kontrolle dürfe höchsten eine halbe bis eineinhalb Stunden Dauern. Er lege den allergrößten Wert darauf, dass jetzt der letzte Mann eingesetzt werde. Erhöhte Aufmerksamkeit sei auch den Flugplätzen zu widmen, da die Aufständischen bestrebt sein würden, sie in ihren Besitz zu bringen.

Die Zahl der russischen Banden habe in den letzten 4 Wochen im Generalgouvernement erheblich zugenommen. Diese Banden seien eigentlich rein militärische Formationen, ihre Angehörigen, seien grosse Idealisten. Die Offiziere und Unteroffiziere seien lang gediente Männer,

taktisch geschult und strategisch ausserordentlich beschlagen. Es sei sehr schwierig, eine solche Bande völlig zu vernichten. Auch herrsche in den Banden offenbar eine starke Disziplin und die Bandenchefs scheuten nicht davor zurück, die eigenen Leute zu erschiessen, wenn sie sich eines Partisanen als unwürdig erwiesen hätten. Eigentlich seien die Banden ein Bestandteil der regulären Armee und hätten Aufgaben ähnlich denjenigen der Kavallerie zu erüllen. Jeder Bandenführer habe einen strikten militärischen Auftrag, den er so oder so durchführen müsse.

Staatssekretär Koppe gibt dann an Hand von Karten einen Überblick über die Bandenlage in den Distrikten des Generalgouvernements.

Abschliessend führt Staatssekretär Koppe aus: z.Zt. bestehe für den Distrikt Lublin ein Notstand in so fern, als man die Aufgaben der Verwaltungspolizei und die allgemeinen Aufgaben der Polizei trennen könne. Die Begriffe, die im Frieden gebräuchig gewesen seien, seien völlig verwischt. Aus diesem Grunde sei es auch unbedingt notwendig, daß sich jeder Deutsche im Generalgouvernement als Kämpfer betätige. Hinzu komme noch, daß der Sonderdienst jetzt schon eine Elite darstelle. Eigentlich wäre es der höhere Sinn des Sonderdienstes, vor allem im Distrikt Lublin zu kämpfen, um die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Wenn es vorgekommen sei, daß sich Angehörige des Sonderdienstes hätten überfallen lassen, so habe es sich um Männer gehandelt, die bisher dem Kampf entfremdet und auch geländemässig nicht genügend ausgebildet gewesen seien. Sein Wunsch sei es, die Angehörigen des Sonderdienstes nunmehr ausschließlich für den Kampf vorzubereiten, statt sie im Wachtdienst oder auf den Stützpunkten militärisch verkommen zu lassen.

Staatssekretär Dr. Bühler hält es für unrichtig, jetzt schon den Sonderdienst ausschließlich im Bilgerajer Wald oder zu reinen Bandenbekämpfung anzusetzen. Es frage sich auch, ob sich in dem erwähnten Fall die Sonder-

12.5.1944

dienstmänner anders verhalten hätten, wenn sie eine polizeiliche Führung gehabt hätten.

Staatssekretär Koppe ist gleichwohl der Auffassung, daß die Angehörigen des Sonderdienstes mehr als bisher im Kampfe eingesetzt werden müßten, wie überhaupt jeder deutsche Mensch im Generalgouvernement die Verpflichtung habe, mitzukämpfen, wenn in Krakau oder in den anderen Distriktsstädten ein offener Aufstand ausbricht. Jeder Deutsche habe gegebenenfalls zu beweisen, wo er gekämpft habe, um nicht zur Verantwortung gezogen werden zu müssen.

Abschliessend legt Staatssekretär Koppe dar, welche Vorkehrungen im einzelnen für den Fall eines Aufstandes getroffen werden müßten.

Gouverneur Kundt weist darauf hin, daß offensichtlich nur 50% der Volksdeutschen eingebürgert werden sollten. Bei den Nichteingebürgerten handle es sich teilweise um politische Leiter, die sich mit ihren Familien von Anfang an bewährt hätten. Vielfach würden gegen eine Einbürgerung rassenpolitische Gesichtspunkte geltend gemacht.

Präsident Dr. von Craushaar teilt mit, daß darüber demnächst bei ihm eine Besprechung stattfinden werde. - Die Arbeiterwerbung auf kaltem Wege werde man wohl bis auf weiteres wenigstens in den Gebieten einstellen müssen, in denen wie im Ostteil des Distrikts Krakau militärische Stellungen ausgehoben würden. Wenn die Bewohnerschaft ganzer Dörfer für den Stellungsbau eingesetzt würde, könnten nicht gleichzeitig Menschen abtransportiert werden; sonst höre die Arbeitswilligkeit völlig auf. - Was die Tätigkeit des Inspekteurs für die Leistungssteigerung angehe, so sei er daran interessiert, daß diese Angelegenheit in der Zentrale in Ordnung gebracht werde, weil die Betreuung von Fremdstämmigen eine Sache der Volkstumsabteilung sei. Ausserhalb der allgemeinen Volkstumsarbeit werde offenbar noch eine andere

<u>12.5.1944</u>

Volkstumspolitik getrieben. - In den Räumungsdistrikten müsse darauf gesehen werden, daß die Angehörigen von hochgestellten Beamten der Verwaltungen aller Art nicht mit schlechtem Beispiel vorangingen. Der Herr Generalgouverneur habe darüber sehr scharfe Weisungen gegeben und angeordnet, daß die Angehörigen unverzüglich nach Deutschland gebracht werden müssen. - Für die Räumung von Lemberg und ihre Durchführung sei vor kurzem eine Regelung getroffen worden. - Was die Frage der Gesundheitsämter angehe, so schliesse er sich den Ausführungen des Gouverneurs Dr. von Burgsdorff an. Es handle sich darum, durch eine gewisse Erziehung der Kreishauptmänner die Mängel zu beheben und so eine Organisationsänderung zu vermeiden. Was auf diesem Gebiete geschehe, diene dem Gedanken der Einheit der Verwaltung. Es sei wohl Aufgabe der Abteilungen Innere Verwaltung bei den Distrikten, die in der Frage der Erhaltung der gesamten Organisation über ihren eigenen Bereich hinausgreifen müßten, dafür zu sorgen, daß die Kreishauptmänner auf diesem Gebiet vernünftig handelten. Er habe auch bisher in jedem Falle volles Verständnis für seine Auffassung gefunden. - Er werde dem Generalgouverneur eine Vorlage über die Maßnahmen machen, die im Zuge der Polenpolitik zu treffen seien, und zwar in Auswirkung der Erklärung des Generalgouverneurs vor der Auslandspresse im Januar 1944. Er könne das Problem nicht vertiefen, auch nicht das der Heranziehung der Polen zur Verwaltung. In den Distrikten Krakau und Galizien seien damit Versuche gemacht worden, und er würde es begrüssen, wenn auch in Radom und Warschau gegebenenfalls ein solcher Versuch gemacht werden würde. Ein unverbindlicher Versuch mit der Schaffung eines Gemeindeverbandsausschusses könnte positive Unterlagen für eine generelle Reglung geben.

Präsident Dr. von Craushaar geht dann auf die Frage des <u>Verwaltungsalarmes</u> ein. Wo planmässige Alarmordnungen bestünden, unterschieden sie sich vom Luftalarm, ferner seien sie auch vom sogenannten Sicherheitsalarm zu unter-

12.5.1944

scheiden, der im ganzen vorbereitet sei und mit dem für die Sicherheit des Gebietes gesorgt werde. Der Gouverneur werde sich über die Übereinstimmung der Pläne von Wehrmacht und Polizei zu unterrichten haben. Der Verwaltungsalarm sei dazu bestimmt, im Unruhefall die notwendige Verwaltungstätigkeit zu sichern. In Krisenzeiten zeige sich fast immer, daß die ersten Alarmstufen angesichts der Nervosität bereits in Tagen ausgesprochen würden, denen der Aufstand praktisch noch nicht folge. Hier sei also die Verwaltung in die Lage versetzt, die besondere Situation schon zu berücksichtigen in einer Zeit, in der die Verwaltung praktisch draussen noch nicht entbehrt werden könne. Die Distrikte würden ebenso wie Regierung und Kreishauptmannschaft die Verwaltung weiter zu führen haben. Sie hätten Berichte und Befehle entgegenzunehmen. Ferner habe die Distrikgsverwaltung in ihrem Ort entsprechende Vereinbarungen mit Polizei und Wehrmacht zu treffen, der Regierung darüber zu berichten und Weisungen der Regierung entgegenzunehmen. In den Führungsstab dürften möglichst ausschließlich nur solche Disziplinen hineingenommen werden, wie Innere Verwaltung mit Strassenverkehr und Volkstumswesen.

Die Gouverneurbesprechung wird hierauf unterbrochen, da Generalmajor Bork, der Generalstabschef des Wehrkreiskommandos, erschienen ist.

Staatssekretär Dr. Bühler, der in Vertretung des Herrn Generalgouverneurs die Leitung der Beratungen übernommen hat, begrüßt Generalmajor Bork und bittet ihn, den Gouverneuren einige Aufschlüsse über den Stand der Militärverwaltung, über die gegenwärtige militärische Lage und sonstige Einzelfragen zu geben.

Generalmajor Bork gibt einen kurzen Bericht über die Frontlage. Es ergäbe sich ein Bild der Unsicherheit in dem Ansatz der Kräfte einerseits und dem Zeitpunkt des Losschlages andererseits, nicht unwesentlich unter-

stützt durch die fortgeschrittene Konsolidierung der deutschen Front. Diese Frontlage habe sich auch in gewissem Sinne auf die Bandenlage so ausgewirkt, daß es zu befürchteten starken Bandenangriffen noch nicht gekommen sei. Sie habe auch noch nicht zu empfindlichen Störungen des militärischen Apparats geführt, wohl aber zu starken Störungen des gesamten Regierungsapparats. Das Wehrkreiskommando habe in Verbindung mit der Bandenbekämpfung die notwendigen Schritte eingeleitet, die fortgesetzt werden würden, damit, wenn die Frontlage beständig bleibe oder sich nur auf Teilgebiete kampftechnisch auswirken sollte, die notwendigen Kräfte zur Verfügung gestellt würden, um im grösseren Umfange gegen die Banden etwas zu unternehmen. Generalfeldmarschall Model habe Kräfte von einer bis zwei Divisionen zugesagt; der Zeitpunkt ihres Eintreffens stehe noch nicht fest. Auch seien jetzt Vorbereitungen getroffen worden, die vorhandenen Kräfte zur Aufrechterhaltung ihrer Schutzaufgaben so zu mobilisieren, daß sie in weiterem Umfange auch zu solchen Aufgaben herangezogen werden können. Die Vorbereitungen bezw. die Aussichten in dieser Richtung seien nicht ungünstig. Man könne annehmen, daß etwa um den 1. Juni herum mit einer nennenswerten Aktion begonnen werden könne. Das erste Unternehmen würde sich je nach der Frontlage gegen den Bilgorajer Wald richten.

Auf eine Frage des Staatssekretärs Dr. Bühler erwidert Generalmajor Bork, daß die truppendienstliche Unterstellung im gesamten Gebiet unverändert sei. Das Landesschützenbataillon, das bis vor Brody stehe, unterstehe dem Wehrkreiskommando wie alle Kräfte in den Westbezirken. Nur sei die taktische Unterstellung in diesen Bereichen halbwegs bis zum San und bis zur Weichsel des Chef des Generalstabs des Heeres übertragen und unterläge damit der Befehlsgewalt der betreffenden Heeresgruppe. Wenn die Heeresgruppe beispielsweise eingesetzte Sicherungsbataillone verlegen wolle, so könne sie es

tun. Die truppendienstliche Unterstellung wie die Unterstellung aller Verwaltungseinrichtungen unter den Wehrkreisbefehlshaber blieben nach wie vor bestehen. - Die Befestigungslinie San-Weichsel werde vom Wehrkreiskommando gebaut, die Arbeit gehe bis jetzt auch hinsichtlich der Arbeitskräfte reibungslos von statten. Man werde aber bald mit neuen Vorschlägen an die Regierung hinsichtlich der Aufstellung von Arbeitsbataillonen herantreten müssen, die man dann auch aus den anderen Gebieten verziehen müsse, weil auf Grund einer noch nicht bestätigten Weisung die Arbeiten am ganzen San, die z.Zt. völlig bedeutungslos seien, aktiviert werden müßten. Auch da seien die Vorbereitungen durch ihn, Generalmajor Bork, eingeleitet, und er werde rechtzeitig an die Regierung herantreten, da sie Arbeitsbataillone werde stellen müssen. Den Arbeitskräften müsse von vornherein gesagt werden, daß sie zu dieser bestimmten Arbeit eingeworfen würden, eine bestimmte Entlohnung erhielten, daß Verpflegung und Unterkunft sichergestellt würden und ihnen, falls sie gut arbeiteten, Prämien gezahlt werden würden.

Gouverneur Kundt weist darauf hin, daß für den Schutz der grossen Rüstungswerke in Ostrowiez und der Hasag-Werke nur schwache Polizeikräfte zur Verfügung ständen. In der Nähe dieser Werke lägen keine militärischen Kräfte, die vielleicht für den Schutz herangezogen werden könnten, weil von seiten der Wehrmacht der Standpunkt vertreten werde, militärische Kräfte könnten nur für die Bekämpfung grosser Banden eingesetzt werden. Es müßte doch möglich sein, Ausbildungsabteilungen in die Nähe dieser Werke zu legen.

Generalmajor Bork bemerkt, daß über diese Frage bereits gesprochen worden sei. Die zur Verfügung stehenden Kräfte seien sämtlich für Schutzaufgaben eingesetzt, abgesehen von den reinen Ausbildungsabteilunge, die alle 14 Tage neu rekrutiert würden und nur jeweils für eine besondere Aufgabe zusammengezogen werden könnten. Die Landesschützenbataillone seien für zusätzliche Aufgaben z.Zt. nicht heranzuziehen.

12.5.1944

Staatssekretär Koppe hält es auch für angebracht, daß die Rüstungswerke unter einen bestimmten Schutz gestellt werden müssen. Andererseits sei es vom Standpunkt des Truppenführers aus zu verstehen, daß er seine Kräfte nicht versetteln und eine kleine taktische Reserve in der Hand behalten wolle, um für den Fall des Aufstandes vorbereitet zu sein.

Generalmajor Bork betont, daß selbstverständlich alles getan sei, damit zusätzliche Kräfte herangebracht werden könnten. Aber sie seien zunächst einmal in den besonders gefährdeten Gebieten angesetzt und reichten für die Erfüllung sämtlicher Aufgaben nicht aus. Die Lage werde sich kaum ändern, bevor nicht grössere Verbände hereinkämen.

Staatssekretär Koppe teilt mit, daß der Reichsführer SS für alle Fälle ein Korps an die Westgrenze des Generalgouvernements im Warthegau, bestehend aus Polizei und Waffen-SS, legen wolle. Vielleicht könnte man diese Truppenteile etwas vorziehen, denn sie würden schon durch ihre blosse Anwesenheit in Petrikau und Tomaschow wirken.

Präsident Dr. von Craushaar geht dann nochmals auf die Frage der Arbeiterwerbung ein und will dabei die Freiwilligkeit besonders gefördert wissen. Ein Weg zu dieser Freiwilligkeit könne vielleicht darin gesehen werden, daß diejenigen, die sich zu dieser Arbeit meldeten, vom Arbeitseinsatz für Deutschland freigestellt würden.

Auf eine Frage des Staatssekretärs Dr. Bühler erwidert Generalmajor Bork, daß er die genaue Kopfzahl der benötigten Arbeiter nicht angeben könne. Man wolle diese Arbeit auch so organisieren, daß den Einheimischen einheimische Führer gegeben würden.

Gouverneur Kundt kommt noch einmal auf die Frage der beiden Läger in Kielce und Konskie zu sprechen.

Präsident Dr. von Craushaar fügt ergenzend hinzu, daß er sich bei den Insassen des Lagers Kielce um Kriegsverschrte russischer Herkunft handle, die unter Verantwortung des Ostministeriums ausgeheilt und umgeschult würden. Wenn möglich, müsse dieses Lager an eine andere Stelle verlegt oder für das Lager eine dem Wehrkreiskommando unterstellte militärische Führung gegeben werden.

Staatssekretär Dr. Bühler ist der Auffassung, daß abgesehen von den politisch ungünstigen Ausstrahlungen das Vorhandensein dieser Läger im Generalgouvernement angesichts der Raumnot einfach nicht mehr zu verantworten sei. Die Läger müßten frei gemacht werden, und er bitte Präsident Dr. von Craushaar, diese Frage im Benehmen mit Generalmajor Bork zu klären. - Ein zweiter Punkt sei das Vorhandensein mehrerer Truppenübungsplätze der Wehrmacht, die auf dringendes Verlangen evakuiert, niemals in Anspruch genommen worden seien und jetzt den Banditen dienten.

Gouverneur Dr. Wächter weist darauf hin, daß trotz Protest der Verwaltung seinerzeit auf Betreiben der Wehrmacht diese Truppenübungsplätze in Galizien hätten geräumt werden müssen. Dort versammelten sich jetzt die Sowjetbanden, auch sei ein solcher Truppenübungsplatz der beste Luftlandeplatz.

Generalmajor Bork bemerkt, daß die Plätze aufgelassen worden seien und sich infolgedessen niemand finde, der sich dafür interessiere.

Gouverneur Kundt bemerkt, man mache sehr häufig die Beobachtung, daß Wehrmachtsteile, die vom Osten kämen, oder in rückwärtige Stellungen gebracht würden, eine grosse Zahl von nichtdeutschem Wehrmachtsgefolge samt Familien mitbrächten. Es wäre zweckmässig, wenn man aus diesen Menschen Arbeitsbataillone aufstellte.

Generalmajor Bork gibt zu bedenken, daß eine Anzahl von Werkstätten auf diese Kräfte angewiesen sei. Alle diese Elemente liefen nun unkontrolliert und ohne Auf-

sicht herum. Weiter handle es sich sehr oft um die Angehörigen von früheren Trecks, die aus Rußland zurückgezogen worden seien und die jetzt abgefangen würden.

Präsident Dr. von Craushaar ist der Meinung, daß es sich hier um Wehrmachtsangehörige handle, die einfach am Ort bleiben müßten, weil die von der Wehrmacht eingesetzten Männer wegblieben.

Gouverneur Kundt verweist dann auf eine zwischen dem Distrikt Radom und dem Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums im Einvernehmen mit dem Wehrkreisbefehlshaber getroffe Vereinbarung des Inhalts, daß die deutschen Schulen von der Quartierleistung unberührt blieben, solange nicht das rückwärtige Gebiet zum Operationsgebiet werde. Sollte jetzt diese Regelung geändert werden, so würde damit das ganze Erziehungsaufbauwerk zerstört werden. Es sei aber leider so, daß gewisse Wehrmachtskreise unbedingt auf die zur Verfügungstellung deutscher Gebäude Wert legten.

Generalmajor Bork verläßt hierauf das Beratungszimmer.

In der fortgesetzten Gouverneur-Besprechung teilt Gouverneur Kundt mit, daß er seinen Erlaß zur Frage der Sicherungs- und Alarmstufe der Regierung zur Kenntnisnahme geschickt habe.

Präsident Dr. von Craushaar bemerkt, daß in der Frage der Räumung ein kurzer Erlaß von ihm erscheinen werde, der im wesentlichen das legalisiere, was praktisch schon geschehen sei.

Staatssekretär Dr. Bühler nimmt dann das Wort zu einer Richtigstellung. Daß der Reichsführer SS in Breslau bezüglich der Gesundheitsverwaltung eine Sonderverwaltung als notwendig anerkannt habe, sei nicht richtig. Der Reichsführer sei lediglich auf die Gesundheitsverwaltung zu sprechen gekommen, als er für die Einheit der Verwaltung plädiert habe. Er habe gesagt: wenn ein Landrat die Anzeige über einen Sterbefall unbedingt durch seine

Post gehen lassen wolle, so solle er lieber Landbriefträger sein als Landrat. Die Einheit der Verwaltung könne nicht ohne weiteres geschaffen werden, sondern dazu bedürfe es einer Führerpersönlichkeit. Auch ein ausgegliedertes Gesundheitsamt müsse sich in die Einheit der Verwaltung einfügen, wie andererseits bei der Eingliederung ebenso eine gedeihliche Zusammenarbeit möglich sei. Es komme eben auf die Erziehung an. Bedauerlich sei, daß die Ärzte angesichts der Aufklärung durch Präsident Dr. Teitge etwas unruhig geworden seien. Andererseits wäre er dafür, den jetzigen Zustand bestehen zu lassen.

Den Wodkaverkauf dürfe man nicht nur unter dem Gesichtspunkt des Verkaufes von Ware ansehen. Wodka sei im Generalgouvernement ein Monopolprodukt und ein Mittel für die Einhebung von Steuern, wie jede andere indirekte Steuer. Wenn sich die Kreise, die über grosse Geldmittel verfügten, an dem Absatz von Wodka dadurch beteiligten, daß sie statt 8,-- Zloty 170,-- Zloty bezahlten, so stelle das eine ideale Einigung von Steuern dar.

Gouverneur Dr. Wächter gibt zu bedenken, daß dieser Wodkaverkauf bisher kaum 3 Millionen Zloty erbracht habe und es sich deswegen kaum lohne, eine so grundlegende Änderung in dem Absatz des Wodka herbeizuführen.

Gouverneur Kundt betont, daß durch diesen freien Wodkaverkauf die ganze Prämienerfassung gefährdet werde.-

Staatssekretär Dr. Bühler kündigt an, daß diese Frage Gegenstand einer Sonderbesprechung sein werde. - Was die Strafanordnungen der polnischen Verwaltungsbehörden angehe, so halte er die Entwicklung an sich für ganz richtig, nur sei die Frage noch nicht richtig durchgedacht, vielleicht sei auch diese Anweisung zu früh herausgegangen. - Vor wenigen Tagen sei vom Befehlshaber der Sicherheitspolizei der Antrag gestellt worden, die Arbeiterwerbung für das Reich aus sicherheitspolizeilichen Gründen generell einzustellen. Er glaube nicht,

daß ein solcher Beschluß von seiner Seite aus publiziert werden könne. Er habe die Absicht, folgendermassen zu verfahren: man bemühe sich, Arbeitskräfte zu bekommen; gelinge es, dann habe man seine Pflicht getan. Aber er wolle den zuständigen Instanzen auch sagen, welche Zwangsmittel sie anwenden dürften und welche verboten seien.

Was die Tätigkeit des Beauftragten für die Werkküchenverpflegung und die Leistungssteigerung angehe, so sei es Sache des Präsidenten Struve, ihn gegebenenfalls in seine Grenzen zurückzuweisen. Im übrigen liege in dem dem Bereichsleiter Bodo Stahr gewordenen Auftrag wohl auch etwas Gutes; denn bisher sei eigentlich jede Werkküche nach anderen Grundsätzen geführt worden. Auch sei nicht einzusehen, weshalb nicht eine Leistungssteigerung für Fremdvölkische angestrebt werden sollte. Sie werde schon durch eine zufriedenstellende Werkküchenverpflegung erreicht. Die Schulung dürfe selbstverständlich unter keinen Umständen ohne Mitwirkung der allgemeinen staatlichen Instanzen stattfinden. Er habe bereits darauf hingewiesen, daß der Ausfall an Wirtschaftsgütern, der jetzt in den Distrikten Lublin und Lemberg eintrete, durch um so intensivere Anstrengungen in den drei unberührten Distrikten wettgemacht werden müsse. Er bitte die Gouverneure, nicht zu warten, bis die Hauptabteilungen ihnen das, was sie eigentlich einsparen müßten, gäben, sondern sich selbst aktiv zu betätigen um im Interesse ihrer Distrikte Rohstoffe und Produktionsmittel in die Hand zu bekommen.

18^{50} Schluß der Gouverneur-Sitzung.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)